
Im Kampf
um
Süd-Afrika
Lebenserinnerungen
des Präsidenten
KRÜGER
J. F. LEHMANN'S VERLAG
MÜNCHEN


STANFORD
UNIVERSITY
LIBRARIES







Im Kampf um Südafrika.



Im Kampf um Südafrika.



S. J. P. Kruger

Kunstanst. v. Carl Ebner, Stuttgart.



Lebenserinnerungen

des

Präsidenten Paul Krüger.

Von ihm selbst erzählt,

nach Aufzeichnungen

von

H. C. Bredell
Privatsekretär
des Präsidenten Krüger

und

Piet Grobler
gew.
Unterstaatssekretär der Süd.-Afr. Rep.

herausgegeben

von

A. Schowalter.

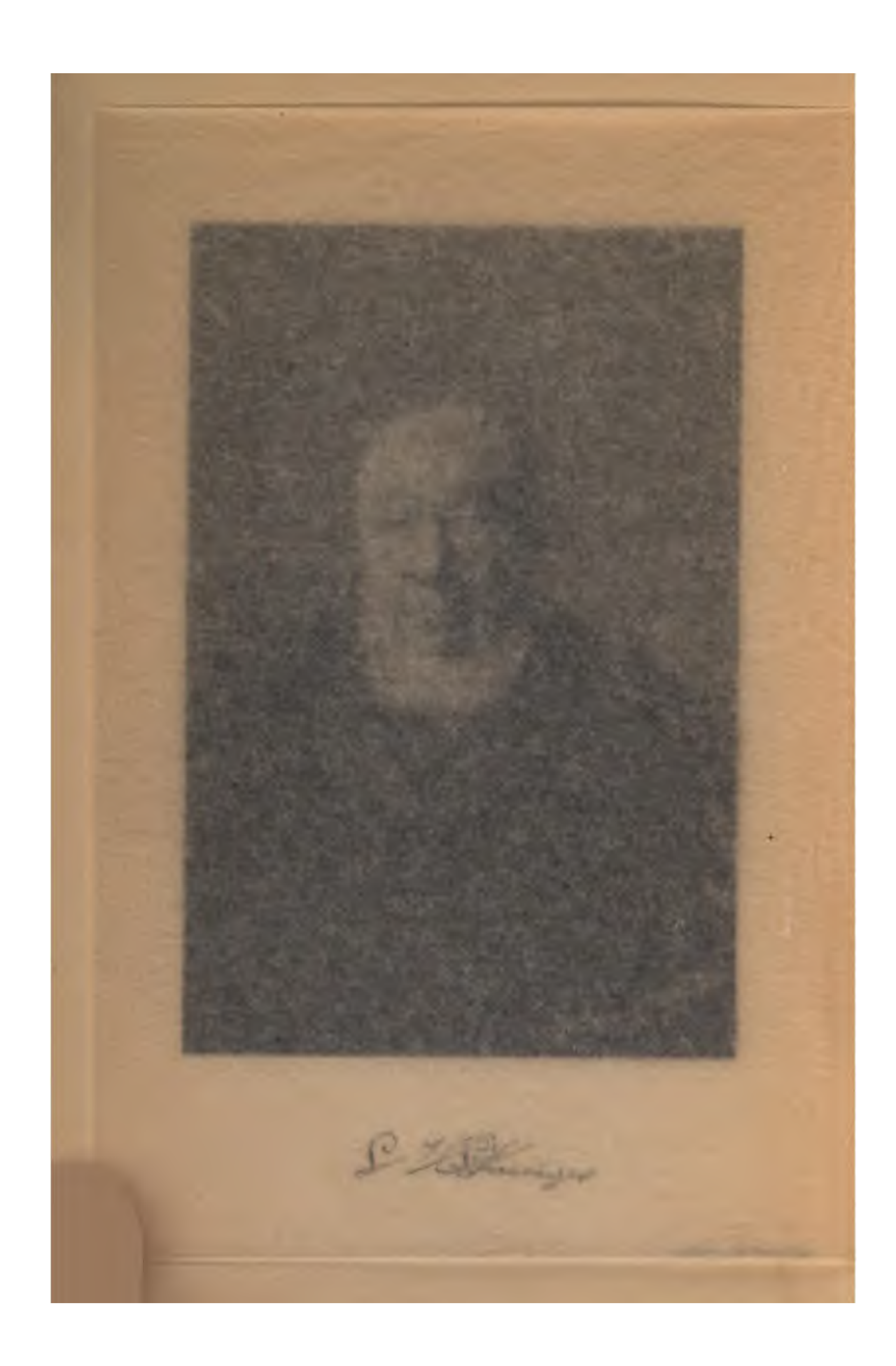
"Im Kampf um Südafrika"

Deutsche Originalausgabe.



München, 1902
J. F. Lehmanns Verlag.

SK



Lebenserinnerungen

des

Präsidenten Paul Krüger.

Von ihm selbst erzählt,

nach Aufzeichnungen

von

H. C. Bredell
Privatsekretär
des Präsidenten Krüger

und

Piet Grobler
gew.
Unterstaatssekretär der Süd.-Afr. Rep.

herausgegeben

von

A. Schowalter.

" Im Kampf um Südafrika

Deutsche Originalausgabe.



München, 1902
J. F. Lehmanns Verlag.

Meisenbach Riffarth & Co., München.

Inhalts-Verzeichnis.



Vorwort.

Wohl kaum Einer hat weniger daran gedacht, einst an der Niederschrift seiner Lebenserinnerungen mitzuwirken, als Präsident Krüger. Was für Mühe hat man sich jahrzehntelang gegeben, ihn dazu zu bewegen. Und immer vergebens. Seine Bedenken waren zu schwerwiegend. Schriftstellerische Neigungen hat Paul Krüger nie gehabt, und das Bedürfnis, seine Politik Anderen durch Belehrung annehmlich zu machen, ist ihm ebenso fremd, wie das, sich persönlich zu rechtfertigen. Die Notwendigkeit, daß neben den Thaten auch noch Worte reden, hat er allezeit bestritten und die Möglichkeit, durch Worte zu überzeugen, wo es Thaten nicht vermochten, allezeit bezweifelt. Und selbst den Gedanken, seinem Volke und den Freunden seines Volkes eine einfache Beschreibung seiner Erlebnisse und seiner Thaten als Vermächtnis zu hinterlassen, damit sie wenigstens auf Grund einer solchen authentischen Darstellung sich gegen die Verdächtigung eines Mannes wehren können, der ihnen ein Gegenstand der Bewunderung und Hochachtung ist, hat er lange von der Hand gewiesen. Sein Leben und Wirken ist ja nichts anderes als ein Teil, der Hauptteil der Geschichte seines Volkes, und diese Geschichte als göttliche Führung zu ehren und für alle die Thaten, welche die Höhepunkte seines eigenen Lebens bilden, Gott zu danken: dazu sein Volk zu erziehen, hat Paul Krüger als seine wichtigste Lebensaufgabe angesehen. Er hat sich viel zu sehr allezeit als Werkzeug, als Diener Gottes betrachtet, als daß er unbefangen von sich reden könnte; und die

Furcht, dem göttlichen Meister die Ehre zu nehmen und sich widergöttlicher Selbstüberhebung schuldig zu machen, hat ihm gar oft das Wort, wenn es schon auf der Zunge lag, wieder zurückgedrängt. Es mußte eine Zeit kommen wie die gegenwärtige, wo seiner Arbeitskraft die Bethätigung fehlte und vertrauten Freunden Gelegenheit gegeben war, im steten Umgang mit ihm Schritt für Schritt seine Bedenken zurückzudrängen, bis er in völlig selbstloser Weise sich entschloß, nachzugeben. Aber die Aufzeichnungen mußten in dritter Person niedergeschrieben werden, als rede Krüger nicht von sich selbst, sondern von einem, der nicht sich selbst, sondern nur der Geschichte angehört. Sein religiöses Gefühl hat dieses Zugeständnis erfordert.

Es hätte einen Weg gegeben, das Ziel zu erreichen ohne dieses Zugeständnis, nämlich: zu warten bis nach Krügers Tode. Aber das war unmöglich, weil Krüger keinerlei eigenhändige schriftliche Aufzeichnungen besitzt und nach seinem Tode eine Prüfung dessen, was sich dann als Lebenserinnerungen von ihm ausgeben könnte, auf seine Echtheit und Zuverlässigkeit unmöglich wäre. Und zudem ist es auch jetzt niemand verwehrt, beim Lesen in Gedanken die dritte Person, von der erzählt wird, in die erste umzuwandeln, die erzählt.

Was nun hier von Krügers Leben vorliegt, sind im vollsten Sinne des Wortes „Erinnerungen." Es ist eine Wiedergabe dessen, was zur Zeit in des Präsidenten Erinnerung haftet. Mit Ausnahme des letzten Teiles ist alles aus dem Gedächtnis diktiert, und daß dieses Gedächtnis wunderbar stark ist, habe ich mich zu überzeugen reichlich Gelegenheit gehabt. Daß in diesem Gedächtnis am lebendigsten der Kampf lebt, unter dessen erschütterndem Ausklang noch alle Saiten seines Gemütes zittern, ist gewiß nicht zu verwundern.

Hinter dieser einen großen, alles erdrückenden Erinnerung treten einstweilen die Erinnerungen an die inneren Kämpfe und

Sorgen noch etwas zurück, die ohnehin schonend behandelt werden müssen, wenn das Volk, das sich erst neu wieder aufrichten muß, nicht durch Uneinigkeit noch mehr geschwächt werden soll. Daß prinzipielle und theoretische Erörterungen größeren Umfanges hier nicht zu finden sind, darüber wird man sich nach dem vorher Gesagten nicht verwundern. „Außerdem aber", so hat Paul Krüger schon vor 20 Jahren in seinem Wahlprogramm gesagt, „sind meine Ideen deutlich zu ersehen aus meiner ganzen politischen Laufbahn." Und diese schildert ja das vorliegende Buch. Einen Einblick in seine ganze Empfindungswelt und Denkart, wie er ihn in Stunden der Begeisterung eröffnet hat, geben zudem die Reden, die in ihrem amtlichen Wortlaut als Anhang beigegeben sind.

Der Herausgeber.



I. Hauptstück.

Jugend- und Privatleben.

Meine Erinnerungen reichen zurück bis in die Zeit, wo ich als neunjähriger Junge mit meinen Eltern und meinen Oheimen Gert und Theunis Krüger das Land meiner Geburt verließ.

Heimatlos.

Wir hatten bisher auf der Farm Vaalbank im Distrikte Colesberg in der Kapkolonie gewohnt, wo ich als drittes Kind von Caspar Jan Hendrik Krüger*) und dessen Ehefrau Elisa, geborene Steijn, Tochter von Douw Steijn von der Farm Bulhoek (hinter dem Zuurberg in der Kapkolonie), am 10. Oktober 1825 zur Welt kam. Meine Eltern waren einfache Bauern, und auf der elterlichen Farm bin ich herangewachsen gleich anderen Bauernjungen, damit beschäftigt, die Herden zu hüten und bei den landwirtschaftlichen Arbeiten an die Hand zu gehen. Abgesehen davon, daß eine alte Frau meiner Mutter gegenüber ihrem Sohne Stefanus Johannes Paulus eine höhere Lebensbahn

---

*) Der Präsident bestätigt, daß seine Vorfahren aus Deutschland stammen; aus welcher Stadt aber, ist in seiner Familie völlig unbekannt. Er weiß nur, daß der Stammvater des afrikanischen Zweiges seiner Familie mit einer Französin verheiratet war und um seines Glaubens willen flüchten mußte. D. H.

geweissagt haben solle, weiß ich nicht, was irgendwie hätte ahnen lassen können, daß mir Gott ein besonderes Werk übertragen werde.

Das erste entscheidende Ereignis in meinem Leben war der Auszug aus der Heimat, unser „Trek". Um mich eingehender mit den Gründen der großen Auswanderungen zu beschäftigen, dazu war ich damals noch zu jung. Ich weiß aber, daß meine Eltern erzählten, sie zögen aus und andere folgten ihnen nach, weil ihnen die Engländer zuerst Sklaven verkauft und dann, nachdem die Kaufsummen in englischen Händen waren, diese Sklaven wieder frei gemacht und dafür Entschädigungssummen angewiesen hätten, die in England ausbezahlt werden sollten und dort entweder persönlich oder durch einen Agenten in Empfang genommen werden könnten. Die Kosten, die mit dieser Art der Auszahlung verbunden waren, waren in vielen Fällen höher als das Kapital, und so verzichteten viele lieber auf den ihnen zukommenden Betrag überhaupt, als daß sie sich die Mühe und den Aerger machten. Sie wollten aber dann auch nicht mehr unter einer solchen ungerechten Herrschaft wohnen. Dazu kam, daß die Kaffern wiederholt in die Kolonie einfielen und den Buren ihr Vieh wegnahmen, und daß nach der Zurückholung dieses Viehes durch die Buren der englische General sämtliche Herden als Kriegsbeute erklärte, von der die englische Regierung erst ihre Kriegskosten abziehen müsse, worauf dann der Rest den ehemaligen Besitzern — die NB. selbst mitgekämpft hatten, um das Geraubte zurückzubringen — zur Verteilung überlassen werden solle. Die Unzufriedenheit über dieses ungerechte Verhalten griff um so tiefer in das ganze Leben der Buren ein, als jedes Kind von früh an von seinen Eltern ein paar Schafe, Rinder oder Pferde zum persönlichen Besitz bekommt, die es mit besonderer Sorgfalt hütet, und woran sein Herz hängt. Unter den geraubten Tieren befand sich natürlich auch das Eigentum der Kinder, und daß dieses durch die Gewohnheit geheiligte Geschenk in so widerrechtlicher Weise weggenommen und zur Deckung von „Kriegskosten" verwendet wurde, brachte viel Erbitterung. So verließen denn auch meine Eltern und ihre Verwandten Haus und Heimat, um hinaus zu gehen in

unbekanntes wildes Land, und zogen, im Ganzen etwa 20 Köpfe stark, mit ungefähr 30 000 afrikanischen Schafen und einigen hundert Pferden und Rindern, die sie größtenteils in Tausch für ihre aufgegebenen Güter bekommen hatten, im Mai 1835 über den Oranjefluß. Hier verkaufte mein Vater etwa 3000 Hammel gegen einen „dikketon" (eine alte Münze, etwa gleich Mark 2.30) für das Stück an einen Metzger, worauf sich der Zug bis in die Nähe des Caledonflusses fortsetzte und da lagerte. Meine Thätigkeit hier wie auf den weiteren Zügen bestand zumeist darin, das Vieh anzutreiben und beisammen zu halten. Das war die Arbeit, welche die Kinder fast aller Auswanderer zu verrichten hatten, denn die schwarzen Dienstleute waren fast alle in der Kolonie zurückgeblieben, und gerade jetzt, wo der ganze Besitz der Familien in Viehherden bestand, wären ihre Dienste besonders nötig gewesen.*)

Gleichzeitig mit meinen Eltern zogen auch andere Bürger aus ihrer Heimat aus, und ein Teil von ihnen lagerte ebenfalls am Caledonfluß. Das war aber noch nicht der große Trek. Dieser kam erst im folgenden Jahre (1836) unter Hendrik Potgieter zustande, und mit ihm vereinigten sich die zuerst vereinzelt Ausgewanderten. Gleich nach der Vereinigung wurde eine Versammlung abgehalten, und hier wurden Bestimmungen getroffen, denen sich alle Auswanderer zu unterwerfen hatten, und eine Art von Regierung eingesetzt. Gottes Wort sollte aber höchste Regel und Richtschnur bleiben. Zum Kommandanten — das war die höchste Würde, die es gab — wurde Potgieter gewählt. Die

*) Ich kann bei dieser Gelegenheit die Authentizität der Anekdote bestätigen, wonach ein englischer Lord beim Präsidenten in Pretoria eingeführt wurde und der Herr, der ihn einführte, dem Präsidenten, als dieser anscheinend nicht genug Notiz von dem vornehmen Besuche nahm, nach einander aufzählte, was für Stellungen der Lord bekleide, und was seine Vorfahren alles gewesen seien, um so größeren Eindruck zu machen, bis ihm der Präsident trocken erwiderte: „Sagen Sie dem Herrn, ich sei Viehhirte gewesen und mein Vater Bauer." Der Herr, der den Lord einführte, war der Besitzer einer großen Branntweinbrennerei bei Zwartkop in der Nähe von Pretoria. D. H.

allgemein gültigen Beschlüsse enthielten z. B. die Bestimmung, daß man weder Land noch sonst etwas von den Eingeborenen mit Gewalt nehmen dürfe, und daß keine Sklaverei geduldet werden solle. Nun zog man vereinigt weiter nach dem Vetflusse, den ganzen Freistaat durch, ohne die vielen schwachen Stämme, die da ansässig waren, irgendwie zu berauben. Die Gründe zwischen dem Vet- und Vaalfluß wurden von dem dort herrschenden Kaffernhäuptling gegen Ochsen, Kühe, Rinder u. s. w. eingetauscht.

Ueberfallen von den räuberischen Horden Moselikatses.

Als aber die ersten Auswanderer an den Vaal kamen und hier wie am Rhenosterflusse in kleinen Trupps zerstreut lagerten, wurden sie unerwartet und, ohne irgend welche Veranlassung dazu gegeben zu haben, von dem Zuluoberhäuptling Moselikatse*) überfallen. Dieser Moselikats war damals Herr und Gebieter in dem ganzen Lande westlich der Lebombo- und Drakensberge. Alle Makatesenstämme, die dieses Gebiet bewohnten, hatten sich ihm unterworfen. Moselikats behandelte seine Makatesen-Unterthanen als Hunde und nannte sie auch so; und wenn z. B. Aasvögel über seine „Stadt" hinflogen, gab er Befehl, ein paar alte Frauen und Männer abzuschlachten und sie den Aasvögeln, die er seine Kinder nannte, als Nahrung vorzuwerfen. In den Höhlen und Felsenschluchten verbargen sich vor ihm die unterworfenen Stämme. Als dieser Moselikats hörte, daß Menschen von weißer Gesichtsfarbe aus dem Süden gekommen seien, sandte er ein paar Tausend seiner Krieger ab mit dem Befehl, die Eindringlinge niederzumetzeln. Die „Trekker", die längs des Rhenoster- und des Vaalflusses lagerten, waren in kleine Trupps verteilt, was um ihrer großen Herden willen nötig war, damit man sich nicht gegenseitig die Futterplätze streitig machte. So wurden sie denn von den Räuberscharen Selikats' überrascht und zum großen Teil niedergemetzelt.

Nach dieser Mordthat kehrten die Matabele unter Mitnahme alles Viehes in ihre Stadt zurück, kamen aber fünfzehn Tage später in großen Massen aufs neue und fielen nun die Auswanderer am Vechtkop (im späteren Oranjefreistaat) an. Hier hatte aber

*) Auch „Moselikats", „Selikats", „Selkats" und „Moslekats" geschrieben. D. H.

Sarel Celliers ein festes Lager bauen lassen und schlug mit den 33 Mann, die ihm zur Verfügung standen, die ungestümen Angriffe der Zulus auf seine Wagenburg zurück, wobei er den Angreifern schwere Verluste beibrachte. Frauen und Kinder hatten den Verteidigern des Lagers wacker zur Seite gestanden, indem sie Kugeln gossen, die Gewehre luden und in einzelnen Fällen auch selbst das Gewehr in die Hand nahmen, um den Feind niederzuschießen. Bei ihrem Rückzug nach dem Selikatspasse (in der Nähe von Pretoria) und nach Marico, zweien ihrer Hauptplätze, schleppten die Kaffern alles Vieh der Auswanderer, das natürlich in das befestigte Lager nicht hatte aufgenommen werden können, weg, dazu nahmen sie zwei weiße Kinder und drei Bastards mit, von denen man nie mehr etwas gehört hat.

Eroberung einer neuen Heimat.

Eine kleine Schar von Bürgern unter Potgieter verfolgte den Feind bis an den Maricofluß; Gott war mit ihnen und gab ihnen den Sieg bei Zeerust. Sie verfolgten den Feind von hier aus noch weiter und nahmen sein Gebiet in rechtmäßiger Weise in Besitz. Auch ein Teil des Geraubten wurde zurückgewonnen, und dann kehrte das Kommando zurück, nachdem Selikats geflohen war.

Hierauf zog ein Teil der Auswanderer nach Natal weiter; denn um das erworbene Land selbständig zu entwickeln, brauchte man Verbindung mit der Außenwelt, und man hoffte, in Natal, wo sich schon andere Auswanderer niedergelassen hatten und wegen des nötigen Stück Landes unterhandelten, den Hafen von Durban zu bekommen. Aber nach der verräterischen Ermordung Piet Retifes und dem Ueberfall der dortigen Ansiedler durch die Horden Dingaans kehrten die meisten der Auswanderer, darunter mein Vater, in das Gebiet zurück, das von dem heutigen Freistaat und Transvaal umschlossen wird. Die Meinigen ließen sich am Liebenbergvlei im späteren Oranjefreistaat nieder — eine Gegend, die im letzten Kriege durch die Operationen Kitcheners gegen de Wet so bekannt geworden ist. —

Im Jahre 1839 zog aufs neue ein Kommando über den Vaal, um Selikats, der zu rauben und zu plündern fortfuhr, auf-

zusuchen, ihn zu züchtigen und auch das gestohlene Vieh zurückzuschaffen. An dieser Expedition nahm auch ich teil. In Wonderfontein (im heutigen Distrikte Potchefstroom) ließ Potgieter das Wagenlager zurück und setzte mit einem Reiterkommando Selikats nach, der sich immer weiter zurückzog. Das ganze Land war ausgeraubt und ausgemordet. Bei Klein Büffelshoek in den Magaliesbergen nahe bei dem bekannten Olifantflusse fand Potgieter in den dortigen Höhlen den Häuptling Magato, der später in der Nähe von Rustenburg wohnte und noch mehrmals genannt werden wird. Er hatte nur ein kleines Gefolge bei sich, und auf die Frage Potgieters, wo sich Selikats befände, antwortete er, dieser sei bereits über den Krokodilfluß gezogen. Auf die weitere Frage, warum er denn zurückgeblieben sei und sich hier versteckt hielte, sagte er, er sei nächtlicher Weile bei dem Zug nach dem Norden von Selikats weggelaufen und halte sich nun versteckt aus Furcht vor den zurückgebliebenen Banden Selikats', welche noch am Selikatspasse lagerten. Da nun Selikats selbst nicht mehr einzuholen war und ein Angriff auf die feste Stellung am Selikatspasse nicht möglich war, so kehrte das Kommando um und zog wieder nach den Frauenlagern am Rhenoster- und Vaalflusse zurück. Aber bereits im folgenden Jahr (1840) zog Potgieter aufs neue mit einem Kommando aus und zwar diesmal direkt nach dem Selikatspasse. Auch an dieser Expedition nahm ich teil. Am Selikatspasse fand Potgieter eine große Kaffernstadt vor, die er erstürmte. Hierbei kam eine Menge von den Sachen wieder zum Vorschein, welche den von Selikats ermordeten „Trekkern“ gehört hatten.

Bei der Verfolgung Selikats' teilte der Häuptling Mamagali Potgieter mit, daß noch ein Kommando von Selikats zu Strijtpoort im Distrikte Waterberg stände. Potgieter zog sofort dahin und griff auch dieses Kaffernlager an. Aber nach kurzem Gefechte stellte sich heraus, daß hier eine Verwechslung vorlag. Es waren keine Zulus, die wir vor uns hatten, sondern Rooi (rote)-Kaffern, die sich nur gezwungen den Horden von Selikats angeschlossen hatten. Potgieter brach sofort das Gefecht ab, als er den

Irrtum bemerkte. Mamagali, der die Ursache des Angriffes war, wurde festgenommen und nach gehöriger Untersuchung vor dem Kriegsrat zu sechs Monaten Gefängniß verurteilt. Er wäre nicht so leicht davongekommen, wenn er zu seiner Entschuldigung nicht hätte anführen können, daß die Rooi-Kaffern immer mit Selikats zusammen auf dem Kriegspfade gewesen wären, und daß er nicht anders gewußt habe, als daß sie auch Zulus seien.

In der neuen Heimat.

Nun endlich hatten die Wanderer wieder eine einigermaßen sichere Heimat. Daß das bisherige unruhige Leben viele Schäden im Gefolge hatte, spricht von selbst. An Errichtung von Schulen und Kirchen und an eine stetige feste Regelung der äußeren Verhältnisse war nicht zu denken. Dennoch sorgten die Burenväter und -Mütter für eine Erziehung ihrer Kinder, so gut sie sie ihnen geben konnten. Sie wußten, daß sie in einem Lande waren, wo ein Nachholen des Versäumten nicht leicht war und ein Zurückbleiben des Nachwuchses den Untergang des Volkstums bedeutete. Darum lehrte jeder Bur seine Kinder lesen und schreiben und unterrichtete sie aus Gottes Wort. Wenn gegessen und gefüttert war, mußten die Kinder, die am Tische saßen, ein Stück aus der heiligen Schrift lesen, es dann wieder aus dem Gedächtnis hersagen und diesen oder jenen Vers aufschreiben, und das geschah Tag für Tag, wenn es nicht außergewöhnliche Verhältnisse unmöglich machten. So lehrte auch mich mein Vater die biblische Geschichte kennen und unterrichtete mich abends darin. Auch hatte ich, aber doch alles in allem nur ungefähr 3 Monate, Unterricht von einem Lehrer namens Tielman Roos, der nur mit größeren Unterbrechungen sein Amt ausüben konnte. Wenn der Trek an einem „Ausspannplatz“ eine Zeit lang rastete, dann wurde aus Schilf und Gras eine kleine Hütte gebaut, das war die Schulstube für die Kinder der Trekker. So war es auf dem ganzen Wege bis zu den Magaliesbergen, wo mein Vater sich endlich dauernd niederließ.

Am eigenen Herde.

Als ich 16 Jahre alt war, hatte ich das Recht, mir gleich den anderen selbständigen Gliedern unserer Gesellschaft zwei Farmen auszusuchen, eine als Weideplatz und eine zur Bestellung mit Frucht.

Ich wohnte auf Waterkloof und holte mir hierhin noch im Jahre 1842 aus dem Lande südlich des Vaal*) Jungfrau Maria du Plessis als Ehefrau. Die Hochzeit fand im Dorf Potchefstroom statt, das damals im Aufblühen war.**)

Nach einer Zeit der Ruhe wurde im Jahre 1845 ein neuer Zug nach dem Norden ausgerüstet, um das erworbene Land zu besiedeln. Jedem Teilnehmer wurde eine weitere Farm in jenem Teil des Landes versprochen. Schon im Jahre zuvor war eine Kommission, zu welcher auch mein Vater gehörte, nach der Delagoabai gegangen, um sich mit Portugal über die Abgrenzung der beiderseitigen Gebiete zu verständigen, und hatte ein Abkommen getroffen, wonach der Grat der Lebomboberge die Grenze zwischen Portugal und dem Lande der Burenauswanderer bilden sollte. Zusammen mit meinem Vater und den anderen Gliedern unserer Familie begleitete ich als Vizefeldkornett diesen Zug. Wir kamen bis in den Norden des heutigen Lydenburg und gründeten da das Dorf Ohrigstad. Aber unseres Bleibens war hier nicht. Fieber, Krankheiten unter dem Vieh und andere Uebel-

*) Bei einer Reise zum Besuche seiner Braut fand der junge Krüger die reißenden Wasser des Vaal so hoch angeschwollen, daß der Fluß unpassierbar war, aber seine Sehnsucht war größer als die Gefahr und seine Kraft stärker als die Gewalt des Stromes. So trieb er denn seine Pferde mit seinen Kleidern auf dem Rücken in das Wasser und durchschwamm mit ihnen den Vaal unter Umständen, die eine fast sichere Todesgefahr bedeuteten. Der alte Wärter, der an diesem Tage mit seiner Fähre sich nicht über den Fluß zu setzen getraute, las ihm denn auch gehörig den Text. Geholfen hats jedoch nichts. Glücklicherweise dauerte die Verlobung nicht so lang, daß Krüger in Gefahr gekommen wäre, sein Wagestück noch einmal zu wiederholen. D. H.

**) Zu einer kirchlichen Trauung hatten die Buren in jener Zeit fast keine Gelegenheit, ebenso wenig wie zum Schulunterricht und zur richtigen Vorbereitung auf die Konfirmation. Der Bur mußte sich Lehrer, Pfarrer und Beamte mehr oder minder selbst sein. Wie im letzten Kriege, mußte auch damals oft ein „Landdrost" eigens ernannt werden, damit ein Beamter da war, von dem die Ehen „bestätigt" werden konnten. Vielleicht daß von daher der sonst so kirchliche Bur die obligatorische Ziviltrauung schon Jahrzehnte lang, ehe man bei uns für sie „als eine Forderung unserer aufgeklärten Zeit" kämpfte, als etwas ganz Natürliches ansah. D. H.

stände bewogen uns zur Rückkehr nach den Magaliesbergen, wo ich dauernd wohnen blieb und noch mehrere Farmen durch Tausch erwarb. Hier traf mich aber im Januar des Jahres 1846 das Unglück, daß ich meine Frau und das Kindchen, dem sie das Leben gegeben hatte, verlor. Gott schenkte mir eine neue Lebensgefährtin in Jungfrau Gesina Susanna Friederike Wilhelmina du Plessis. Aus dieser Ehe erwuchsen mir 9 Söhne und 7 Töchter, von denen noch 3 Söhne und 5 Töchter am Leben sind.

Ansiedlersorgen. Kaffernschlauheit.

Die erste Sorge für die neuen Ansiedler war, zuverlässige Arbeitskräfte zu gewinnen und dazu die schwarzen Bewohner des Landes heranzuziehen. Das war nicht leicht, denn wenn der Kaffer selbst arbeitswillig war, so suchte er doch seinen Herrn wenigstens auf die eine oder andere Weise zu betrügen. Und wenn er etwas verstand, so wurde er durch seinen Hochmut oft unerträglich. Mit großen und kleinen Mitteln hatten wir dagegen stetig zu kämpfen. Dieser Kampf hatte jedoch auch seine heitere Seite. So schickte ich z. B. einmal — es war um Neujahr — von meiner Farm Waterkloof einen Kaffer nach der Farm meiner Mutter — meinen Vater hatte ich im Jahre 1852 verloren —, um etwas Rosinen zu holen. Meine Mutter sandte mir etwa 5 bis 6 Pfund davon und meldete das in einem Briefchen, das der Kaffer mir auch pflichtgetreu überlieferte. Aus dem Brief sah ich sofort, daß mich der Kaffer betrogen hatte, denn die Rosinen, die er brachte, waren viel weniger, als in dem Brief standen. Ich frug ihn, wie er dazu komme, mich betrügen zu wollen, und warum er fast all die Rosinen aufgegessen habe. „Der Brief, den du mir gebracht hast, sagt es ja, daß du davon genommen hast.“ „Bas“ (Herr) erwiderte der Kaffer, „der Brief lügt; ich habe ihn doch hinter den großen Felsen unter einen Stein gelegt und mich dann mit den Rosinen auf die andere Seite des Felsens gesetzt; wie kann er da gesehen haben, ob ich Rosinen gegessen habe.“ Als ich ihn aber überzeugte, daß der Brief das trotzdem wisse, bekannte er demütig seine Schuld, aber klar war ihm die Sache nicht.

Einen sehr treuen Kaffer Namens April hatte ich auf einer anderen meiner Farmen, in Boekenhoutfontein im Distrikte Rustenburg. Im Winter zog ich mit meinem Vieh nach Saulspoort

in der Gegend von Pilaansberg. Vor meinem Weggehen rief ich diesen Kaffer abseits und sagte ihm: „Ich will dich einen Brief lesen lernen", nahm dann ein Stück Papier und zog Striche darauf. „Die längsten Striche", sagte ich ihm, „bedeuten Melonen*), die zweitlängsten Apfelsinen, und die kürzesten Mandarinen. Von jeder Sorte dieser Früchte sendest du mir von Zeit zu Zeit so viel, als der Brief, den dir ein Bote überbringt, längere oder kürzere Striche enthält; auch giebst du dann dem Boten wieder einen Brief mit, worin du mir durch Striche mitteilst, wie viel von jeder Sorte du gesandt hast, und klebst den Brief gut zu." Der Kaffer war nun fürchterlich stolz auf seine Schreib- und Lesekunst und dünkte sich mehr als jeder andere Kaffer. Ich hätte ihm nicht erst zu befehlen brauchen, daß er das Geheimnis niemand mitteile, er hätte es ohnehin nicht gethan. Später sandte ich nun Boten an ihn, denen ich einfach sagte: „Bringt diesen Brief an April, er wird euch dann mitgeben, was ich darin fordere." Das geschah denn auch, und als sie mit einem Brief von April zurückkamen, sagte ich ihnen: „Gebt mir den Brief her, den April geschrieben hat, damit ich sehen kann, ob ihr mich nicht betrogen habt." Das war den Beiden denn doch allzu wunderbar, und die Gelehrtheit Aprils erweckte ihren Neid und ihre Bewunderung. Ueberall erzählte man von dem weisen April, der plötzlich habe lesen und schreiben lernen.

In jener Zeit gab es in unserem Lande noch keine Missionare, aber ein gottesfürchtiger Kaffer mit Namen David suchte seine Landsleute auf, um sie aus Gottes Wort zu unterrichten. Wie nun dieser David die Kaffern in meiner Gegend die Bibel lesen lernen wollte, weigerten sie sich, schreiben und lesen zu lernen. „Warum," fragten sie, „müssen wir uns mit dem Schreibenlernen abquälen, um das „Buch" zu lesen und dann das Gelernte später wieder schreiben

---

*) Das Wort „Melonen" ist einigermaßen willkürlich gewählt. Krüger nennt es „pampelmoese"; da aber eine Frucht dieser Art, eine Art großer Zitronen, bei uns nicht existiert und es hier nur darauf ankommt, eine größere Frucht, als es die Apfelsine ist, zu nennen, so wählte ich dafür die Melone. D. H.

zu können, wo doch der Kaffer von Paul Krüger lesen und schreiben kann, ohne daß er das „Buch" kennt und schreiben zu lernen gebraucht hat?" Nun kam David zu mir und klagte mir seine Not, und um den Widerstand der Kaffern zu beseitigen, war ich nun gezwungen, David mein Geheimnis zu verraten. April war mir sehr gram darum, denn mit der Bewunderung durch seine Kameraden war's nun vorbei.

In den ersten Jahren unserer Ansiedlung wie schon auf den Wanderzügen erwuchs uns auch die Aufgabe, das rechtlich erworbene Land zu säubern von den Raubtieren, die hier bisher neben wilden Stämmen uneingeschränkt geherrscht hatten, und so unsere Weideplätze zu sichern. Jeder Bur hatte an dieser Arbeit seinen persönlichen Anteil, und auch die heranwachsende Jugend, die schon aus Lust an Abenteuern die Jagd leidenschaftlich trieb, trug zu dem Erfolge, das Land bewohnbar zu machen, ihr gut Teil bei.

Jagdabenteuer.

Ich kann natürlich heute nicht mehr sagen, wie viele Raubtiere ich erlegt habe. Es ist zu viel, um das alles zu behalten, zumal was Löwen, Büffel, Rhinozerosse, Giraffen und anderes großes Wild angeht, und außerdem sind es fast 50 Jahre her, daß ich auf keinem größeren Jagdzuge mehr war. Auch an alle Einzelheiten kann ich mich nicht mehr erinnern. Soviel ich noch weiß, habe ich zwischen 30 und 40 Elefanten und 5 Flußpferde („Seekühe") selbst geschossen. Von Löwen, die ich allein geschossen habe, weiß ich fünf. Wenn ich eigens auf Jagd ging, nahm ich mir außer guten Pferden allzeit einen Begleiter mit. Auf ausgedehnten Jagdzügen ließ ich gewöhnlich zwei oder drei Wagen von armen Leuten mitfahren, um ihnen das geschossene Wild zu überlassen.

Auf der Löwenjagd.

Meinen ersten Löwen schoß ich im Jahre 1839. Ich war damals 14 Jahre alt. Unsere Herden weideten am Rhenosterflusse im heutigen Oranjefreistaat, als ein Löwe uns nach einander mehrere Rinder raubte. Zu Sechsen — ich war zwar der

Siebente, zählte aber nicht mit — machten wir uns auf, den Löwen zu suchen. Wir waren alle zu Pferd und ritten zu drei und drei in größerer Entfernung von einander. Als wir den Löwen endlich zu Gesicht bekamen, hatte er auch uns schon erblickt und stürmte sofort auf uns los. Die drei Erwachsenen, die ich begleitete, mein Vater, mein Oheim und mein Bruder, banden rasch die Pferde an einander und drehten sie herum, daß ihre Köpfe von dem Löwen abgewendet waren — etwas, was wir bei der Löwenjagd regelmäßig thun. Denn wenn die Pferde den Löwen sehen, so ist immer Gefahr, daß sie erschrecken und die Flucht ergreifen.

Meine Angehörigen verteilten die Plätze. Ich blieb hinter — oder vom Löwen aus gerechnet: vor — den Pferden sitzen, das Gewehr auf den Löwen gerichtet, der auf uns zukam. Dicht an mich herangekommen, duckte sich das Tier zum Sprung, um, wie es mir schien, an mir vorbei auf die Pferde zu springen. Im Sprung schoß ich ihn und traf ihn glücklicherweise tötlich, so daß er beinahe auf mich fiel. Meine Begleiter liefen sofort herbei, um mir zu helfen. Aber es war unnötig, der Löwe war bereits tot. Es war ein starkes Tier.

Auf den Schuß hin jagten dann auch die drei übrigen Jagdgefährten herzu, und nun stand alles um den Löwen herum, um das Geschehene zu besprechen. Ein gewisser Hugo kniete vor dem Löwen nieder, um seine Zähne zu messen, die auffallend groß waren. Ich trat bei der Betrachtung des Tieres, ohne etwas Böses zu denken, dem Löwen auf den Bauch, und da gab dieser mit einem Male ein mächtiges Brüllen von sich, so daß Hugo das Zähnemessen vergaß und vor Schreck auf seinen Rücken fiel. Die anderen schüttelten sich vor Lachen, denn es ist eine jedem Jäger bekannte Thatsache, daß ein geschossener Löwe einige Zeit nach seinem Tode bei einem Tritt auf den Leib noch einmal ein kurzes Gebrüll ausstößt, gleich als ob er noch lebte. Der Atem, der noch in dem Löwen ist und bei dem Stoß auf den Bauch sich gewaltsam einen Weg durch die Kehle erzwingt, bringt diesen Ton hervor. Hugo wußte das natürlich auch, aber er hatte nicht daran gedacht und schämte sich nun über sein Erschrecken. Zornig

stürzte er auf mich los, um mich durchzuprügeln. Aber lachend wehrten es ihm die anderen, indem sie ihm klar machten, daß ich ihm nur in meiner Unwissenheit diesen Schreck eingejagt habe.

Meinen zweiten Löwen schoß ich hinter den Magaliesbergen am Hexflusse. Mein Oheim Theunis Krüger und ich waren hinter einem Trupp Antilopen her, als mein Pferd die Kräfte verließen und ich allein zurückblieb. Im Schritt reitend traf ich auf einen Trupp Löwen. Flucht war mir mit meinem ermatteten Pferde unmöglich. Plötzlich verließ einer der Löwen die Gruppe und stürmte auf mich zu. Ich ließ ihn bis auf 20 Schritte herankommen und schoß ihn dann durch den Kopf. Die Kugel drang durch den Kopf in den Körper. Der Löwe fiel nieder und zwar so, daß sein Kopf von mir abgewendet lag, sprang aber gleich wieder auf und zu seiner Gesellschaft zurück, während ich aufs neue lud. Bei der Gruppe angekommen, fiel der Löwe tot nieder. Ermutigt durch den Erfolg, griff ich auch die anderen an. Aber vergeblich. Sie flüchteten in den nächsten Berg, und einzuholen vermochte ich sie nicht. Einige Jahre später hatte ich an demselben Orte wieder eine Begegnung mit Löwen, die uns Rinder geraubt hatten. Auch diese flüchteten und zwar in denselben Berg, jedoch glückte es mir diesmal, zwei von ihnen zu erschießen, während meine Gefährten, die nicht so rasch laufen konnten, um die Beute kamen.

Meinen fünften Löwen schoß ich im Lydenburgdistrikt auf einem Trek nach dem Olifantfluß. Der Löwe hatte uns einige unserer Rinder geraubt, und wir verfolgten ihn deshalb. Ich hatte diesmal einen sehr guten, treuen Hund bei mir, der mir überall hin folgte und auch die Löwen in dem Gestrüpp aufspürte. Als er den Löwen gefunden hatte, stellte er ihn unter lautem Gebell, während der Löwe zornig brüllte. Sobald der Hund mich sah, ging er etwas zur Seite. Der Löwe wollte nun auf mich los, aber im Moment, wo er losbrach, fiel ihn der Hund von hinten an, so daß es mir keine allzu große Schwierigkeit machte, einen tötlichen Schuß anzubringen. Das war der fünfte Löwe, den ich allein tötete. In Gesellschaft von anderen habe ich natürlich noch viel mehr geschossen.

Auf der Nashornjagd.

Auf dem Zuge gegen Selikats bei der Rückkehr von einem Patrouillenritt war es, wo ich mein erstes Nashorn schoß. Mein Oheim Theunis Krüger erlaubte mir, als Erster zu schießen, und es glückte mir, das Tier mit dem ersten Schuß zu töten.

Unter einem Nashorn.

Viel schlimmer ging es mir auf einer späteren Nashornjagd, die ich in Begleitung meines treuen Jagdgenossen, meines Schwagers N. Theunissen, unternahm. Ich muß vorausschicken, daß wir eine Absprache getroffen hatten, wonach jeder von uns berechtigt war, den anderen tüchtig durchzuprügeln, falls dieser entweder zu unvorsichtig handelte oder aus Feigheit ein angeschossenes Stück Wild entkommen ließ. An dem Morgen, an dem wir auf die Jagd gingen, war unglücklicherweise mein Gewehr in Unordnung. Ich mußte darum ein anderes (zweiläufiges) Gewehr mitnehmen, dessen Lauf in der Mitte durchsägt war, so daß seine Treibkraft sehr vermindert war. Ich wußte also im voraus, daß ein Schuß z. B. auf ein Nashorn ziemlich wirkungslos bleiben mußte, wenn er nicht gerade die Stelle traf, wo das Fell am dünnsten war.

Wir bekamen drei Nashörner, einen Bullen und zwei Kühe von den sogenannten „Zwartharnoster"*), also von der gefährlichsten Sorte, zu Gesicht. Die Verfolgung der zwei Kühe übertrug ich Theunissen und befahl ihm an, sie ja nicht aus dem Auge zu verlieren. Ich selbst übernahm es, zuerst den Bullen zu töten und dann bei der Verfolgung der Kühe zu helfen. Wegen des dichten Buschwaldes mußte mein Kamerad von Zeit zu Zeit Schüsse abgeben, damit ich wußte, wo er sich befand. Ich jagte nun an meinem Nashorn vorbei und sprang dann ab, um zu schießen. Ich stellte mich so, daß es ungefähr auf 10 Schritte an mir vorbei mußte, um dadurch eine gute Gelegenheit zu bekommen,

*) Das Wort „harnoster" ist entstellt aus „rhenoster", dem eigentlichen Burenausdruck für Rhinozeros oder Nashorn. „Zwartharnoster" ist ein schwarzes Rhinozeros. Daneben gibt es in der Naturkunde der Buren auch ein „Witharnoster" (Weißes Rhinozeros). Den Unterschied bezeichnet Präsident Krüger also: Das schwarze „harnoster" hat 2 Hörner, das weiße nur 1; außerdem hat das schwarze infolge seines breiten Maules eine andere Gesichtsbildung. Das schwarze „harnoster", auch „Magal" von den alten Trekkern genannt, nimmt den Menschen an und greift ihn sogar ohne Veranlassung an, was das weiße nicht thut. D. H.

es an einer gefährlichen Stelle zu treffen. Mein Schuß war denn auch direkt tötlich. Sofort sprang ich dann wieder aufs Pferd und eilte in der Richtung, aus der ich Theunissen schießen hörte. Unter dem Jagen lud ich mein Gewehr aufs neue. Gerade wie ich ihn erreichte, brachte er einen zweiten Schuß auf das eine „seiner" beiden Nashörner an, das bereits einen Schuß hatte. Das Tier blieb stehen, dagegen sah ich, da das Gestrüpp hier nicht so besonders dicht war, das zweite Nashorn weglaufen und begab mich sofort auf die Verfolgung. Wie ich an meinem Gefährten vorbeiritt, rief er mir zu: „Steige ja nicht vor dem Tier ab, denn es ist sehr wild und läuft sehr rasch!" Ich legte jedoch kein Gewicht auf diese Warnung, da Theunissen immer etwas sehr vorsichtig war, sprang von meinem Pferd ab und lief an dem Rhinoceros schief vorbei. Kaum hatte mich dieses gesehen, so nahm es die Richtung nach mir und stürmte wütend an. Ich ließ es auf 3 oder 4 Meter herankommen und drückte dann los, aber das Zündhütchen versagte, und zu einem zweiten Schuß war keine Zeit. Das Tier war dicht an mir, und mir blieb nichts übrig als umzudrehen und zu flüchten, aber dabei verfing sich mein Fuß in dem Dornengestrüpp auf der Erde, ich schlug hin und lag auf dem Gesicht. Im Falle hatte mich das wilde Tier schon erreicht. Der erste Stoß mit seinem gefährlichen Horn strich mir gerade über den Rücken hin. Mit der Nase drückte es mich auf den Boden fest und wollte mich zerstampfen. In demselben Moment drehte ich mich aber unter dem Tiere um und schoß ihm den zweiten Lauf unter das Blatt gerade ins Herz. Es war meine Rettung gewesen, daß ich in dem Augenblick der größten Gefahr mein Gewehr nicht aus der Hand gelassen hatte. Das Nashorn sprang nun von mir weg, fiel aber einige Meter weiter tot nieder.

Mein Schwager Theunissen tauchte nun auch auf dem Schauplatz auf, sprang in einer Entfernung von ungefähr 50 Metern vom Pferde und lief, was er konnte, auf mich zu, indem er nicht anders dachte, als daß sich bei dem Kampfe auf Leben und Tod mein Gewehr entladen und mich selbst tötlich verletzt habe. Wie er aber näher kam und sah, daß ich aufstand

und noch lebte, faßte er nach seinem Sjambok (Ochsenpeitsche) und begann — wie er sagte, unserer Verabredung gemäß — mich damit zu bearbeiten, weil ich zu unvorsichtig gehandelt und seine Warnung mißachtet habe. Was ich ihm auch für gute Worte gab und zu meiner Rechtfertigung vorbrachte, es half nichts; auch nicht, als ich ihn darauf hinwies, daß mich das Tier bereits so getreten und gequetscht habe, daß er mir die verdiente Strafe wohl schenken könne. Ich mußte mich schließlich hinter den Dornbüschen verschanzen. Das war aber auch das erste und letzte Mal, daß er Gelegenheit fand, mich zu hauen.

Auf der Büffeljagd.

In der Nähe der Stelle, wo ich die ersten Elefanten gesehen hatte, in einem großen Schilfsumpf, schoß ich auch meinen ersten Büffel. Eine Büffelherde kam aus dem Thal und flüchtete den Bach aufwärts. Wir jagten den Tieren nach, ich an der Spitze. Als ich absprang, um zu schießen, verließ eine Büffelkuh die flüchtende Herde und griff mich an. Ich stand aber bereit, und wie sie dicht vor mir war, schoß ich ihr das Schulterblatt entzwei. Sie war jedoch so im Schusse, daß sie mich noch umrannte und über mich hinwegstürmte, ohne mich jedoch zu treten. Am jenseitigen Ufer des Baches, in den sie sich geflüchtet hatte, holten wir sie ein und gaben ihr den Gnadenstoß.

Mein nächstes Abenteuer mit Büffeln hatte ich bei der Farm am Bierkraalspruit. In dem 4 bis 5 Meter hohen Gestrüpp steckte eine Anzahl Büffel, als wir unserer sechs auf der Jagd dorthin kamen. Ich drang zunächst allein in den Buschwald ein, um zu sehen, ob zum Schuß zu kommen sei. In den dichten Büschen ging ich an einem Trupp Büffel vorbei, ohne etwas von ihnen zu merken, stieß aber gleich darauf auf einen anderen Trupp dieser „Biester". Sofort nahm mich ein großer Büffel an, aber zu meinem Glück standen seine Hörner so weit auseinander, daß sich zwischen ihnen bei jedem Stoß nach mir die Büsche und Bäume fingen, so daß nicht nur jedem Stoß die Kraft genommen wurde, sondern mich der Büffel auch immer einen Augenblick aus den Augen verlor. Bei der Flucht aus diesem Busche geriet ich mitten unter den Trupp von Büffeln, an dem ich zuerst, ohne es zu merken, vorbei gelaufen

war. Bei dem dichten Gesträuch sah ich auch jetzt nichts von der Gefahr, als bis ich mit einem Büffel zusammen stieß, der gerade im Begriff war, aufzustehen. Unwillig über die Störung trat das Tier nach mir und riß mir meine Kleider auf dem Leibe entzwei. Meine Gefährten, die außen stehen geblieben waren, konnten einen Moment den Fuß des Büffels sehen, als er nach mir trat, und dachten, es seien seine Hörner — so hoch hatte das Tier getreten. Ich kam aber glücklicher Weise mit dem Schrecken davon.

Ringkampf mit einer Büffelkuh.

Eine sehr ungemütliche Begegnung mit einem Büffel hatte ich bei Vleeschkraal im Waterbergdistrikte, als ich dort mit meinem Schwager N. Theunissen auf der Jagd war. Ich hatte eine Büffelkuh angeschossen, die sich in dichtes Dornbuschwerk flüchtete. Da ich dorthin zu Pferd nicht folgen konnte, übergab ich mein Pferd meinem Bruder Nicolaas und folgte dem Büffel auf dem Fuße nach, um ihn ja nicht aus dem Auge zu verlieren, denn das dichte Gestrüpp machte jeden Ausblick unmöglich. Während ich noch glaubte, der Verfolger zu sein, tauchte der Büffel plötzlich dicht vor mir auf und griff mich an. Ich wollte schießen, aber mein Feuersteingewehr versagte. So blieb mir nichts übrig, als mein Heil in der Flucht zu suchen. Nun hatte es aber viel geregnet, und gerade hinter mir hatte sich ein großer Sumpf gebildet, und hier hinein fiel ich, als ich zurückzuspringen suchte. Der Büffel fiel gleichzeitig mit mir in diesen Sumpf und stand drohend über mir, ehe ich mich wieder aufrichten konnte.

Mein Gewehr lag im Wasser und konnte mir nichts helfen. Der Büffel stieß nach mir, rannte sich aber gleich beim ersten Stoß sein eines Horn in der Erde fest. Sofort griff ich nach dem anderen Horn und versuchte den Kopf des Tieres unter Wasser zu bringen, um es zu ersticken. Das ging aber sehr schwer, denn das Horn war vom Schlammwasser sehr glatt, und ich mußte beide Hände gebrauchen und alle Kraft anspannen, um den Büffelkopf unter Wasser zu halten. Als ich fühlte, daß meine Kraft zu Ende ging, ließ ich die eine Hand los, um mein großes Jagdmesser zu fassen, das ich auf der Hüfte trug, und

damit mich meines Gegners zu entledigen. Meine eine Hand war aber zu schwach, um das Tier festzuhalten. Es riß sich los und richtete sich auf. Es befand sich aber in einem traurigen Zustand: beinahe erstickt und die Augen voll Schlamm, so daß es nicht sehen konnte. Ich sprang auch auf und versteckte mich hinter dem nächsten Busch, während der Büffel in entgegengesetzter Richtung davon lief. Als er verschwunden war, holte ich mein Gewehr aus dem Pfuhl. Ich sah nicht weniger schrecklich aus als der Büffel, bedeckt mit Moder und Schlamm. Theunissen hatte wohl gehört, daß etwas los war, aber er konnte mir nicht zu Hilfe kommen, denn zu Pferde war durch die Dornen nicht durchzukommen.

Nachdem ich mich einigermaßen gesäubert hatte, verfolgte ich die anderen Büffel, und es glückte mir nun wenigstens, noch einen zu schießen.

Auf der Elefantenjagd.

Auf dem Zug gegen Selikats, der kurz zuvor unsere Leute überfallen und niedergemetzelt hatte, wurde ich von Wonderfontein aus, wo unsere Wagen zurück blieben, mit einer starken Patrouille ausgesandt, um den Standpunkt des Feindes festzustellen. Beim Olifantspasse in der Nähe von Rustenburg, der von dieser Begegnung seinen Namen bekommen hat, stießen wir auf einen großen Trupp Elefanten, die gerade über den Paß zogen. Mein Vater jagte ihnen nach, aber Kommandant Potgieter hinderte ihn am Schießen, da man nicht wußte, ob der Feind nicht in der Nähe war. Das waren die ersten Elefanten, die ich sah.

Wettlauf auf Leben und Tod.

Die größte Lebensgefahr bestand ich in einem Wettlauf mit einem Elefanten. Adriaan van Rensburg und ich waren eines Tages im „Veld", um Elefanten zu schießen. Als wir den ersten Trupp zu Gesicht bekamen, war van Rensburg ein Stück hinter mir. Ich galoppierte voraus, um eine gute Gelegenheit zum Schuß zu bekommen. Auf Rensburg warten konnte ich nicht, denn das Pferd, das ich damals ritt, war besonders feurig und hatte die Gewohnheit, wenn ich absprang zum Schießen, immer erst noch einmal im Kreis um mich herum zu laufen. Ich mußte also immer

erst mein Pferd beruhigen oder festhalten, ehe ich zum Schusse kam. Schief vor den Elefanten sprang ich ab. Einer von ihnen hatte mich bereits bemerkt und lief, was er konnte, durchs Gebüsch hinter mir her. Ich wußte in diesem Augenblick noch nichts von der Gefahr und ahnte nicht, daß der Elefant hinter mir her war. Van Rensburg aber hatte alles gesehen und schrie, so laut er konnte, um mich zu warnen. Erst jetzt sah ich, was im Werke war, und daß der Elefant bereits die nächsten Büsche hinter mir „platt“ trat. Ich wollte wieder aufs Pferd springen, aber der Elefant lag thatsächlich schon auf mir; die Büsche, die er zusammentrat, drückten mich auf die Erde und machten es mir unmöglich aufzuspringen. Ich ließ also mein Pferd los und sprang quer am Elefanten vorbei. Er verfolgte mich unter lautem Trompeten und Schreien und schlug beständig mit seinem Rüssel nach mir. Nun hieß es laufen auf Leben und Tod. Allmählich gewann ich jedoch Vorsprung, so daß mich wenigstens Schläge mit dem Rüssel bald nicht mehr erreichten.

Die Kaffern, die auch mit uns waren, standen etwa 100 Meter von mir entfernt. Als sie sahen, was mit mir geschah, fingen sie auch an zu laufen: sie voraus, ich hinten nach und hinter mir in wütender Verfolgung der Elefant. Ich kam nun auf den Gedanken, einen von den Kaffern, nämlich den, der am schwächsten lief, zu fangen, und falls dann der Elefant auf den Kaffer losstürme, eben zur Seite zu treten und das Tier aus nächster Nähe niederzuschießen. Mein großes Gewehr, einen Vierpfünder, hatte ich immer noch in der Hand. Aber der Elefant war inzwischen so ermüdet, daß er die Jagd von selbst aufgab und stehen blieb. Van Rensburg kam nun angejagt, um mir zu helfen, aber das Pferd trat in ein mit Gras überwachsenes Loch, taumelte und stürzte mit dem Reiter, der seinen Fuß nicht aus dem Steigbügel bringen konnte, zu Boden. Unterdessen hatte der Elefant sich auf die Flucht begeben. Als van Rensburg wieder auf die Beine kam, sagte ich zu ihm: „Jage doch in dieser Richtung“ — ich zeigte ihm die Richtung mit dem Finger — „und suche mein Pferd zu fangen!“ Der Elefant hatte sich erst nordwärts gewendet, war

aber dann in westlicher Richtung abgebogen, um seine Gesellschaft einzuholen, die in derselben Richtung gezogen war. Ich sagte noch zu van Rensburg: „Wenn du mein Pferd hast, so bringe es mir nach. Ich werde inzwischen den Trupp Elefanten verfolgen und ihn nicht aus dem Auge lassen, bis du wieder bei mir bist." Das Elefantenweibchen, das mich verfolgt hatte, bekam ich bald wieder zu Gesicht; es hatte ein Junges, das ein Stück hinter seiner Mutter nachlief. Ich eilte hart an dem Kalbe vorbei, um an den alten Elefanten zu kommen. Aber der junge Elefant fing sofort an zu schreien, als er mich sah, und lief mir nach, und die Mutter, die sich bei dem Schrei sofort umdrehte, konnte mich gerade noch sehen, wie ich in das nächste Gestrüpp sprang. Ohne mich umzuschauen, lief ich das Gestrüpp durch und zwar in anderer Richtung, als ich hineingelaufen war. Hier stieß ich auf van Rensburg, der mit meinem Pferd ankam und mir zurief: „Hier sind Tsetsefliegen, wir müssen umkehren." Ich antwortete: „Nun gut, dann gehe einstweilen voraus, ich muß unbedingt erst noch einen von den Elefanten schießen, die mir so zugesetzt haben."

Das Elephantenweibchen mit dem Jungen war unterdes verschwunden, aber es glückte mir doch, von dem Trupp zwei zu schießen, worauf ich den Rückweg antrat. Mein Pferd, ein sehr wertvolles Tier, das den Namen „Tempus" trug, war aber derweilen von den giftigen Fliegen gestochen worden, und kurz nach der Heimkehr, als die Regenzeit begann, wurde es krank und starb, nachdem es von dem Fliegengift fast völlig ausgezehrt war.

Hundestreue. Auf einer größeren Löwenjagd, die wir gemeinschaftlich unternahmen, hatte ich Gelegenheit, die Treue eines Hundes in merkwürdigerweise kennen zu lernen. Wir hatten eine ganze Meute bei uns, welche bellend die Löwengruppe umringte, die wir nach langem Suchen gefunden hatten. Einer der Hunde ging aber nicht weiter von uns weg als ungefähr 20 Schritte. Da blieb er stehen und bellte und war durch kein Mittel weiter zu bringen. Er war zu ängstlich, um sich den anderen Hunden beizugesellen, und zu treu, um uns zu verlassen. Plötzlich

aber fielen die Löwen die Hunde an, und diese stoben nach allen Richtungen auseinander. Einer der Löwen stürmte auf uns ein, und nun — war der ängstliche Hund der einzige, der nicht flüchtete, sondern auf seinem Posten aushielt. Er zitterte und heulte vor Furcht — ganz abgesehen von anderen Spuren seiner Angst, die er hinterließ — und sah sich alle Augenblicke nach seinem Herrn um, ob denn dieser noch nicht die Flucht ergreife. Aber der Herr blieb, und so blieb der Hund auch. Schon war der Löwe bis auf 10 Schritt an den Hund herangekommen, als wir ihn niederschossen; und auch jetzt war der ängstliche Hund der einzige, der den Löwen anfiel, als dieser im Feuer zusammenbrach. Er war fast gestorben vor Angst, aber um seines Herren willen geblieben.

Einen Daumen eingebüßt.

Es war im Jahre 1845, daß ich nahe bei Sekukunis „Stadt“ und nicht weit von der Stelle, wo der Spekboomfluß in den Steelpoortfluß mündet (in Nordosttransvaal), mit meiner Frau und meinen Brüdern Douw und Theunis und des ersteren Frau rastete. Wir hatten unsere Wagen ausgespannt, und ich ging im Laufe des Tages ins „Veld“, um Wild zu schießen. Ich hatte meinen alten großen Vierpfünder mit und war zu Pferd. Nach ungefähr einstündigem Ritte stieß ich auf ein Rhinozeros und schoß. Das Tier war aber nur verwundet und floh in den dichten Buschwald. Ich sprang sofort von meinem Pferd, um für einen zweiten Schuß bereit zu stehen, ging aber nur 4 oder 5 Schritte weit, um sofort, wenn das Rhinozeros umkehren und mich angreifen sollte, ohne daß ich zum Schuß käme, wieder aufspringen zu können. Es glückte mir allerdings, nochmals zum Schuß zu kommen, aber bei diesem Schusse sprang mein Gewehr gerade da, wo ich es mit meiner linken Hand festhielt. Mein linker Daumen lag mit dem Schloß und dem Ladestock des Gewehres vor mir auf dem Boden, während der Lauf des Gewehres hinter mir zu Boden fiel. Ich konnte mich keinen Augenblick besinnen, denn das Tier stürmte gegen mich an. Ich sprang also rasch auf mein Pferd und jagte zurück, verfolgt von dem Rhinozeros bis zum Uebergang eines kleinen Baches, wo

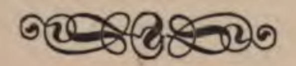
mein Verfolger fiel, während ich in der Richtung nach unseren Wagen weiter ritt. Am folgenden Tag gingen Leute unseres Lagers auf der Spur meines Pferdes zurück an den Ort des Unheils, und da fanden sie zuerst das Rhinozeros, verwundet, aber noch lebend, und als sie auf der Blutspur weiter gingen, die Ueberreste meines Gewehres und den Daumen.

Meine Hand war schrecklich zugerichtet. Alles Fleisch hing herunter und, was von der Vorderhand noch übrig war, hing lose herab. Die großen Adern waren aufgerissen, und die Muskeln lagen bloß. Ich blutete aus der Wunde wie ein Schaf, wenn es geschlachtet wird. Beim Reiten hatte ich noch Gelegenheit gefunden, ein großes weißes Tuch um die Wunde zu binden, damit das Pferd nicht so arg von dem Blut bespritzt würde. Bei meiner Ankunft bei den Wagen saßen meine Frau und meine Schwägerin am Feuer, und damit sie nicht sehr erschraken, ging ich lachend auf sie zu. Meine Schwägerin sagte noch, indem sie auf meine Hand deutete: „Schau, was Bruder Paul für ein fettes Stück Wild geschossen hat", denn das blutige Tuch sah gerade aus wie ein Stück rohes Fleisch. Meiner Frau rief ich zu, sie solle nicht herankommen, sondern mir das Terpentin aus dem Wagen holen, denn ich habe mir die Hand verletzt. Unterdessen bat ich meine Schwägerin, mir das Bandelier abzunehmen, und dabei sah sie, daß meine Hand zerrissen war und ich so bleich aussah, denn ich hatte fast kein Blut mehr in mir. Wiederholt erneuerte ich dann die Terpentinumschläge, weil das ein gutes Mittel ist, die Adern, wie die Buren sagen, „tot zu brennen" und so das Blut zu stillen, und sandte meinen jüngsten Bruder — damals war er wirklich noch jung —, nach dem eine halbe Stunde entfernten Lager von anderen Buren, um dort noch mehr Terpentin zu holen. Von da kamen nun Hermanus Potgieter, der später von den Kaffern auf so gräßliche Weise ermordet wurde, mit seinem Bruder an. Der erstere kam auf den Wagen, und als er die Wunde sah, rief er aus: „Nein, die Hand ist zu schrecklich, die kann nie heilen" und stieg dann rasch wieder herunter, da er ohnmächtig zu werden drohte. Sein Bruder aber sagte — wahr-

scheinlich um mich zu trösten —: „Ach was, ich habe schon gräßlichere Wunden gesehen, bring nur mehr Terpentin herbei." Nun wurde unser Wagen eingespannt und nach dem Lager gezogen. Dort riet man mir, einen Doktor holen zu lassen, um mir die Hand abzunehmen. Aber ich weigerte mich entschieden, mich freiwillig noch weiter verstümmeln zu lassen. Von meinem Daumen waren beide Glieder ab. Inzwischen aber zeigte sich, daß noch ein Stück des Knochens weg mußte. Ich nahm mein Taschenmesser zur Hand, um diese Operation zu vollziehen, aber man riß es mir weg. Später glückte es mir, ein anderes Messer zu erwischen, und nun schnitt ich den Daumen über den Ballen herüber ab, so weit es nötig war. Die ärgste Blutung war jetzt schon gestillt, aber trotzdem war die Operation sehr schmerzhaft. Arzneimittel zum Stillen des Schmerzes hatte ich jedoch nicht, und so bemühte ich mich, mir bei der Operation einzureden, daß es ja gar nicht meine Hand, sondern die eines anderen sei, in die ich schneide.

Langsam begann die Wunde zu heilen. Die Frauen streuten fein gemahlenen Zucker auf die Wunde, und ab und zu mußte ich selbst das kranke Fleisch und das Blut auf der Wunde mit meinem Taschenmesser entfernen. Später bekam ich den Brand in die Hand. Verschiedene Mittel wurden angewendet, aber keines wollte helfen. Bereits zeigten sich schwarze Streifen, die sich bis zur Schulter hinaufzogen. Nun schlachtete man einen Bock, nahm den Bauch heraus, schnitt ihn, während er noch warm war, auf, und da hinein steckte ich meine Hand. Dieses Burenmittel half, und als der zweite Bock an die Reihe kam, war die Gefahr schon vermindert. Immerhin dauerte es noch sechs Monate, bis die Wunde einigermaßen geheilt war, und ehe sie ganz geheilt war, war ich bereits wieder auf der Jagd.

Die Kraft des gebrauchten Heilmittels schreibe ich dem Umstande zu, daß so viel Kräutergesträuch an dem Spekboomfluß wächst, wo die Böcke gewöhnlich grasen.





II. Hauptstück.

Beginn der öffentlichen Wirksamkeit.

Bereits im Jahre 1842 war Paul Krüger zum Vizefeldkornett ernannt worden, aber von Bedeutung wurde seine Stellung erst, als er im Jahre 1852 zum wirklichen Feldkornett gewählt wurde. Als solcher begleitete er in diesem Jahre den alten Generalkommandanten*) A. W. J. Pretorius nach dem Zandflusse, wo der wohlbekannte Zandriviertraktat geschlossen wurde.

Straf-expedition gegen Sechiel.

Noch in demselben Jahre fand der Feldzug gegen den Bakwena-Häuptling Sechiel (auch „Setyili“ oder „Setscheli“) statt, woran Krüger als Kommandant teilnahm. Dieser Sechiel gewährte einem anderen Kaffernhäuptling mit Namen Moseliel (auch „Moselele“ genannt), der in der Südafrikanischen Republik Mordthaten verübt hatte, Unterschlupf und weigerte sich, ihn auszuliefern. Das Ersuchen um Auslieferung beantwortete er mit der

*) Seitdem Pretorius, der zuerst im Freistaate den Kampf um die Selbständigkeit gegen England geführt hatte, nach Transvaal gekommen war, hatte die Volksversammlung (1849) Potgieter zum Generalkommandanten auf Lebenszeit erwählt; schließlich aber mußte man drei Generalkommandanten mit gleichem Rechte wählen, um Streit zu vermeiden, und so wurde Pretorius Generalkommandant der Distrikte Potchefstroom und Rustenburg, wo auch Krüger wohnte. D. H.

brutalen Erklärung: Wer Moseliel haben wolle, müsse ihn aus seinem Magen holen. Er wollte damit sagen, bei ihm sei Moseliel so sicher geborgen wie die Speise, die er gegessen habe. Ein Kommando unter Befehl des Hauptkommandanten Scholtz und des neugewählten (stellvertretenden) Kommandanten Paul Krüger wurde abgesandt, um ihn zu züchtigen. Als das Kommando vor Sechiels Stadt ankam, sandte der Kaffernhäuptling an den Kommandanten Scholtz einen Boten und ließ ihm sagen, er wolle ihm morgen nichts thun, denn da sei Sonntag, aber am Montag wolle er ordentlich mit ihm abrechnen. Zugleich ließ er ganz naiv — wahrscheinlich für die Gefälligkeit, daß er uns den Sonntag über „verschonte" — um etwas Kaffee und Zucker ersuchen. Kommandant Scholtz ließ Sechiel zurücksagen, er habe wohl Kaffee und Zucker, aber nicht zum Versenden. Er werde ihm aber am Montag dafür Paprika senden.

Am Montag Morgen begann der Sturm. Krüger war wie gewöhnlich einer der ersten und schoß mit seinem Vierpfündergewehr, das er mit grobem Schrot geladen hatte, viele Kaffern nieder. Als der Berg, auf dem Sechiels Stadt lag, bereits teilweise erobert war, schoß unglücklicherweise Louw du Plessis, der die Kanone bediente, gegen einen großen Stein, und die zurückprallende Kugel streifte das Haupt Krügers so stark, daß er bewußtlos niederfiel und ihm ein gewisser van Rooyen, der ihm zugleich ein Tuch um den schmerzenden Kopf legte, wieder auf die Beine helfen mußte. Während Krüger bewußtlos lag und van Rooyen um ihn beschäftigt war, hielt ein Hottentottenjunge seines Bruders, der herangelaufen kam, durch sein sicheres Schießen die Kaffern in respektvoller Entfernung. Als Krüger wieder zu sich kam, sah er gerade, wie die Kaffern hinter Felsen und Geröll sich anschlichen, und erkannte die Gefahr, welcher seine Bürger preisgegeben waren, wenn sie nicht rechtzeitig gewarnt wurden. Sofort erhob er sich, um den Angriff auf die gefährdeten Punkte zu leiten, obwohl er wegen seiner Verwundung selbst noch kein Gewehr führen konnte. Die Kaffern schossen noch immer gewaltig aus allen Schluchten und Löchern, aber nach einem

harten Gefecht glückte es den Bürgern, sie vom Berge zu verjagen.

Noch einmal war Krüger während dieses Gefechtes in Todesgefahr. Eine feindliche Kugel aus einem enorm großen Gewehr streifte ihn auf der Brust und riß ihm seine Jacke entzwei. Der schlaue Sechiel erzählte später, er habe es bis zuletzt in seiner Hand gehabt, Krüger zurückzuwerfen, aber von dem Augenblicke an, wo dieser Gelegenheit gefunden habe, zu seiner Schnapsflasche zu gelangen, sei er unwiderstehlich gewesen. Dabei hat Krüger niemals einen Tropfen Branntwein getrunken.

Livingstone.

Nach Beendigung des Gefechtes sandte Kommandant Scholtz nach dem Hause des englischen Missionars Livingstone, das nicht weit von der Kafferstadt entfernt war. Hier fand Theunis Pretorius eine völlige Werkstatt zur Reparatur von Gewehren und eine Menge von Kriegsmaterialien, die Livingstone für Sechiels Bedarf aufbewahrte. Das war eine Verletzung des Zandriviertraktates von 1852, worin bestimmt war, daß weder Waffen noch Munition den Kaffern verschafft werden dürften, noch auch zugelassen werden dürfe, daß sie sich selbst das eine oder andere verschafften. Scholtz konfiszierte demgemäß das Kriegsarsenal des Missionars, wofür dann die Buren durch Livingstone in ganz England beschimpft und auf alle mögliche Weise als Missionsfeinde und grausame Verfolger der Schwarzen verlästert wurden.

Buren und Mission.

In Wirklichkeit waren die Buren weder Gegner der Mission noch Feinde der Eingeborenen. Ihr Grundsatz war, jedem Stamm, der Ruhe und Friede hielt und Kultur anzunehmen bereit war, ein bestimmtes Gebiet zuzuweisen, dessen Größe sich nach der Größe des Stammes berechnete. Den Missionaren, die unter den Eingeborenen arbeiten wollten, gaben sie ebenfalls Grund und Boden für Kirche und Privatzwecke umsonst. Und schon vor Ankunft der Missionare jenseits des Vaal hatten einzelne Buren für Verständigung des Evangeliums unter ihren schwarzen Arbeitsleuten gesorgt. Aber die Verpflichtung, den Eingeborenen die

vielfach eingeschmuggelten Waffen wieder abzunehmen, — um nicht England Gelegenheit zu geben, die Buren des Vertragsbruches zu beschuldigen und infolge dessen den Zandriviertraktat, der den Auswanderern nördlich des Vaal ihre Freiheit verbürgte, — als aufgehoben zu erklären, brachte sie vielfach in unangenehme Berührung mit eingeborenen Stämmen.*)

Die Eingeborenen-Frage.

*) Die Missionare scheinen vielfach nicht begriffen zu haben, daß die Eingeborenen-Frage für die Buren nicht nur eine religiöse und humane sein konnte, sondern auch eine politische sein mußte. Es kann in Südafrika nur eine Kultur herrschen, die des weißen Mannes, und wo nur eine Handvoll weißer Männer war, um die Hunderttausende schwarzer Eingeborenen unter dem Gesetze zu halten, war Strenge notwendig. Der Schwarze mußte wissen, daß er erst an zweiter Stelle kam, daß er zu der untergeordneten Klasse gehört, die gehorchen und lernen muß. Inhumanität und Unchristlichkeit ist mit dieser Stellungnahme keineswegs notwendig verbunden. Damit es nicht aussieht, als ob eine freundliche und vernünftige Stellung der Buren in dieser Frage sich erst in neuerer Zeit allmählich herausgebildet habe, sei darauf verwiesen, wie sich Krüger schon 1882 in seinem Wahlprogramm zur ersten Präsidentenwahl und später als Präsident im Namen seines Volkes ausgesprochen hat:

„Die Eingeborenen-Politik in einer Republik mit den so zahlreichen Kaffernstämmen, wie sie unter uns und rings um uns wohnen, bietet außerordentliche Schwierigkeiten; als Hauptprinzip hat dabei stets zu gelten, daß die Barbarei im Zaume gehalten und durch Gerechtigkeit und Gesittung beherrscht wird.“ Und weiterhin: „Man spricht viel über eine allgemeine Eingeborenen-Politik in den verschiedenen Staaten Südafrikas. Jeder, der die Schwierigkeiten dieser Frage kennt, wird sicherlich mit mir übereinstimmen, wenn ich denjenigen für den größten Wohlthäter Südafrikas erkläre, der eine völlig entsprechende Lösung dieser Frage zu geben vermag. Ein solcher Mann wird wahrscheinlich erst noch geboren werden müssen. Was indes unsere Republik betrifft, so ist die Pflicht oder die Aufgabe der Republik klar und einfach: jeder Kaffernstamm innerhalb unserer Landesgrenzen muß die Autorität unserer Regierung achten lernen, und damit die Gesetze, die auch ihm zu gute kommen, aufrecht erhalten werden können, seinen Anteil an den allgemeinen Lasten tragen. Wenn der heillose Einfluß von Fremden und Feinden der Republik, die jetzt diesen unglücklichen Kaffern so manchmal vorreden, sie brauchten sich nicht als Unterthanen der Republik zu betrachten, einmal aus der Welt geschafft sein wird, dann ist die Zeit gekommen, in welcher die Eingeborenenstämme von dem alten Grundsatze der Republik, nach dem einem jeden Stamme von Bedeutung unter dem Schutze der Regierung ein bestimmtes Gebiet angewiesen wird, die segensreichen Früchte ernten werden. Denn was in der Konvention (scil. von 1881)

Der folgende Krieg, an dem Krüger unter Generalkommandant Pretorius teil nahm, war der vom Jahre 1853 gegen die Kaffernhäuptlinge Mapela (auch „Bamapela" genannt) und Makapaan im Distrikte Waterberg bei Makapaanspoort. Es war ein Rachezug wegen eines gräßlichen Mordes, der an Hermanus Potgieter, dem Bruder des früheren Generalkommandanten,*) begangen worden war. Dieser Potgieter war ein ausgezeichneter Schütze und hervorragender Elefantenjäger. Mapela hatte ihm Nachricht gesandt, er möge zu ihm kommen, es seien in seinem Gebiete gerade außergewöhnlich viele Elefanten. Außerdem mußte Potgieter dahin, um nach seinem Vieh zu sehen, das unter Mapelas Obhut stand, wofür dieser die Milch der Kühe bekam, — ein Abkommen, das auf Mapelas Ersuchen geschlossen worden war. Nach Empfang der Botschaft Mapelas reiste Potgieter mit seinem Sohn Andries, noch ein paar Bürgern und seinem Reitknecht, einem Farbigen, ab. Bei Mapela angekommen wurden die Wagen, wie das Gewohnheit war, in

---

über diese Gebietsanweisungen bestimmt wird, ist weiter nichts als das alte Gesetz der Republik. Für die Zukunft hege ich die Hoffnung, daß es einst durch Gottes Segen soweit kommen wird, daß Ordnung, Arbeitsamkeit und Gottesfurcht auch den Kaffer zu einem glücklichen und zufriedenen Unterthan der Südafrikanischen Republik machen werden."

Am Schlusse der Rede bei seiner Vereidigung zum Staatspräsidenten im Jahre 1888 im Zusammenhang mit seiner Ermahnung an die Kinder und Lehrer, die Vorteile des Schulunterrichtes der Republik fruchtbar zu machen, fügte er folgende Worte an: „Auch an Euch, Ihr Farbigen, ein kurzes Wort: Ihr habt das Recht auf den Schutz der Gesetze dieser Republik. Ob Ihr auch die Gelegenheit, die Euch geboten wird, eine Bildung zu erwerben, benutzen wollt, hängt von Euch ab. Es steht Euch frei, Bildung anzunehmen, oder sie abzulehnen. Auch für Euch bitte ich um den Segen des allmächtigen Gottes."

Auf die erste Erklärung hin wurde Krüger zum Präsidenten gewählt, und die Segenswünsche hat er den Farbigen zugerufen bei feierlicher Gelegenheit in amtlichem Charakter. Das läßt denn doch auf die Stellung des Volkes in dieser Frage sichere Schlüsse zu. D. H.

*) Der mit der Geschichte der Familie Krüger so enge verflochtene Kommandant und spätere Generalkommandant Hendrik Potgieter war unterdessen (anfangs März 1853) gestorben und sein Sohn Piet zum Nachfolger als Generalkommandant für die Distrikte Lydenburg und Zoutpansberg gewählt worden. D. H.

die Kaffernstadt geschoben. Die Kaffern unterhielten sich erst freundschaftlich mit Potgieter und seinen Begleitern und beschrieben ihm den Ort, wo die Elefanten waren. Plötzlich aber überfiel sie die ganze Gesellschaft, töteten Potgieters Sohn und seine Begleiter und schleppten Potgieter selbst auf einen Felsenhügel, wo sie ihm in Gegenwart seines Reitknechtes unter Jubel und Freudentänzen bei lebendigem Leibe die Haut abzogen. Der Aermste wurde erst von der Marter erlöst, als ihm seine Mörder die Eingeweide aus dem Leibe rissen.

Der Reitknecht, der freigelassen wurde, führte Krüger später auf den Platz, wo diese Schlächterei stattgefunden hatte. Während Mapela diese gräßliche That vollführte, hatte Makapaan mitten im Frieden, wo niemand an etwas Böses dachte, eine Anzahl von Frauen und Kindern, die auf dem Wege von Zoutpansberg nach Pretoria friedlich ihre Straße zogen, überfallen; die beiden Häuptlinge hatten sich verabredet, gemeinsam die Weißen in ihren Gebieten zu ermorden. Als diese Mordthaten bekannt wurden, wurde beschlossen, die Kaffernhäuptlinge zu züchtigen.

In der Höhle unter den belagerten Kaffern Mapelas und Makapaans.

General Piet Potgieter, der Neffe des so gräßlich ermordeten Hermanus Potgieter, zog mit 100 Mann von Zoutpansberg aus, um die Mordthat zu rächen. Gleichzeitig mit ihm brach Generalkommandant Pretorius mit 200 Mann zu demselben Zwecke von Pretoria auf. Im Kommando des letzteren befand sich Krüger als Unterführer. Ehe diese beiden Kommandos sich vereinigt hatten, griffen die Kaffern nächtlicher Weile das Lager von Potgieter an, wurden aber glücklicherweise zurückgeschlagen. Nach Vereinigung der beiden Kommandos wurden die Kaffern in ihre Berge getrieben, wo sie sich in Höhlen und Schluchten zurückzogen. In diesen Höhlen wurden sie von dem vereinigten Kommando festgehalten, um durch Hunger zur Uebergabe gezwungen zu werden.

Nachdem die Kaffern bereits lange Zeit hier festlagen und schon viel Verluste durch die Hungersnot erlitten hatten, ohne daß wir ihrem Ziel näher kommen konnten, versuchte Krüger, ein Ende herbeizuführen und durch List eine Uebergabe zu erreichen.

Er kroch zu diesem Zwecke in der Dunkelheit in die Höhle, worin sich die Kaffern befanden, ohne daß ihn jemand gewahr wurde. Mitten unter ihnen sitzend, redete er sie dann in ihrer eigenen Sprache an, als sei er einer der Ihrigen, und meinte, es sei doch besser, sich zu ergeben, als vor Hunger zu sterben. Er sagte weiter, die Weißen würden sie sicher nicht töten, und bot sich selbst an, hinaus zugehen zu den Weißen und darüber mit ihnen zu unterhandeln. Da mit einem Male rief ein bewaffneter Kaffer: „Magoa" (d. h. weißer Mann). Aber auch dieser gefährliche Augenblick ging vorüber, denn sowie der Kaffer „Magoa" rief und die anderen tiefer in die Höhle flüchteten, sprang Krüger auch auf und flüchtete mitten unter ihnen ebenfalls in den Hintergrund der Höhle. Die Kaffern suchten nun überall nach dem weißen Mann, nur da nicht, wo er war, nämlich in ihrer eigenen Mitte. Nachdem sie sich etwas beruhigt hatten, redete Krüger ihnen wiederum in ihrer eigenen Sprache zu, sich doch zu ergeben. Schließlich glückte es ihm, 170—180 Frauen und Kinder mit sich heraus nehmen zu dürfen; und erst als er draußen war, merkten sie, daß Krüger es war und kein Kaffer, der zu ihnen gesprochen hatte. Sein Plan war eigentlich gewesen, durch freiwillige Uebergabe der Kaffern ihre schuldigen Kapitäne in die Hände zu bekommen. Aber das war nicht zu erreichen gewesen, und die Belagerung mußte fortgesetzt werden.

Generalkommandant Pretorius war sehr aufgeregt über Krügers Unvorsichtigkeit und bestrafte ihn streng, weil er es gewagt hatte, allein unter die Kaffern in die Höhlen zu gehen, schickte ihn auch von den Höhlen weg. Während der weiteren Dauer der Belagerung entkam Krüger noch einmal mit genauer Not dem Tode. In einem der Gefechte wurde Generalkommandant Potgieter durch einen Schuß aus einer Felsspalte erschossen. Er stand gerade am Rande einer Felsenwand und gab seinem Kaffer Anweisungen, da traf ihn der tödliche Schuß. Potgieter stürzte hinunter, mitten in eine Kaffernschanze hinein. Krüger sah es und eilte ohne Zögern hinab, um wenigstens die Leiche zu retten. Die Kaffern eröffneten aus den Schießlöchern ihrer Schanze ein ge-

waltiges Feuer auf ihn, aber die Bürger erwiderten das Feuer ebenso lebhaft, so daß Krüger über den Wall der Kaffernschanze springen, die Leiche auf den Wall hinaufheben und unter dem Schutze des Pulverdampfes selbst wieder über den Wall springen und den Leichnam mit sich zurückbringen konnte. Potgieter war ein großer, schwerer Mann, und Krüger mußte alle Kraft anstrengen, um den toten Freund zu den Seinen zurückzubringen. Einer der Kaffern, den man gefangen hatte, behauptete, verborgene Höhlen zeigen zu können, in denen Elefantenzähne aufgehäuft wären. Pretorius sandte Krüger mit diesem Kaffer ab, um die Zähne zu holen. Auf diesem Gange fand Krüger noch viel blutbefleckte Kleidungsstücke, die den von den Kaffern ermordeten Frauen und Kindern gehört hatten, ebenso Ueberbleibsel von Körperstücken, welche die Kaffern am Spieße gebraten hatten, gar geröstete Schultern, Arme u. s. w. Der Kaffer, welcher das Versteck der Elefantenzähne nachweisen wollte, trug auch Kleidungsstücke, welche von ermordeten Weißen herrührten. Endlich bei der Höhle angekommen, wo die Zähne liegen sollten, suchte der Kaffer zu entfliehen, und es glückte Krüger erst nach anstrengender Verfolgung, ihn wieder zu fangen. Die Elefantenzähne erwiesen sich nun als Schwindel.

Kurz darnach war der Widerstand der Leute Makapaans gebrochen. Aus den Höhlen waren sie nicht herauszubringen gewesen und auf jeden, der sich näherte, hatten sie geschossen. So blieb nichts anderes übrig, als sie auszuhungern. Viele Hunderte kamen denn auch durch Hunger um. Ein kleiner Teil rettete sich auf unterirdischen Wegen durch die Berge. Eine Anzahl wurde gefangen und vor ein Kriegsgericht gestellt; ehe Krüger, der gerade auf Jagd gewesen war, zurückkam, waren sie standrechtlich erschossen. Die Erschießung dieser Menschenfresser war unumgänglich notwendig gewesen, zumal keine Schuldigen ausgeliefert wurden und der Häuptling selbst verschwunden blieb. Der junge Nachwuchs des Stammes, soweit er in die Hände der Buren gefallen war, wurde „ingeboekt", d. h. Burenfamilien unter gesetzlicher Aufsicht bis zur Volljährigkeit zur Erziehung übergeben.

Das Kommando wandte sich nun gegen Mapela, den Bundesgenossen des ersteren; Krüger machte diesen Zug zunächst nicht mit. Generalkommandant Pretorius hatte ihn mit einem kleinen Kommando gegen Marabas Stadt gesandt, weil man gehört hatte, daß sich da viel von Makapaans Vieh befinden solle. Krüger solle die Sache untersuchen, und wenn Maraba sich widersetzte, ihn anfallen. Es wurde aber kein Widerstand geleistet. Ein Teil der Kaffern floh, und ein anderer Teil ergab sich. Diese wieder erklärten, daß sie wohl Vieh von Makapaan hätten, aber nie an seinen Missethaten beteiligt gewesen wären und gerne das geraubte Vieh, so weit es sich bei ihnen befände, zurückgäben. Das geschah auch thatsächlich, aber man fand hier nur tausend Stück. Nachdem er das Vieh in Empfang genommen hatte, kehrte Krüger zurück, ohne den Kaffern von Maraba das geringste Leid zugefügt zu haben. Er erreichte noch rechtzeitig die anderen Kommandos, die auf dem Weg gegen Mapela waren. Aber auch Mapelas Kaffern waren größtenteils geflüchtet, so daß nichts zu thun war. Einige Wagen, Kisten und andere Gegenstände von den ermordeten Weißen wurden auf einem Kop nahe bei Mapelas Stadt gefunden. Das nahmen dann die Kommandos bei ihrer Heimkehr mit.

Das Strafgericht an Mapela konnte erst mehrere Jahre später (i. J. 1858) vollzogen werden. Er hatte sich unterdessen noch anderer Frevelthaten schuldig gemacht; auch mußte man ihm die Feuerwaffen abnehmen, die er sich zu verschaffen gewußt hatte. Ein Kommando unter General Schoeman, dessen Assistent (General-Assistent) Paul Krüger war, zog gegen ihn; aber Mapela hatte sich auf einen hohen, nach allen Seiten in steilen Felsenwänden schroff abfallenden Kop zurückgezogen und sich da verschanzt. Krüger rief Freiwillige auf, um diese Veste zu stürmen, und es meldeten sich etwa 100 Mann. Mit diesen rückte er in der Nacht unbemerkt an den Fuß des Berges vor. Hier angekommen, zog das Kommando seine Feldschuhe*) aus, um leise die

*) Aus ungegerbtem Leder roh zurechtgeschnittene und mit Riemen an die Füße gebundene „Schuhe". D. H.

Schlucht emporzuklimmen, die als einziger Weg zu der Höhe hinaufführte, und die Kaffern zu überfallen. Krüger ging mit einer Patrouille voraus und kam halbwegs des Berges, wurde aber hier entdeckt. Ein Wachtposten ließ ihn bis dicht an sich herankommen und drückte dann los. Glücklicherweise versagte das Gewehr; Krüger merkte den Mann erst, als er den Hahn knacken hörte, und schoß ihn dicht vor seinen Füßen nieder. Von allen Seiten schossen die Kaffern nun, welche die Schlucht besetzt hielten. Krügers Gewehrträger fiel. Er selbst stürmte in aller Eile zurück zu den Kameraden: „Vorwärts, Feldschuhe angezogen und drauf ohne Rücksicht.“ So wurde der Paß genommen und droben Stellung gefaßt, bis der Tag anbrach. Die Kaffern hatten sich weiter zurückgezogen, stürmten aber heran, als sie der ersten zum Angriff vorgehenden Gruppe von Bürgern (etwa 15 Mann) ansichtig wurden. Bis sie jedoch auf 50 Schritte heran waren, hatte das Häuflein der Bürger auch Zuwachs erhalten und zählte etwa 100 Mann. Ihr Feuer warf die Schwarzen reihenweise nieder, und in wilder Flucht stoben sie davon. Von der Felsenplatte herab führte auf der anderen Seite noch ein Weg, eine Baumleiter. Hier überstürzten sich die Flüchtigen, und mehr kamen dadurch um, als im Gefecht gefallen waren. Die Bäume waren behangen mit Toten, denn unten war alles Wald. Mapela selbst entkam.

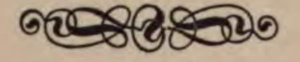
Kaum war Krüger von der ersten vergeblichen Expedition gegen Mapela zurückgekehrt, so mußte er schon wieder auf Kommando, nämlich im Dezember 1853 und zwar gegen den Häuptling Montsioa, der auf dem „Hoogeveld“ zwischen dem Schoonbache und Marico am Hartsflusse wohnte. Dieser Häuptling hatte während einer großen Kälte, die von Schneefällen begleitet war, den Buren viel Vieh gestohlen und zugleich einen der Besitzer dieses Viehs ermordet und war dann nach Setlagoli im Britisch-Betschuanaland geflohen. Als das Burenkommando, das gegen ihn aufgeboten wurde, in die Nähe von Setlagoli kam, stieß es auf einen großen Heuschreckenschwarm. Diesen Heuschreckenschwarm hatten die Kaffern auch gesehen, und

wie sie nun die Staubwolken der anrückenden Burenkommandos von ihrer Stadt aus sahen, glaubten sie, das sei der Heuschreckenschwarm und ließen so den Feind an ihre Stadt herankommen, ohne sich zur Wehr zu setzen. Als das Kommando fast an der Stadt war, sandte Generalkommandant Pretorius Krüger*) zu dem Kapitän, um ihm mitzuteilen, zu welchem Zwecke das Kommando gekommen sei und Montsioa aufzufordern, zu kommen und sich zu rechtfertigen. Ehe aber Krüger den Kapitän erreichte — er fand ihn in der nächsten Stadt nicht und mußte dann weiter zur Hauptstadt — griffen die Kaffern ihn plötzlich mit seiner Begleitung an. Krüger, der den anderen Bürgern allein weit voraus ritt, befand sich in einer sehr heiklen Lage. Sein Pferd war völlig erschöpft. An eine Flucht war also nicht zu denken. Er ritt darum im Schritt weiter, um nicht die Aufmerksamkeit der Kaffern auf sich zu ziehen. Als die vordersten Kaffern ihm schon fast gegenüber waren, jagten vier Bürger auf ihn zu, wodurch die Kaffern erst auf ihn aufmerksam wurden und sich gegen ihn wandten. Krüger zwang sein Pferd zu einem letzten Galopp und stürmte gegen die Kaffern an, um sie so glauben zu machen, daß sein Pferd noch in guter Verfassung sei, und die List glückte auch. Die Kaffern wandten sich zur Flucht, und so bekamen Krüger und seine vier Gefährten Gelegenheit zu entkommen. Krüger brachte sein erschöpftes Pferd zu dem Vieh zurück, das dem Kommando gehörte, und wollte dann zu Fuß mitgehen gegen die Kaffern. Kommandant Schutte ersuchte ihn jedoch, zurückzukehren, da er zu Fuß sei und von den Kaffern leicht gefangen genommen werden könne. Er antwortete aber, die meisten Kaffern seien ja auch zu Fuß, und wenn es aufs Laufen ankäme, dann würden die Kaffern ihn gewiß nicht fangen. Als Schutte sah, daß Krüger von seinem Entschluß nicht abzubringen war, befahl er seinem Reitknecht, sein Pferd abzugeben und selbst nach dem Lager zurückzukehren. So kam denn Krüger doch zum Kampf. Das Kaffernkommando zählte ungefähr 500 Mann, während die

*) Krüger war zwar Kommandant, aber hier Adjutant des Generals. D. H.

vorausgesandten Bürger, die ihnen gegenüberstanden, im ganzen 40 Mann zählten, und von diesen waren noch einige bei den Wagen und bei dem Vieh zurück geblieben. Es glückte aber dem kleinen Häuflein, den Kaffern beträchtliche Verluste beizubringen und sie in die Flucht zu schlagen. Unsere Verluste betrugen nur ein paar Verwundete.

Ebenso glückte es dem Burenkommando, den Kaffern das gestohlene Vieh wieder abzunehmen. Bei diesem Vieh befanden sich eine Anzahl von Kaffernjungen, die noch am selben Abend von General Pretorius unter Krügers Schutz nach ihrer Stadt zurückgesandt wurden. Auch war Krüger beauftragt, dem Kaffernhäuptling die Botschaft zu überbringen, daß die Buren nicht gekommen seien, um sie zu bekriegen, sondern um das gestohlene Vieh zurückzuholen, und daß sie am folgenden Tag kommen würden, um mit ihm darüber zu verhandeln. Krüger ging bis dicht an die Kaffernstadt heran, ließ dann die Kaffernjungen frei und kehrte selbst nach dem Lager zurück. Die Botschaft wurde dem Kapitän durch die losgelassenen Gefangenen richtig übermittelt, aber zu einer Besprechung mit ihm kam es nicht, denn er flüchtete noch in derselben Nacht. Die Buren verfolgten ihn nicht, sondern kehrten mit dem Vieh, das sie genommen hatten, nach ihren Farmen zurück.





III. Hauptstück.

An leitender Stelle.

Tod des älteren Pretorius.

Nach der Rückkehr von der Expedition gegen Montsioa wurde der Generalkommandant A. W. J. Pretorius ernstlich krank. Als er fühlte, daß sein Ende nahe war, ließ er Krüger rufen. Aber dieser war gerade auf einem Jagdzug im Distrikte Rustenburg, und die Boten konnten ihn unglücklicher Weise nicht rechtzeitig finden, so daß, als er zurückkam, dieser Führer der Emigranten bereits gestorben war. Das war sehr bedauerlich, denn wer weiß, was dieser große Mann in seinen letzten Augenblicken noch gern besprochen hätte. Schon auf dem Rückwege aus Montsioas Stadt hatte er sich viel mit Krüger über religiöse Dinge unterhalten und hätte sicher auch in dieser Beziehung ihm noch mehr zu sagen gehabt. Einige Tage nach seinem Tode kam ein Brief der englischen Kommissare Owen und Hogge*), an den Verstorbenen adressiert, an, worin er ersucht wurde, im Namen der Emigranten den Oranjefreistaat von der englischen Regierung zu übernehmen.

---

*) Das waren die Spezialkommissare der Königin von England, die als „Beamte zur Regelung der Verhältnisse an den östlichen und nordöstlichen Grenzen des Kaps der guten Hoffnung" ernannt waren und mit den Burenemigranten die Verträge schlossen, durch welche der Freistaat und die Südafrikanische Republik ihre Freiheit erhielten. D. H.

Aber das war nun nicht mehr möglich, und die Uebernahme der Landesregierung des Oranjefreistaates aus den Händen Englands fand nun durch die Herren Venter, Boshoff und einige anderen Freistaatbürger statt. Hierdurch sind später große Differenzen zwischen dem jungen Pretorius und dem Oranjefreistaat ausgebrochen, denn es hieß in der Mitteilung, dem Generalkommandanten Pretorius und den Auswanderern solle der Freistaat abgetreten werden. Pretorius war nun gleich vielen anderen Bürgern der Anschauung, daß das Land seinem Vater und damit auch ihm als dessen Nachfolger übertragen sei. Ja, es wäre darum fast zum Bruderkriege gekommen zwischen dem Freistaate und der Südafrikanischen Republik.

Ein Bruderkrieg durch Krügers Vermittlung verhindert.

An Stelle des verstorbenen Pretorius wurde nämlich sein ältester Sohn Marthinus Wessel Pretorius Generalkommandant der Südafrikanischen Republik, und nach Annahme einer Verfassung, die einen Präsidenten vorsah, ein paar Jahre später auch Präsident. Allerdings war er damals noch nicht gleich Präsident der Republik, denn das neue „Grundgesetz" wurde nicht überall anerkannt, sondern nur Präsident der Regierung, die er vertrat. Er machte nun seine vermeintlichen Ansprüche auf den Freistaat geltend und rief, i. J. 1857, zu den Waffen, als er sich durch die Zurückweisung seiner Ansprüche gekränkt glaubte. Krüger war damals gerade auf einem Handelszuge, als man ihn zurückrief. Er war aufs entschiedenste gegen das Vorgehen von Pretorius, den er mit seinem Aufgebot am Vaalfluß lagern fand, und sagte ihm klar und deutlich seine Meinung. Aber nachdem sich einmal der Präsident des Freistaates mit dem Generalkommandanten Schoeman im nördlichen Transvaal — das war der Teil des Landes, wo die neue Verfassung nicht anerkannt wurde — dahin verabredet hatte, daß dieser dem Freistaate zu Hilfe kommen sollte, meinte er, man müsse rasch handeln und Boshoff angreifen. So zog man denn über den Fluß Boshoff entgegen, der mit einem großen Kommando anrückte. Als die Gegner aufeinanderstießen, sandte Boshoff einen seiner Offiziere, um den Vorschlag zu friedlicher Beilegung zu machen. Pretorius war sehr damit einverstanden. Seine Leute waren auch gar nicht kriegerisch aufgelegt; als der

Bote der Gegenpartei kam, übten sie gerade den Bocksprung, sodaß der Bote erstaunt ausrief: „Also so gering schätzt ihr uns!“ Pretorius sandte Krüger als Unterhändler ab, und dieser sagte Boshoff ebenso offen seine Meinung wie Pretorius: „Ihr seid ebenso schuldig wie Euer Gegner. Warum greift Ihr zu den Waffen, statt Pretorius beim Volksrate anzuklagen? Da wäre er sicher bestraft worden.“ Koos Venter, ein großer starker Mann, der dabei stand, raste gegen Pretorius und rief ein über das andere Mal: „Wenn ich ihn hätte, den Hals wollte ich ihm umdrehen wie einem kleinen Vögelchen“. Schließlich wurde auch Krüger das Blut warm, und er sagte: „Herr Boshoff, die Sache ist leicht zu erledigen. Koos soll seinen Rock ausziehen, ich mache es ebenso, und dann ringen wir mit einander um den Sieg. Unterliegt er, so fügt Ihr Euch unseren Bedingungen, unterliege ich, so ist es umgekehrt“. Aber Venter wollte nun davon nichts wissen; gegen mich habe er ja nichts, meinte er. Krüger erwiderte zwar: „Das macht nichts, Du trittst eben für Deinen Präsidenten ein, und ich für den meinigen“, aber zu dem Zweikampf kam es doch nicht. Dagegen verhielt sich Venter jetzt ruhig, und es wurde eine Kommission ernannt, die am Vaalflusse zusammenkommen und dort den Streit erledigen sollte. Hier mußte Krüger die Sache seines Präsidenten, der auch persönlich schwer angegriffen wurde, verteidigen, so wenig er sie billigen konnte. Endlich kam es doch zum Vergleiche, und Pretorius gab seine ungerechtfertigten Ansprüche auf.

In der Uebereinkunft wurde bestimmt, daß jeder Teil das Recht habe, die Schuldigen in seinem Lande zu strafen. Nun wurden aber im Freistaate zwei Bürger, die auf Pretorius Seite gestanden waren, wegen Hochverrates zum Tode durch den Strick verurteilt. Wiederum machte sich Krüger auf den Weg, um zu intervenieren. „Warum brecht Ihr nun wieder den Vertrag?“ redete er Boshoff an. „Wir den Vertrag brechen? Wieso?“ entgegnete dieser. „Nun, wollt Ihr nicht zwei Eurer Leute aufhängen?“ „Ja, das ist unser Recht, wie es in der Uebereinkunft festgestellt ist“. „Nein, davon steht nichts im Vertrag. Ihr habt das Recht, zu strafen; ‚strafen‘ aber heißt ‚züchtigen‘,

vermahnen, verwarnen und durch die Züchtigung bessern". Und als Boshoff das nicht zugeben wollte, holte Krüger die Bibel und zeigte ihm, daß die heilige Schrift einen Unterschied mache zwischen „Strafen" und „Bestrafen", man könne jemand wohl mit dem Tode „bestrafen", aber nicht ihn töten, um ihn zu strafen. Nun gaben auch die Freistaater nach, und damit war diese Sache für immer erledigt.

Paul Krüger unterhandelt mit dem Basutohäuptling Masus.

Bald darauf erhielt Krüger Gelegenheit, dem Freistaate einen Dienst zu erweisen. Schon seit der Unabhängigkeitserklärung hatte man da Schwierigkeiten mit Masus (auch „Moshesh", „Moschesh" genannt), und es herrschte schließlich offener Kriegszustand zwischen Masus und dem Freistaate. Masus war ein nicht zu verachtender Gegner und verfügte über eine starke Kriegsmacht. Seine Banden durchstreiften denn auch raubend und plündernd den ganzen südlichen Teil des Oranjefreistaates. Sobald Krüger davon hörte, entschloß er sich, nach dem Freistaate zu gehen und der Regierung seine Hilfe anzubieten. Präsident Pretorius begleitete ihn mit etwa 30 Mann unter Feldkornett Bodenstein. Zu Osspruit am oberen Zandflusse traf man auf das erste Lager der Freistaater. In derselben Nacht raubten die Kaffern die Herden dieses Lagers. Krüger sandte Feldkornett Bodenstein mit seinen Leuten hinter ihnen her, und es glückte diesem, den Kaffern das Vieh wieder abzunehmen. Von hier zog Krüger mit seinen Leuten über Winburg nach Bloemfontein.

Hier angekommen, erbot er sich, persönlich zu Masus zu gehen und einen Frieden mit ihm zu vermitteln. Die Regierung des Oranjefreistaates nahm dieses Angebot an und gab ihm General Fick und Marthinus Schoeman zur Begleitung mit. Masus wohnte auf dem Berg Thaba Bosigo. Am Fuße dieses Berges angekommen, sandte Krüger Botschaft hinauf zu Masus, daß er nicht gekommen sei, um gegen ihn zu kämpfen, sondern daß er mit ihm wegen des Friedens zu sprechen wünsche. Masus ließ zurücksagen: „Ich werde sofort kommen, um mit dem Herrn Krüger zu sprechen." Krüger aber dauerte das zu lange, und er erstieg sofort den Berg, um direkt nach Masus' Stadt zu gehen.

Als er mit seinen Begleitern die Höhe erreicht hatte, kam ihm Masus gerade entgegen. Magato, der Kaffernkapitän aus der Nähe von Rustenburg, den wir früher schon kennen gelernt haben, und der sich bei Masus befand, stellte Krüger vor, indem er sagte: „Das ist Paul Krüger," worauf Masus ihm die Hand reichte und sprach: „Ist das Paul Krüger? Wie ist denn das möglich? Ich habe doch bereits so viele Jahre von ihm reden hören und bin nun schon so alt. Wie kann er da noch so jung sein?" Dann faßte er Krüger beim Arm und führte ihn nach seinem Hause in ein Zimmer, das kein Schwarzer betreten durfte, sondern das stets für den Empfang von Weißen bereit stand.

Nachdem einige Erfrischungen genommen waren, trat man sofort in die Verhandlungen ein. Krüger begann: „Warum schießt Ihr Euch doch wegen einer solchen Kleinigkeit einander tot? Warum setzt Ihr Euch nicht lieber friedlich auseinander? Ihr müßt doch einsehen, daß der Krieg Euch selber Schaden bringt. Ihr versperrt dadurch die großen Fahrstraßen auch für die anderen Nationen, mit denen Ihr in Frieden lebt". Nach vielem Hin- und Herreden sagte Masus endlich: „Es ist wahr, was Du sagst, denn alles, was ich hier in meinem Hause brauche, muß ich von anderen Nationen beziehen. Und wenn die Wege durch den Krieg versperrt sind, kann ich natürlich auch nichts bekommen". Hierauf fing er von etwas Neuem an: „Bist Du der Mann", fragte er Krüger, „welcher Mapela von seinem Berge geholt hat?" *) Krüger antwortete: „Ja". Nun fragte Masus weiter: „Weißt Du denn auch, daß zwei meiner Töchter mit Mapela verheiratet waren?" Und nach einer kleinen Pause: „Du mußt nicht denken, daß es Deine Tapferkeit war, die den Mapela von seinem Berge geholt hat, sondern es war Gottes Fügung, die Mapela bestraft hat, weil er einen so gräßlichen Mord begangen hat".

Da nun Masus bei jeder Gelegenheit von Gottes Fügung redete und fromme Worte gebrauchte, so sagte Krüger: „Aber wenn Du so gläubig bist, wie kommt es dann, daß Du mehr

*) Das bereits früher erzählte Strafgericht an Mapela war kurz vorher vollzogen worden. D. H.

als eine Frau hast?" Masus antwortete: „Ja, ich habe so ungefähr zweihundert, aber das ist noch nicht halb so viel, als Salomo hatte". Darauf Krüger: „Ja, aber weißt Du denn nicht, daß seit Christus und nach dem Neuen Testamente ein Mann nur eine Frau haben darf?" Masus überlegte und erwiderte dann: „Ja, was soll ich Dir sagen .... es ist eben die Natur".

Am Abend ließ Krüger noch einmal Masus zu sich rufen. Masus kam, aber nun wie ein gewöhnlicher Kaffer gekleidet, d. h. ohne europäische Kleider. Als er hereintrat, rief ihm Krüger entgegen: „Wo bleibt Masus so lange, kann er nicht kommen, wenn ich ihn rufen lasse?" Masus antwortete: „Ich bin Masus." „So", sagte Krüger, „Du bist Masus? Wie kommt es dann, daß Du wie ein Weib gekleidet bist?" worauf Masus herzlich lachte.

Am Abend noch wurde zwischen Krüger und Masus eine Uebereinkunft getroffen, wonach der Krieg sofort aufhören sollte. Masus verpflichtete sich, seine Kaffern zurückzurufen, sobald er Mitteilung bekommen habe, daß der Oranjefreistaat das Uebereinkommen annähme. Ein Friedensdokument wurde aufgesetzt und am folgenden Morgen unterzeichnet.

Masus lud Krüger hierauf ein, noch etwas bei ihm zu verweilen, da er ihm ein schönes Reitpferd aussuchen wolle. Krüger nahm die Einladung an, obwohl seine Begleiter Fick und Schoeman nicht länger warten wollten und allein abreisten. Masus brachte dann ein ausgezeichnetes Reitpferd als Geschenk. Die Regierung des Oranjefreistaates genehmigte später den Vertrag, den Krüger mit Masus entworfen hatte. Damit war der erste Basutokrieg beendigt.

Im Kampf mit Gasibone und Mahura.

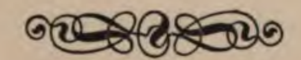
Noch vor seinem Weggang aus Masus' Stadt erhielt Krüger von Präsident Pretorius die Nachricht, daß er direkt zurückkommen müsse, um als General (genauer: General-Assistent) mit einem Kommando gegen Gasibone, einen Kaffernhäuptling am Hartsflusse, zu ziehen. Dieser Häuptling hatte den Weißen ihr Vieh gestohlen, einige ermordet, eine alte Frau und ein Mädchen von 18 Jahren weggeführt. Sofort nach Empfang der Botschaft machte sich Krüger

zu Pferde auf nach seinem Heim in den Magaliesbergen im Distrikte Rustenburg und legte in drei Tagen einen Weg von mehr als 50 Stunden zu Pferd zurück. Inzwischen hatte sich das Kommando bereits gesammelt und erwartete ihn in der Nähe von Klerksdorp, wohin er sich auch nach eintägigem Aufenthalt auf seiner Farm sofort begab. Am Sammelpunkte angekommen, fand er, daß die Bürger fast keine Munition und auch kein Schlachtvieh hatten. Trotzdem brach er sofort auf in der Hoffnung, unterwegs von Privaten beides bekommen zu können. Auch sandte er nach dem Oranjefreistaat mit der Bitte, ihn von da aus mit dem Nötigen zu versehen. Aber hier bekam er nicht viel, zumal er kein Geld hatte und gegen das Versprechen späterer Bezahlung kaufen mußte. Er fand aber doch ein Mittel, sein Kommando mit Fleisch zu versorgen, trotzdem er bei dem Mangel an Munition auch kein Wild schießen lassen konnte. Er ließ nämlich durch die Bürger Wild einkreisen, in die Buchten des Vaalrivier treiben und dort mit Stöcken tot schlagen.

Das ganze Kommando war ungefähr 200 Mann stark. Aber in der Nähe von Gasibones Stadt stieß Kommandant Piet Venter aus dem Oranjefreistaat mit ungefähr 100 Mann, Weißen und Farbigen, zu ihm. Bald zeigte sich, daß Gasibone zu einem seiner Unterhäuptlinge mit Namen Mahura geflüchtet war, der weiter aufwärts in der Hartsflußschlucht, einer Gebirgsgegend voller Schluchten, wohnte. Krüger ließ Mahura sagen, daß er im Anzuge sei, um Gasibone zu verfolgen und auf der Südseite des Hartsflusses entlang zöge, Mahura dürfe Gasibone nicht aufnehmen, oder müsse ihn gefangen nehmen und ausliefern. Nach Empfang dieser Mitteilung lieferte Mahura die alte Frau und das junge Mädchen, die von Gasibone weggeschleppt waren, durch Vermittlung seines Dolmetschers aus. Aber als das Burenkommando bis auf ein paar tausend Schritte an den Platz herangekommen war, wo man Gasibones Lager wußte, griffen beide Häuptlinge mit vereinigten Truppen die Buren an. Sie wurden geschlagen und flüchteten in die Felsen und Höhlen, die sich im Ueberfluß da fanden. Am folgenden Tag griff sie das Kommando

hier an und jagte sie aus ihren Verstecken. In der Nacht darauf flüchtete Gasibone in der Richtung nach Britisch-Betschuanaland, wurde jedoch am Tag darauf von einer Patrouille im Buschwald eingeholt und fiel nach einem heftigen Gefechte. Ein Teil derer, die mit ihm waren, wurden gefangen genommen, aber später wieder frei gegeben.

Inzwischen ließ Mahura durch den Missionar, der bei ihm war, Krüger schreiben, er habe Unrecht gethan, indem er Gasibone geholfen habe, habe also Strafe verdient, bitte aber hiermit um Vergebung und wolle sich unterwerfen. Krüger ließ zurückwissen, daß er ihm alles gern vergeben werde, daß er aber kommen müsse, um Instruktionen über sein ferneres Verhalten zu empfangen. Mahura kam jedoch nicht selber, indem er vorgab, er sei zu krank, um reisen zu können, sondern sandte seine Unterkapitäne. Krüger ernannte ihn dennoch an Gasibones statt zum Haupt dieses Kaffernstammes. Das Vieh, das Gasibone geraubt hatte, mußte sofort ausgeliefert werden, was auch geschah. Nun zog das Kommando wieder heimwärts. Ein Jahr voll schwerster Arbeit lag damit wieder hinter dem jungen General.





IV. Hauptstück.

Der Bürgerkrieg (1861—1864).

M. W. Pretorius, Präsident von Transvaal und Oranjefreistaat.

Im Jahre 1860 war Pretorius, der unterdessen (i. J. 1858) nach Anerkennung der Verfassung in der ganzen Republik Staatspräsident geworden war, nach dem Oranjefreistaat gegangen, um dort öffentliche Angelegenheiten zu regeln, denn nach dem Rücktritt des Präsidenten Boshoff war er auch zum Präsidenten dieses Staates gewählt worden. Diese Wahl hatte er der Vereinigungspartei des Oranjefreistaates zu danken, denn sein Ziel war es vor allem, die zwei Republiken zu verschmelzen. Nach dieser Wahl zum Präsidenten des Oranjefreistaates erhielt er vom Volksrat der Südafrikanischen Republik, deren Präsident er geblieben war, Urlaub für 6 Monate zu seiner Reise in den Oranjefreistaat. Innerhalb dieser 6 Monate dachte er wahrscheinlich die erwünschte Vereinigung zu stande bringen zu können. Während der Abwesenheit des Präsidenten galt in der Südafrikanischen Republik gemäß eines früheren Volksratesbeschlusses das älteste nicht-offizielle *) Mitglied des Ausführenden Rates als stellvertretender Präsident, in diesem Falle also Johannes Grobler. Mit

*) Offizielle Mitglieder waren der Präsident, der Staatssekretär und der Generalkommandant. Die beiden übrigen waren nicht-offiziell, d. h. Beisitzer, die nicht zu jeder Sitzung zu kommen brauchten. D. H.

ihm zusammen bildete dem Gesetze zufolge ein weiteres der Regierung nicht angehöriges Glied nebst dem Generalkommandanten den Ausführenden Rat. Gegen Ende des Jahres 1860 faßte der Volksrat den Beschluß, daß der Staatspräsident kein weiteres Amt übernehmen dürfe, und so legte Pretorius, der auf die Präsidentschaft im Freistaate nicht verzichten wollte, sein Amt in der Südafrikanischen Republik nieder.

Schoemans Verfassungsverletzung.

Wie nun aber Grobler als stellvertretender Präsident auftrat, wehrte sich dagegen der Generalkommandant*) Schoeman, indem er behauptete, dieses Amt käme ihm zu. Er hielt auch Volksversammlungen ab, um sich dieses Recht übertragen zu lassen und dem Volksrat ein Mißtrauensvotum zu erteilen. Schließlich berief er alle Kriegsoffiziere nach Pretoria zusammen und schlug in dieser Versammlung vor, den Volksrat abzuschaffen und den Ausführenden Rat zugleich zur gesetzgebenden Gewalt zu machen. Krüger protestierte gemeinschaftlich mit einigen Offizieren gegen diesen Antrag, weil er der Verfassung zuwider laufe. Er gewann auch schließlich für seine Anschauung die Mehrheit der Offiziere. Aber General Schoeman störte sich wenig daran. Er ging in das Regierungsbureau und forderte Grobler die Papiere und Dokumente der Regierung ab. Grobler wehrte sich wohl dagegen, mußte sich aber schließlich zurückziehen. Krüger schlug daraufhin vor, eine allgemeine Volksversammlung nach Pretoria zu berufen, um über die Sache zu entscheiden — ein Vorschlag, der auch von Schoemans Partei angenommen wurde. Zu dieser Volksversammlung kamen aber Schoemans Anhänger bewaffnet, und Schoeman hatte unterdessen bereits einen gewissen Johannes Steijn aus eigener Vollmacht zum Generalkommandanten ernannt. Krüger und seine Parteigänger gingen natürlich unbewaffnet in die Versammlung. Krüger hatte von dem Plan der Gegenpartei, bewaffnet zu kommen, nichts gewußt, aber auch wenn er es gewußt hätte, würde er mit den Seinen doch unbewaffnet gekommen sein, weil bei der Erregung der Parteien es

*) Seit Annahme der Verfassung gab es nur noch einen Generalkommandanten. D. H.

sonst leicht zu einem Zusammenstoß hätte kommen können, der zu einem Bürgerkrieg geführt hätte.

Auf der Volksversammlung in Pretoria.

Als Krüger auf dem Wege nach Pretoria bis nach Daspoort gekommen war, erhielt er von General Schoeman einen Bericht, er dürfe nicht weiter ziehen, sondern müsse bleiben, wo er sich befände. Krüger antwortete, er werde sicherlich nicht umkehren, ohne das Dorf (Pretoria) betreten zu haben, nachdem er einmal zu der Versammlung eingeladen worden sei. Er ritt dann auch thatsächlich in das Dorf hinein und direkt vor Schoemans Haus. Da fragte er Schoeman, wie er denn dazu komme, ihn am Besuche Pretorias hindern zu wollen, nachdem er selbst dem Plan, hier eine Zusammenkunft zu veranstalten, zugestimmt und alle Bürger dazu eingeladen habe, und nachdem er (Krüger) nun eigens zum Zwecke dieser Versammlung hierher gekommen sei. Im Hause Schoemans fand gerade ein Kriegsrat unter Vorsitz des von Schoeman ernannten Generalkommandanten Steijn statt, als Krüger ankam. Als Steijn nun Krüger sah, sagte er zu ihm: „Ihr müßt Euch nun gutwillig fügen, das ist das beste, was Ihr thun könnt." Krüger antwortete ihm aber nicht, sondern wandte sich an Schoeman und machte ihm Vorhalte darüber, daß er mit seinen Bürgern bewaffnet gekommen sei, während doch die andere Partei das nicht gethan habe. Nachdem er sich ordentlich ausgesprochen hatte, erklärte er, er werde nun einspannen lassen und mit seinen Bürgern nach Hause gehen. Wie er sich aber umdrehte, um das Gemach zu verlassen, versuchten einige von Steijn's Offizieren ihn zu fassen, während andere ihre Mißbilligung einer solchen Handlungsweise bezeugten und seine Festnahme verhinderten. Nachdem Krüger das Haus verlassen hatte, ließ Steijn eine mit Schrapnells geladene Kanone auf das Lager der Gegenpartei richten und drohte zu schießen, wenn man ihm nicht einen gewissen Jeppe auslieferte. Dieser Jeppe war der einzige Drucker, den die Republik in dieser Zeit besaß. Er hatte seine Druckerei zu Potchefstroom, und Schoemans Partei wollte Proklamationen drucken lassen, um sie rasch zu verteilen und die Bürger dadurch zu beeinflußen. Krüger weigerte sich natürlich, dem Ersuchen nachzukommen, aber die

Drohung der Leute von Steijn, daß sie das Feuer eröffnen würden, machte auf Jeppe einen solchen Eindruck, daß er an Krüger vorbeisprang (er stand vorher hinter ihm) und sich der Gegenpartei ergab.

Krügers Kriegserklärung.

Krüger ließ nun einspannen, um nach Rustenburg zurückzukehren. Zum Abschied rief er Schoemans Leuten zu: „Wenn ich über die Magaliesberge bin, müßt Ihr mich als Feind betrachten.“ Gerade als seine Wagen sich in Bewegung setzten, kam Präsident Pretorius auf der Rückreise aus dem Oranjefreistaat in Pretoria an und ritt sofort mit einer Anzahl von Schoemans Leuten vor die Wagen Krügers, um ihn zu sprechen und ihn zu bewegen, nicht weiter zu ziehen. Schoemans Leute erklärten nun, sie würden lieber ihre Gewehre wegwerfen, als daß dadurch ein Streit entstehen sollte, und waren auch damit einverstanden, daß Krüger einen Antrag entwerfe, über welchen der Volksrat abstimmen sollte. Nun ließ Krüger wieder ausspannen und schlug vor, daß Pretorius und der Staatsanwalt Proes mit ihm zusammen einen Antrag ausarbeiten sollten, womit er allgemeine Zustimmung fand. In einer Zusammenkunft dieser drei Männer einigte man sich auf den Antrag, es solle eine Kommission gewählt werden, um den Volksrat zusammen zu rufen, der dann entscheiden solle, wer recht und wer unrecht gehandelt habe. Dieser Antrag wurde in der Volksversammlung angenommen und sofort eine Kommission mit Stefanus Lombard als Vorsitzendem erwählt, welche zunächst drei Mitglieder des Volksrates, darunter den Vorsitzenden Christian Klopper, mit der Aufgabe betraute, den Volksrat zusammen zu berufen.

Vereitelte Friedensbemühungen.

So kam endlich ein ordnungsmäßig geladener Volksrat zusammen und erklärte nach gründlicher Untersuchung Schoeman der Gesetzesübertretung für schuldig und setzte ihn als Generalkommandant ab. Außerdem beschloß der Volksrat, daß ein Spezialgerichtshof (Hooge gerechtshof) die entstandenen Streitigkeiten entscheiden sollte und ernannte W. van Rensburg zum stellvertretenden Staatspräsidenten und Theunis Snijman zum Generalkommandanten. Als aber der Gerichtshof Sitzung hielt, um die Sache zu behandeln, kam Schoeman und schloß den Gerichtshof mit Gewalt.

Die Dopper.

Krüger war sofort nach der Sitzung des Volksrats nach Haus gegangen und befand sich jetzt, wo neue Verwickelungen begannen, auf einem Jagdzug am Krokodilflusse. Man schickte nach ihm, um ihn zu rufen. Nun hatten aber während der vorhergehenden Streitigkeiten manche Glieder der „Hervormden“-Kirche Krüger vorgeworfen, daß er überhaupt kein Recht habe, sich mit öffentlichen Dingen zu beschäftigen, denn nach der Verfassung der Republik sei die „Hervormde“-Kirche die Staatskirche, deren Gliedern allein der Einfluß auf das öffentliche Leben zustehe. Er sei nicht Glied der „Hervormden“-Kirche, also auch nicht stimmberechtigter Bürger. Krüger gehörte nämlich zu der kurz vorher, im Jahre 1859 von Pfarrer Postma zu Rustenburg gegründeten „Christelijk-Gereformeerden“ Kirche, die in Südafrika allgemein bekannt ist als die „Dopper“-Kirche (Muckerkirche). Woher das Wort „Dopper“ eigentlich kommt, läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen. Zur damaligen Zeit leitete man es ab von dem Worte „dop“ = „demper“, dem Lichthütchen, mit dem man eine Kerze auslöscht. Die Bedeutung wäre dann, daß ebenso wie ein „dop“ eine Kerze erstickt, die „Dopper“ alle neuen Gedanken erstickten und dem Fortschritt entgegenarbeiteten. Was die Eigenart der „Dopper“-Kirche anlangt, so beruht sie darin, daß sie sich streng an die Beschlüsse der Synode von Dordrecht (1618 und 1619) hält und den dort altreformierten Standpunkt teilt. Der Gottesdienst unterscheidet sich dadurch von dem der anderen Evangelischen, daß keine anderen Lieder als Psalmen gesungen werden. Die Glieder dieser Kirche waren in der Verfassung nicht berücksichtigt, da sie zur Zeit, da die Verfassung entstand, noch keine selbständige Gemeinschaft bildeten.

Wie man nun Krüger in den neuen Streitigkeiten zu Hilfe rief, antwortete er zurück, man müsse sich eben bei Schoemans That beruhigen. Jedenfalls werde er nichts dagegen thun oder beantragen, denn er habe ja kein Stimmrecht. Infolgedessen ließ der (von Krügers Partei gewählte) stellvertretende Präsident van Rensburg den Kirchenrat der „Hervormden“-Kirche zusammenkommen und einen Beschluß fassen, wonach die Bürger aller

evangelischen Kirchen gleichberechtigt sein sollten. Sobald Krüger von diesem Beschlusse, der später auch von dem Volksrat bestätigt wurde, in Kenntnis gesetzt war, ritt er nach Pretoria, wo er Präsident van Rensburg mit einem Teil seiner Leute sowohl als Schoeman mit einer Anzahl seiner Anhänger vorfand.

Neue Verhandlungen.

Beide Parteien standen sich hier feindlich gegenüber. Krüger ging sofort zu Schoemans Leuten, um sie zu einer friedlichen Verständigung zu bewegen. Er schlug vor, eine Versammlung von Bürgern der ganzen Republik auszuschreiben und sich dann dem Beschlusse zu fügen, den die Mehrheit einer solchen Versammlung annähme. Beide Parteien stimmten diesem Vorschlag zu, und die Versammlung wurde nach Pretoria einberufen. Hier kamen denn auch eine Menge von Bürgern aus allen Teilen der Republik zusammen, und mit großer Mehrheit wurde beschlossen, den vom Volksrat bereits angenommenen Antrag, daß ein Spezialgerichtshof über die einzelnen Fragen entscheiden solle, durchzuführen.

Beiderseitige Rüstungen.

Schoeman widersetzte sich aber diesem Beschluß und rief alle seine Leute, die noch außerhalb Pretorias waren, auf, sich zu ihm zu scharen, worauf nun van Rensburg dem Generalkommandanten Snijman auch Befehl gab, einen Kriegrat zu berufen, und zugleich Schildwachen ausstellen ließ, damit Schoeman keine weitere Boten hinaussenden könne. An verschiedenen Punkten in der Umgebung des Dorfes (Pretoria) wurden nun Wachen ausgestellt, darunter eine sehr starke am Aapjesflusse, wo jetzt der Vorort Arkadia liegt. Der alte Jakob Malan war Kommandant dieser Wache. Er ließ am folgenden Tag dem Generalkommandanten sagen, daß er unnötig hier stehe, denn die Rapportreiter Schoemans jagten mitten zwischen ihnen durch und ritten die Leute zusammen, wenn sie nicht aus dem Wege gingen. Nun gab Snijman Befehl, wenn wieder ein Rapportreiter Schoemans käme und auf wiederholten Anruf nicht stehen bliebe, solle ihm die Wache das Pferd erschießen. Kurz nachdem dieser Befehl ergangen war, kam ein Rapportreiter angesprengt, der sich an die Haltrufe nicht störte. Der Wachtposten schoß darauf mit grobem Schrot auf das Pferd. Der Rapport-

reiter machte kehrt, aber unterwegs brach sein Pferd zusammen. Er selbst war durch ein Schrot am Arme verwundet. So war denn der erste Schuß gefallen, welcher den Bürgerkrieg eröffnete.

Offener Kampf.

Am selben Abend wurde von dem Generalkommandanten in Gemeinschaft mit den Kriegsoffizieren Befehl erlassen, daß alle Bürger in dem Dorfe zusammenkommen müßten, um Schoeman zu umzingeln und am folgenden Morgen gefangen zu nehmen. Aber in der Nacht wußte Schoeman sich mit den Seinigen nach Potchefstroom durchzuschlagen. Diejenigen, die zurückgeblieben waren, wurden von dem Kriegsrat mit Strafen belegt. Schoeman sammelte nun ein Kommando zu Potchefstroom, wohin auch das Kommando von General Snijman vorrückte. Der stellvertretende Präsident und Krüger befanden sich bei Snijman.

Der politische Kampf wird zu einem Religionskriege gestempelt.

Schoemans Partei verbreitete jetzt das Gerücht, Paul Krüger sei mit einem Kommando im Anmarsch, um seiner, d. h. der „Christelijk Gereformeerden"-Kirche die Anerkennung als Staatskirche an Stelle der „Hervormden"-Kirche zu erzwingen. Diese Ausstreuungen waren für viele die Veranlassung, sich bei Schoeman anzuschließen. Selbst im Distrikte Marico bekam Schoeman Anhänger, darunter Jan Viljoen, den Kommandanten dieses Distriktes. Sobald das Regierungskommando, das ungefähr 500 bis 600 Mann stark war, vor Potchefstroom anlangte, schickte Präsident van Rensburg an Schoeman Botschaft mit dem Vorschlage, aus beiden Parteien eine gemeinschaftliche Kommission zu wählen, die einen Ausweg aus den Schwierigkeiten suchen solle. Schoeman stimmte diesem Vorschlage zu und ordnete von seiner Seite Jan Kock, den Vater des im letzten Kriege gefallenen Generals Kock, nebst einigen anderen Bürgern zu diesem Zwecke ab, während von der Regierungspartei Krüger nebst einigen andern mit den Friedensverhandlungen betraut wurden. Die Abgeordneten trafen sich halbwegs zwischen den beiden Lagern. Kaum begegneten sie sich, so redete Jan Kock Krüger an: „Ihr wollt also Eure Kirche zur Hauptkirche machen?" Ruhig antwortete ihm Krüger: „Ohm Jan, ich brauche mich nicht zu ereifern, um

Euch zu widersprechen. Wenn Ihr ein bischen nachdenkt, müßt Ihr selbst einsehen, daß das eine Unwahrheit sein muß. Hier steht das Regierungslager. Der Präsident sowie alle Offiziere gehören der „Hervormden"-Kirche an, und ich weiß nicht, ob unter den 500 bis 600 Mann auch nur 20 sind, die zu meiner Kirche gehören. Was Ihr also da von den Kirchen redet, kann doch nicht wahr sein." Später fügte Krüger noch hinzu: „Ich habe nie daran gedacht, die Kirche, zu der ich gehöre, zur Staatskirche zu machen. Aber selbst wenn Ihr mir das anbieten würdet, so würde ich es ganz entschieden ablehnen, weil unser Prinzip das ist, daß Christus und niemand anders das Haupt der Kirche sein soll." Die Kommission konnte im übrigen zu keinem Beschlusse kommen, und man ging unverrichteter Sache auseinander.

Gefecht bei Potchefstroom.

General Snijmann sandte nun Krüger am folgenden Tag mit einer Anzahl Bürger und einer Kanone nach der Südseite des Dorfes, um es von da aus zu beschießen. Krüger eröffnete auch sofort, wie er ankam, das Feuer mit der Kanone, und beim dritten Schuß gelang es ihm, eine Kanone der Gegenpartei zu vernichten. General Schoeman beantwortete das Feuer vom Dorfe aus mit Geschütz und Gewehrfeuer. Dieses Feuergefecht zog sich fast den ganzen Tag hin. In der folgenden Nacht zog Schoeman mit seinem Kommando aus dem Dorf nach einem Plateau auf der Nordseite, um von da aus die Regierungspartei zu beschießen. Krüger hatte aber vermutet, daß Schoeman das thun werde und hatte sich allein gegen die Höhe auf die Lauer gelegt, um die Bewegungen des Feindes zu beobachten. Wie er bei Tagesanbruch Schoemans Kommando anrücken sah, eilte er sofort zu den Seinen zurück, gab Befehl aufzusatteln und ihm nach der Höhe zu folgen. Um keine Zeit zu verlieren, ging er mit 15—20 Mann voraus, während die anderen sich fertig machten, und jagte im Sturm mit seinen Begleitern bis auf 50 oder 60 Schritte Schoeman entgegen, der ihn mit Kugeln und Kartätschen beschießen ließ. Krüger und die Seinen beantworteten natürlich sofort das Feuer, und es wurde so heftig, daß sich die beiden Parteien des Pulverdampfes wegen nicht mehr sehen konnten und

blindlings ihrem Gefühl nach schießen mußten. Krüger hatte drei Verwundete, während auf der Gegenseite ein Verlust von einem Toten und ungefähr fünfzehn Verwundeten zu beklagen war.

Schoemans Flucht.

General Schoeman, der selbst leicht verwundet war, floh noch am selben Tag nach dem Oranjefreistaat, wurde aber von Krüger und den Seinigen verfolgt und verlor noch einige Leute durch Gefangennahme. Auf Schoemans Farm im Oranjefreistaat sammelten sich seine Leute aufs neue, und General Snijman traf sofort die nötigen Anstalten, die Gegner dort zu fangen. Bei der Regierung des Oranjefreistaates wurde angefragt, ob sie diese Operation auf ihrem Grund und Boden erlaube. Sie hatte keine Bedenken dagegen und sandte sogar den Landdrost Truter von Kronstadt, um dabei behilflich zu sein. Schoeman war aber zu rasch. Er zog in der Nacht in der Richtung von Wakkerstroom ab und sammelte sein Kommando aufs neue auf einer Farm an dem Zusammenflusse des Klipbaches und des Vaalstromes. Das Regierungskommando, das erst etwas nordwärts gezogen war, weil es glaubte, Schoeman würde nach Pretoria ziehen, verfolgte ihn zunächst nach der genannten Farm, von da nach Potchefstroom und traf auf sein Lager am Mooiflusse, zwischen dem Loopbache und Potchefstroom. Gerade als man zum Angriff übergehen wollte, kam eine kleine Schar von Schoemans Leuten an, unter denen sich auch Präsident Pretorius befand. Dieser schlug vor, noch einmal eine Kommission zu wählen zur Erledigung der Streitfrage. Die Regierungspartei war damit einverstanden und lagerte sich ein paar tausend Schritt oberhalb Schoeman, gegenüber von Potchefstroom am Mooiflusse. Von Seiten der Regierungspartei wurde wiederum Krüger mit ein paar anderen Bürgern in diese Kommission entsandt, während Schoemans Partei den Präsidenten Pretorius und einige andere ernannte. Die Zusammenkunft fand halbwegs zwischen beiden Lagern statt. Krüger schlug hier vor, den Beschluß des Volksrates, durch den van Rensburg als stellvertretender Präsident ernannt und die Bestrafung der Schuldigen einem Spezialgerichtshof übertragen war, endlich definitiv anzuerkennen. Einer der umstrittensten Punkte in der Beratung war

Neue Verhandlungen.

die Frage, wer als Richter in diesem Hof sitzen sollte. Aber auch diese Frage wurde nach mehrstündiger Debatte im Sinne Krügers erledigt, der beantragt hatte, den Gerichtshof entsprechend den Vorschriften der Verfassung zu besetzen. Außerdem wurde beschlossen, daß Präsident van Rensburg den „Hooggerechtshof“ ohne Verzug berufen sollte. Die Beschlüsse der Kommission wurden von beiden Kommandos angenommen, man ging auseinander, und der Krieg schien beendet.

Der Urteilsspruch des Schiedsgerichtes nicht anerkannt.

Präsident van Rensburg führte nun diesen Auftrag sofort aus und berief den Gerichtshof zusammen. Aber obwohl der Hof zu gleichen Teilen mit den Mitgliedern beider Parteien besetzt war, wurde die erste Sache, der Fall Andries du Toits von der Schoeman-Partei gegen diesen entschieden. Das war für die übrigen Leute dieser Partei Grund genug, sofort wegzureiten. Die Kosten des Gerichtshofes sowie der Kommandos wurden nun Schoemans Partei auferlegt, und ein Kriegsrat sollte gehalten werden, zu dem auch Schoemans Offiziere eingeladen werden sollten. Krüger, der unterdessen zum Generalkommandanten erwählt worden war, wurde von der Regierung beauftragt, die Kommandokosten von der Gegenpartei zu erheben und zugleich die Offiziere zum Kriegsrat mitzubringen. Er berief zu diesem Zwecke eine Versammlung im Distrikte Heidelberg, wo er von dem Feldkornett dieses Distriktes namens Roets, der zur Gegenpartei gehörte, freundlich empfangen wurde. Es glückte ihm auch, einen Teil der auferlegten Strafen in friedlicher Weise einzubekommen und eine Anzahl von Offizieren der Gegenpartei, darunter den Kommandanten Jan Marais zu bewegen, daß sie mit nach Pretoria gingen.

Krüger bedroht.

Auf dem Wege nach der Versammlung in Heidelberg ritt ein junger Bur überall vor ihm her und erzählte, daß Paul Krüger im Anrücken sei, wobei er jedesmal hinzufügte, er würde ihm aber nicht raten zu kommen, sonst würde es ihm schlecht gehen. Da nun Krüger auch bei Nacht reiste, überholte er den jungen Mann und kehrte am folgenden Morgen bereits von einer Farm zurück, die dieser erst aufsuchen wollte. Der junge Mann

kam ihm gerade entgegen und begann auch hier sofort sein Sprüchlein aufzusagen. Krüger ließ ihn ordentlich ausreden, und dann sagte er zu ihm: „Junger Mann, laß dir den guten Rat geben und erzähle nicht länger so dummes Zeug. Eure ganze Partei hat sich ohnehin schon genug des Ungehorsams gegen die gesetzgebende Gewalt schuldig gemacht.“ „Ja, aber wer ist Ohm denn?“ fragte der junge Mann. „Paul Krüger“, war die Antwort. Das hören und nach seinem Pferde greifen, war für den jungen Mann eins. Der Schreck saß ihm so in den Gliedern, daß er kaum aufs Pferd kam. Aber wie er einmal droben war, gab's auch kein Halten mehr. Krüger versuchte von ihm wenigstens seinen Namen zu erfahren, aber er bekam keine Antwort außer Schreckensrufe und dann — weg war er.

Krüger beschimpft.

Auf dem Rückweg von Heidelberg nach Pretoria ging es Krüger fast noch spaßiger. Er kam nämlich in Gesellschaft des erwähnten Jan Marais' auf die Farm eines gewissen Strijdom im Distrikte Pretoria. Frau Strijdom kannte wohl Marais und wußte, daß er zur Schoemans Partei gehörte. Krüger aber kannte sie nicht und dachte, er sei einer seiner (Marais') Offiziere. Ihr Mann war als Richter in den Schiedsgerichtshof berufen worden, aber nicht erschienen und demgemäß zu einer Geldstrafe von 100 Pfd. Sterling verurteilt worden, worauf er die Flucht ergriffen hatte. Frau Strijdom erzählte nun ihren Besuchern ganz unbefangen, ihr Ehemann hätte von Hause flüchten müssen, weil ihn „dieser Paul Krüger“ wegen seiner Weigerung, im Gerichtshof zu sitzen, zu 100 Pfd. Sterling Geldstrafe verurteilt habe. Natürlich war diese Strafe nicht von Krüger, sondern vom Gerichtshof selbst auferlegt worden, aber ihr ganzer Haß richtete sich gegen Krüger, und sie redete auch ohne Scheu in sehr unliebsamer Weise über die Regierungspartei und in Sonderheit über Krüger, der „doch sozusagen das Haupt dieser Partei“ sei. Nachdem sie ungefähr eine halbe Stunde lang sich in diesen Tiraden gegen Krüger und seine Partei ergangen hatte, kam ein gewisser Jan Bantjes von Pretoria an, der zur Regierungspartei gehörte. Er ging grüßend auf Krüger zu und sagte: „Ah, auch hier General, habt Ihr

Marais als Gefangenen mitgebracht?" „Nein," antwortete Krüger, „er geht freiwillig mit mir zum Kriegsrat." Nun ging auch Frau Strijdom ein Licht auf, und ihre Zunge verstummte vor Schreck. Bittend kam sie dann auf Krüger zu: „Ach, Herr General, ich kannte Sie ja nicht, seien Sie nicht böse über mein Gerede. Ich bin so ängstlich von Art, und darum rede ich den Leuten immer nach dem Mund, um keine Unannehmlichkeiten zu haben. Ich rede nur so, wenn ich denke, die Leute seien von der Gegenpartei; wenn aber Leute von Ihrer Partei kommen, spreche ich ganz anders. Die Summe, zu der mein Mann verurteilt worden ist, habe ich auch hier, ich kann sie gleich holen, wenn sie der General nur haben will." Krüger antwortete natürlich darauf, daß er nichts mit dem Geld zu thun habe, es auch nicht in Empfang nehmen könne, denn das sei Sache des Gerichtshofes. Frau Strijdom war aber von dem Augenblick an bis zu Krügers Weggang mehr als liebenswürdig.

Neue Zusammenstöße. Viljoens Verrat.

Der Kriegsrat in Pretoria fand statt ohne nennenswertes Ergebnis. Kurz darnach wurde Krüger von Präsident van Rensburg beauftragt, nach dem Oranjefreistaat zu gehen, um da die Frage der Grenzregulierung zwischen den beiden Staaten zu erledigen. In Potchefstroom angekommen, hörte er aber, daß der Kommandant von Marico Jan Viljoen von der Schoemans-Partei mit einem Kommando im Anzuge sei, um ihn zu fangen. Krüger ritt ihm mit seinem kleinen Gefolge entgegen, um ihn zu fragen, was er wolle. Einige von Krügers Leuten, darunter der Feldkornett Sarel Eloff, sprengten voraus nach einem Kopje, welches das Ziel Viljoens zu sein schien, und es glückte ihnen auch, dieses Kopje vor Viljoen zu erreichen. Nachdem sie diesen Vorteil erreicht hatten, riefen ihnen Viljoens Leute zu, sie hätten keine bösen Absichten, sondern suchten nur eine freundschaftliche Besprechung, und so kamen sie im Gespräche immer näher, bis sie Eloff mit seinen paar Leuten völlig umzingelt hatten, worauf sie die ganze Gesellschaft gefangen nahmen und mit ihnen ihrem Lager zu ritten. Als sie ungefähr gerade gegenüber von der Stelle waren, wo Krüger mit dem Rest seiner Leute zurückge-

blieben war, gab Feldkornett Eloff plötzlich seinem Pferd die Sporen und jagte auf Krüger zu. Seine Wächter setzten ihm, nachdem sie sich von der Ueberraschung erholt hatten, natürlich nach, konnten ihn aber auf seinem guten Pferde nicht einholen. Die übrigen Gefangenen wurden nach dem feindlichen Lager gebracht und erklärten später, daß man ihnen da allerlei Strafen angedroht habe, wenn Krüger den Forderungen der Schoemans-Partei nicht nachkomme. Krüger selbst anzugreifen, wagte man nicht, obwohl er nur noch wenig Leute bei sich hatte. Aber sein ganzes Lager wurde umstellt. Ihn zu überraschen, war auch nicht möglich, da er auf alles gefaßt war. Aber dennoch beschloß Krüger in Anbetracht der überwältigenden Uebermacht, und um es nicht die Gefangenen büßen zu lassen, wenn es zu einem Gefecht käme, einem Zusammenstoß auszuweichen, und so wurde beschlossen, daß Krüger mit Eloff nach dem Oranjefreistaat weiter ziehen, während die übrigen Bürger sich nach Hause durchschlagen sollten. Die beiden Ersteren kamen auch thatsächlich ungehindert nach der Farm von Bührmann in der Nähe des Rhenosterflusses im Oranjefreistaat, während von den übrigen Bürgern auf ihrem Heimweg noch mehrere durch Viljoens Leute gefangen wurden.

Krüger wendet Transvaal den Rücken.

Krüger wurde durch treue Meldereiter über die Pläne und Absichten des Viljoenschen Kommandos immer auf dem Laufenden erhalten, und er benutzte gerade diese Meldereiter, um der Gegenpartei Nachrichten zukommen zu lassen, aus welchen sie entnehmen mußte, daß er nicht mehr nach der Südafrikanischen Republik zurückkehren wolle, sondern im Oranjefreistaat sich dauernd niederlassen werde, weil in Transvaal so viel Streitigkeiten seien. Er kaufte sogar eine Farm im Oranjefreistaat — aber unter der Bedingung, sie wieder zurückgeben zu dürfen — und ließ eines seiner Gespanne kommen, ja selbst seine Familie sich zum Aufbruche rüsten, um so die Nachricht wahrscheinlich zu machen. Er gebrauchte diese List vor allem, um seine gefangenen Bürger frei zu bekommen. Kurz darauf empfing er eine Meldung, daß ein großes Kommando der Gegenpartei auf dem Weg nach Pretoria sei, um dort ein Kommando der Regierungs-

partei, das am Krokodilflusse zusammengezogen wurde, zu zerstreuen. Ein kleiner Teil des feindlichen Kommandos war zu Potchefstroom zurückgeblieben, um die Gefangenen zu bewachen. Als Krüger bald darauf hörte, daß die Gefangenen frei gegeben und bereits abgezogen seien, und als gleichzeitig von der Regierungspartei ein Abgeordneter (Frank) zu ihm kam, um ihn über seine Pläne zu befragen, beschloß er, unverzüglich zurückzukehren und sich zu dem Kommando der Regierungspartei am Krokodilflusse zu begeben. Pretorius, der inzwischen als Präsident des Oranjefreistaates zurückgetreten war, befand sich einem Bericht zufolge in diesem Augenblick in Potchefstroom. Krüger ließ ihn wissen, daß er ihn, wenn irgend möglich, aufsuchen werde, fand aber keine Zeit, sondern zog noch in der Nacht durch nach der Farm Stompoorfontein im Distrikte Potchefstroom, die Wolmarans, einem Mitgliede der Partei, gehörte. Aber auch hier blieb er nur ungefähr eine halbe Stunde und setzte seine Reise gleich weiter nach seiner Farm Waterkloof im Distrikte Rustenburg, wo er am Nachmittag dieses Tages anlangte. Feldkornett Sarel Eloff, der die ganze Zeit bei ihm gewesen war, trennte sich von ihm auf dem „Hoogeveld" und ging direkt nach dem Bezirke Zwartruggens, um da die Bürger „aufzukommandieren". In ein paar Tagen versprach er mit seinen Leuten wieder bei Krüger zu sein.

Gefecht bei den Zwartkopjes.

Am Tage nach der Ankunft auf seiner Farm ruhte Krüger, da es ein Sonntag war, aber noch in der Nacht brach er nach den Zwartkopjes am Krokodilflusse auf, wo Präsident van Rensburg mit einem Teil seiner Bürger lagerte. Hier traf ihn Krüger, der auf die Nachricht von dem Anrücken eines starken Kommandos herbeigeeilt war. Am folgenden Tag, einem Dienstag, kam das Kommando der Gegenpartei in Sicht. Krüger hatte gute Wachen ausgestellt und wurde rechtzeitig von dem Anmarsch in Kenntnis gesetzt. Der Feind schien zu beabsichtigen, die Zwartkopjes zu besetzen, darum beeilten sich Krügers Leute, ihnen zuvor zu kommen und zuerst auf den Kopjes Position zu fassen. Von beiden Seiten begann nun ein Wettlauf nach dem nächsten Kopje, und auf seiner Höhe stießen beide Parteien zusammen. Krüger

Verrat.

mit einem gewissen Enslin war voran. Als er vom Pferde stieg, war Enslin bereits schußfertig, aber von der Gegenpartei rief man herüber: „Müßt nicht schießen, laßt uns mit einander reden; wozu brauchen wir einander tot zu schießen?“ Enslin ließ sein Gewehr sinken, bekam aber unmittelbar darauf eine Kugel und fiel tot in die Arme Krügers. Daraufhin entwickelte sich ein allgemeines Gefecht, aber es hatte noch keine halbe Stunde gedauert, als die Gegenpartei ihre Pferde aufsuchte und in der Richtung nach Pretoria flüchtete.

Krüger schont den fliehenden Gegner.

Krügers Bürger bestiegen nun auch ihre Pferde, um die Gegenpartei zu verfolgen, aber Krüger hinderte sie daran, indem er darauf hinwies, daß es sich doch nicht um Feinde, sondern um Brüder handle. Gerade jetzt kam auch Feldkornett Eloff mit 50 Leuten an und wollte das Gefecht fortsetzen. Aber auch ihm wehrte Krüger, und wenn auch sehr unzufrieden darüber, hörte man doch auf seine Gründe. Ueber dieses Verhalten Krügers war Präsident van Rensburg sehr aufgebracht. Als die Bürger auf der Gegenpartei sahen, daß sie nicht verfolgt wurden, kehrten sie zurück, um auch ihre Wagen in Sicherheit zu bringen. Sie schlugen ein Lager bei einer Gruppe von Kopjes, einige tausend Schritt von Krügers Leuten entfernt.

Am feindlichen Wachtfeuer.

Am Abend sandte Krüger Eloff mit einigen Mann als Wache in die Nähe des Lagers der Gegenpartei. Sie kamen so dicht an das Lager, daß sie die Leute dort sprechen hörten und sehen konnten, wie man bei dem Licht einer Laterne damit beschäftigt war, die Kanonen in Ordnung zu machen. Niemand merkte, daß der Feind in nächster Nähe war.

Neue Verhandlungen.

In dieser Nacht kam Expräsident Pretorius im Lager der Gegenpartei an und sandte sofort eine Botschaft an Krüger, worin er ihn um eine Zusammenkunft zu friedlicher Besprechung ersuchte. Da Krüger denselben Plan gehabt hatte, stimmte er bereitwillig zu. Nun wurden von beiden Seiten Abgeordnete für diese Besprechung gewählt, und zwar von Seiten der Regierung die Herren Krüger, Grobler und Prinsloo, von der Seite der Gegenpartei die Herren Expräsident Pretorius, Menitjes und

Fourie. Sobald man zusammen kam, schlug Krüger wiederum, wie schon bei früheren Besprechungen, vor, daß die einmal gewählte Regierung als gesetzmäßig erst anerkannt werden müsse. Als einen Beweis seiner friedliebenden Absichten erzählte er den Gegnern, daß in der Nacht eine seiner Wachen so dicht bei ihrem Lager gewesen sei, daß er es völlig unerwartet hätte überfallen können, wenn er das gewollt hätte. Diese Thatsache verfehlte ihren Eindruck nicht, und nach mehrtägigen Verhandlungen einigte man sich auf folgende Punkte:

1. Die bestehende Regierung wird von dem Volksrate anerkannt.

2. Jedoch soll eine neue Präsidentenwahl stattfinden.

3. Die noch strittigen Punkte sollen einem Schiedsgericht unterworfen werden, das sich aus Richtern des Freistaates zusammensetzt. Es soll zu diesem Zweck an den Freistaat ein Ersuchen um die nötigen Richter gerichtet werden.

Die Gegenpartei beantragte noch, daß von ihrer Seite eine Kommission ernannt werden dürfe, welche darüber zu wachen habe, daß die Uebereinkunft von der Regierung streng eingehalten werde, und freien Zutritt zum Bureau des Präsidenten van Rensburg haben müsse. Dagegen wurden keine Bedenken erhoben, und so wurde Expräsident Pretorius mit noch einem anderen Bürger als Mitglied einer solchen Kommission gewählt. Gleichzeitig wurden Krüger und Fourie mit Jan Kraep als ihrem Sekretär nach dem Oranjefreistaat abgeordnet, um von der Regierung dieses Staates die Richter zu erbitten, welche gemäß der Uebereinkunft den Gerichtshof bilden sollten.

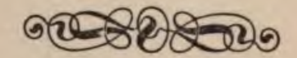
Gegenseitige Amnestie.

Die Bürger zerstreuten sich nun und gingen nach Haus. Als die Deputation nach dem Oranjefreistaat kam, wo gerade Präsident Brand seinen Amtseid geschworen hatte, riet dieser den beiden Männern, doch lieber die Sache friedlich zu erledigen, als sie vor Gericht zu bringen. Er wies darauf hin, daß ein unparteiischer Gerichtshof über zu viele Bürger Strafen verhängen müßte, und daß darum eine gegenseitige Verständigung viel besser wäre; schließlich weigerte er sich sogar, Richtern seines Landes diese Sache zu übertragen. Krüger suchte nun nach, ob nicht ein

Präzedenzfall vorhanden sei für eine solche Erledigung der Sache, und fand schließlich heraus, daß ein alter Rechtsgelehrter den Grundsatz festgelegt habe, daß mit gegenseitiger Einwilligung die Anklage auf Rebellion in einem durch einen Bürgerkrieg aufgewühlten Lande durch allgemeine Amnestie erledigt werden könne und nur die Hauptpersonen aus ihren Aemtern entlassen werden müßten. Der Volksrat faßte denn auch einen Beschluß in diesem Sinn, und so wurde die Ruhe wieder vollkommen hergestellt.

Neuwahlen.

Ebenso stimmte der Volksrat dem Antrage zu, eine neue Präsidentenwahl abzuhalten.*) Gleichzeitig fand auch auf Ersuchen von Krüger, der dieses Amt bekleidete, die Neuwahl eines Generalkommandanten statt, weil er den Bürgern eine Gelegenheit geben wollte, sich einen anderen Generalkommandanten zu wählen, wenn sie mit ihm unzufrieden seien. Er bekam aber bei dieser Wahl mehr als zwei Drittel aller Stimmen.



*) Aus dieser Wahl ging Pretorius als Präsident hervor. D. H.



V. Hauptstück.

Neue Kämpfe mit den Eingeborenen.

Der zweite Basutokrieg. Die Transvaaler kommen den Freistaatern zu Hilfe.

Im Jahre 1865 war im Freistaat der große Basutokrieg ausgebrochen. Die Basutos drangen raubend und plündernd bis tief in den Freistaat. Auch ermordeten sie einige Transvaaler, unter anderen einen Pretorius mit seiner Familie, der von einer Reise aus Natal mit seinen Wagen über die Drakensberge zurückkehrte. Da man im Oranjefreistaat Hilfe nötig hatte, wurde Krüger mit ungefähr 300 Mann*) von Präsident Pretorius zur Unterstützung abgesandt. Von Malap (d. h. der Ansiedelung des Häuptlings Malap und seines Stammes D. H.) aus, nahe bei Masus' Stadt, sandte Krüger eine Botschaft an den Oberhäuptling, daß er die Mörder ausliefern solle. Masus antwortete, er sei bereit es zu thun, bitte aber um ein paar Tage Aufschub. Innerhalb der Frist aber, die ihm nun gestellt wurde, fiel er mit ungefähr 3000 Kaffern und ungefähr 1000 Zulus, die ihm zu Hilfe gekommen waren, verräterischerweise über das Burenlager her. Unter dem Schutze der Dunkelheit, die durch andauernden leichten

*) Diese Zahlenangabe muß hier ausdrücklich als die richtige erklärt werden, da in den Geschichtswerken über Südafrika bisher ganz andere Zahlen figurieren. D. H.

Regen und aufsteigenden Nebel noch vermehrt war, drangen die Kaffern bis in das Lager, was begreiflicherweise große Verwirrung verursachte. Erst gegen Tagesanbruch glückte es Krüger, die Kaffern aus dem Lager zu verjagen.

Krüger hatte damals als Sekretär einen gewissen Nijhoff, der sich am Abend vor dem Gefechte betrunken hatte und zur Strafe dafür an ein Wagenrad festgebunden war. Er schlief da so fest, daß er von dem Gefecht gar nichts merkte und am folgenden Morgen, als er endlich wach wurde, erstaunt um sich sah und fragte: „War vielleicht heute Nacht ein Gefecht hier?"

Nach diesem Gefecht verfolgte das Kommando den Feind ins Gebirge und zwar in der Richtung auf Malaps Stadt. Gleichzeitig sandte Krüger einen Boten voraus an Fick, den Hauptkommandanten vom Oranjefreistaat, der ungefähr 600 Mann bei sich hatte, daß er auch in der Richtung von Malaps Stadt mit seinem Kommando ziehen solle, um sich da mit ihm zu vereinigen. Die Vereinigung glückte auch, und in einem gemeinschaftlichen Kriegsrat wurde beschlossen, daß die Bürger der Südafrikanischen Republik in dem Gebiete, daß sie sich jetzt vom Feinde zu säubern anschickten, Farmen unter den Gesetzen des Oranjefreistaates bekommen sollten. Von diesem Beschluß wurde die Regierung des Freistaates in Kenntnis gesetzt und zugleich ein Angriff auf die Malapberge unternommen, der vollkommen glückte. Der Feind wurde vertrieben, eine große Anzahl seiner Leute außer Gefecht gesetzt und eine Menge Vieh erbeutet.

Man trennt sich in Unfrieden.

Von hier rückte das Kommando weiter in der Richtung auf Masus' Stadt. Unterwegs stießen sie nahe beim Katskatsberg mit einer starken Kaffernmacht von ungefähr 20 000 Mann zusammen. Die Stärke des Feindes kann man mehr oder minder nach folgender Beobachtung schätzen: Als die Buren die Kaffernscharen, die alle zu Pferd waren, zuerst zu Gesicht bekamen, sahen sie in ihrer Mitte Vieh mitlaufen, und das kam ihnen im Verhältnis zur Zahl der Kaffern so wenig vor, daß sie es für das Schlachtvieh hielten, welches die Kaffern zu ihrer Verproviantierung mitgenommen hatten. Als es ihnen aber geglückt war,

dieses Vieh zu erbeuten, stellte sich heraus, daß es nicht weniger als 8000 Rinder waren. Die Kaffernscharen flüchteten zurück nach ihrer Hauptstadt, und die Buren folgten ihnen dahin, wo es ihnen nach einem weiteren Gefechte glückte, Masus noch weitere 30 000 Schafe, 8000 Rinder und ein paar hundert Pferde abzunehmen. Hier nun empfing Kommandant Fick eine Nachricht von dem Präsidenten des Freistaates (Brand), daß er dem Beschluß des gemeinschaftlichen Kriegsrats, wonach Transvaalbürger unter dem Gesetze des Freistaates Grund in den eroberten Gebieten bekommen sollten, nicht zustimmen könne. Infolge dessen weigerten sich die Bürger der Südafrikanischen Republik weiter zu fechten und gingen nach Hause.

Unfall Krügers im Jahre 1866.

Krüger war kaum zu Hause, als er nach Potchefstroom mußte, um da der Volksratsitzung des Jahres 1866 beizuwohnen. Auf dem Heimweg nach Ablauf der Sitzung stieß ihm ein schwerer Unfall zu. Auf der Farm Schoonklof im Distrikt Rustenburg, gerade jenseits des Olifantspasses, mußte er über einen „Schloot" (Bachgraben). Der Graben war wohl vertrocknet, aber der Weg, der durch den Graben führte, war völlig unterspült und zerrissen, so daß er sowohl für Wagen als Pferde unpassierbar war. Statt nun einen Umweg zu machen, fuhr Krüger mit seinem zweiräderigen Karren ein Stück zurück und trieb dann die Maultiere in vollem Galopp gegen den Graben in der Absicht, sie über den Graben springen und den Karren nachziehen zu lassen. Der Wagen schlug aber um, und Krüger brach das linke Bein am Knie. Mit dem gebrochenen Beine mußte er, nur unterstützt von einem kleinen Kaffernjungen, der bei ihm war, den Karren wieder aufrichten, auf die Räder setzen und darin, ohne sein Bein verbinden zu können, noch anderthalb Stunden weit nach Hause fahren. Das Schütteln des Wagens machte ihm fürchterliche Schmerzen, und das gebrochene Bein zwang ihn zu neunmonatlicher Unthätigkeit, während der er sich höchstens auf Krücken fortbewegen konnte. Das linke Bein ist infolge dieses Unfalls immer ein wenig kürzer geblieben, als das rechte, aber beim Gehen wird das kaum jemand merken.

Kämpfe in den Zoutpansbergen.

Noch nicht völlig hergestellt, mußte Krüger im Jahre 1867 ein Kommando gegen die aufständigen Kaffern im Zoutpansbergdistrikt führen. Diese Expedition konnte aber wegen Mangel an Munition wenig ausrichten. Präsident Pretorius hatte Krüger versprochen, Munition zu senden, konnte dieses Versprechen aber nicht halten, da sie an der Grenze nicht durchgelassen wurde. Im Distrikte Zoutpansberg war es vor allem das Dorf Schoemansdal, das unter den Ueberfällen der aufständigen Kaffern zu leiden hatte. Hierhin zog also auch Krüger und griff die Kaffern da zweimal an, um sie aus der Umgegend zu vertreiben. Aber nach diesen beiden Angriffen war auch seine Munition schon völlig erschöpft, und er sah sich wider seinen Willen gezwungen, das Dorf aufzugeben.

Das Dorf Schoemansdal der Kaffern wegen im Stiche gelassen.

Er bot sich zunächst an, zum Schutz hier zu bleiben, bis aus Pretoria, wohin er zwei Rapportreiter an den Präsidenten gesandt hatte, Hilfe und Munition käme. Aber nur ein Feldkornett mit seinen Leuten war bereit, bei ihm zu bleiben, die anderen wollten von einem längeren Aufenthalt nichts hören. Nun ließ Krüger die Dorfbewohner zu einer Versammlung zusammen kommen und teilte ihnen mit, daß er bei ihnen bleiben werde, aber die Bewohner selber weigerten sich, unter diesen Umständen zu bleiben und erklärten, mit dem Kommando zurückgehen zu wollen, da sie auf diese Weise wenigstens ihre wertvollsten Güter auf dem Wagen ihrer Verwandten im Kommando zurückbringen könnten, während sie anderenfalls, wenn die Kaffern nicht vertrieben seien, später doch flüchten und dann aus Mangel an Transportmitteln ihr ganzes Hab und Gut zurücklassen müßten. So blieb Krüger nichts anderes übrig, als die Bewohner von Schoemansdal nach Marabastadt zu bringen, welcher Ort dadurch vorläufig zur Hauptniederlassung im Zoutpansbergdistrikt wurde.

Machems Stamm muß seinen Wohnsitz aufgeben.

Auf der Rückkehr über Makapaansport klagten die Bewohner dieser Gegend, daß ihnen der Kaffernkapitän Machem Vieh gestohlen habe und sich überhaupt so herausfordernd benähme, daß sie jeden Augenblick von ihm überfallen zu werden fürchteten.

Daraufhin ließ Krüger Machem auffordern, zu ihm zu kommen, da er mit ihm wegen Verlegung seiner Niederlassung in eine andere Gegend zu sprechen habe. Denn der jetzige Wohnort Machems war nichts als ein Nest von Höhlen, Schluchten und Erdlöchern, deren Bewohner auf Viehraub fast angewiesen waren und sich zudem jeder Verfolgung leicht entziehen konnten. Machem selbst kam dem Befehle nach, aber ein Teil seines Volkes wollte die Höhlen nicht verlassen. Krüger ging darum in Begleitung des Kapitäns persönlich hin, um die widerspenstigen Kaffern zu holen. Bei der Kraalstadt angekommen, sandte er Boten voraus, um den Zweck seines Kommens zu melden. Aber die Kaffern weigerten sich, die Boten anzuhören und griffen sie an. Als Krüger schießen hörte, jagte er hinzu. Die Kaffern begannen auch auf ihn zu feuern, aber nach einem kurzen Gefechte glückte es ihm, die Höhlenbewohner, so weit sie nicht geflüchtet waren, herauszuholen. Auch dieser Trupp wurde dann zu den anderen, die dem Befehle gleich nachgekommen waren, nach dem neuen Wohnplatz, 5 oder 6 Meilen weiter aufwärts am Nijlflusse geführt. Bei Makapaanspoort wurde außerdem eine kleine Wache zum Schutze der Bewohner zurückgelassen.

Krügers „Grausamkeit."

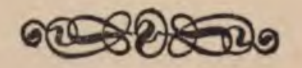
Die Sache mit Machem hat viel Staub aufgewirbelt. Während der Belagerung des widerspenstigen Teiles der Kaffern brachten ihnen die Mädchen in die Höhlen Wasser und Nahrung. Um den Frauen nun kein Leid zu thun und doch sie den Widerstand nicht verstärken zu lassen, ließ sie Krüger gefangen nehmen, wenn sie nach den Höhlen gingen, und stellte sie unter seinen Schutz. Dann führte er sie mit nach Pretoria, um dort dem Ausführenden Rate die Bestimmung zu überlassen und dort zugleich die Wahl des Ortes, den er Machem als neuen Wohnplatz angewiesen hatte — um ihn von dem alten Wohnplatz wegzuschaffen, hatte er Vollmacht und Befehl von Anfang an — billigen zu lassen. Hätte Machems Stamm sich nun nicht gebessert, so hätten die Mädchen nach englischer (und darnach auch burischer) Sitte „eingeboekt" werden d. h. bis zu ihrer Volljährigkeit durch gesetzliche Einschreibung Burenfamilien zur Erziehung überwiesen werden

können. Machem betrug sich aber in der Folge so ordentlich, daß der Ausführende Rat ihm bald alle die Mädchen zurückbringen ließ.

Allein unter den Kaffern.

Im folgenden Jahre 1868 ging Krüger wiederum und zwar nur in Begleitung eines einzigen Bürgers nach den Distrikten Waterberg und Zoutpansberg, um zu sehen, wie die Verhältnisse da stünden. Bei Makapaanspoort*) fand er alle Kaffernkapitäne der Umgegend versammelt. Sie sahen ihn sehr erstaunt an, wie er so unerwartet ankam. Sie wußten wohl, daß er käme, dachten aber, er werde sie durch einen Boten auffordern lassen, zu ihm zu kommen, und berieten nun, wie sie sich in diesem Falle verhalten müßten. Sie hatten aber nicht geglaubt, daß er sich allein unter sie wagen werde. Da er jedoch, ohne Argwohn zu zeigen, in der Kaffernstadt ausspannte, so verhielten sie sich ruhig. Sie begrüßten ihn mit den Worten: „Wenn Friede ist, so ist Friede und wenn Krieg ist, dann ist Krieg", womit sie sagen wollten, daß sie an Krügers Kommen ohne Begleitung sähen, daß er friedlich gesinnt sei und von ihnen das Gleiche erwarte, und daß sie darum auch den Friedenszustand beobachten würden. Von Makapaanspoort zog Krüger weiter nach Zoutpansberg, wo einer von den Kapitänen, die noch im vorigen Jahre gegen ihn gefochten hatten, ihm seine Unterwerfung anbot. Diese Reise hatte nicht nur den Zweck, die Kapitäne persönlich aufzusuchen und zur Ruhe zu ermahnen, sondern auch, wie das die Pflicht des Generalkommandanten war, einen Zensus der Kaffern, eine Schätzung zum Zwecke der Besteuerung, aufzustellen.

*) D. h. auf der Westseite, denn die an der Ostseite ansässig gewesenen Kaffern hatte ja Krüger ein Jahr zuvor weggeführt. D. H.





VI. Hauptstück.

Präsident Bürgers.

Der Streit um die Diamantfelder.

Im Jahre 1870 wurde der ganze Reichtum der Diamantfelder in Westgriqualand, Kimberley und im Westen der Südafrikanischen Republik, in der Nähe von Barkley West entdeckt. Präsident Pretorius ging persönlich nach den im Transvaal-Gebiete liegenden Feldern, um dort die Verhältnisse zu regeln, wurde aber von den englischen Gräbern, die sich da zusammengeschaart hatten, sehr unfreundlich empfangen. Diese Leute hatten bereits eigenmächtig eine Art von Republik gebildet mit einem gewissen Parker als Präsidenten an der Spitze und drohten Pretorius mit Krieg, falls er sie nicht in Ruhe lasse.

Pretorius beschwerte sich nun bei der britischen Regierung über das Verhalten ihrer Unterthanen, erhielt aber die Antwort, die Gründe, wo die Diamanten gefunden würden, gehörten nicht der Südafrikanischen Republik, sondern den Kaffernhäuptlingen Montsioa und Gasibone. Das war eine der falschen Behauptungen, wie sie die britische Regierung zur Hand hat, wenn sie ihr in den Kram passen, denn Gasibone war, wie vorher schon dargelegt, von der Regierung der Südafrikanischen Republik längst abgesetzt worden, und Kapitän Mahura war an seine Stelle

getreten. Sein Gebiet lag innerhalb der Grenzen der Südafrikanischen Republik, worüber niemals auch nur der geringste Zweifel bestanden hatte oder gar Streit gewesen war. Auch Waterbur eignete sich von den begehrten Gründen nur auf englische Aufreizungen hin an; ein Recht dazu hatte er in keiner Weise.

Das Schiedsgericht und Krügers Protest dagegen.

Um aus den Schwierigkeiten herauszukommen, ließ sich Präsident Pretorius auf ein Schiedsgericht mit Mahura, Montsioa und Waterbur ein. Das war ein Fehler und sehr gegen Krügers Sinn, der von der Anschauung ausging, daß die Republik über ihren eigenen Besitz und mit ihren eigenen Unterthanen ein Schiedsgericht nicht nötig habe und auch nicht annehmen dürfe. Präsident Pretorius aber ersuchte Keate, den Gouverneur von Natal, den Schiedsrichter zu machen, und dieser erkannte sämtliche strittigen Gründe den Kaffernoberhäuptlingen als unabhängigen Besitzern zu.

Einer der Zeugen in dieser Sache war der Kaffernhäuptling Mohilo. Er wurde gefragt, ob er nicht auch geholfen habe, diese Gründe zu säubern und bewohnbar zu machen und deshalb einen Rechtsanspruch darauf erhebe. Er antwortete: „Geholfen habe ich wohl, aber ich zog immer nur hinter den Weißen her wie ein Schakal, der der Herde folgt, um zu sehen, ob er nicht hier und da ein Lamm erwischen kann." Man sagte ihm darauf, daß er auch einen Teil der Gründe bekommen könne. Der Kaffer versank einen Augenblick in Nachdenken, dann erwiderte er: „Nein, Herr, ich fürchte, Malimo (Gott) wird mir zürnen. Als die Kaffern von Selikats uns mordeten, kamen die Weißen, von Malimo gesandt, zu unserer Rettung. Wie sollte ich nun den Fuß auf den Nacken meines Erlösers setzen?" Er sprach noch mehr und erinnerte daran, wie Selikats alte Leute abschlachten ließ, wenn er Aasvögel über seinem Kraal schweben sah, und sie den Aasvögeln vorwarf. Die Weißen, welche die Kaffern von diesem Scheusal erlöst hätten, wolle er nicht in ihren Rechten kränken.

Die Regierung der Südafrikanischen Republik hatte eine Kommission ernannt, welche den Verhandlungen des Schiedsgerichtes beiwohnte. Krüger war Mitglied dieser Kommission. Sie protestierte gegen das Urteil des Gouverneurs Keate und reichte

bei dem Volksrate einen Protest gegen das Vorgehen des Präsidenten Pretorius ein. Der Volksrat schloß sich diesem Proteste an, infolgedessen Pretorius sein Amt niederlegte. Der Protest hatte wenigstens die Folge, daß die Republik ein Stückchen ihres Gebietes behielt, den Teil nämlich, in dem das Dorf Christiania liegt.

Th. Fr. Bürgers wird Präsident an Pretorius Statt.

Infolge des Rücktrittes des Präsidenten Pretorius mußte eine neue Präsidentenwahl stattfinden. Eine große Anzahl von Bürgern ersuchte Krüger, sich als Kandidaten aufstellen zu lassen. Er lehnte das aber ab und unterstützte mit seiner Partei den Präsidentschaftskandidaten Robinson. Der Gegenkandidat war Thomas François Bürgers. Dieser hatte kurz zuvor eine Rundreise durch das Land gemacht und wurde auch mit großer Mehrheit als Staatspräsident gewählt, trotzdem Krüger alle Kraft einsetzte, um Robinson zum Siege zu verhelfen. Die Vereidigung des neuen Präsidenten fand im alten Regierungsgebäude zu Pretoria statt.

Krüger und Bürgers als Gegner.

Krüger war dabei gegenwärtig. Nachdem der Präsident den Amtseid abgelegt hatte, nahm Krüger das Wort und redete ihn also an: „Hochedler Herr, ich habe mein Aeußerstes gethan, um Ihrer Wahl entgegen zu arbeiten. Hauptsächlich um Ihrer, meines Erachtens verkehrten religiösen Auffassung willen. Aber nachdem Sie nun durch die Mehrheit gewählt worden sind, unterwerfe ich mich als guter Republikaner diesem Votum des Volkes in dem Vertrauen, daß Sie gläubiger sind, als ich dachte, in welchem Falle ich Ihnen von Herzen Glück wünschen werde." Der Präsident antwortete darauf: „Bürger, die ihr gegen mich gestimmt habt eures Gewissens willen, ihr seid mir ebenso lieb, wie diejenigen, die für mich gestimmt haben." Viele Bürger kamen nun auf Krüger zu und sprachen ihm ihre Freude aus, daß er so offenherzig gesprochen hatte; man hatte gedacht, er werde seine Meinung verstecken.

Bürgers Politik.

Präsident Bürgers war unzweifelhaft ein Mann von scharfem Verstande und sehr großen Gaben. Er versuchte so rasch als möglich die Regierung des Landes zu verbessern und Handelsbeziehungen mit dem Ausland anzuknüpfen. Außerdem lag ihm

die Erbauung einer Eisenbahn von Laurenzo Marques nach Pretoria sehr am Herzen, und er unternahm eigens zu diesem Zweck eine Reise nach Europa, um Geld zu leihen. Mit dieser Anleihe hatte er zwar nur einen mäßigen Erfolg, aber es glückte ihm, in Europa ein paar hervorragende Männer zu finden, die er mit in die Heimat nahm; darunter z. B. Dr. Jorrison, der später dem Lande so viele nützliche Dienste erwiesen hat. Das Einzige, das man gegen die Regierung Bürgers anführen könnte, war das, daß er in seinen Ansichten zu sehr von seinen Bürgern verschieden war. Und das war nicht allein der Fall in religiösen Fragen, sondern auch bei anderen Dingen, die er für die Entwicklung der Republik für unentbehrlich erachtete, während seine Bürger anderer Meinung waren. Es muß zugegeben werden, daß die Republik in damaliger Zeit für die vielen großartigen Ideen von Th. F. Bürgers noch nicht reif war. Selbst wenn es ihm darum z. B. geglückt wäre, das Geld für die Erbauung der Eisenbahn von der Delagoabay nach der Republik zusammen zu bringen, so hätte man das doch nicht einen Erfolg nennen können, weil die Republik damals noch nicht genug entwickelt war, um eine solche Bahn gewinnbringend zu machen.

Seine der Zeit vorauseilenden Pläne und seine liberale Auffassung auf religiösem Gebiet erweckten ihm sehr bald eine Menge Gegner. Die Ursache aber, daß er so gut wie allen Einfluß verlor und bei der Mehrheit der Bürger geradezu unmöglich gemacht wurde, war der unglückliche Sekukunikrieg vom Jahr 1876.

Der Krieg mit Sekukuni.

Dieser Krieg wurde dadurch herbeigeführt, daß einer der Unterkapitäne Sekukunis das Vieh eines Bürgers, dem die Regierung in der Nähe von Sekukunis Stadt eine Farm in Pacht gegeben hatte, mit Beschlag belegte, und daß Sekukuni, als die Regierung ihm dieserhalb eine Botschaft sandte, eine brutale Antwort gab, seine Truppen zusammen berief und den Distrikt Lydenburg bedrohte. Die Republik war also gezwungen, Sekukuni zu einer Pflicht zurückzuführen. Präsident Bürgers wünschte persönlich das Bürgeraufgebot zu begleiten. Das ging Krüger sehr gegen den Sinn, weil er als Generalkommandant die Leitung

dieser Expedition als seine Pflicht ansah. Er weigerte sich schließlich mitzugehen, wenn Bürgers auf der Begleitung des Kommandos bestehe. Als ihn Bürgers über die Gründe seiner Weigerung fragte, antwortete er: „Wenn Sie mitgehen, kann ich das Kommando nicht führen, denn wenn Sie abends im Lager fröhliche Gesellschaften halten und Sonntags Tanzunterhaltungen geben, so wird der Feind mich selbst hinter der Mauer totschießen, denn Gottes Segen kann da nicht auf unserem Zuge ruhen". Bürgers meinte, er (Krüger) könne als Generalkommandant das ja verbieten, wenn es ihm zuviel erscheine. Aber Krüger antwortete: „Glauben Sie, daß die Bürger meinem Verbote gehorchen werden, wenn Sie als Präsident ihnen einmal das Beispiel gegeben haben?" Nun fragte Bürgers, wen er ihm denn als Fechtgeneral mitzunehmen riete? Krüger empfahl ihm zu diesem Amt Nikolaas Smit, den späteren Vizepräsidenten der Südafrikanischen Republik, und den früheren Präsidenten Pretorius. Bürgers gab dieser Empfehlung statt und rückte dann mit zwei ziemlich starken Kommandos gegen Sekukuni. Ehe man aber diesen selbst zu fassen bekam, wurde einer seiner Unterkapitäne Namens Magali angegriffen, der in einer abscheulichen Felsengegend wohnte. Es glückte dem Kommando, die Kaffern aus ihren Höhlen und Schluchten zu vertreiben, worüber Bürgers so in Ekstase geriet, daß er ausrief: „Nun habe ich Gibraltar in Händen".

Von hier gings weiter gegen Sekukuni. Aber infolge von Zwiespalt und Mangel an Zusammenarbeiten mißglückte der Anfall auf dessen feste Stellung. Ein Teil der Bürger unter Kommandant Joubert von Pretoria war bereits in der Stellung drin, mußte sich aber wieder zurückziehen, weil er keine Unterstützung erhielt und, auf allen Seiten von 4—5000 Kaffern angefallen, in Kreuzfeuer geraten war. Dieser Vorfall in Verbindung mit anderen Ursachen bewirkte, daß die Unzufriedenheit immer mehr zunahm, und die Bürger sich endlich rundweg weigerten, weiter zu fechten oder länger zu bleiben. Und obwohl der Präsident seine ganze Beredsamkeit aufbot, um sie zurückzuhalten, glückte ihm das doch nicht, und er mußte das Kommando nach Haus gehen lassen. Er ließ jedoch

drei starke Wachtposten von Freiwilligen unter einem Burenkommandanten und einem deutschen Offizier zurück, um Sekukuni im Schach zu halten, und dieser bat später um Frieden und bezahlte 1000 Ochsen als Kriegskosten.

Der Streit um die Steuern.

Der Präsident und die Bürger waren aber unterdessen nach Hause gegangen, ohne daß der Krieg beendigt gewesen wäre. Die zurückgelassenen Wachen verursachten Unkosten, und der Präsident legte zu diesem Zwecke auf jeden Bürger eine besondere Steuer von 5 Pfd. Sterling (100 Mark). Diese Maßregel brachte ihn in heftigen Gegensatz zu Krüger, der diese Steuer als ungesetzlich betrachtete, weil sie ohne Zustimmung des Volksrates auferlegt war. Eine beträchtliche Anzahl der Bürger verweigerte denn auch die Bezahlung.

In der Sitzung des Volksrates im Jahre nach dem Kriege (1877) griff der Präsident die Bürger, welche die Extrasteuer nicht bezahlen wollten, heftig an und zwar in Gegenwart von Sir Theophilus Shepstone, dem englischen Spezialkommissar, der sich bereits damals in Pretoria befand, um zu sehen, wie er die englischen Annexionspläne zur Ausführung bringen könne. Krüger verteidigte die Bürger, welche die auf ungesetzliche Weise eingeführte Steuer verweigerten. In der Pause, während Krüger mit anderen Mitgliedern des Volksrates auf der Veranda stand, um zu plaudern, kam Präsident Bürgers auf ihn zu, schlug ihn auf die Schulter und sprach: „Herr Krüger, Ihr werdet doch nicht bestreiten wollen, daß die Bürger, welche die Steuern verweigern, sich in Rebellion gegen ihre Regierung befinden?“ Krüger antwortete: „Ich bestreite das allerdings und zwar aus Gründen, die ich bereits dargelegt habe. Sie verweigern nicht ihre Steuern, sondern nur die besondere Steuer, die Sie ohne Vollmacht der gewöhnlichen Steuer hinzugeschlagen haben. Aber wäre es selbst so, wie Sie sagen, so möchte ich Sie doch fragen: Wäre es etwa ein Beweis von Liebe, wenn Sie ihre Frau, mögen Sie auch noch so viel Fehler von ihr wissen, in der Oeffentlichkeit vor ihren schlimmsten Feinden schlecht machen würden? Gerade das haben Sie aber gegenüber der Republik in Gegenwart ihres Feindes

(nämlich Shepstones) gethan, was für mich ein Beweis ist, daß Sie die Republik nicht lieb haben, sondern sie hassen." Der Präsident schwieg und verließ die Gruppe.

Annexionspläne.

Alle diese Schwierigkeiten, die der Präsident Bürgers durch seine eigene Schuld fand, wurden von den Engländern als Vorwand benutzt, um eine Annexion einzuleiten und zu rechtfertigen. Die große Mehrheit der Bürger auf dem platten Lande waren, wie bereits gesagt, mit der Regierung des Präsidenten unzufrieden, während die Dorfbewohner*), die fast ausschließlich aus Fremden bestanden, und von denen ein großer Teil nicht einmal Bürger waren, zufrieden waren mit Bürgers Regiment, vor allem auch, weil sie hofften, daß die von ihnen geplante Bahnverbindung ihnen großen Nutzen bringen werde. Als sie nun bemerkten, wie groß die Opposition gegen ihn wurde, begannen sie allmählich sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß eine Annexion durch die britische Krone nicht so übel sei. Sie waren's denn auch, von deren Seite Shepstone Denkschriften erhielt mit dem Ersuchen, das Land zu annektieren. Diese Denkschriften waren fast ausschließlich von Dorfbewohnern unterzeichnet.

Shepstone, Vertreter der englischen Regierung in Natal, der von seiner Regierung den Auftrag erhalten hatte, zu sehen, wie er das Land annektieren könne, begab sich von Natal mit einem Gefolge von 25 Mann auf den Weg nach Pretoria, um, wie er vorgab, mit der Regierung über Kaffernschwierigkeiten und andere Fragen zu verhandeln. Dabei sprach er offen aus, die Thatsache, daß die Republik Sekukuni nicht besiegt habe, sei für andere Kaffernstämme, auch für solche im britischen Gebiet, eine Anreizung, ebenfalls Aufruhr zu machen. Krüger, der die Absicht von Shepstone sehr wohl einsah, forderte von Präsident Bürgers, Shepstone mit seiner bewaffneten Leibwacht nicht in die Stadt kommen zu lassen, außer unter dem Geleite einer bewaffneten Bürgereskorte. Dieser Vorstellung gab aber Präsident Bürgers kein Gehör.

*) Der Bur redet immer von Dörfern, wo wir von Städten reden. Er kennt wohl Kafferstädte, aber selbst die Hauptstadt ist ihm nur ein „Dorf". D. H.

Krüger sucht Verständigung mit Bürgers.

Das war in derselben Zeit, als die Amtsdauer des Präsidenten abgelaufen war und eine neue Präsidentenwahl stattfinden mußte. Eine Menge Bürger ersuchten Krüger, sich als Kandidat aufstellen zu lassen, und obwohl er sich erst geweigert hatte, gab er schließlich doch nach, um der Unzufriedenheit ein Ende zu machen, welche die Bürger über diese Weigerung bezeugt hatten. Er stellte aber die Bedingung an die Wahlkomitees, daß seine Wähler, wenn Bürgers die Mehrheit bekäme, sich damit zufrieden geben und dem gewählten Präsidenten den schuldigen Gehorsam erzeigen müßten, um nicht offene Zwietracht entstehen zu lassen und den Engländern einen neuen Vorwand für ihren Annexionsplan zu liefern. Bereits in der ersten Woche, in welcher die Stimmlisten der Parteien (also noch nicht die offizielle Wahl) im Umlauf waren, erwies sich, daß Krüger eine starke Mehrheit hatte. Daraufhin ging er zu Präsident Bürgers und sagte zu ihm: „Präsident, ich verspreche Ihnen, die Mehrheit der Bürger auf Ihre Seite zu bringen, wenn Sie mir versprechen, kräftige Maßregeln gegen die Annexion zu ergreifen und die Unabhängigkeit zu verteidigen. Ist das Ihre Absicht, so müssen Sie das aber auch deutlich zeigen, damit ich mit Nachdruck die Bürger auf die Thatsache verweisen kann, daß die Unabhängigkeit unseres Landes kräftig gewahrt wird. Anderenfalls werden natürlich meine Argumente keinen Eindruck machen. Ich gebe meine Hand darauf, daß ich dann thun werde, was ich angeboten habe." Bürgers versprach, zu thun, was in seinen Kräften stände, aber ehe es zu Neuwahlen kam, wehte die Flagge Englands über der einstmals freien Republik.

Konferenzen mit Shepstone.

Shepstone kam nämlich kurz darauf, am 21. Januar 1877, mit seiner bewaffneten Leibwacht und einigen Wagen in Pretoria an. Eine Anzahl leicht erregbarer „loyaler" Bewohner waren thöricht genug, ihm die Pferde auszuspannen und seine Wagen selbst nach dem Haus zu ziehen, wo er Wohnung nehmen sollte. Die Bevölkerung als ganze zeigte dagegen keine außerordentliche Erregung. Leute, die dabei waren und es also wissen können, behaupten, daß bei seinem Empfang keine 10 Bürger zugegen

waren. Am 26. Januar 1877 fand die erste Konferenz zwischen dem Präsidenten mit seinem Ausführenden Rat und Shepstone statt. Dieser begann sofort über die „inhärente" (innere) Schwachheit der Republick und über die Thatsache, daß man Sekukuni nicht habe zu unterwerfen vermocht, zu sprechen. Er mußte, wie er sagte, infolge der von Weißen gegenüber den Kaffernhäuptlingen bewiesenen Schwäche fürchten, nun auch auf Ihrer Maj. Gebiet neue Schwierigkeiten von den Kaffern zu bekommen. Um diese Dinge näher zu besprechen, wurde von dem Ausführenden Rat eine Kommission gewählt, die aus Krüger und dem Staatsanwalt Jorissen bestand. Krüger weigerte sich aber entschieden, auf dieser Konferenz Dinge zu besprechen, welche die Unabhängigkeit der Republik berührten, und so verlief sie im Sande. Shepstone hatte außerdem auch verschiedene Besprechungen mit Präsident Bürgers, und dieser beschloß nun, den Volksrat zu einer außergewöhnlichen Sitzung zusammenzuberufen, die dann auch im Februar stattfand.

Frieden mit Sekukuni durch Shepstone hintertrieben.

Die erste Sache, die hier behandelt wurde, war das unterdessen eingelaufene Ersuchen des Kaffernoberhäuptlings Sekukuni um Frieden. Wie bereits erwähnt, hatte Präsident Bürgers nach der Zurückziehung der Bürgerkommandos verschiedene starke Freiwilligenkorps zurückgelassen, die dann Sekukuni so in die Enge brachten, daß er um Frieden nachsuchte. Das paßte nun aber Shepstone garnicht in seinen Plan. Denn wenn Frieden geschlossen wurde, würde ja das hauptsächlichste Argument, das er für den Anschluß der Republik an die britische Krone anführen konnte, hinfällig geworden sein. Er hätte dann nicht länger von der Unfähigkeit der Republik, der Kaffern Herr zu werden, oder wie er sich ausdrückte, von ihrer „inhärenten" Schwachheit reden können. Er wußte nun von Präsident Bürgers gegen Krügers Willen das Zugeständnis zu erreichen, zwei Abgeordnete an Sekukuni senden zu dürfen, um die Verhältnisse an Ort und Stelle zu untersuchen. Diese Zweimännerkommission, die aus Engländern bestand, brachte natürlich die erwünschte Antwort zurück, nämlich, daß Sekukuni nicht an Frieden denke. Diese Unehrlichkeit kam, wie sich bald zeigen wird, den Engländern teuer zu stehen.

Die Frage der Annexion im Volksrate.

Die zweite Sache, die zur Sprache kam, war die der Konföderation mit den britischen Gebieten Südafrikas. Es lag zu dieser Frage eine Menge von Eingaben vor, in denen sich die Bürger mit überwältigender Mehrheit gegen eine solche Maßregel erklärten. Auch Krüger hielt eine heftige Rede gegen einen solchen Plan, in welcher er sagte, daß die Konföderation nichts anderes bedeute als den Verlust der Unabhängigkeit.

Bürgers nahm nun zu einer krassen Maßregel seine Zuflucht. Er brachte nämlich heraus, daß verschiedene der heftigsten Opponenten im Volksrat die früher erwähnte Kriegssteuer von 5 Pfd. Sterling nicht bezahlt hatten, und versuchte nun diese Leute als Unwürdige aus dem Rat zu entfernen. Obwohl er hierbei durch den Staatsanwalt Dr. Jorissen unterstützt wurde, weigerte sich der Volksrat, seinem Ersuchen nachzukommen, was für Bürgers sicher ein schwerer Schlag war. Es scheint, daß dieser Vorfall den Ausschlag gab, um Bürgers zu der Anschauung zu bringen, daß ihm die derzeitige Konstitution der Südafrikanischen Republik nicht genug Macht gäbe, und daß er darum eine andere Konstitution wünschte, welche ihm mehr Macht verleihen sollte. Wenigstens entwarf er jetzt eine neue Konstitution, die er auch dem Rat vorlegte und worin die Einsetzung verantwortlicher Ministerien, eines Landesgerichtshofes und die Ausdehnung der Machtbefugnisse des Staatspräsidenten vorgesehen war. Zugleich wurde auch eine Veränderung im Wappen der Republik angebracht, indem ein Gnu hineinkam. Obgleich diese Maßregel im Volksrat zunächst den heftigsten Widerspruch fand, wurde die vorgeschlagene Konstitution endlich doch angenommen — das Volk als höchste Autorität verwarf sie später wieder — und vor dem Auseinandergehen des Rates Krüger auf Bürgers Antrag als Vizepräsident gewählt. Im Jahre 1873 hatte Krüger sein Amt niedergelegt und war aus dem Ausführenden Rate ausgeschieden, aber ehe er zuhause war, kamen schon Boten nach, um ihn zu bitten, seine Austrittserklärung zurückzunehmen, und so war er geblieben.

Die Annexion.

Der Volksrat ging in nicht sehr fröhlicher Stimmung auseinander. Seine meisten Mitglieder fürchteten, daß der Faden,

an dem das Damoklesschwert über dem Haupte der Südafrikanischen Republik hing, reißen und der selbständigen Existenz der Republik ein Ende machen werde. Obwohl manche gehofft hatten, daß die vielen neuen Maßregeln, die der Volksrat in seiner außergewöhnlichen Sitzung beschlossen hatte, die Gefahr abwenden würde, ergab sich doch bald, daß die Pessimisten Recht behielten. Shepstone schien nur die Ankunft des Hohen Kommissars Sir Bartle Frere abzuwarten, um zur Annexion der Südafrikanischen Republik zu schreiten. Im Anfang April 1877 kam dieser in Kapstadt an, und am 7. April bereits hatte Shepstone eine Unterredung mit dem Ausführenden Rat, worin er offen erklärte, daß er den Auftrag habe und willens sei, das Land im Auftrage der englischen Regierung zu annektieren. Krüger antwortete ihm sofort, daß er einer solchen Maßregel nie zustimmen werde, da er durch seinen Eid verpflichtet sei, die Unabhängigkeit der Republik aufrecht zu erhalten. Er müsse sich unterwerfen, wenn der Volksrat der Annexion zustimmte und ihn so von seinem Eide entbinde, aber anderenfalls nicht. Shepstone fragte ihn dann, wie lange es dauern würde, um den Volksrat zusammen zu berufen, worauf Krüger erklärte, er glaube, daß das innerhalb einer kurzen Zeit geschehen könne, wenn der Präsident sofort die Einladungen ergehen läßt. Hier trat aber Präsident Bürgers zwischen beide, indem er sagte, man dürfe nicht zuviel auf die Geduld Shepstones sündigen, wodurch also dieser Plan ins Wasser fiel. Dagegen schlug der Präsident Bürgers vor, sofort einen Protest gegen die Annexion aufzusetzen, so lange die Regierung der Republik noch bestände, und eine Kommission zu wählen, um diesen Protest nach England zu überbringen. Dieser Plan wurde auch ausgeführt; daß er Erfolg haben werde, hatte Bürgers von vornherein nicht angenommen, er war auch nicht in der Kommission. Unterdessen führte Shepstone am 12. April 1877 seinen Plan aus und annektierte die Republik.

Diese Annexion kann gar nicht scharf genug als widerrechtliche That Englands gebrandmarkt werden. Sie war in flagrantem Streit mit dem Zandriviertraktat von 1852, durch den Eng-

land feierlich erklärte, die Unabhängigkeit der Südafrikanischen Republik unbeschränkt anzuerkennen und nie in das Gebiet nördlich des Vaalflusses übergreifen zu wollen. Aber sobald es die Gelegenheit dazu ersah, brach das perfide Albion sein feierliches Gelöbnis, wie es das immer gethan und auch noch immer weiter thut, wenn seinen Interessen damit gedient werden kann. Welches Unheil hat dieser Traktatbruch über Südafrika gebracht! Der gegenwärtige Krieg, der das ganze Land zu einem Trümmerhaufen gemacht hat, ganz abgesehen von den Hunderten von Männern und den Tausenden von unschuldigen Frauen und Kindern, denen er das Leben gekostet hat, mit einem Worte, dieser Krieg, in dem sich England auf so unzivilisierte und gemeine Weise betragen hat, daß es von allen zivilisierten Völkern verachtet wird, hat zum Teil seinen Ursprung in der Annexion von Shepstone. Ich sage zum Teil, denn der Krieg hat zwei Ursachen. Die erste und vornehmste ist der Reichtum der Republik an Goldfeldern und die zweite die „Rache für Amajuba". Wäre aber Shepstones Annexion nicht gewesen, so wäre auch kein Amajuba gekommen und keine „Rache für Amajuba" nötig geworden.

Protest des Ausführenden Rates gegen die Annexion.

Den erbitternden Einfluß, den die Annexion auf das Verhältnis der beiden Nationen haben mußte, hat auch der Ausführende Rat der Südafrikanischen Republik vorausgesehen und darum folgenden Protest gegen die Annexion eingereicht:

„Nachdem Ihrer Britischen Maj. Regierung im Zandriviervertrag des Jahres 1852 die Unabhängigkeit des Vaalrivierlandes feierlich garantiert hat, und nachdem die Regierung der Südafrikanischen Republik sich nicht bewußt ist, Ihrer Maj. Regierung irgend einen Grund zu einer feindseligen Handlung gegeben zu haben, oder daß irgend eine Veranlassung zu einer solchen Gewaltthat vorliege; nachdem diese Regierung sich stets bereit gezeigt hat und noch bereit ist, alles zu thun, was von ihr mit Recht und Billigkeit verlangt werden kann, und damit alle Ursachen zur Unzufriedenheit, die vorhanden sein mögen, aus dem Wege zu räumen; im Hinblick darauf, daß sie sich wiederholt

vollkommen bereit erklärt hat, mit Ihrer Maj. Regierung Verträge zu schließen oder Verbindlichkeiten zu übernehmen, wie sie etwa für die allgemeine Sicherheit der weißen Bevölkerung Südafrikas erforderlich erachtet werden, und gewillt ist, derartigen Verbindlichkeiten genau nachzukommen; in Hinsicht darauf, daß nach der öffentlichen Erklärung von Ihrer Maj. Kolonialminister Lord Carnarvon bei der britischen Regierung nicht die Absicht besteht, das Volk der Südafrikanischen Republik gegen seinen Willen unter ihre Obrigkeit zu zwingen; nachdem das Volk in seiner großen Mehrheit durch Denkschriften und auf andere Weise seinen Willen deutlich dahin ausgesprochen hat, daß es dazu nicht geneigt ist; und nachdem sich die Regierung überzeugt hält, daß sie nicht im stande ist, der Uebermacht Großbritanniens gegenüber die Rechte und die Unabhängigkeit des Volkes mit dem Schwerte zu verteidigen und außerdem, bevor nicht erst das letzte Mittel versucht worden ist, auf friedlichem Wege und durch freundschaftliche Vermittlung die Rechte des Volkes sicher zu stellen, keinesfalls einen Schritt zu thun beabsichtigt, durch den die weißen Einwohner Südafrikas, zum ganzen Unheile der ganzen christlichen Bevölkerung Südafrikas, angesichts des gemeinsamen Feindes mit einander in Uneinigkeit oder in feindliche Berührung kommen würden, so protestiert die Regierung gegen diese Handlungsweise des Spezialkommissars Ihrer Maj. aufs Entschiedenste und beschließt gleichzeitig, eine Kommission von Abgeordneten unverweilt nach Europa und Amerika zu senden mit der Vollmacht und Weisung, sich nötigenfalls durch eine dritte Person zu ergänzen, um in erster Linie den Versuch zu machen, die Interessen und Wünsche des Volkes Ihrer Maj. bekannt zu machen, und wenn dies keinen Erfolg haben sollte — was die Regierung sehr bedauern würde und vor der Hand noch nicht glauben möchte, — sodann die freundschaftliche Hilfe und die Vermittlung anderer Mächte anzurufen, und zwar zunächst derjenigen, welche die Unabhängigkeit unseres Staates anerkannt haben. Zu Mitgliedern der Kommission werden ernannt die Herren S. J. P. Krüger, Vizepräsident und Mitglied des Ausführenden Rates, und

Dr. E. J. P. Jorissen, Staatsprokureur der Südafrikanischen Republik."

Dr. Jorissen wurde auf Krügers Wunsch gewählt, da er ein Rechtsgelehrter war und Krüger gern jemanden bei sich haben wollte, der fremde Sprachen sprechen konnte.

Mit der Einsetzung dieser Deputation hörte der Ausführende Rat auf zu bestehen. Präsident Bürgers zog sich in seine Heimat (Kapkolonie) zurück; die Republik hatte keinen Präsidenten mehr. An seiner Stelle mußte Krüger handeln, dem als Vizepräsidenten auch unter anderen Umständen gesetzlich die Führung der Staatsgeschäfte anstelle des außer Landes gegangenen Präsidenten zugefallen wäre.





VII. Hauptstück.

Unter englischer Flagge.

Krüger in London, um die Annexion rückgängig zu machen.

Die Kommission, die diesen Protest nach England überbringen sollte, nämlich Krüger und Dr. Jorissen, nahmen sich den Herrn W. E. Bok als Sekretär mit und reisten im Mai 1877 nach Port Elisabeth ab, um von dort aus nach England überzusetzen. Kurz nach ihrer Abreise schrieb Shepstone an Lord Carnarvon, den damaligen Kolonialminister von England, wenn die Deputation keinen Erfolg habe, so werde Krüger, wie er ihm gesagt habe, der neuen Regierung ein ebenso treuer Unterthan sein, wie er es der alten gewesen sei. Auch wisse er von Dr. Jorissen, daß dieser die Annexion für unvermeidlich erklärt habe und ihre Widerrufung als ein Unglück ansehen würde. — Was Krüger angeht, so erklärt er diese Behauptung für eine absolute Unwahrheit. Er hat nie so etwas oder etwas Aehnliches gegenüber Shepstone geäußert, auch straft sein ferneres Verhalten eine solche Behauptung von selbst Lügen. —

In England angekommen, fand die Deputation, daß durch Zeitungen und Briefe — darunter auch einen Brief von Pfarrer Jooste aus Potchefstroom, zuerst veröffentlicht im „Zuid Afrikaan" — das Gerücht verbreitet war, nur ein Häuflein Unversöhnlicher

mit Krüger an der Spitze wehre sich gegen die Annexion. Krüger bestritt diese Auffassung mit dem größten Nachdruck und meinte, man könne die Wahrheit leicht herausfinden durch die Abhaltung einer Volksabstimmung über die ganze Republik hin, woraus sich am sichersten ergeben würde, ob die Mehrheit für oder gegen die Annexion sei. Er schrieb persönlich einen Brief an den Kolonialminister, worin er der Behauptung von dem „Häuflein Unversöhnlicher" widersprach und eine Volksabstimmung vorschlug. Dr. Jorissen hatte Bedenken gegen die Unterzeichnung dieses Briefes, darum sandte ihn Krüger auf seine Verantwortung allein ab. Die englische Regierung wies diesen Vorschlag aber mit der einfältigen Behauptung von sich, daß eine solche Abstimmung zu viel Mühe und Kosten verursachen würde. Man kann auch hieraus sehen, daß England sich immer getreu bleibt: Es stellt Behauptungen auf, und sobald ihm Gelegenheit geboten wird, sich vom Gegenteile zu überzeugen, gebraucht es Ausreden, wiederholt aber dabei seine Behauptungen, bis es selbst und vielleicht die Welt mit ihm zu glauben beginnt, daß es so sein müsse, wie es gesagt habe.

Volksversammlungen und Volksabstimmung in Transvaal.

Im November des Jahres 1877 verließ die Deputation England wieder und besuchte auf dem Heimwege Holland, Frankreich und Deutschland, um dort die Mächte zu einer Intervention zu bewegen — natürlich ohne Resultat, trotz aller freundlichen Empfänge. Gegen Ende Dezember erreichte Krüger seine Wohnung im Rustenburg-Distrikt wieder, und im Januar des darauf folgenden Jahres ging er nach Pretoria, wo ungefähr 1000 Bürger auf seinen Bericht warteten. In dieser Versammlung ging es etwas stürmisch zu, als man vernahm, daß die Deputation von der englischen Regierung keine befriedigende Antwort erhalten habe. Einer der Bürger, M. W. Vorster, stellte den Antrag, der auch einstimmig angenommen wurde, daß eine Volksabstimmung gehalten werden solle, um eine allgemeine Aussprache der Bürger über ihre Stellung zur Annexion herbeizuführen. Bei einer weiteren Versammlung — in Nauwpoort im Potchefstroom-Distrikt — wurde dieser Antrag nochmals eingebracht und an-

genommen und nun eine Kommission gewählt, um die Volksabstimmung abzuhalten und eine diesbezügliche Eingabe unterzeichnen zu lassen. Vorsitzender der Kommission war der frühere Präsident Pretorius.

Shepstone war über diese Beschlüsse sehr ungehalten und erklärte, er werde eine solche Abstimmung nicht zulassen können; auch verlangte er von Krüger, daß er den Plan hintertreibe. Krüger ritt darauf in Begleitung der Herren Pretorius und Viljoen nach Pretoria zu einer Unterredung mit Shepstone und sagte ihm da, daß er die Volksabstimmung nicht hindern könne und wolle, denn er habe in England versichert, gerade aus einer solchen Abstimmung werde sich ergeben, daß die Mehrheit gegen die Annexion sei, und er wünsche nun nicht als Lügner dazustehen. Er fügte hinzu: „Wenn Sie zugeben, daß ich Recht hatte und daß Ihr Bericht über die Gesinnung des Volkes, den Sie nach England sandten, die Unwahrheit enthielt, dann würde die Abstimmung allerdings unnötig sein". Daraufhin gab Shepstone seine Zustimmung zur Abhaltung der nötigen Versammlungen unter der Bedingung, daß die Bürger unbewaffnet kommen müßten. Die Kommissionsmitglieder wurden nun ersucht, streng darauf zu achten, daß nur wirklich stimmberechtigte Bürger abstimmten.

Im April 1878 kam die Kommission bei Doornpoort zusammen, und nun ergab sich, daß 125 Denkschriften mit 6591 Unterschriften gegen die Annexion und 31 Denkschriften mit 587 Unterschriften für die Annexion eingelaufen waren. Daraus ergab sich gewiß deutlich, was die Gesinnung des Volkes war, zumal, wenn man beachtet, daß die gesamte männliche Bevölkerung der Republik nach Shepstones Angaben gegenüber dem englischen Kolonialminister nur 8000 Köpfe zählte und unter denen, die nicht zur Versammlung hatten kommen können, sich noch viele entschiedene Gegner der Annexion befanden. Die vom Volke erwählte Kommission beschloß nun, eine neue Deputation nach England abzusenden, damit diese dort die Beweisstücke von dem Widerwillen der Mehrheit des Volkes gegen die Einverleibung der Republik vorlege. Als Mitglieder dieser neuen (zweiten) Deputation wurden

Krüger und Piet Joubert, der spätere General, gewählt. Als Sekretär ging wiederum der Holländer W. E. Bok mit. Die Reisekosten wurden durch eine Kollekte unter den Bürgern aufgebracht, und noch während der Versammlung wurden zu diesem Zwecke 1900 Pfd. Sterling gezeichnet.

Zum zweiten Male nach London.

Die Deputation nahm eine Petition mit sich, die an Lord Carnarvon gerichtet war und darlegte, das Volk der Republik sei überzeugt, daß die englische Regierung über die wirkliche Gesinnung der Burenbevölkerung schlecht unterrichtet gewesen sei; man könne nicht glauben, daß England ein Volk gegen seinen Willen zu beherrschen suchen wolle; man habe darum beschlossen, ihr den Beweis zu liefern, daß die große Mehrheit mit Herz und Seele gegen die Annexion sei, und man hoffe, daß die Regierung nach Kenntnisnahme der übermittelten Denkschriften die auf Grund unrichtiger Information vorgenommene Annexion widerrufen werde. Wie schlecht kannten damals unsere Leute noch England! Heute würde niemand mehr die Vermessenheit haben, auf das Verständnis einer solchen Anschauungsweise bei England zu rechnen.

Auf ihrer Reise nach England hatte die Deputation auf ihr Ersuchen noch eine Unterredung mit dem Hohen Kommissar und Gouverneur der Kapkolonie Sir Bartle Frere in Kapstadt. Er war sehr freundlich, weigerte sich aber entschieden, sie irgendwie in ihren Bemühungen zu unterstützen und erklärte, es sei dazu auch gar kein Grund, denn unter der britischen Flagge könnten die Buren sehr glücklich werden.

Erlebnisse in London.

Im Juli 1878 landete die Deputation in England und fand hier, daß inzwischen Lord Carnarvon als Kolonialminister durch Sir Michael Hicks Beach ersetzt war — eine für das Volk der Republik alles eher als günstige Veränderung. Auch empfingen die beiden Deputierten bei ihrer Ankunft in London einen Brief von Sir Shepstone als Antwort auf ein ihm beim Abschied persönlich überreichtes Gesuch. Shepstone griff hier Krüger und Joubert heftig an und warf ihnen vor, wenn Unzufriedenheit im Lande sei, so seien sie die Ursache davon. In der ersten Unterredung, welche die Deputation mit Sir Hicks Beach hatte, erklärte

dieser, nur schriftlich verhandeln zu wollen, und so legte man denn in einer langen Eingabe in kräftiger Sprache das gute Recht der Republik auf eine selbständige Existenz und die Nichtberechtigung der Gründe dar, mit denen man die Annexion gerechtfertigt hatte. Außerdem wurde gegen die Annexion als einen Bruch des Zandriviertraktates, den die britische Regierung mit den Buren-emigranten im Jahre 1852 geschlossen hatte, protestiert, und schließlich wurde die Erwartung ausgesprochen, daß das Billigkeitsgefühl des englischen Volkes sich nicht länger gegen die Rückgabe einer Unabhängigkeit sträube, welche von den Großmächten anerkannt sei. Die Antwort Sir Hicks Beachs war, wie zu erwarten stand, eine völlige Enttäuschung für die Deputation. Der Kolonialminister versprach nur, sobald der Zustand des Landes es erlaube, eine Art Selbstregierung einzuführen, und fügte hinzu, daß die Fortführung dieser Versöhnungspolitik nur von den Buren selber, in Sonderheit von dem Verhalten der Wortführer abhänge. Die Deputation antwortete zunächst kurz darauf, sie könne nicht glauben, daß eine Politik, wie sie England gegenwärtig treibe, dazu dienen könne, die herrschende Unzufriedenheit zu beseitigen und freundschaftliche Gefühle aufkommen zu lassen. Später verteidigte sie in einem längeren Memorandum nochmals das gute Recht der Republik auf ihre Selbständigkeit, aber es half alles nichts; man mußte unverrichteter Sache die Rückreise nach Südafrika antreten. Bei diesem zweiten Besuche in England wurde Krüger durch einen englischen Burenfreund ein goldener Ring übergeben mit den Worten: „Haltet Mut, Eure Sache ist gerecht, und Ihr müßt schließlich triumphieren.“ Auf der Innenseite des Ringes sind die Zahlen eingeschrieben, welche das Resultat der Volksabstimmung über Annahme oder Verwerfung der Annexion waren. Diesen Ring trägt Krüger heute noch als einzigen Schmuck an seiner Hand.

Auf der Rückreise (Herbst 1878) machte die Deputation wiederum dem europäischen Festlande einen Besuch. In Paris fand damals gerade die große Weltausstellung statt. Bei dieser Gelegenheit sah Krüger zum erstenmal einen Luftballon und nahm

gleich an einem Aufstiege teil. Als er sich hoch in der Luft befand, ersuchte er den Luftschiffer scherzend, ihn nun direkt nach seiner Heimat zu bringen. Da erst erfuhr der Mann, wer sein Reisebegleiter war, und als man wieder zur Erde herabkam, überreichte er Krüger eine Medaille zum Andenken an die Luftreise. Im Dezember 1878 landete die Deputation in Durban.

Sekukuni übersetzt englische Lehren in die Praxis.

Inzwischen hatte die Lage in Südafrika ein sehr ernstes Gesicht bekommen. Sekukuni, der früher, als das den Engländern in ihren Kram paßte, dazu gebracht worden war, zu erklären, daß er keinen Frieden machen wolle, hatte sich an die Veränderung in der Regierung nicht gestört und befolgte die Lektion, die ihm gegenüber der alten Regierung gegeben war, nun auch unter der neuen. Aber während man ihn früher immer in seinem Widerstande gegen die Anerkennung der Oberherrschaft der Südafrikanischen Republik über sein Gebiet unterstützt hatte, verlangte man jetzt, daß er Frieden halte, da sein Gebiet zu Transvaal gehöre. Schließlich mußte eine Expedition von Freiwilligen und Farbigen unter Kolonel Rowlands gegen ihn gesandt werden, ohne daß diese viel ausrichten konnte.

Der Krieg mit Cetewayo.

Das Allerschlimmste aber war, daß sich auch der Zulukönig Cetewayo im Aufstand gegen die englische Regierung befand. Die Ansprüche der Republik auf das mit ihm strittige Gebiet hatte England früher ebensowenig anerkennen wollen, nahm es aber jetzt nach der Annexion von Transvaal als zweifellosen Besitz der ehemaligen Republik in Anspruch. Als Krüger über Durban nach Hause reiste, ersuchte ihn in Pietermaritzburg Sir Bartle Frere, dem englischen Oberbefehlshaber (Lord Chelmsford) Informationen zu geben über die Art und Weise, wie man am besten den Krieg gegen die Zulus führe. Das that Krüger auch offenherzig. Er riet dem englischen Oberbefehlshaber, an jedem Halteplatz durch Zusammenziehen der Wagen ein Lager zu schlagen, wie das die Buren gewohnt seien, und immer für gute Wachen und Kundschafter zu sorgen, um über die Bewegungen des Feindes auf dem Laufenden zu sein. Auch fragte ihn Sir Frere, ob er glaube, daß eine Truppen (17 000 Mann mit den schwarzen Hilfstruppen) genügten. Krüger antwortete: „Wenn Sie vorsichtig sind und

sorgfältig Wachtposten ausstellen, wird es genügen." Zuerst hatte Sir Bartle Frere Krüger ersucht, als Ratgeber und Führer des ganzen Kommandos den Oberbefehlshaber selbst zu begleiten. Das schlug aber Krüger ab. Als jedoch nun Sir Bartle Frere noch weiter in ihn drang und erklärte, er könne sich dafür jede Belohnung, die er wünsche ausbitten, sagte er: „Gut ich nehme an, und werde Ihnen mit 500 Bürgern das Zululand in die Hände liefern, wenn Sie mir die Belohnung geben, die ich verlange". Sir Bartle Frere war etwas pikiert über das Anerbieten Krügers, mit 500 Mann das Werk auszuführen, wofür die Engländer so viele Tausende von Soldaten ins Feld gestellt hatten, und fragte: „Meint Ihr denn, daß Ihr so viel besser seid als unsere Soldaten?", worauf Krüger antwortete: „Das nicht, aber unsere Art zu kämpfen ist besser, und wir kennen das Land". Nun fragte Sir Frere, was Krüger als Belohnung verlange. Aber als dieser antwortete: „Die Unabhängigkeit meines Landes und Volkes", wollte der Hohe Kommissar nichts mehr davon hören. Später ersuchte auch Shepstone (schriftlich) Krüger, mit einem Burenkommando den Engländern zu Hilfe zu kommen. Krüger antwortete darauf, die Annexion und der Bruch, der dadurch zwischen dem Volke der Südafrikanischen Republik und der englischen Regierung entstanden sei, mache ein freundschaftliches Zusammenwirken der beiden Rassen unmöglich. Denen, welche auf das dringendste Ersuchen des Volkes um die Rückgabe seiner Freiheit keinen Wert legten, müsse er auch jede Hilfe verweigern.

Mit ihrem gewöhnlichen Hochmut verachteten die Engländer die Zulu-Impis, was ihnen die blutige Niederlage von Isandhlawana (22. Januar 1879) verschaffte, wo ca. 1200 englische Soldaten niedergemetzelt wurden. Hierdurch belehrt, trat man dann vorsichtiger auf, und es glückte Lord Chelmsford in der Schlacht von Ulundi (Juli 1879), die Zulus völlig zu schlagen und später den König Cetewayo gefangen zu nehmen, wodurch der Krieg beendigt wurde. Es wurde damals in Südafrika allgemein behauptet, die Engländer hätten den General Cetewayos bestochen, um von ihm die Auslieferung seines Königs zu erlangen. Dieser General

habe dann Cetewayo überredet, nach einem bestimmten Platze zu gehen, der, wie er behauptete, sicherer sei als Cetewayos gegenwärtiger Aufenthalt. Cetewayo habe diesem Vorschlag Folge geleistet und sei so von den Engländern mit leichter Mühe umzingelt und gefangen genommen worden. Ob sich das alles aber so verhält, ist nicht mit Sicherheit zu sagen.

Inzwischen (März 1879) war Sir Theophilus Shepstone durch Sir Owen Lanyon, einen Mann, der für dieses schwere Amt absolut unbrauchbar war, ersetzt worden. Als Militär hatte Sir Lanyon natürlich von Zivilverwaltung keine Ahnung, und außerdem war er mit Sitten, Sprache und Volkstum der Buren völlig unbekannt.

Weitere Volksversammlungen und Protest gegen die Annexion.

Nach ihrer Rückkehr nach Transvaal hatte die Deputation eine Volksversammlung einberufen, um dort über ihre Sendung Berichte zu erstatten. Diese Versammlung fand am 10. Januar 1879 zu Wonderfontein statt. Es kamen ungefähr 3000 Bürger zusammen, und es wären ohne Zweifel noch mehr gekommen, wenn nicht volle Flüsse und die Pferdekrankheit, die gerade in dieser Zeit des Jahres am heftigsten wütet, viele Bürger am Kommen verhindert hätten. Unterdessen hatte Sir Bartle Frere einen an Krüger und Joubert gerichteten offenen Brief unter die Bürger verteilen lassen, worin er unter anderem sagte, er hoffe, die beiden Herren würden dem Volke klar machen, daß die Annexion unwiderruflich sei. In der oben erwähnten Versammlung dankte Krüger zunächst für den zahlreichen Besuch und für den Willkomm, den man der Deputation dargeboten habe, und ermahnte dann die Bürger, einig zu bleiben und keine Zwietracht oder irgend welche Unregelmäßigkeiten aufkommen zu lassen, da allein Eintracht, Gehorsam und Zusammenarbeit das Volk wieder frei machen könne. Die Versammlung faßte eine Resolution, worin sie der Deputation den Dank aussprach für die Mühe und für die Opfer, die sie auf sich genommen hatte, und zugleich erklärte, daß das Volk sich bei dem Beschluß der englischen Regierung nicht beruhigen könne.

Krüger beschwichtigt die Erregung.

Einige Bürger glaubten nun bereits die Zeit gekommen, um von der englischen Regierung mit Gewalt zu erreichen zu

suchen, was sie freiwillig zu geben nicht geneigt war. Aber Krüger wußte ihnen klar zu machen, daß die Zeit dazu noch nicht gekommen sei, und wurde in seinen Bemühungen, den Frieden zu erhalten, unterstützt von Joubert und Pretorius. Einer der Bürger trat auf und sagte: „Herr Krüger, wir haben nun lange genug schöne Reden gehört, laßt uns nun endlich einmal den „Engelschman schiet". Krüger erwiderte darauf: „Wenn ich nun wirklich sage: „Sah" (d. h. „faß an" — das Wort, mit dem man in Südafrika Hunde anhetzt D. H.), wirst Du dann beißen? Und wenn ich sage: „Beiß", wirst Du dann festhalten?" Der Mann verstummte.

Auf derselben Versammlung wurde beschlossen, Piet Joubert nach Natal zu senden, wo sich Sir Bartle Frere befand, um diesen von dem Beschluß des Volkes, sich England nicht zu unterwerfen, in Kenntnis zu setzen. Diese Sendung hatte aber nicht den geringsten Erfolg, abgesehen etwa davon, daß Sir Bartle Frere ihm versprach, selbst nach Transvaal zu kommen, um sich von dem Stand der Dinge zu überzeugen. Zu diesem Zwecke wurde eine neue Versammlung einberufen und zwar nach der Farm Kleinfontein und Sir Bartle Frere dazu eingeladen.

An dem festgesetzten Tag (18. März 1879) strömten 4—5000 Bürger bei Kleinfontein zusammen. Joubert erstattete Bericht von seiner Mission und seinen Mißerfolgen und schloß mit den Worten: „Die Frage, die sich nun das Volk vorzulegen hat, ist die, ob es sich unterwerfen will oder nicht." Auch Krüger hielt eine Ansprache, worin er den Leuten vor allem ans Herz legte, nicht durch irgend welche unvorsichtige Schritte den Frieden zu stören, sondern die Sache dem Komitee zu überlassen, welches es ihnen wohl zu wissen thun werde, wenn es glaube, daß alle friedlichen Mittel erschöpft seien. Diese Mahnung war sehr notwendig, denn die Bürger waren zum Teil äußerst erregt und sprachen offen von der Notwendigkeit, die Engländer zu „schießen". Ja, es wurden sogar bei der Zusammenkunft Stimmen laut, welche vorschlugen, die Bürger sollten dem Zulukönig Cetewayo, mit dem England gerade im Kampf lag, zu Hilfe ziehen, um gemeinschaftlich mit ihm die Engländer zu überwältigen. Krüger

bekämpfte diesen Vorschlag mit aller Energie und sagte, so etwas sei unchristlich, und nie und nimmer dürfe man sich mit Barbaren verbinden gegen eine zivilisierte Nation. So wurde dieser Plan in seiner Geburt erstickt.

Sir Bartle Frere, der sein Kommen zu dieser Versammlung zugesagt hatte, war unterdessen immer noch nicht eingetroffen. Er war von Natal aus nach Kleinfontein aufgebrochen, reiste aber sehr langsam. Er hoffte vielleicht, durch die Verzögerung die Buren mutlos zu machen, oder zum Nachhausegehen zu bewegen, ohne daß er unter ihnen zu erscheinen brauche. Von Heidelberg aus ließ er die Versammlung wissen, daß er keine Zeit habe, sich im Burenlager aufzuhalten, er müsse nach Pretoria. Er erhielt aber die Antwort, daß man so lange bereits auf ihn gewartet habe und nun fest darauf rechne, daß er komme. Er beschloß also zu kommen. Als er nicht mehr weit vom „Kamp" entfernt war, ritten ihm die Führer des Komitees entgegen und geleiteten ihn in das Lager. Die Bürger standen dicht gedrängt beisammen und bewahrten tötliches Stillschweigen bei seiner Ankunft. Niemand grüßte ihn, obwohl er selbst im Anfang nach links und rechts die Bürger grüßte. In einer Besprechung, die darauf stattfand, wurde verabredet, daß man ein paar Tage später aufs neue zusammenkommen und dann erst in nähere Beratungen eintreten wolle. Sir Frere zog von hier nach Pretoria weiter; darum rückte auch das ganze Burenlager nach Boksburg im Distrikte Heidelberg und hier fand die neue Zusammenkunft bei Fergussonslaagte statt. Hierher kam Sir Frere in Begleitung des Gouverneurs Sir Owen Lanyon, einer Anzahl Beamten und einer bewaffneten Leibwacht. Er hielt dem Komitee vor, daß es die Ursache der Unzufriedenheit sei. Das Komitee kehrte sich aber wenig daran, und die einzige Antwort, die es gab, war die, daß man sich mit der Annexion nicht zufrieden geben werde. Endlich schlug der hohe Kommissar einen anderen Ton an und sagte, er müsse zugeben, daß er falsch unterrichtet gewesen sei, denn er bemerke nun selber, daß ein starker Widerspruch gegen die Annexion vorhanden sei, und daß dieser von den besten Männern

des transvaalischen Volkes ausgehe. Das Komitee schlug ihm daraufhin vor, es wolle noch einmal in einer Denkschrift der Regierung von England die Beschwerde seines Volkes begründen und bat ihn, diese Denkschrift zu befördern unter Beifügung eines Berichtes über das, was er gesehen und bemerkt habe. Er erklärte sich bereit, die Petition der ernstlichen Aufmerksamkeit der englischen Regierung zu empfehlen, obwohl er persönlich ein Gegner der Zurücknahme der Annexion sei. Kurz darauf ging die Versammlung auseinander. Es ergab sich aber später, daß Sir Bartle Frere an die englische Regierung geschrieben hatte, es habe ihm leid gethan, daß er nicht genug Kanonen gehabt habe, um die Aufrührer auseinander zu treiben. Wie typisch englisch!

Die übrigen Afrikaner bitten für die Freiheit ihrer Brüder in Transvaal.

Nach dem Besuch von Sir Bartle Frere wurden von dem Komitee Briefe nach dem Oranjefreistaat und der Kapkolonie gesandt, worin um die Unterstützung bei dem Versuche, die Annexion rückgängig zu machen, gebeten wurde. Der Volksrat des Oranjefreistaates nahm denn auch mit großer Mehrheit einen Beschluß an, welcher die Hoffnung ausdrückte, daß die Bestrebungen der Bürger um Wiederherstellung der Unabhängigkeit von Erfolg begleitet sein möchten. In der Kapkolonie machte sich (November 1879) eine Deputation zu Sir Bartle Frere auf den Weg, um in derselben Sache vorstellig zu werden. Natürlich bekam sie nebst vielen schönen Reden wiederum die stereotype Antwort der englischen Staatsmänner, die Sache sei vorbei und erledigt. Inzwischen war General Sir Garnet Wolseley mit besonderen Vollmachten nach Südafrika gesandt worden. Er war (neben Sir Frere) zum Hohen Kommissar ernannt worden und ihm war speziell die Regelung der Zulu- (Cetewayo) und Transvaal-Angelegenheit anvertraut worden. Es war das derselbe Mann, von dem das bekannte Wort stammt: „So lange die Sonne scheint, wird Transvaal britisches Gebiet bleiben, der Vaalfluß wird eher zurückströmen nach seinen Quellen, als daß Transvaal wieder unabhängig wird“. Sir Garnet Wolseley war in ungefähr derselben Zeit daran, Sekukuni zu unterwerfen, was ihm auch endlich mit Hilfe seiner gewaltigen Uebermacht glückte.

Krüger beschwichtigt aufs neue die Erregung.

Nach der Versammlung von Kleinfontein hatte das Volkskomitee angekündigt, daß eine neue Versammlung zu Wonderfontein stattfinden werde. Das veranlaßte Sir Garnet Wolseley, eine Proklamation zu erlassen, worin er auf die Gefahr hinwies, in welche diejenigen, die an dieser Versammlung teilnähmen, sich, ihre Familie und ihr Eigentum bringen würden. Er drohte zugleich, die Teilnehmer wegen Hochverrats zu bestrafen. Diese Proklamation hatte aber nicht die geringste Wirkung, denn bei der Versammlung, die am 10. Dezember zu Wonderfontein abgehalten wurde, waren zwischen 5—6000 Bürger anwesend, und alle diese Leute waren aufs höchste erregt. Sie dachten, nun sei aber sicher die Zeit da, um den Streit zu beginnen; Krüger, wenn auch erfreut über die Einmütigkeit, die bei den Bürgern herrschte, meinte, doch noch einmal ein Wort der Warnung an sie richten zu müssen. Er wies hin auf die Macht Englands und sprach die Befürchtung aus, daß im Kriege mit dieser gewaltigen Macht doch mancher bald mutlos werden und nach seiner Farm zurückkehren werde. In dieser Erregung dürfe man keinen Krieg beschließen.

Krüger ein „Verräter“.

Am Abend spät durchwanderte Krüger das Lager, um die Gespräche zu belauschen, welche die Bürger an den Lagerfeuern führten. Er wollte doch gern wissen, wie man seine Warnung aufgenommen habe. Die Beobachtungen, die er dabei machte, waren sehr charakteristisch. So hörte er einen sagen: „Ich bin der Meinung, daß Krüger uns verrät.“ „Nein“, widersprach ihm ein anderer, „das werde ich nie von ihm glauben, denn er hat zu viel für uns gethan und arbeitet noch immer weiter für uns, so daß ich eine solche Beschuldigung nicht auf mich nehmen möchte.“ „Aber“, fing der erste wieder an, „wenn es nicht seine Absicht ist, uns zu verraten, warum will er uns die Engländer nicht schießen lassen?“ „Ja“, erwiderte nun wieder der andere, „ich glaube ja auch, daß seine Pläne verkehrt sind; aber daß er uns verrät, das glaube ich nicht.“ Sehr zufrieden von seinen Beobachtungen, kehrte Krüger nach seinem Zelt zurück und dankte Gott, daß sein Volk so fest entschlossen war, seine Unabhängigkeit zurück zu erlangen.

Die Abgeordneten des Volkes gefangen gesetzt.

In derselben Versammlung wurde ein Volksbeschluß gefaßt, worin unter anderem gesagt war, daß das Volk frei und unabhängig zu bleiben verlange; daß die Bürger nie Unterthanen Ihrer Majestät gewesen wären und auch nie zu werden wünschten; daß sie Wiederherstellung ihrer Unabhängigkeit und Wiedereinsetzung ihres Volksrates verlangten, und daß der letztere die nötigen Schritte thun müsse, um die Unabhängigkeit zu sichern. Von diesem Volksbeschlusse wurde Sir Garnet Wolseley durch die Abgeordneten Pretorius und Bok in Kenntnis gesetzt. Diese beiden Herren wurden aber unter der Beschuldigung des Hochverrats gefangen genommen, Pretorius zu Potchefstroom und Bok zu Pretoria.

Daß dieses Vorgehen große Unzufriedenheit erwecken mußte, versteht sich von selbst. Eine Anzahl von Bürgern war sofort entschlossen, Pretorius mit Gewalt zu befreien. Aber dieser schrieb einen Brief, worin er sie bat, von diesem Vorhaben abzusehen. Infolge dieser Ereignisse begab sich Krüger nach Potchefstroom. Unterwegs vernahm er, daß trotz Pretorius' Bitte eine Anzahl bewaffneter Bürger bereits vor ihm auf dem Weg nach Potchefstroom seien und Pretorius befreien wollten. Er jagte ihnen nach, so rasch sein Pferd laufen konnte, und erreichte sie dicht bei dem Dorfe. Nach vielem Zureden glückte es ihm endlich, sie zu bewegen, daß sie ihren Plan aufgaben.

An demselben Abend wurden Pretorius und Bok gegen Bürgschaft*) aus der Gefangenschaft entlassen. Aber die englische Behörde setzte nun Pretorius so lange zu, bis Pretorius sich bereit erklärte, das Land zu durchreisen und eine Kundgebung der englischen Regierung vorzulesen, welche die Bürger überzeugen sollte, daß ihre Handlungsweise verkehrt sei. Man versah ihn auch gleich mit Pferden für eine solche Reise.

Selbstregierung?

Die Bürger, welche Krüger zur Umkehr bewogen hatte, waren nicht weit von Potchefstroom bei Nauwpoort noch zusammen, und Krüger war bei ihnen. Da kam Pretorius an und

*) Daß Krüger Bürgschaft geleistet haben soll, ist unrichtig. D. H.

verlas den Brief der englischen Regierung. Die Bürger sollten sich ruhig unterwerfen, hieß es darin, denn ihre Freiheit sei ihnen ja nicht genommen, und der gegenwärtige Zustand sei nur die Brücke, um zu einer Selbstregierung zu gelangen. Als er zu Ende war, wandte sich Krüger an die Bürger: „Bürger, versteht Ihr, was die englische Regierung Euch bietet? Ich will Euch deutlich machen, was meines Erachtens diese Selbstregierung ist; man sagt Euch: steckt ruhig den Kopf in die Schlinge, daß ich Euch aufhängen kann, dann dürft Ihr mit den Beinen strampeln, soviel Ihr wollt, das nennt man frei sein und sich selbst regieren." Die Bürger stimmten dieser Ansicht vollkommen zu, und am folgenden Tage teilte Pretorius Sir Garnet Wolseley mit, daß er von der Fortsetzung seiner Reise absehen müsse, da die Bürger fest entschlossen seien, ihre Unabhängigkeit zurückzugewinnen, und daß es deshalb nutzlos sei, sie auf andere Gedanken zu bringen zu suchen.

Konföderationspläne.

Kurz nach diesen Ereignissen sollte ein Konföderationsentwurf für Südafrika im Kap-Parlamente zur Beratung kommen. Dieses Projekt eines Vereinigten Südafrikas unter englischer Flagge zum Scheitern zu bringen, schien den Transvaalern im Interesse der Freiheit ihres Landes von höchster Wichtigkeit, denn im Falle seiner Annahme wäre natürlich an eine Widerrufung der Annexion nicht mehr zu denken gewesen. Darum wurden Krüger und Joubert nach Kapstadt gesandt, um bei ihren Freunden im Kap-Parlamente darauf zu dringen, daß sie den Entwurf ablehnten. Auf dem Wege nach Kapstadt wurden sie überall mit der größten Herzlichkeit empfangen. In Kapstadt selbst hatten sie eine Unterredung mit einer Anzahl von Abgeordneten, wobei Krüger in den stärksten Worten die Notwendigkeit darlegte, den Plan zum Scheitern zu bringen, und erklärte, daß sich die Republik mit einer auf diesem Wege zustandekommenden Föderation nie zufrieden geben werde, vor allem deshalb nicht, weil sie selbst dabei gar keine Stimme habe, sondern Fremde über ihre Zukunft beschlössen. „Wascht Eure Hände nicht im Blute Eurer Brüder!": das waren die Worte,

mit denen er von den Abgeordneten schied. Der Föderationsplan wurde denn auch glücklich vereitelt.*)

Private Besprechung mit Sir Frere wegen seiner Unehrlichkeit abgelehnt.

Während ihres Aufenthaltes in Kapstadt sprach in der Wohnung Krügers und Jouberts ein Mitglied des hohen Hauses vor, das sie zu einem Besuch bei Sir Bartle Frere einlud. Sie lehnten es ab, dieser Aufforderung Folge zu geben. Als aber die Einladung wiederholt wurde mit dem Zusatze, Sir Frere wünsche die Herren privatim zu sprechen, da erklärte Krüger: „Ich werde kommen, wenn Sie mir sagen können, welcher Sir Bartle Frere es ist, der nach uns verlangt, denn ich kenne deren bis jetzt vier. Der erste kam zu uns nach Kleinfontein und versicherte uns, er sei nicht gekommen mit dem Schwert, sondern als Bote des Friedens. Später ersah ich aus einem englischen Blaubuch, daß an demselben Tage ebenfalls ein Sir Bartle Frere, also ein zweiter, an die englische Regierung geschrieben hat: ‚Hätte ich nur genug Kanonen und Soldaten gehabt, so hätte ich die Aufruhrmacher rasch auseinander gejagt gehabt.‘ Den dritten Sir Bartle Frere lernte ich gelegentlich der Beantwortung unserer Bittschrift um Zurücknahme der Annexion kennen; er sagte damals, er habe der Britischen Regierung mitgeteilt, daß er in Kleinfontein etwa 5000 der besten Buren getroffen habe und deren Petition zur ernstesten Erwägung empfehle; später habe ich aus den englischen Blaubüchern ersehen, daß an demselben Tage ein Sir Bartle Frere, also offenbar ein vierter, der Britischen Regierung mitgeteilt hat, es sei nur ein Haufen von Aufrührern gewesen, den er getroffen habe. Das alles kann doch unmöglich ein und derselbe Mann sein; wenn Sie mir also sagen können, welcher dieser vier Sir Bartle Freres uns sprechen will, so können wir uns die Sache ja einmal überlegen.“

Unnötig, beizufügen, daß der Abgesandte Sir Bartle Freres das nicht sagen konnte und also unverrichteter Dinge zurückkehren mußte.

---

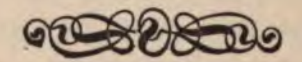
*) Krüger soll nach einzelnen Berichten dort privatim sich mit einer Einverleibung Transvaals in die Kapkolonie einverstanden oder wenigstens nicht dagegen erklärt haben. Das bestreitet der Präsident aufs entschiedenste. D. H.

Krüger und Joubert wenden sich an Gladstone.

In derselben Zeit erfolgte in England der Rücktritt des Tory-Ministeriums, und Gladstone, der sich wiederholt gegen die Annexion ausgesprochen hatte, wurde erster Minister des neuen Ministeriums. Krüger und Joubert faßten nun neue Hoffnung und schrieben sofort noch von Kapstadt aus (Mai 1880) einen Brief an Gladstone, worin sie ihm die Lage darlegten, ihn dringend ersuchten, dem Lande sein Recht wiederfahren zu lassen, die Annexion zurückzunehmen und den Zandriviervertrag von 1852 wieder herzustellen. Sie waren schwer enttäuscht, als sie nun auch von diesem liberalen Staatsmanne die Antwort empfingen, daß die Annexion nicht rückgängig gemacht werden und das Ministerium Ihrer Majestät nicht anraten könne, ihre Souveränität über Transvaal aufzugeben.

Alle Hoffnung auf friedliche Lösung aufgegeben.

Nach Transvaal zurückgekehrt erstatteten die beiden Abgesandten dem Komitee Bericht über ihre Sendung, und nun kam man zu der Ueberzeugung, daß weitere Versammlungen und friedliche Proteste wertlos seien. Das beste schien ihnen nun, still fortzuarbeiten und sich durch die Anschaffung von Waffen und Munition auf das Aeußerste vorzubereiten. Es galt dabei die größte Vorsicht und peinliches Stillschweigen zu bewahren, um keinen Verdacht zu erregen, denn nur so waren die Vorbereitungen auf den Entscheidungskampf möglich. Eine letzte Volksversammlung in Paardekraal sollte dann die Entscheidung bringen.





VIII. Hauptstück.

Der Freiheitskrieg von 1880—81.

Das Volk steht auf.

Das erste Zeichen des nahenden Sturmes waren die Vorfälle bei der Zwangsversteigerung des Wagens, den man dem Feldkornett Bezuidenhout gepfändet hatte. Die englische Regierung hatte nämlich begonnen, Steuern zu erheben und gegen diejenigen gerichtlich vorzugehen, welche ihr diese Steuern verweigerten. Unter denen, die sich weigerten, war auch Piet Bezuidenhout aus dem Potchefstroomdistrikt. Die Steuerverweigerung war eines der Mittel des passiven Widerstandes, den man nun gegenüber der englischen Regierung durchführte. Vorher hatten viele Bürger ihre Steuern bezahlt mit der Erklärung, daß sie nur unter Gewalt wichen. Als das aber von den englischen Staatsmännern so ausgelegt wurde, als ob die Bevölkerung zufrieden sei und ruhig ihre Abgaben bezahle, da verlangten die Einen eine Bescheinigung, daß sie nur unter Protest bezahlt hätten, und die Anderen weigerten sich überhaupt zu zahlen. Die Regierung ließ aber nun den Wagen Bezuidenhouts pfänden und nach Potchefstroom zur öffentlichen Versteigerung bringen. Bei dieser Versteigerung erschien Piet Cronje, der im letzten Kriege so bekannt geworden ist, mit einer Anzahl bewaffneter Buren, die den Gerichtsvollzieher mit

Gewalt vom Wagen herunter holten und den Wagen selbst im Triumph nach Bezuidenhouts Farm zurückbrachten, Bezuidenhout und noch ein anderer Bürger wurden zu Krüger gesandt auf seine Farm Boekenhoutfontein im Distrikt Rustenburg, um ihn zu ersuchen, sofort nach Potchefstroom zu kommen, wo die Bürger bereit ständen, den Kampf um die Freiheit zu beginnen. Krüger kam diesem Ersuchen nach und fand die Bürger nicht weit von Potchefstroom entfernt versammelt. Hierhin sandte der Befehlshaber der englischen Truppen von Potchefstroom eine Anfrage, ob er Krüger sprechen könne, und als Krüger diese Anfrage bejahte, kam er heraus, erzählte, was bei dem Verkauf des Wagens geschehen war, und schloß mit den Worten: „Sie werden zugeben müssen, daß das offenbare Rebellion ist.“ Krüger antwortete: „Ich würde Ihnen zustimmen, wenn wir die Annexion anerkannt hätten, aber das ist nicht der Fall. Wir betrachten uns nicht als Unterthanen von England, und die Steuersache ist nicht eine Privatsache Bezuidenhouts, sondern eine prinzipielle Frage, die das ganze Land angeht.“

Die „Empörer“ wählen sich eine Regierung.

Infolge dieses Vorganges wurde nun von Krüger und den anderen Führern auf einer Zusammenkunft des Komitees in Kaalfontein im Einverständnis mit dem Sekretär der derzeitigen Regierung über Transvaal bestimmt, daß die Volksversammlung, die nach Paardekraal auf den 8. Januar 1881 ausgeschrieben war, bereits am 8. Dezember 1880 stattfinden und dort das Volk entscheiden solle, ob eine friedliche Beseitigung der Schwierigkeiten möglich sei. Zwei Tage vor dem Termin wurde die Versammlung verboten und so die Teilnehmer zu Rebellen gemacht. Eine Masse Bürger kamen an dem bestimmten Tag hier zusammen, und nun wurde einmütig beschlossen, daß die Regierung der Republik ihr Amt wieder antreten und den Volksrat einberufen solle. Einem Triumvirat (der „Dreimannschaft“), bestehend aus Krüger als Vizepräsident, Piet Joubert als Generalkommandant*)

*) Joubert wurde auf Krügers Vorschlag zu dieser Stellung gewählt, hatte sich aber lange dagegen gesträubt und erklärte, er sei kein General und fühle sich dieser Aufgabe nicht gewachsen. D. H.

und Expräsident M. W. Pretorius wurden die Geschäfte der Regierung übertragen. Diese Dreimannschaft erließ eine Proklamation, worin sie das gute Recht der Republik an der Hand der Geschichte nachwies und die Wiederherstellung der Regierung der Südafrikanischen Republik allgemein bekannt machte.

Der erste Schuß.

Diese Proklamation mußte nun gedruckt werden, und zu dem Zwecke sandte man Kommandant Piet Joubert mit ungefähr 400 Mann nach Potchefstroom, während die Regierung nach Heidelberg zog, das vorläufig zum Sitz der Regierung auserſehen war. Heidelberg konnte mit leichter Mühe in Besitz genommen werden, da dort keine englische Besatzung lag und darum der Landdrost sein Bureau, wenn auch unter Protest, sofort übergeben mußte. Inzwischen war auch Cronje in Potchefstroom angekommen und hatte Vorkehrungen getroffen, daß die Proklamation gedruckt werden konnte. Hierbei fiel dann der erste Schuß, welcher den Krieg eröffnete. Die englische Besatzung feuerte auf eine Bürgerwache, die in den Straßen postiert war. Eine Kugel traf den Bürger Frans Robertse von der Farm Wijsfontein im Distrikt Rustenburg und durchbohrte ihm den Arm. Noch einmal sandten die Mitglieder der neu gewählten Regentschaft ein Ersuchen an den Vertreter der englischen Regierung, den Gouverneur von Transvaal, und appellierten an den „Edelmut der edlen britischen Nation", um in friedlicher Weise das Land zurückzubekommen. Die Antwort war die Kommandierung der vorhandenen Truppen zur Dämpfung des „Aufstandes".

Es soll hier keine Geschichte des Freiheitskampfes gegeben werden, die bereits bis in die kleinsten Einzelheiten bekannt ist. Es sei nur darauf verwiesen, daß bei der geringen Anzahl von Leuten, welche die Buren aufbieten konnten — im ganzen etwa 7000 Mann — mit der größten Vorsicht zu Werke gegangen werden mußte. Der Plan ging darum dahin, alle Dörfer, in denen die Engländer eine Besatzung hatten, einzuschließen, um ihnen alle Verbindungen abzuschneiden, und die übrigen Bürger an die Grenze von Natal zu schicken, um dort die heranrückenden Verstärkungen des Feindes aufzuhalten. Eine andere Schwierigkeit

war der Mangel an Munition; es kamen bei Beginn des Krieges auf den Mann ungefähr 15 Patronen, sodaß man auch damals gerade wie in der späteren Phase des gegenwärtigen Krieges von dem Feind erst Munition erbeuten mußte, um ihn mit seiner eigenen Munition beschießen zu können. Unter diesen Umständen wäre unser Unternehmen eine Thorheit gewesen, zumal auch Kaffern gegen uns aufgeboten wurden, wenn nicht Gott unsere Herzen bearbeitet hätte, daß wir mutig der großen Uebermacht entgegen gingen.

Der „Verrat" von Bronkhorstspruit.

Nur bei einem Gefecht dieses Krieges soll einen Augenblick verweilt werden, und zwar aus bestimmten Gründen. Es ist dies das Gefecht von Bronkhorstspruit. Es kam hier zum Zusammenstoß mit dem 94. Regiment, das von Lydenburg aus auf dem Wege nach Pretoria war. Die Burenführer, die von seinem Herannahen Meldung bekommen hatten, sandten ihm Kommandant Franz Joubert mit ungefähr 150 Mann entgegen. Als die beiderseitigen Streitkräfte aufeinanderstießen, sandte Joubert eine Meldung an den englischen Befehlshaber Kolonel Anstruther und ersuchte ihn, nach Lydenburg zurückzukehren, in welchem Falle kein Angriff stattfinden würde. Der Mann, der die Botschaft überbrachte, war der Bürger Paul de Beer, der gut englisch sprach. Anstruthers Antwort lautete kurz: „Ich bin auf dem Wege nach Pretoria, und ich gehe nach Pretoria." Natürlich blieb nun Joubert und den Seinen nichts anderes übrig, als die Engländer anzugreifen. Der Schauplatz des Gefechtes war ein kahler Hügel, auf dem einzelne Dornenbäume standen. Die Engländer nahmen Stellung in einem Hohlweg, während die Bürger über offenes Terrain anstürmen mußten. Das Gefecht dauerte nur ein paar Minuten. Ungefähr 230 Engländer waren tot oder verwundet, die übrigen ergaben sich. Kolonel Anstruther, der selbst tötlich verwundet war, ließ Kommandant Joubert zu sich rufen, sagte ihm, daß er sich ehrlich besiegt erkläre, und ersuchte ihn, seinen Degen von ihm als Geschenk anzunehmen. Einige Minuten darnach war er tot. Wir würden diese Einzelheiten nicht erwähnt haben, trotz der früher schon mehrfach erhobenen

lügnerischen Beschuldigungen, daß die Engländer hier in verräterischer Weise überfallen worden seien, wenn nicht Feldmarschall Roberts, Earl of Waterford, Kandahaar und Pretoria, diese gemeine Lüge der Vergessenheit entrissen hätte, indem er, als er im Laufe des letzten Krieges bei Bronkhorstspruit ankam, nach England telegraphierte, er befände sich jetzt auf dem Schauplatz, wo eine britische Streitmacht im Jahre 1881 in verräterischer Weise dezimiert worden sei. Doch das beweist bloß, welch' ein richtiger, echter Engländer Lord Roberts ist.

Amajuba.

Der Streit wurde überall in der Republik fortgesetzt unter der tüchtigen Leitung des verstorbenen Generals Joubert, der damals in der Kraft seiner Jahre stand und sein Feldherrntalent in glänzender Weise bewies, mit einem Erfolg für die Buren, der allgemeines Erstaunen erregte. Neben Joubert standen andere tüchtige Männer als Leiter des Krieges, so General Smit und Kommandant Piet Cronje, welch' letzterer auch in diesem Kriege durch seinen heldenmütigen Widerstand bei Paardekraal berühmt geworden ist. Der Feldzug erreichte seinen Höhepunkt in der Schlacht am Amajuba am 27. Februar 1881.

Paul Krüger während des Krieges.

Während des Krieges blieb Krüger meistens bei der Regierung in Heidelberg, machte aber auch verschiedene Reisen zu den Kommandos, so nach Potchefstroom, in die Drakensberge und nach Standerton, um die Bürger an den verschiedenen Orten zur Ausdauer zu ermahnen. Ebenso begab er sich auch nach Rustenburg, um dort den Bürgern, welche die englische Besatzung belagerten, zuzusprechen. Hier vernahm er, daß die Kaffern des Häuptlings Magatos, der dicht bei Rustenburg wohnte, eine drohende Haltung angenommen hätten, und begab sich sofort mit sieben Mann, darunter seinem Sohn Piet Krüger, dahin.

Bei dem Häuptling Magato.

In Magatos Stadt angekommen, fand Krüger die Bewaffneten bei Tausenden zusammengeschart in ihren Strohhäusern, sicherlich in keiner guten Absicht. Er ging nun direkt auf das Haus von Magato zu und redete ihn also an: „Warum habt Ihr den Engländern nach ihrem Lager in Rustenburg Proviant geliefert, obwohl ich Euch bereits früher geboten habe, Euch in diesem

Krieg völlig neutral zu halten, da es ein Krieg zwischen Weißen ist?" Magato antwortete: „Ich habe von den Engländern einen Bericht empfangen, daß sie bereits Heidelberg eingenommen hätten und im Anmarsch hierher wären, und wenn ich ihren Befehlen nicht Folge leiste, würden sie kommen und mich strafen." Krüger erwiderte ihm darauf: „Wenn Du denn nicht auf mich hören willst, dann muß ich Dich vor den Kriegsrat bringen", und faßte ihn dabei an der Hand. Während Krüger noch so drohend mit dem Häuptling sprach, stürmten die Kaffern von allen Seiten mit Beilen, Assegayen und Gewehren in die Wohnung des Häuptlings. Aber einer von Krügers Leuten, Piet van der Walt, stellte sich mit seinem Gewehr neben Magato und drohte, ihn niederzuschießen, wenn Krüger das geringste Leid geschähe. Magato, der nun sah, daß sein Leben auf dem Spiele stand, gab seinen Kapitänen Befehl, die Kaffern auseinander zu treiben. Die Kapitäne mußten Stöcke und Knüppel nehmen und zwischen die Leute schlagen, ehe es gelang, sie zu zerstreuen. Als sich der Lärm einigermaßen gelegt hatte, sagte Krüger zu Magato: „Ruft Eure Kaffern wieder zusammen, ich will ihnen meine Anweisungen geben." Magato weigerte sich erst, da Krüger ja ihm sagen könne, was er wolle. Aber Krüger sagte: „Nein, ich will zu Deinem Volke selbst sprechen." Nun wurden dann die Kaffern gerufen und kamen unbewaffnet und angstvoll näher. Krüger sprach sie an, tadelte ihr schlechtes Verhalten und ermahnte sie, sich in der Folge ruhig zu halten, denn „Kaffern haben mit diesem Krieg nichts zu thun". Darnach sprach er noch längere Zeit mit Magato, wies ihn hin auf das Tadelnswerte seiner Handlungsweise und brachte ihn schließlich so weit, daß er versprach, neutral zu bleiben und weder den Buren noch den Engländern zu helfen oder entgegen zu arbeiten. Da Krüger nach Heidelberg zurück mußte, bat er Magato, ihm ein paar Pferde zur Verfügung zu stellen. Magato gab ihm darauf einen Wink, mit ihm ins Zimmer zu kommen und sagte ihm dort allein: „Ich kann Dir keine Pferde geben, sonst wissen es morgen die Engländer und bedrohen mich dafür. Wiederhole aber in Gegenwart

meiner Kaffern Dein Ersuchen, dann werde ich es Dir abschlagen, und Du mußt dann sagen: „„Gut, dann werde ich sie mir mit Gewalt nehmen, wenn Du sie mir nicht gutwillig gibst.““ Darauf werde ich in meinem Herzen sprechen: „„Es ist gut!““ aber mit meinem Munde werde ich es Dir abschlagen.“ So wurde es denn auch gemacht, und Krüger bekam zwei tüchtige Pferde für seine Rückreise nach Heidelberg.

Waffenstillstand und Friedensverhandlungen.

Ungefähr in dieser Zeit war es auch, daß ein Bote kam, der Krüger aufforderte, nach der Natalgrenze zu kommen, da die Engländer um Waffenstillstand nachgesucht hätten, um über den Frieden zu unterhandeln. Sofort beeilte sich Krüger, nach dem angegebenen Punkte abzureisen, aber es war eine sehr mühsame Reise. Wegen der starken Regengüsse waren die Wege kaum zu begehen, und große Umwege mußten gemacht werden, um den Plätzen auszuweichen, welche in englischem Besitz waren. Der Waffenstillstand sollte am 14. März ablaufen. Aber bis dahin war es für Krüger unmöglich, nach dem Platze seiner Bestimmung (Laingsnek in Natal) zu kommen. General Joubert hatte inzwischen im Hinblick auf die Verzögerung der Reise eine viertägige Verlängerung des Waffenstillstandes erbeten. Krüger wurde mit seinen Begleitern Pretorius, Dr. Jorissen und Maré von den Bürgern begeistert empfangen. Eine Zusammenkunft zwischen den Abgeordneten der Buren und dem Hohen Kommissar Sir Evelyn Wood, dem Vertreter des Britischen Reiches, fand bald darauf halbwegs zwischen beiden Lagern statt. Sir Evelyn Wood hatte während des Waffenstillstandes von dem britischen Kolonialminister Instruktionen empfangen, welche die Grundlage für die Unterhandlungen bilden sollten. Das war:

1. Amnestie für alle Burenführer.
2. Berechtigung der Buren, von ihrer Seite Unterhändler zu den Friedensverhandlungen zu bevollmächtigen.
3. Ernennung einer königlichen Kommission zur Untersuchung aller Streitfragen und zur Landesübergabe.
4. Selbstregierung unter britischer Suzeränität.

5. Aufnahme eines britischen Residenten in Pretoria.
6. Stellung der auswärtigen Politik der Südafrikanischen Republik unter englische Aufsicht.

Präsident Brand vom Freistaate sollte auch bei den Verhandlungen gegenwärtig sein, um eine Verständigung herbeizuführen. Die Zusammensetzung der sogenannten königlichen Kommission gab zu vielen Debatten Anlaß. Die englische Regierung wollte nur ausschließlich englische Unterthanen hineinberufen mit Ausnahme von Brand, der für beide Parteien Sitz darin haben sollte. Die Burenführer dagegen verlangten eine gemischte Kommission, die sich aus beiden Parteien zusammensetze. Ferner wollte die englische Regierung gleich von vornherein einen Teil der Republik, nämlich die Distrikte Wakkersstroom und Utrecht, für sich behalten. Gerade aber das wollten Krüger und die anderen Führer auf keinen Fall zulassen. Nach langen Verhandlungen frug Sir Evelyn Wood: „Wenn wir nun in diesem Punkt nicht nachgeben, werdet Ihr dann weiter kämpfen?" Darauf antwortete Krüger: „Das ist eine unbillige Frage. Wenn wir nicht nachgeben wollen, werdet Ihr dann weiter kämpfen?" Wood antwortete: „Ja," worauf Krüger seinen Hut nahm, aufstand und sagte: „Dann brauchen wir ja nicht weiter zu unterhandeln." Nun faßte Wood Krüger am Arm und sprach: „Nein, kommen Sie wieder, Sie müssen nicht so eilig sein." General Smit war schon so weit gekommen, daß er sagte: „Es wird wohl das beste sein, wenn das Schwert entscheidet."

Eine andere Schwierigkeit war die Frage der Zurückziehung Ihrer Majestät Truppen aus der Republik und die Verproviantierung der englischen Besatzung in den Dörfern während der Verhandlungen. Es schien einen Augenblick, als ob daran die Unterhandlungen scheitern würden, und das war der Augenblick, wo Dr. Jorissen im Auftrage Krügers seine sogenannte dritte Proklamation*) verfaßte. Diese dritte Proklamation ließ Krüger auch Präsident Brand, der gerade jetzt angekommen war, vorlesen, und

*) Abgedruckt in Dr. Jorissens Transvaalsche Herinneringen 1897. D. H.

dieser gab sich alle Mühe, ihn zu bewegen, von der Veröffentlichung des Stückes Abstand zu nehmen und die Verhandlungen fortzusetzen. Das geschah denn auch und zwar im Hause O'Neills. Es kostete viel Mühe, in den verschiedenen Punkten Einigkeit zu erzielen. Wood versuchte alle Mittel, sich den mündlich gegebenen Zusicherungen zu entziehen, und als der Waffenstillstand zur Fortsetzung der Verhandlungen aufs neue verlängert werden mußte, benutzte er die Gelegenheit, wo Krüger mit General Joubert und Dr. Jorissen im Gespräche war, um einfach einer Ordonnanz den Auftrag zu geben und dem Lager aus eigener Vollmacht mitzuteilen, daß der Waffenstillstand weiter ginge. Aber Krüger hatte das gemerkt und fragte: „Wo geht der Mann hin?" und sobald er dessen Absicht erfahren hatte, sagte er zu einem Adjutanten von Wood auf englisch: „Stop that man", ging in das Zimmer und erklärte General Wood, er verlange von ihm als ehrlichem Manne, daß er das Uebereinkommen mit den Punkten, über die man sich verständigt habe, unterzeichne. Das Dokument lag auf dem Tisch, aber Wood wollte nicht unterzeichnen. Erst als Krüger rief: „Bürger, aufsatteln", und Wood sah, daß weitere Ausflüchte unmöglich seien, gab er nach und unterzeichnete. Darauf konnte dann auch die Ordonnanz mit der Meldung von der Verlängerung des Waffenstillstandes abgehen.

Englischer Hochmut.

Als das vorläufige Friedensprotokoll unterzeichnet war, wollten die englischen Offiziere den Erfolg der Buren herabsetzen und ihnen ein Geständnis erpressen, daß sie furchtbare Verluste gehabt und deshalb den Widerstand gar nicht hätten fortsetzen können. „Wie viel Tote habt ihr denn gehabt auf dem Nek", fragte einer von ihnen zuversichtlich Joubert. „Ich persönlich hatte 1, erwiderte dieser, dazu auch 1 Verwundeten." Der Offizier lachte und wollte mit eigenen Augen mehrere Tote gesehen haben. „Gut", rief Joubert in höchster Entrüstung, „graben Sie einen davon aus und bringen Sie ihn her, ich will ihn mit Haut und Haaren auffressen." Ein Pfarrer aus Newkastle dagegen sprach Krüger die Hochachtung vor den Buren aus und bewunderte ihre Tapferkeit. Die Offiziere, die dabei standen, erzählten unterdessen, daß die englischen Truppen

sehr tapfer gekämpft und viele Buren niedergeschossen hätten, bis ihnen die Munition ausgegangen sei; da hätten sie natürlich den Kampf aufgeben müssen. „Unsere Leute lassen sich eher tot schießen, als daß sie eine Patrone ausliefern." Krüger sagte nichts darauf, wandte sich aber wieder zu dem Pfarrer und sagte: „Wenn Sie zu Ihrer Maj. kommen, sagen Sie auch, daß Sie ihren Soldaten eine besondere Belohnung geben muß für die Sorgfalt, mit der sie ihre Munitionsvorräte bewacht haben; wir fanden sie auf dem Berge noch säuberlich verpackt auf den Lasteseln." Wood selbst stellte ähnliche Fragen. Unter anderem fragte er: „Was sollten die 200 Mann, die Ihr nach den Biggarsbergen sandtet?" „Wir hatten gehört, daß Ihr mit 12000 Mann dorthin im Anmarsch wäret." „Und da sandtet Ihr 200?" „Ja, wir hatten nicht mehr, aber ich habe gesehen, daß es genug waren."

Der Friedensvertrag und der Protest des Volksrates dagegen.

In dem Uebereinkommen, welches Krüger und Joubert namens des Volkes der Südafrikanischen Republik unterzeichneten, wurde zugesichert: vollkommen freie Selbstregierung unter britischer Suzeränität gegen Aufnahme eines britischen Residenten in Pretoria und Rückgabe des während des Krieges in Beschlag genommenen britischen Eigentums. Der Punkt, der beinahe zum Abbruch der Verhandlungen geführt hätte, nämlich die Frage der Gebietsabgabe, wurde der königlichen Kommission zur Erledigung überlassen. Wood verplichtete sich namens der britischen Regierung, die Positionen bei Laingsnek nicht zu besetzen, wenn sie die Buren aufgäben, und auch keine Truppen oder Munition nach Transvaal zu schaffen. Die königliche Kommission sollte außerdem innerhalb 6 Monaten alle schwebenden Angelegenheiten erledigen, den Friedensvertrag feststellen und dann das Land an die Buren zurückgeben. Diese Kommission, die bald darauf zusammentrat, bestand aus Sir Hercules Robinson, dem neuernannten Hohen Kommissar, Sir Henry de Villiers, dem obersten Richter der Kapkolonie, und Sir Evelyn Wood. Sie brachten einen Friedensentwurf zu Stande, der unter dem Namen der Pretoriakonvention von 1881 bekannt ist. Im Volksrat, der zusammen berufen wurde, um diese Konvention zu genehmigen, erlebte man lange und heftige Diskussionen.

Krüger hatte in einer 5 Monate vorher stattgehabten außerordentlichen Sitzung Englands Großmut gerühmt, sein volles Vertrauen zu der Kommission ausgesprochen und die Versöhnung mit England als die Grundlage eines glücklichen Staatswesens bezeichnet, um so die Bürger zu beschwichtigen. Aber auch er sah sich jetzt zu einem Proteste gegen einige Artikel der Kommission genötigt und beschwerte sich telegraphisch, aber vergeblich, bei Gladstone darüber, daß mehrere Bestimmungen des Vertrages das Gegenteil von dem enthielten, was mündlich feierlich gesagt worden war. Der Vertrag wurde schließlich nur angenommen mit der Erklärung, daß man sich nur der Gewalt füge; daß man bei dieser gezwungenen Annahme darauf vertraue, daß die englische Regierung sich bereit finden lassen werde, die Konvention zu verändern und die Punkte, die ihn für den Volksrat unannehmbar machten, vor allem die Auslegung der Suzeränität und ungerechten Gebietsverkürzungen, zu beseitigen.*)

„Transvaal-Staat" oder „Südafrikanische Republik"?

Einer dieser Punkte, der die Bürger kränkte, war der, daß die Republik an Stelle des Namens „Südafrikanische Republik" den eines „Transvaalstaates" erhielt. Den Namen „Südafrikanische Republik" hat unser Staat erst wieder durch die Londoner Konvention von 1884 zurückbekommen. Aber auch in der Zwischenzeit hatte Krüger die Gewohnheit, in seinem amtlichen Verkehr mit dem Britischen Residenten immer von der „Südafrikanischen Republik" zu sprechen. Eines Tages kam dieser deshalb zu Krüger, um sich darüber zu beschweren, indem er sagte, der Name sei „Transvaalstaat" und nicht „Südafrikanische Republik". „Und womit wollen Sie das beweisen?" fragte Krüger. „Womit?" antwortete Hudson, „nun mit der Konvention, darin steht deutlich: ‚Transvaalstaat'." Darauf Krüger: „Nun gut, wenn ich Ihnen eine Farm verkaufe, und ich schreibe in den Kaufbrief: ‚Ich, Paul Krüger, hiernach genannt der Verkäufer, verkauft an u. s. w., würde ich dann in der Folge nicht mehr Paul Krüger, sondern

*) Dieser Protest ist der Ausgangspunkt der Reise nach London im Jahre 1883 und der Verhandlungen wegen Aufhebung der Suzerenität 1884. D. H.

Verkäufer heißen? So auch hier. In der Konvention, also bei Abschließung eines bestimmten Aktes, wird die Republik ‚Transvaalstaat‘ genannt, aber darum ist das doch nicht ihr wirklicher Name, sondern nur ihre Bezeichnung. Ihr wirklicher Name ist und bleibt ‚Südafrikanische Republik‘.“ Nun lachte Sir Hudson und sagte: „Gut, dann sagen Sie halt so, wenn Sie so wollen, aber nehmen Sie es mir auch nicht übel, wenn ich mich an den Namen ‚Transvaalstaat‘ halte.“

Bereits am 8. August, noch ehe der Volksrat zusammen getreten war, war das Land in aller Form zurückgegeben und feierlich die teure „Vierkleur“ (vierfarbiges Banner) von Transvaal wieder gehißt worden.





IX. Hauptstück.

Paul Krüger Staatspräsident (1883—1888).

Die Wahl.

Der Volksrat des Jahres 1882 faßte einstimmig den Beschluß, einen Staatspräsidenten zu wählen, nachdem Joubert den Antrag dazu gestellt hatte. Krüger und Joubert wurden beide gebeten, sich zur Wahl zu stellen, und nahmen auch beide an, wobei jedoch einer den anderen beim Volke als Kandidaten anbefahl. Krüger legte in zwei ausführlichen Antworten auf die an ihn ergangenen Wahlaufforderungen die Grundsätze dar, nach denen er im Falle seiner Wahl die Regierung leiten werde. Gottes Wort, die Richtschnur auch der Politik und das Fundament, darauf der Staat gegründet sein muß, Förderung des Landbaues, Erschließung der Hilfsquellen des Landes und Verwendung derselben durch Schaffung einer Industrie, Eisenbahnverbindung mit dem Meere, Eindämmung der Einwanderung (am wenigsten Gefahr schien ihm die Einwanderung aus Holland zu bieten), damit nicht die Burennationalität erdrückt werde, freundliches Verhältnis zu England und engere Verbindung der Südafrikanischen Staaten, Aufrechterhaltung der Regierungsautorität gegenüber den Eingeborenen und freundliche Behandlung gehorsamer Eingeborenenstämme auf dem ihnen zugewiesenen Gebiete, Förderung aller Bestrebungen,

die das Volksleben unter den Einfluß des Evangeliums stellen, „vor allem aber" Förderung des Jugendunterrichtes: das war, was er als Lebensfragen der Republik bezeichnete. Bei den Wahlen erhielt Krüger dreiviertel der Stimmen und war also zum Staatspräsidenten für die nächsten fünf Jahre gewählt.

Der Krieg mit den Kaffern im Lydenburgdistrikt.

In der Zeit, da die Wahl eines Präsidenten beschlossen wurde, war die Republik in einen Krieg verwickelt mit Mapoch (auch Njabel genannt) im Sekukuniland (im Osten der Republik). Mapoch hatte dem Mörder Sekukunis (Mampoer) — Sekukuni war seit der Wiederaufrichtung der Republik ihr ein treuer Freund geworden — Zuflucht gewährt und weigerte sich, ihn auszuliefern. Der Krieg war also unvermeidlich, aber er dauerte nicht weniger als 9 Monate, und zuletzt mußten 4000 Bürger ins Feld gestellt werden, um ihn mit Erfolg zu beendigen. Krüger begab sich im Verlauf der Belagerung selbst zu den Kommandos, wo er darauf hinwies, daß alle Kraft eingesetzt werden müsse, um den Krieg rasch zu einem erfolgreichen Ende zu bringen. Die Kommandos hatten einen Ausländer Namens Nelmapius bei sich, der die Höhlen, in denen sich die Kaffern verschanzt hatten, mit Dynamit sprengte. Erst im Juli des Jahres 1883 wurde der Krieg beendigt. Mapoch lieferte Mampoer aus. Mampoer wurde gehängt, Mapoch zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe verurteilt, aber kurz vor Ausbruch des letzten Krieges auf freien Fuß gesetzt, wonach er sich mit einigen seiner Anhänger dicht bei Pretoria niederließ. Das Ansehen der Republik stieg durch diesen Krieg sehr, denn auch ihre Feinde mußten zugeben, daß sie stark genug war, um Ordnung und Gesetz zu handhaben und nicht etwa wegen inhärenter Schwachheit den Schutz einer fremden Macht bedurfte.

Unruhen an der Südwestgrenze.

Ungefähr in derselben Zeit entstanden auch Verwicklungen an der Südwestgrenze der Republik. Zwei Häuptlinge, Moshette und Montsioa, (=Montsiwa), führten Krieg mit einander. Später bekam Montsioa Hilfe von Mankoroane, Moshette von Massouw. Mankoroane, der immer dicke Freundschaft mit den Engländern hielt, suchte Freiwillige unter ihnen anzuwerben. Massouw und Moshette folgten diesem Beispiel und warben auch Freiwillige,

deren sie jedem 3000 Morgen Land versprachen. Natürlich hatte dieses Angebot für viele etwas Bestechendes. Nicht nur aus Transvaal, sondern auch aus dem Oranjefreistaat und selbst aus der Kapkolonie kamen Anmeldungen. Die Regierung von Transvaal erließ nun eine Proklamation, welche den Bürgern der Republik verbot, sich den Kaffern anzuschließen. Aber ein Teil von ihnen weigerte sich, diese Proklamation zu beachten, verzichtete auf das Bürgerrecht und meldete sich dann bei den Kaffernkapitänen an. Später sandte die Regierung General Joubert nach der Westgrenze, um die Bürger, welche die Proklamation mißachtet hatten, zur Rückkehr nochmals aufzufordern — direkt eingreifen in den Streit der Kaffernhäuptlinge konnte die Republik nicht, da ihr die königliche Kommission von 1881 das Recht über dieses Gebiet genommen hatte — sie weigerten sich aber entschieden. Inzwischen war auch der Häuptling Calveyn im Distrikt Marico aufrührerisch geworden, fügte sich aber sofort, als ihm General Joubert mit einem Kommando drohte. Massouw und Moshette schlugen unterdessen mit Hilfe ihrer Freiwilligen ihre verbündeten Gegner Mankoroane und Montsioa völlig. Die Freiwilligen bestanden NB. nicht ausschließlich aus Buren, sondern es waren auch Engländer dabei. Diese Freiwilligen suchten sich nun das versprochene Land aus und bildeten mit anderen Auswanderern, die zuzogen, zwei kleine Republiken: Stellaland und Land Gosen, die erstere mit G. J. van Niekerk als Administrator und Vrijburg als Hauptstadt, die letztere mit Gey van Pittius als Administrator und Rooigrond als Hauptstadt. Beide Republiken befanden sich aber fortwährend in Gährung und Streit und hatten selbst gegen einige der vorher genannten Kaffernhäuptlinge zu kämpfen. Eine Partei in den Republiken verlangte, der Kapkolonie einverleibt zu werden, während sich ein anderer Teil an die Südafrikanische Republik wandte. Darum sandte die Kapkolonie Cecil Rhodes nach dem Norden, um die Dinge zu regeln. Von Seite der Südafrikanischen Republik wurde General Joubert, welcher zugleich „Kommissar für die Westgrenze" war, zu dem gleichen Zwecke hingesandt. Dieser erklärte den

Rooigrondern, daß die Transvaalregierung nichts für sie thun könne, da auch die Londoner Konvention — es war unterdes das Jahr 1884 geworden — sie aus der Einflußsphäre der Republik ausgeschlossen habe. Joubert war zu einer solchen Erklärung gezwungen, da der britische Geschäftsträger in Pretoria die Transvaalregierung beschuldigte, sie treibe mit den Rooigrondern geheimes Spiel, und die Republik also in Schwierigkeiten mit England hätte geraten können.

Die Barolong-häuptlinge Montsioa und Moshette stellen sich unter den Schutz der Südafrikanischen Republik. England protestiert.

Kurz danach wurde General Joubert als Kommissar für die Westgrenzen durch Pfarrer du Toit, den Unterrichtsdirektor (Superintendent van Onderwijs), ersetzt. Zu gleicher Zeit wurde ein Brief von Montsioa an General Joubert veröffentlicht, worin dieser ersuchte, Unterthan der Südafrikanischen Republik werden zu dürfen, um Schutz zu finden, da er „fast ausgerottet" sei. Es wurde nun eine Proklamation erlassen unter den Bestimmungen der Konvention von 1884, welche der Republik das Recht gab, mit den Eingeborenenstämmen im Osten und Westen der Republik unter nachträglicher Zustimmung Englands Verträge zu schließen. Durch diese Proklamation wurden die Kapitäne Moshette und Montsioa mit ihren Unterthanen und Rechten unter den Schutz der Südafrikanischen Republik gestellt, um so weiteres Blutvergießen zu verhindern. Der Erlaß endigte mit den Worten: „Diese Proklamation geschieht vorläufig gemäß den Bestimmungen und unter Beachtung von Artikel 4 der Londoner Konvention." *) Diese Worte ließen die Thür offen für eine eventuelle Widerrufung der Proklamation und zeigen zugleich, daß die Regierung für diese Annexion von der britischen

*) Du Toit hatte unterdessen die Flagge der Republik auf dem „proklamierten" Gebiete gehißt, worüber seiner Zeit ein lebhafter Streit entbrannte. Aber sofort, als er Kenntnis davon erhielt, verwies ihm das Krüger und fragte, wie er dazu käme. Du Toit antwortete, er habe die Flagge nicht gehißt zum Zeichen der Besitznahme, sondern um auf die Proklamation aufmerksam zu machen, und habe sie nun wieder herabgenommen. Die Proklamation selbst ist nicht, wie es bisher dargestellt wurde, das Werk einer Intrigue oder eine unbedachte That, sondern ein Unternehmen, das Präsident Krüger auch heute noch als richtig vertritt.
D. H.

Regierung die Zustimmung einholen wolle. Die britische Regierung war aber nicht im mindesten geneigt, so etwas zuzulassen, sondern sandte Sir Charles Warren mit einer starken Truppenmacht (5000 Mann) nach Südafrika, um den Unruhen an der Westgrenze ein Ende zu machen, und Sir Hercules Robinson telegraphierte nach Pretoria, die Republik müsse ihre Proklamation zurückziehen, denn England habe bereits erklärt, daß das fragliche Gebiet in seine Einflußsphäre falle. Daraufhin zog die Regierung, die bisher von den Ansprüchen Englands auf die Schutzherrschaft über Montsioa nichts gewußt hatte, ihre Proklamation zurück. Präsident Krüger begab sich mit dem Staatsprokureur Dr. Leyds persönlich an die Westgrenze und ermahnte die Bewohner von Gosen zur Ruhe.

Verhandlungen Krügers mit Sir Warren und Cecil Rhodes.

Kurz darauf fand eine Zusammenkunft statt zu Fourteen Streams zwischen Krüger, Warren und Rhodes. Diese Konferenz hatte jedoch kein weiteres Resultat, als daß man sich dahin einigte, es sollten Kommissare von beiden Seiten ernannt werden, um die Grenzlinie, wie sie durch die Konvention festgesetzt sei, abzustecken, und im Falle von Uneinigkeit solle Präsident Brand vom Oranjefreistaat entscheiden. Rhodes stellte sich in jener Zeit, als ob er auf Krügers Seite stände. Dagegen versuchte er auf Joubert zu schimpfen, bis ihn Krüger darauf aufmerksam machte, daß es sich um einen Abwesenden handelte. Die Kommissare setzten dann die Westgrenzen endgültig fest. Krüger hatte vorgeschlagen, die Sache sofort zur Erledigung zu bringen und zwar dadurch, daß das Reiterkommando von Warren zusammen mit der Polizei und einigen Bürgern, die in seinem (Krügers) Gefolge waren, die Grenze abritten, und so die Pferde durch das Zerstampfen des Bodens von selbst eine Grenzlinie zögen. Warren verweigerte aber seine Zustimmung, indem er vorgab, er fürchte, daß es dabei zum Handgemenge zwischen seinen Truppen und den Bürgern käme.

Zum dritten Male in London.

Damit sind wir aber der Zeit fast um zwei Jahre vorausgeeilt, denn die letzten Ereignisse fanden statt nach Krügers Rückkehr von seiner dritten Reise nach England. Diese Reise,

mit der die Regelung der Westgrenze in enger Verbindung stand, hatte ihre Veranlassung in einem Beschluß des Volksrates von 1883, eine Deputation nach England abzuordnen, um den Versuch zu machen, die Konvention von 1881 durch eine andere zu ersetzen, die mehr in Uebereinstimmung mit den Wünschen des Volkes war. Der Deputation gehörten an: Präsident Krüger, General Smit und Pfarrer du Toit, der damalige Unterrichtsdirektor (Superintendent van Onderwijs). Der Kommission vorausgereist war Dr. Jorissen und hatte von England aus Bericht gesandt, daß die englische Regierung bereit sei, eine Deputation zu empfangen und über die erwähnte Sache zu verhandeln.

Pfarrer du Toit war früher Herausgeber des „Patriot" in Paarl (Kapkolonie) gewesen und hatte während des Krieges warm die Afrikanersache verteidigt. Kurz nach Friedensschluß kam er in die Südafrikanische Republik und übernahm da das Amt eines Unterrichtsdirektors. Auf Veranlassung des Haupt-(Obersten) Richters Kotzé und mit Hilfe du Toits wurde in derselben Sitzung, in der die Kommission nach England abgeordnet wurde, Dr. Jorissen in sehr unhöflicher Art seines Amtes als Staatsprokureur entsetzt, wodurch dann du Toit Gelegenheit bekam, Mitglied der Deputation zu werden. Diese Handlungsweise gegenüber Dr. Jorissen war nicht nur unhöflich, sondern auch im höchsten Maße ungerecht, wenn man bedenkt, welche wichtigen Dienste er seinem Lande bereits erwiesen hatte. Vergebens hatte Krüger dagegen protestiert. Man behauptete aber, der Sekretär einer solchen Gesandtschaft müsse gesetzlicher Weise bestimmten Anforderungen an eine Vorbildung genügen, die Dr. Jorissen nicht habe.

Verhandlungen mit Lord Derby.

Im August 1883 reiste die Kommission über Kimberley, Paarl und Kapstadt, wo sie überall herzlich empfangen wurde, nach England ab und landete am Orte ihrer Bestimmung am 28. September, wo sofort die langwierigen Verhandlungen mit Lord Derby, dem damaligen Kolonialminister, begannen. Es dauerte nicht lange, so bekam die Deputation von ihm die Erklärung, daß die britische Regierung bereit sein werde, der Republik,

was die inneren Verhältnisse anlange, dieselbe Unabhängigkeit zuzugestehen, wie sie der Oranjefreistaat besaß. Nicht gegen irgend welche Entschädigung oder durch Handeln wurde dieses Zugeständnis erreicht, sondern es handelte sich für die Deputation um eine Rechtsfrage. Sie wies nach, daß auf Grund des Vertrages von 1852 die Republik ein Recht habe auf ihre Unabhängigkeit, die ihr widerrechtlich genommen uud auch im Vertrage von 1881 nicht in der Weise zurückgegeben worden sei, wie es mündlich zugesichert gewesen. Außer über diesen Punkt wurde noch über Abänderungen der Westgrenze der Republik verhandelt, und es glückte der Deputation, eine Grenzregulierung in der Weise zu erreichen, daß wenigstens ein beträchtliches Stück des Landes, um das sich die Republik stritt, und das 1881 widerrechtlich abgeschnitten worden war, in das Gebiet der Republik fiel.

Sir Herkules Robinson.

Während dieser Verhandlungen kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Präsident Krüger und Sir Herkules Robinson. Krüger hatte gerade das Wort und führte aus, daß gewisse Farmen, unter anderen z. B. Polfontein und Rietfontein, unbedingt innerhalb der Republik zu liegen kommen müßten, zumal sie früher auch zu ihr gehört hätten. Wie er die letzten Worte sprach, flüsterte Sir Herkules Robinson, der den Verhandlungen beiwohnte, Lord Derby zu: „It is a lie". (Das ist eine Lüge.) Sofort sprang der Präsident auf und wollte Sir Herkules anpacken. Lord Derby und die anderen Herren, die zugegen waren, warfen sich dazwischen, und Lord Derby redete beiden sehr freundlich zu und sagte schließlich: „Die Herren dürfen doch nicht thätlich werden." Der Präsident erwiderte aber, Sir Herkules habe ihn beleidigt, und das könne er sich nicht gefallen lassen. Er gab sich jedoch zufrieden, als dieser sich entschuldigte und erklärte, er habe es „nicht so gemeint". Trotz dieses Zwischenfalls wurden Krüger und Sir Herkules später gute Freunde und blieben es auch bis zu des letzteren Tod. Er war der einzige Hohe Kommissar, dem Präsident Krüger vertrauliche private Briefe schrieb, und von dem er solche empfing. Es muß zu seiner Ehre gesagt werden,

daß er ein durch und durch ehrlicher Mann und ein Gentleman im vollsten Sinne des Wortes war.

Aufhebung der Suzeränität.

Kurz darauf wurde die Konvention von 1884 unterzeichnet, wodurch die Republik ihre völlige Unabhängigkeit zurückerlangte. Es blieb nur ein Artikel in der neuen Konvention, welcher die Rechte der Republik beschränkte, nämlich der wohlbekannte Artikel IV. Die verhaßte Suzeränität aber wurde aufgehoben. Die spätere Behauptung des Herrn Chamberlain, daß die Republik noch unter der Suzeränität von England stehe, ist durch und durch falsch, wie später noch gezeigt werden wird.

Besuche bei europäischen Regierungen.

Nachdem die Konvention am 27. Februar 1884 unterzeichnet war, begab sich die Deputation wieder nach dem Festland, um, vor allem in Holland, eine Anleihe zustande zu bringen zu suchen zur Erbauung einer Eisenbahn nach der Delagoabai. Ueberall wurde sie mit großer Begeisterung und Herzlichkeit empfangen, Festessen wurden zu ihrer Ehre gegeben, und jedermann freute sich, die Stammesverwandten aus Südafrika kennen zu lernen, aber die Hauptsache, nämlich das Geld zum Bahnbau, war nicht zu bekommen. Von Holland ging die Deputation über Brüssel, Paris, wo sie ebenfalls aufs herzlichste aufgenommen und auch von dem Präsidenten von Frankreich empfangen wurde, und Madrid nach Lissabon, und hier erreichte sie von den Portugiesen, daß diese sich bereit erklärten, die Delagoabahn zu bauen, wenigstens soweit sie auf portugiesisches Gebiet fiel, und sofort in Angriff zu nehmen. Die Uebernahme der ganzen Bahn durch Portugal und damit die einheitliche Verwaltung der Linie war nicht zu erreichen. Nach Holland zurückgekehrt, verlieh man nun die Konzession zum Baue der Fortsetzung dieser Bahn auf transvaalischem Gebiete an einige Private, die die Grundlage bildeten für die spätere Niederländisch-Südafrikanische Eisenbahngesellschaft (N. Z. A. S. M.). Von hier kehrte die Deputation über Deutschland, wo sie sehr herzlich von Bismarck und Kaiser Wilhelm I. empfangen wurde, nach Afrika zurück. Bei dieser Gelegenheit war es, wo Fürst Bismarck auf der Treppe des königlichen Schlosses in Berlin stolperte und Kaiser Wilhelm scherzend sagte: „Fürst, Sie werden

alt". Bismarck antwortete darauf: „Jawohl, Majestät, das ist gewöhnlich so, daß das Roß vor dem Reiter alt wird."*) In der Volksratsitzung, die nun folgte, erklärte der Präsident, daß die Unabhängigkeit errungen, die Republik in die Reihe der selbständigen Mächte aufgenommen sei und die Suzeränität nicht mehr bestehe. In England dachte niemand daran, zu widersprechen. Aus Holland hatte Krüger Dr. W. J. Leyds als Staatsprokureur mitgebracht. Die wichtige Rolle, die Dr. Leyds später in der Republik spielte, ist allbekannt. Sein Name bleibt untrennbar mit der Geschichte der Republik verbunden.

Die Delagoa-Bahn.

In der Volksratsitzung des Jahres 1884 kam auch die Delagoabahn-Konzession zur Sprache. Eine beträchtliche Anzahl von Petitionen war eingelaufen, welche gegen die Erbauung einer Bahn protestierten. Der Präsident verteidigte den Plan mit aller Kraft. Er wies darauf hin, daß eine eigene Bahn unentbehrlich sei, da die Kapkolonie auf die Produkte Transvaals so hohe Zölle lege, daß die Bürger dort für ihre Erzeugnisse gar keinen Markt mehr fänden. Außerdem versicherte er, daß die ganze Anlage keine neuen Steuern erfordern werde, und daß sie dem Lande die beste Garantie für die Erschließung seiner eigenen Hilfsquellen böte. Daraufhin wurde die Konzession vom Volksrat genehmigt.

In der gleichen Zeit fand die Neuwahl eines Generalkommandanten statt; General Joubert wurde fast einstimmig wieder gewählt.

Das Jahr 1885 sah noch einen Krieg an den Westgrenzen. Massouw, den die Grenzkommission völlig selbständig erklärt hatte, hatte sich freiwillig in den Unterthanenverband Transvaals aufnehmen lassen, weigerte sich aber nun, seine Steuern zu bezahlen, und nahm eine sehr drohende Haltung an. General Joubert mußte gegen ihn ziehen mit einem Kommando und Artillerie. Der bekannte General Piet Cronje stürmte mit seiner gewohnten

*) Die Geschichten von Krügers Aufenthalt bei einem Großgrundbesitzer, die in Deutschland vielfach verbreitet sind, beruhen auf Erfindung. Präsident Krüger erklärt, keinen solchen Besuch gemacht zu haben. D. H.

Unverzagtheit die Festung Massouws und nahm in einem kurzen Gefecht, in dem der Häuptling selbst fiel, dessen Stadt ein. Der Verlust der Buren betrug 14 Tote und ungefähr 30 Verwundete; unter den Toten war auch Schweizer, der Kommandant der Artillerie. Die Korannas hatten sehr große Verluste erlitten, und der ganze Stamm löste sich auf.

Traurige Lage der Republik.

Diese Zeit war für die Republik eine der unglücklichsten. Ihre Finanzen waren in sehr trauriger Lage. Der Kredit auf der Standard Bank war bereits überschritten, und weitere Vorschüsse wollte sie nicht geben. Bei seiner jährlichen Rundreise hatte der Präsident genug zu thun, um die Bürger zu ermahnen, nicht mutlos zu werden. Er hoffte, daß bald Rettung kommen werde. Aber sie kam anders, als er gedacht hatte. Es wurden nämlich kurz darauf die reichen Goldfelder des Witwaterrand entdeckt, die eine völlige Umkehr in den finanziellen Verhältnissen der Republik zuwege brachten. Mit dieser Entdeckung brach ein neuer Zeitabschnitt in der Geschichte der Republik an. Und doch, ob das ein Glück war?

Die Entdeckung der Goldfelder die Rettung der Republik?

Es wurde schon gesagt, daß das Gold und die aus der ersten Annexion zurückgebliebene Erbitterung die Ursachen des gegenwärtigen Elends in Südafrika sind. Es wird sich weiter zeigen, daß von diesen zwei Ursachen die Goldfelder die ausschlaggebende war. Ohne Zweifel: wäre kein Gold in Transvaal gewesen, so wäre auch kein Krieg gekommen. Denn wenn auch noch so viel Engländer ins Land gekommen wären und ihre Regierung noch so sehr mit den Klagen über ihre angeblichen Beschwerden überhäuft hätten, die englische Regierung würde keinen Finger für sie gerührt haben, wenn der Reichtum des Landes nicht gelockt hätte. So aber konnte die Stimmrechtsfrage, die in Wirklichkeit den Ausländern gar keinen Anlaß zu Beschwerden bot, von Intriguanten benutzt werden, um ihre eigenen Pläne durchzuführen. Die Worte des verstorbenen General Joubert, die er zu einem Bürger sprach, als dieser voll freudiger Aufregung zu ihm kam und ihm mitteilte, daß ein neues Goldriff entdeckt sei, sind wunderbar wörtlich in Erfüllung gegangen. Er

hat damals gesagt: „Statt so erregt zu sein vor Freude, müßtest Du eher weinen, denn dieses Gold wird die Ursache sein, daß unser Land mit Blut getränkt wird."

Die Goldfelder-Bevölkerung.

Als sich der große Goldreichtum der im Jahre 1886 entdeckten Quarzriffe am Witwatersrand herausstellte, mußte die Regierung diese Gebiete als öffentliche Goldfelder proklamieren, in denen die Goldgräbergesetze Anwendung zu finden haben. Das geschah denn auch in der Mitte des Jahres 1886 mit einigen Farmen, z. B. Turffontein, Doornfontein u. s. w., und sofort strömten von allen Teilen der Welt Goldgräber, Spekulanten und andere Glücksritter nach diesen Goldfeldern. Es spricht von selbst, daß unter den Tausenden, die da hereinströmten, viele verdächtige Gesellen waren, aber es muß doch anerkannt werden, daß die große Menge der Witwaterrand-Bevölkerung aus Leuten bestand, die sich ruhig verhielten und, ohne politische Händel zu suchen, nur gekommen waren, um ihr Glück zu machen. Es wurden bald noch mehr Goldfelder entdeckt: nach Westen hin Krügersdorp, nach Osten Heidelberg und Nigel und später auch Malmanie und Klerksdorp. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß die Vermehrung der Bevölkerung und die Bearbeitung der Goldfelder größere Wohlfahrt im Gefolge hatten. Der Bur fand einen Markt für seine Produkte, und der Staatskasse wurde aufgeholfen durch Licenzgelder und andere Einnahmen. In demselben Jahre wurden auch die ersten „Standplätze" auf dem Witwatersrand verkauft, oder besser gesagt verpachtet, d. h. das Goldgebiet wurde vermessen in Felder („claims" oder „standplaatsen"), zu 100 × 50 oder 50 × 50 Fuß eingeteilt und auf die Zeit von 99 Jahren gegen monatliche Abgaben in Eigentum gegeben. Nach 99 Jahren sollten sie an den Staat zurückfallen. Diese Goldfelderparzellen waren der Anfang der später so großen Stadt Johannesburg.

Die Eisenbahnpolitik wird durch die Goldfelder brennend.

Da der Handel von Johannesburg der bedeutendste von ganz Südafrika wurde, versuchte sowohl Natal wie die Kapkolonie eine Eisenbahnverbindung mit diesem Orte zu bekommen, aber Krüger war dazu nicht zu bewegen, so lange die Delagoabaibahn nicht fertig war. Daß seine Befürchtung, andere Bahnverbindungen

würden die Republik in ihrem selbständigen Handeln beschränken, begründet war, beweist der spätere Streit um die Furten, der die Republik beinahe in Schwierigkeiten mit England gebracht hätte.

Behandlung der Goldfelderbevölkerung durch Krüger.

Um der neuen Bevölkerung entgegen zu kommen, wurde ein sogenanntes „delver"- (Goldgräber) Komitee eingesetzt, das die Angelegenheiten der Goldgräber zu regeln und die Verhandlungen zwischen diesen und der Regierung zu führen hatte. Eine Zeit lang war auch Cecil Rhodes Mitglied dieses „delver-Komitees". Im Jahre 1887 besuchte der Präsident Johannesburg, um sich von den dortigen Zuständen zu überzeugen. Wenn man ihn auch freundlich empfing, so überreichte man ihm doch eine Adresse, die nichts anderes enthielt als Beschwerden, die man gegen die Regierung hatte. Der Präsident antwortete darauf, wenn Schwierigkeiten bestünden, so sei es an erster Stelle Sache des „delver-Komitees", sie zu beseitigen. Er hoffe, daß auf diesem Wege eine friedliche Erledigung der Beschwerden möglich und er nicht gezwungen sei, Gewalt zu gebrauchen. Man hat Krüger diese Antwort sehr übel genommen, und es wäre vielleicht auch ein sanfteres Auftreten wünschenswert gewesen, um die Gefühle der Ausländer zu schonen. Aber man muß auch bedenken, was für Elemente unter der neuen Bevölkerung waren; man muß weiter bedenken, daß früher in Kimberley unter einer Bevölkerung, die sich genau aus denselben Elementen zusammensetzte, ein Aufruhr entstanden war, der die englische Regierung zwang, eine Truppenmacht dahin zu senden; und an letzter Stelle ist zu bedenken, daß die Beschuldigung inhärenter Schwachheit der Republik schon einmal teuer zu stehen gekommen war und der Präsident deshalb entschlossen war, jeder Veranlassung, eine solche Beschuldigung noch einmal zu erheben, vorzubeugen. Im übrigen wurden die Klagen der Ausländer stets mit größtem Wohlwollen in Erwägung genommen und in den meisten Fällen ihnen auch abgeholfen. So z. B. in dem vorliegenden Falle, wo man über zu hohe Abgaben von den „Standplätzen" geklagt hatte, wurden diese kurz darauf beträchtlich herabgesetzt.

Die Verhandlungen mit dem Freistaat wegen eines engeren Zusammenschlusses gescheitert.

Im Jahre 1887 fand die erste Konferenz zwischen dem Oranjefreistaat und der Südafrikanischen Republik zur Herbei-

führung eines engeren Zusammenschlusses statt. Diese Konferenz hatte aber nicht den geringsten Erfolg. An erster Stelle darum, weil Krüger forderte, daß der Oranjefreistaat, ehe die Delagoabaibahn fertig sei, über ihr Gebiet keine Eisenbahn bauen lassen solle, durch welche die Südafrikanische Republik mit einer der britischen Kolonien in Südafrika verbunden werde. Krüger war gegen eine engere Verbindung mit den britischen südafrikanischen Staaten, so lange nicht die Selbständigkeit Transvaals auch durch den Besitz einer eigenen Eisenbahn garantiert war, und fürchtete, daß der Bau der einzig möglichen selbständigen Eisenbahn, für welche die Regierung die Garantie übernommen hatte, aufgehalten oder unrentabel gemacht werde, wenn noch andere Linien in Angriff genommen würden. An zweiter Stelle scheiterte die Konferenz daran, daß Krüger ein Schutz- und Trutzbündnis beider Staaten für den Fall forderte, daß die Unabhängigkeit des einen oder anderen bedroht werde. Mit diesem Vorschlag konnte sich Präsident Brand nicht befreunden. Es spricht von selbst, daß die Zeitungen der Kapkolonie auf Präsident Krüger wegen seiner Haltung in der Eisenbahnfrage sehr böse waren, aber er ging ruhig seines Weges in dem Bewußtsein, daß es seine Pflicht sei, zunächst für seinen eigenen Staat zu sorgen.

Einverleibung der „Neuen Republik."

In demselben Jahre vollzog sich auch die Einverleibung der „Neuen Republik" in die Südafrikanische Republik, in welcher sie später den Distrikt „Vryheid" bildete. Diese „Neue Republik" verdankte ihre Entstehung einem Streite zwischen den beiden Zulu-oberhäuptlingen Dinizulu (Sohn Cetewayos) und Usibepu, die im Jahre 1884 mit einander im Kriege lagen. Dinizulu bekam (gegen den Willen der Regierung) Unterstützung von einer Anzahl Buren aus der Südafrikanischen Republik und aus Natal. Als Usibepu besiegt war, gab Dinizulu aus Dankbarkeit den Buren, die ihm geholfen hatten, ein Stück Land, auf welchem sich eine neue Republik aufbaute. Lukas Meijer, der noch im jüngsten Kriege als Mitglied des Ausführenden Rates im Felde stand, wurde zum Präsidenten dieser Republik gewählt. Aber im Jahre 1887 wurde dieses Land auf Ersuchen seiner Bewohner der Süd-

afrikanischen Republik einverleibt mit dem Rechte, ebenso wie die vier anderen großen Distrikte vier Mitglieder in den Volksrat der Südafrikanischen Republik abordnen zu dürfen.

Die Zeit von fünf Jahren, für welche Krüger zum Präsidenten gewählt war, war nun fast abgelaufen, und es mußte noch durch den Volksrat von 1887 die Wahl für den neuen Präsidenten anberaumt werden, der von 1888 an die Geschäfte des Landes führen sollte.





X. Hauptstück.

Paul Krüger zum zweiten Male Staatspräsident.
(1888—1893.)

Zu der Neuwahl ergingen Wahlaufforderungen an Krüger und Joubert. Beide nahmen die Kandidatur an, aber Krüger wurde mit großer Mehrheit wieder gewählt und im Mai 1888 zum zweiten Male als Staatspräsident eingeschworen. In der Sitzung des Volksrates von diesem Jahre wurde an Stelle des bisherigen Sekretärs der Regierung, Ed. Bok, nunmehr Dr. Leyds zum Staatssekretär gewählt und der erstere darnach auf Krügers Antrag zum Sekretär des Ausführenden Rates ernannt — ein Amt, das eigens für diesen Zweck geschaffen wurde.

Die Ermordung des Konsuls der S. A. R. im Matabeleland.

Im ersten Jahre der neuen Präsidentschaft trat ein Ereignis ein, das leicht zu den ernstesten Verwickelungen hätte führen können. Cecil Rhodes hatte damals gerade mit der Verwirklichung seiner imperialistischen Träume, d. h. mit seinen Bestrebungen, die britische Autorität nach dem Norden von Afrika auszudehnen, den Anfang gemacht. Nördlich von Transvaal regierte zu der Zeit über Matabele- und Mashonaland der Zulufürst Lobengula, der Sohn des von den ersten Trekkern vertriebenen Selikatse. Schon Selikatse, der einst so gehaßte grausame Feind der Buren, war in den späteren Jahren mit der Republik in freundschaftliche Beziehungen getreten, und diese Freundschaft dauerte unter seinem

Sohne fort. Lobengula stand mit den Buren sogar auf sehr gutem Fuße und kam mit den Bürgern der Republik, die in seinem Gebiete jagten, sehr viel in Berührung. Er sandte im Jahre 1887 einen seiner ersten Indunas (Vornehmen, Großen) nach Pretoria mit dem Ersuchen, für sein Gebiet einen Konsul der Südafrikanischen Republik zu ernennen. Diesem Wunsche wurde Folge gegeben und Piet Grobler, der mit den Kaffern im Matabeleland gut bekannt war, dahin gesandt. Ehe er abreiste, entwarf Krüger einen Traktat, gemäß dessen Lobengula sein Land unter das Protektorat der Republik stellte. Grobler nahm diese Urkunde mit sich und las sie bei seiner Ankunft in Buluwayo Lobengula vor, der dem Vertrag völlig zustimmte, aber um einige Tage Aufschub ersuchte, um alle seine Indunas zusammen zu rufen und vor der Unterzeichnung noch deren Meinung zu hören.

Diese Frist gedachte Grobler zu benützen, um seine Gemahlin abzuholen, die sich auf dem Wege zu ihm befand und damals gerade am Krokodilflusse angelangt war. Auf seinem Wege dahin stieß er auf eine bewaffnete Abteilung der Kaffern Khamas, der mit Lobengula im Streit lag. Zuerst kam eine Patrouille dieser Leute auf ihn zu, der er sofort entgegenritt, um sie zu fragen, was sie wolle; aber alle ergriffen die Flucht. Grobler fing einen von den Schwarzen und ließ ihn wieder laufen mit dem Auftrage, den Kapitän oder Kommandanten der Abteilung zu rufen, damit er von ihm hören könne, was ihre Absicht sei. Er selbst ging einige hundert Meter weit von seinem Wagen weg, dem Trupp entgegen, der nun sofort das Feuer auf ihn eröffnete. Während Grobler nach seinem Wagen zurücklaufen wollte, traf ihn ein Schuß in das Bein und warf ihn nieder. Ein junges Mädchen Namens Lottering, das zu der Reisegesellschaft gehörte, lief herbei und stellte sich zwischen die Kaffern und den Verwundeten, um ihn so mit ihrem eigenen Leibe zu decken. Die Begleiter Groblers, fünf oder sechs Mann, begannen nun auch zu feuern und schlugen den Feind in die Flucht. Grobler konnte jetzt nach seinem Wagen getragen werden und die Reise nach dem Krokodilflusse fortsetzen, aber hier angekommen, starb der Verwundete nach ein paar Tagen.

Der Mörder von England in Schutz genommen.

Daß dieser Mord auf Anhetzung Rhodes und seiner Clique zurückzuführen ist, unterliegt keinem Zweifel. Die Binnenländer Südafrikas zu gewinnen, war ja Rhodes Ziel, und er fürchtete, daß seine Pläne durch Groblers Anstellung vereitelt würden. Es entstand nun eine lange Korrespondenz zwischen der Regierung der Südafrikanischen Republik und dem Hohen Kommissar der britischen Krone über diese Geschichte, denn Khama stand unter britischem Protektorat. Um einen offenen Streit zu vermeiden, war die Regierung der Republik gezwungen, sich damit zufrieden zu geben, daß Khama der Wittwe Groblers eine jährliche Pension von 200 Pfd. Sterling bezahlte.

Cecil Rhodes.

Um das Hereingreifen von Cecil Rhodes in diese Sache und in die ganze weitere Geschichte der Kämpfe Krügers und der Republik verständlich zu machen, müssen wir hier die Entstehung der Chartered Company und der Rhodesschen Bestrebungen überhaupt Erwähnung thun.

Rhodes ist der Mann, der am meisten zu dem Unheile beigetragen hat, das Südafrika getroffen hat; er gehört, was seine Bewunderer auch sagen mögen, zu den gewissenlosesten Personen, die jemals gelebt haben; er war ein Mann, der in der Politik stets nur den Grundsatz befolgte, daß der Zweck die Mittel heilige. Dieser Mann ist der Fluch von Südafrika gewesen. Seinen Reichtum hatte er durch Diamantspekulationen in Kimberley gewonnen, und durch die Vereinigung der Kimberleyer Diamantminen hatte er sich sehr großen Einfluß in der Geldwelt erworben. Später wurde er zum Mitglied des Kapschen Parlamentes gewählt, und endlich im Jahre 1890 wurde er erster Minister in der Kapkolonie. Bereits früher hatte dieser Mann sein Auge auf die Binnenländer Südafrikas gerichtet. Durch sein Zuthun war die Einverleibung von Land Gosen und Stellaland in die Kapkolonie zustande gekommen. Er betrachtete nämlich dieses Gebiet als den gegebenen Weg, als eine Art Suezkanal nach den Binnenländern von Südafrika. In der ersten Zeit, da Krüger Präsident war, suchte Rhodes auch ihn als Bundesgenossen zu gewinnen. Auf dem Wege von Beira nach Kapstadt suchte er Krüger in

Pretoria auf und sagte ihm: „Wir müssen zusammenarbeiten. Ich weiß, die Republik will einen Hafen; sie muß die Delagoabay haben.“ Krüger erwiderte: „Wie können wir da zusammenarbeiten; der Hafen gehört ja den Portugiesen, und diese werden ihn nicht hergeben.“ Rhodes: „Wir müssen ihn einfach nehmen“. Krüger: „Ich mag nicht anderer Leute Gut wegnehmen. Wenn die Portugiesen den Hafen nicht verkaufen wollen, so werde ich ihn auch nicht nehmen, wenn Sie ihn mir liefern, denn auf ungerechtem Gut liegt ein Fluch.“ Nun gab Rhodes seine Bemühungen, Krüger zu gewinnen, auf.

Aber dafür kam bereits im Jahre 1888 auf seine Veranlassung ein Traktat zustande zwischen Sir Herkules Robinson, dem damaligen Hohen Kommissar, und dem Matabelehäuptling Lobengula. Kurz darnach wußte er gegen Zahlung einer Geldsumme und Lieferung von Feuerwaffen für sich selbst eine Konzession von Lobengula zu bekommen. Obwohl ihm diese Konzession nur das Recht gab, Gold und andere Metalle im Lande zu suchen, benutzte er sie ausschließlich dazu, festen Fuß im Matabeleland zu fassen und die Ausbreitung der Südafrikanischen Republik nach dieser Richtung hin zu verhindern. Sehr bald sah er ein, daß er dieses Ziel nur unter dem Schutz Englands erreichen könne, darum begab er sich nach England, um eine sogenannte Charter (d. h. einen Brief oder eine Urkunde, welche bestimmte Rechte, hier das Recht auf selbständige Verwaltung und bestimmte Monopole sichert) zu erlangen. Das glückte ihm auch ohne große Mühe, denn Rhodes ging von dem Gedanken aus, daß man durch Bestechung erreichen könne, was schöne Reden nicht vermochten. Und er war der Mann nicht, der Geld sparte, wenn er ein Ziel erreichen wollte. Es ist auch unzweifelhaft, daß viele der höchsten Personen in England Anteil an seiner Chartered Company bekamen. Selbst Parteien, mit deren Anschauung Rhodes in keiner Weise übereinstimmte, gab er nachweisbar Tausende von Pfund Sterling in der Hoffnung, ihre Unterstützung gewinnen zu können. Wer weiß, wie viele größere Summen er noch zu demselben Zweck ausgegeben hat, die immer verborgen bleiben werden.

Rhodes war die Verkörperung des Kapitalismus. Nichts verschmähte er, was ihm zu dem erwünschten Ziel verhelfen konnte, sei es Bestechung, sei es Lug oder Betrug. Nichts war ihm zu niedrig oder zu gemein, daß er sich geschämt hätte, es für seinen Zweck zu gebrauchen.

Die Chartered-Compagnie.

Rhodes erhielt seine Charter, obwohl man fragen könnte, welches Recht denn eigentlich die englische Regierung auf dieses Gebiet hatte, für das sie Rhodes eine Charter verlieh, und eine Gesellschaft wurde gebildet mit einem Kapital von einer Million Pfund Sterling. Kurz darauf im Jahre 1890 rüstete Rhodes eine Expedition aus, um „sein" neues Gebiet in Besitz zu nehmen. Der Protest des Matabelekönigs, der sich dem Eindringen der Rhodes-Expedition widersetzte, kümmerte ihn nicht. Er nahm Mashonaland in Besitz und baute da einige Forts, nämlich Fort Charter, Fort Salisbury und Fort Viktoria. Es zeigte sich aber bald, daß Mashonaland weder für Landbau oder Viehzucht rentierte, noch als Goldland Bedeutung hatte. Er mußte also auf Mittel sinnen, um sich des Matabelelandes zu bemächtigen, das, wie er dachte, reiche Goldfelder barg. Zu diesem Zwecke mußte er Lobengula in einen Krieg zu verwickeln suchen, und das glückte ihm nur zu gut. In Afrika wird behauptet, daß er es war, der — und zwar durch seinen Gouverneur — Lobengula mitteilen ließ, die Mashonas hätten Vieh gestohlen, und Lobengula müsse sie züchtigen. Darauf hin sandte Lobengula sofort ein Impi (Regiment, Kommando) ab, wie das in solchen Fällen immer geschah, um für den Raub Sühne zu heischen. Rhodes aber benützte diese Sendung eines Impi als Vorwand, um nun die Bestrafung Lobengulas zu fordern, weil er die Mashonas ermorden ließe. Wie dem auch sei, Rhodes bekam seinen Sinn, d. h. seinen Krieg. Dr. Jameson rüstete ein Kommando, welches die Matabele rasch auseinander trieb und mit Maxims zu Hunderten niederkartätschte. Lobengula soll auf seiner Flucht nahe am Sambesi gestorben sein. Was müssen die Gedanken dieses schwarzen Potentaten in seinen letzten Lebensstunden über eine sogenannte Christennation gewesen sein? Doch das konnte

einen Rhodes nicht stören. Er ließ sofort das Matabeleland nach allen Richtungen nach Gold durchsuchen, und als diese Untersuchungen nur ärmliche Resultate lieferten, stieg bei ihm der Gedanke auf, sich der reichen Goldfelder der Südafrikanischen Republik und damit zugleich der Republik selbst zu bemächtigen. Auch diese gemeine That brachte er später zur Ausführung.

F. W. Reitz. Bündnis zwischen dem Oranje-Freistaat und der Südafrikanischen Republik.

Im Jahre 1888 starb Präsident Brand vom Oranjefreistaat, nachdem er fast 25 Jahre lang Präsident gewesen war. An seine Stelle trat Francis William Reitz, der spätere Staatssekretär der Südafrikanischen Republik, — ein Mann, vor dem jeder, der ihn kennt, die größte Hochachtung hat; einer der Männer, von denen man oft in Büchern liest, denen man aber selten im Leben begegnet; ein Mann von vornehmem und edlem Charakter, dessen einziges Ziel es ist, ohne irgend welche Selbstsucht seinem Lande nützlich zu sein, mit einem Worte: ein Mann, den persönlich kennen zu lernen ein Vorzug ist. Kurz nach seiner Vereidigung als Staatspräsident noch im Jahre 1889 fand eine zweite Zusammenkunft der Regierungen der beiden Republiken statt mit dem Ziel, eine engere Verbindung zwischen beiden Staaten herzustellen, und zwar zu Potchefstroom. Diese Konferenz hatte ein ganz anderes Resultat als die erste. Beide Republiken verpflichteten sich, einander zu Hilfe zu kommen, falls die Unabhängigkeit einer von ihnen ohne Veranlassung von außen her bedroht werde. Außerdem wurde ein Handelsvertrag geschlossen und freie Einfuhr gegenseitig verbürgt, mit Ausnahme der Produkte und Güter, auf welche die Südafrikanische Republik zum Schutze der von ihr verliehenen Monopole Zölle zu erheben vertragsmäßig verpflichtet war. Auch ein Abkommen bezüglich der Eisenbahnen, wie es Krüger bei der ersten Konferenz vorgeschlagen hatte, wurde jetzt angenommen.

Einrichtungen zu Gunsten der „uitlanders."

Im Jahre 1888 besuchte der Präsident wieder Johannesburg, wo er freundlichst empfangen wurde. In den Adressen, die man ihm überreichte, wurde um die Einsetzung eines Stadtrates und die Vermehrung der richterlichen Beamten gebeten. Das letztere Ersuchen wurde sofort erfüllt durch die Ernennung

von Dr. Jorissen, der Spezialrichter von Johannesburg wurde. (Dem anderen Ersuchen wurde später Folge geleistet. D. H.) Von diesem Besuche an dachte Krüger stetig über Mittel nach, wie man dem Verlangen der neuen Bevölkerung nach einer Vertretung entgegenkommen könne, ohne die Republik zu benachteiligen oder die Interessen der alten Bürger zu beeinträchtigen. Denn wenn auch die Klagen der Ausländer immer mit größtem Wohlwollen von dem Ausführenden Rat (dem in Bezug auf die Goldgräberbevölkerung besondere gesetzgeberische Vollmachten vom Volksrat eingeräumt waren. D. H.) in Erwägung gezogen und so viel als möglich abgestellt wurden, so war dem Präsidenten doch klar, daß ein Mittel gefunden werde müsse, um den Ausländern eine Stimme in der Vertretung des Landes zu geben. Er glaubte, dieses Mittel gefunden zu haben in der Einrichtung eines zweiten Volksrats, und es war sein eigenster Gedanke, den er auch für sich allein in Anspruch nahm, daß einer solchen Körperschaft die Erledigung aller Fragen, wie z. B. der Goldgräbergesetzgebung, Telegraphenverbindung u. s. w., die vor allem für die neuen Ankömmlinge von Wert waren, überlassen werden sollte.

Er wollte auf diese Weise der neuen Bevölkerung den Weg eröffnen zu gesetzlicher Geltendmachung und Abstellung ihrer Beschwerden. Bisher war sie daran durch die Bestimmungen der Verfassung über die Erlangung des Stimmrechtes gehindert. Die Verfassung bestimmte nämlich, daß ein Fremder fünf Jahre lang auf der Liste des Feldkornetts stehen müsse, ehe er sich naturalisieren lassen könne. Nach Krügers Vorschlag sollte dieses Gesetz mit der Einrichtung des zweiten Volksrates in der Weise abgeändert werden, daß die Naturalisation nach zweijähriger Eintragung in die Liste des Feldkornetts erfolgen könne, und wer so naturalisiert sei, das Recht haben solle, an den Wahlen zum zweiten Volksrat und zu allen Beamtenstellen, die durch allgemeine Wahl besetzt wurden, mit Ausnahme der des Staatspräsidenten, des Generalkommandanten und der Mitglieder des ersten Volksrates, teilzunehmen. Wer zwei Jahre dieses Recht gehabt hatte, sollte dann — also im ganzen vier Jahre nach seiner Ein-

tragung auf den Feldkornettlisten als Bewohner der Republik — das passive Wahlrecht zum Mitglied des zweiten Volkrates haben. Zehn Jahre darnach sollte er dann das volle Bürgerrecht, d. h. ein Wahlrecht gleich den alten Bürgern haben. Gegen diesen Antrag erhob sich eine lebhafte Opposition, da ihn einzelne Mitglieder des Volksrates als Akt einer Klassengesetzgebung betrachteten, was er ja unzweifelhaft in gewissem Maße auch war, während andere der Meinung waren, daß die Fremden dadurch zu viel Rechte bekämen. Die Beschlußfassung wurde angesetzt, um darüber die Meinung des Volkes zu hören. Die Bürger aber hießen den Vorschlag gut — ein Beweis ihres Vertrauens zu ihrem Präsidenten. Es ist sicher, das ein solcher Antrag nie durchgegangen wäre, wenn ihn jemand anders als der Präsident eingebracht hätte. Entsprechend der Volksstimmung wurde nun in der Sitzung des nächstjährigen Rates das Gesetz mit großer Mehrheit angenommen.

Bedeutung des Zweiten Volksrates.

In der englischen Presse haben Ausländer behauptet, und Minister Chamberlain hat diese Behauptung zu der seinigen gemacht, der Zweite Volksrat habe praktisch nichts zu bedeuten gehabt. Es sei deshalb hier konstatiert, daß, trotzdem die Gesetze und Beschlüsse des Zweiten Volksrats der Genehmigung des Ersten Volksrates unterworfen waren, die letztere Körperschaft nur ein einziges Mal einen Beschluß des Zweiten Volksrates verworfen hat, und das war im Streite um die „bewaarplaatsen", als der Zweite Volksrat das Recht der Erzausbeutung (Minenrecht) eines Grundstückes ohne weiteres dem Pächter zugestehen wollte, der nur die Oberfläche desselben gepachtet hatte.

Beleidigung des Präsidenten.

Nicht vergessen darf man auch, daß dieses Gesetz (die Verfassungsänderung zu Gunsten der Ausländer) vom Präsidenten verteidigt und im Volksrat angenommen wurde, trotzdem kurz zuvor in Johannesburg sich eine den Präsidenten und die Bürger sehr beleidigende That abgespielt hatte. Krüger war nämlich nach Norvalspont am Oranjefluß gegangen, um da den Hohen Kommissar in Sachen der Swasieland-Frage zu treffen. Auf der Reise dahin verweilte er in Johannesburg, wo wie gewöhnlich eine

Deputation kam, um ihre Beschwerden vorzulegen. Krüger, der nicht allen Wünschen dieser Leute sofort Folge leisten konnte, wurde durch einen der Abgeordneten der Vorwurf ins Gesicht geschleudert, er behandle die neue Bevölkerung mit Verachtung. Zornig erwiderte Krüger darauf: „Nicht die neue Bevölkerung, aber Personen wie Sie verachte ich." Darauf fand abends vor dem Hause des Herrn van Brandis, wo der Präsident wohnte, ein Auflauf statt, die Fahne der Republik wurde herabgeholt und in Stücke gerissen. Daß diese That die alte Bevölkerung in den Harnisch jagte, ist leicht zu begreifen, aber Krüger beruhigte sie, indem er erklärte, daß die Bewohner von Johannesburg im allgemeinen als treue Staatsbürger zu betrachten seien, und daß der Skandal auf einen Haufen Aufrührer zurückzuführen sei.

Paul Krügers Humor.

Als der Präsident den Hohen Kommissar in Norvalspont traf, sprach dieser auch über den Auflauf in Johannesburg und da sagte Krüger zu ihm: „Ja, sehen Sie, Sir Henry, es geht mir mit diesen Leuten wie mit einem Pavian, den ich früher hatte, und der mich so lieb hatte, daß er nicht einmal ertragen konnte, wenn mich jemand anrührte. Aber eines Tags saßen wir um das Feuer, und dabei geriet unglücklicherweise der Schwanz des Tieres in das Feuer. Wütend warf es sich nun auf mich, indem es dachte, das ich die Ursache seiner Schmerzen sei. Genau so machen es die Johannesburger. Sie haben sich die Finger verbrannt an der Ueberspekulation, und nun wollen sie sich an Paul Krüger rächen".

Der „Ausländerhaß" Paul Krügers.

Eine neue Gelegenheit, dem Präsidenten Ausländerhaß vorzuwerfen, ergab sich bei Gelegenheit des Dingaanstages und der zehnjährigen Gedenkfeier der Unabhängigkeitserklärung von Paardekraal (1891), wo Krüger vor Tausenden von Menschen eine große Ansprache hielt, in der er darlegte, wie er im Lichte des Wortes Gottes die Geschichte seines Volkes betrachte. Dabei gebrauchte er die Anrede: „Volk des Herrn, Du altes Volk des Landes, Ihr Fremdlinge, Ihr Neuangekommenen, ja selbst Ihr Mörder und Diebe". Die Ausländer, die in dieser Zeit fortwährend darauf aus waren, Beschwerden gegen den Präsidenten und die Regierung zu ersinnen, waren wütend über diese Anrede und behaupteten, Krüger habe sie

Diebe und Mörder genannt, was natürlich eine grobe Unwahrheit war. Er hatte nur zu erkennen geben wollen, daß er jeden, selbst Mörder und Diebe, wenn solche in der Versammlung seien, anrufe, sich vor Gott zu demütigen und das Wunderbare in der Führung Gottes mit dem Volke der Republik anzuerkennen. Wenn in diesen Worten eine Beleidigung lag, dann galt sie ebenso sehr der alten wie der neuen Bevölkerung, wie jeder verständige Mensch, der sich einigermaßen in Krügers Gedankengang versetzen wollte, merken konnte.

Die erste Swasieland-konvention.

Die Swasieland-Frage, um derentwillen Krüger hier mit Sir Henry Robinson zusammenkam, hat der Republik viel Sorge gemacht. Swasieland, das von allen Seiten mit Ausnahme des Ostens von dem Gebiete der Südafrikanischen Republik begrenzt ist, gehörte früher zu der Republik, wurde aber durch die königliche Kommission im Jahre 1881 davon losgerissen. Nun hatten einige Bürger von dem Swasiekönig Umbandine gewisse Konzessionen erlangt; andere Personen, darunter viele Abenteurer, verlangten ähnliche Begünstigungen und verursachten Umbandine so viel Aerger, daß er die britische Regierung um einen Berater ersuchte. Wie leicht zu verstehen ist, beeilte sich die britische Regierung, diesem Ersuchen nachzukommen, um auf diese Weise Swasieland in die britische Einflußsphäre zu bringen. Offy Shepstone, der Sohn des Theophilus Shepstone, der im Jahre 1877 die Republik annektiert hatte, wurde von dem Hohen Kommissar zum Ratgeber Umbandines ernannt. Aber die Verwirrung in diesem Lande wurde immer größer, bis endlich eine Art Komitee aus Buren und Engländer gebildet und diesem die eigentliche Regierung des Landes übertragen wurde. Daß ein solcher Zustand nicht von Dauer sein konnte, spricht von selbst, und Sir Herkules Robinson scheint nicht im geringsten abgeneigt gewesen zu sein, der Republik das Recht zuzugestehen, Swasieland zu annektieren. Das paßte natürlich den Jingos und „Humanitätsfreunden" in England schlecht in den Kram, und so beschloß die englische Regierung, Sir Francis de Winton als besonderen Gesandten nach Swasieland abzuordnen, um die Sache zu untersuchen.

Verhandlungen. Eisenbahn- und Zollpolitik.

Namens der Südafrikanischen Republik hatte General Joubert eine Besprechung mit Sir Francis de Winton, worin er ihm darlegte, daß und warum die Transvaalsche Regierung Swasieland gern einverleiben würde. Nach Empfang des Berichtes von de Winton beschloß die englische Regierung, Sir Henry Loch, den neuen Gouverneur (seit 1889) der Kapkolonie und Hohen Kommissar, zu beauftragen, sich mit Präsident Krüger ins Benehmen zu setzen. Beide hatten dann eine Unterredung zu Blignautspont, wobei auch Rhodes zugegen war. In dieser Zusammenkunft setzte Präsident Krüger alles daran, die Zustimmung der Britischen Regierung zur Einverleibung sowohl des Swasielandes als auch des Sambaan- und Umbigesa-Landes zu erreichen, mit welchen Ländern die Republik bereits Uebereinkommen abgeschlossen hatte. Sir Henry Loch seinerseits setzte dagegen alles daran, von der Südafrikanischen Republik die Zustimmung zu einer Eisenbahn, die Natal nach Johannesburg bauen wollte, und zu einem allgemeinen südafrikanischen Zollverband zu erhalten. Von dem allgemeinen Zollverband wollte Krüger nichts wissen, nicht als ob er Gegner einer Verständigung auf diesem Gebiete gewesen wäre, sondern weil seine Vorbedingung immer war: zuerst einen eigenen Hafen und dann einen Zollverband. Was die Eisenbahn von Natal aus betraf, so erklärte sich der Präsident damit einverstanden; nicht aus diesem oder jenem prinzipiellen Grunde, sondern weil er Natal gern entgegenkommen wollte. Aber über diesen Bahnbau als Bedingung einer Verständigung in ganz anderen Fragen zu verhandeln, lehnte er ab, weil er gemäß eines in der Tariffrage früher mit Portugal abgeschlossenen Uebereinkommens erst mit der portugiesischen Regierung in Unterhandlungen treten müsse. Die portugiesische Regierung hatte sich nämlich zum Bau der Delagoabahn nur unter der Bedingung entschlossen, daß keine neue Linie nach Johannesburg gebaut werde, die kürzer sei als die Delagoabahn.

Englische Betrügereien.

Der Schluß der Unterhandlungen war der, daß der Hohe Kommissar mit dem Präsidenten verabredete, er werde ein Abkommen entwerfen und ihm das zusenden. Auch sprach er den

Wunsch aus, daß Dr. Leyds, der bei den Verhandlungen zugegen war, noch zurückbleibe und bei der Anfertigung dieses Entwurfes zugegen sein möge, um später imstande zu sein, dem Präsidenten alle Erläuterungen zu geben, die eventuell nötig sein würden. Dr. Leyds solle dann unterschreiben, daß er bei der Verfassung des Entwurfes zugegen gewesen sei. Damit ging die Konferenz auseinander.

Kurz darauf sandte Sir Loch dem Präsidenten den erwähnten Entwurf zu, der folgende Hauptpunkte enthielt:

Swasieland solle gemeinschaftlich regiert werden.

Die Republik solle eine Eisenbahn nach der Kosibay bauen dürfen, zu welchem Zwecke ein 3 Meilen breiter Streifen Landes bis zur Kosibay an die Republik abgetreten werden solle. Jedoch solle die britische Regierung das Protektorat über diesen Landstrich und über die Kosibay ausüben — ein Zusatz, welcher die Annahme des Angebotes für die Republik von vornherein unmöglich machte.

Außerdem sollte Transvaal ein kleines Stück Land, den sogenannten kleinen Freistaat, zwischen der Republik und Swasieland gelegen, annektieren dürfen.

Sir Loch behauptete, daß das das Abkommen wäre, welches er mit Präsident Krüger zu Blignautspont getroffen habe, und daß Dr. Leyds nach dem erwähnten Abbruch der Konferenz sich mit seinen Bedingungen einverstanden erklärt und sie als Beweis seiner Zustimmung unterzeichnet habe. Das bestritt der Präsident ebenso wie Dr. Leyds auf das allerentschiedenste und weigerte sich, diesem Entwurf seine Zustimmung zu geben. Loch drohte aber, wenn die vorgeschlagene Regelung nicht angenommen werde, so werde die englische Regierung von dem Rechte Gebrauch machen, das ihr nach der Londoner Konvention zustehe, und eine bewaffnete Macht nach Swasieland senden.

Kurz darauf kam Jan Hofmeyer im Auftrage seiner Regierung nach Pretoria, um zu vermitteln, und unter seiner Mitwirkung wurde die erste Swasieland-Konvention geschlossen. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß die Republik durch diese Konvention so gut wie nichts

erhielt, aber viel von ihren Rechten verlor, so z. B. das Recht, mit den Eingeborenenstämmen im Norden und Nordwesten Verträge zu schließen. Außerdem mußte sie sich verpflichten, der Eisenbahnverbindung mit Natal nicht länger Schwierigkeiten zu bereiten und — hier sehen wir wieder die Hand von Cecil Rhodes — der Chartered Company im Norden so viel als möglich behilflich zu sein. Gerade die letztere Bestimmung gab, wie wir später sehen werden, zu großen Schwierigkeiten Veranlassung.

Der Volksrat nahm den Vertrag zwar an, sprach aber offen sein Bedauern über den Mangel an Entgegenkommen aus, den die Republik bei England gefunden habe. Die durch diesen Vertrag geschaffene unglückliche Lage blieb bis zum Jahre 1893, wo die zweite Swasieland-Konvention geschlossen wurde.

Der Adendorfftrek.

In die zweite Präsidentschaft fielen zwei Ereignisse, welche viel Verstimmung gegen Krüger hervorriefen. Das erste war der Adendorfftrek, das zweite eine Konferenz in kirchlichen Dingen. Der Adendorfftrek hatte seinen Ursprung in einer Konzession, welche ein gewisser Adendorff gemeinschaftlich mit B. Forster jr. im Banjailand erworben hatte und Cecil Rhodes vergeblich zum Kaufe anbot. Rhodes erklärte die Konzession für ungültig, worauf ihre Besitzer beschlossen, nach dem Gebiet zu ziehen, das ihnen verliehen war. Sowohl der Hohe Kommissar als Cecil Rhodes widersetzten sich diesem Zuge aufs äußerste, weil sie daraus Gefahr für die Chartered Company fürchteten, und Präsident Krüger wurde mit Berufung auf die Swasielandkonvention ersucht, den Trekkern ihr Vorhaben zu verbieten. Sofort gab auch Krüger eine Erklärung ab, in der er sich gegen diesen Zug aussprach, und erließ eine Proklamation, worin er den Bürgern strengstens verbot, sich irgendwie mit dem Zuge einzulassen und jedem, der die Proklamation nicht befolge, die Strafe des Gesetzes wegen Ungehorsam androhte.

Die Vertragstreue gegenüber England kostet Krüger einen Teil seiner Popularität.

Dagegen protestierte ein Teil der Bürger öffentlich, und Krüger wußte sehr wohl, daß ihm die Proklamation einen Teil seiner Popularität kosten werde, aber als ehrlicher Mann war er verpflichtet, den Bestimmungen der Swasielandkonvention, so wenig

ihm diese auch zusagten, nachzukommen. Wie teuer ihm dieses Verhalten zu stehen kam, ergab sich aus der folgenden Präsidentenwahl. Denn wenn auch seine Gegner noch viele andere Beschwerden gegen ihn anführten, so war doch die Verhinderung des Adendorfftreks sicher einer der Hauptgründe dafür, daß viele Bürger ihm untreu wurden. Die Frage kam später auch im Volksrat zur Sprache, und in der Debatte, die sich darüber entwickelte, erklärten sich verschiedene einflußreiche Mitglieder, unter anderen Schalk Burger, der im letzten Kriege bei der Abreise des Präsidenten Krüger zum Stellvertretenden Präsidenten der Republik ernannt wurde, und der verstorbene General Joubert gegen diese Proklamation. Schließlich wurde sie aber doch vom Volksrat angenommen. Aus dem ganzen Zug wurde schließlich nichts, vor allem deshalb nichts, weil Krüger persönlich, wo er nur konnte, mit den Bürgern darüber sprach und ihnen riet, sich von der Bewegung fern zu halten.

In derselben Zeit, wo die Republik auf dem Gebiete der äußeren Politik diese Schwierigkeiten hatte, machten ihr auch Streitigkeiten auf kirchlichem Gebiete zu schaffen.

Kirchliche Streitigkeiten.

Nach dem Kriege von 1881 hatten die Bürger das Bedürfnis gefühlt, sich auf kirchlichem Gebiete enger an einander anzuschließen, und so war eine Vereinigung zwischen der „Hervormden" und der „Nederduitsch-Gereformeerden" Kirche zustande gekommen. Die dritte evangelische Kirchengemeinschaft, die „Christelyk-Gereformeerde"- oder sogenannte „Dopperkirche", zu der Präsident Krüger gehört, hatte Bedenken gehabt, der Vereinigung beizutreten, und war darum von den nun folgenden Streitigkeiten nicht direkt berührt. Sie hatte ihre Grundsätze und Einrichtungen nach der hl. Schrift aufgestellt und verlangte erst Widerlegung, dann wolle sie sich gerne anschließen; aber um „praktischer" Erwägungen willen allein könne sie nicht einer Vereinigung das Wort reden, außer man müsse ihre Grundsätze annehmen. Kurz nach der Vereinigung ergaben sich wieder Meinungsverschiedenheiten, und eine Anzahl Bürger, deren Führer Christian Joubert war, wollte nun nichts mehr von der Vereinigung wissen; sie beschlossen, die „Hervormde" Kirche beizubehalten. Später folgten ihnen noch einige

nach; deren Führer war A. D. W. Wolmarans (z. Zt. als Deputierter in Europa). Wie leicht zu begreifen ist, entstanden dadurch große Schwierigkeiten in der Frage des Besitzrechtes der kirchlichen Güter, denn die Glieder, welche sich trennten, machten Anspruch auf das Eigentum der Hervormden Kirche, während die Glieder, die der Vereinigung treu blieben, ebenfalls Anspruch darauf erhoben. Daß hierdurch große Uneinigkeit und viel Streit entstand, ist nicht zu verwundern.

Um nun diesen Streitigkeiten ein Ende zu machen, richtete Präsident Krüger ein Rundschreiben an die Prediger und Aeltesten der verschiedenen Parteien, worin er sie zu einer Konferenz einlud, welche versuchen sollte, die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Im August des Jahres 1891 fand diese Konferenz im Saale des Zweiten Volksrates unter Präsident Krügers Vorsitz statt. Alle Parteien waren hier vertreten. In seiner Eröffnungsrede bat Krüger, daß man ihn in dieser Konferenz nicht als Staatspräsidenten, sondern als Bruder und Mitchristen betrachten möge, dem es darum zu thun sei, den Streitigkeiten ein Ende zu machen. Zunächst versuchte er dann den Zwiespalt, der entstanden war, dadurch zu heilen, daß er die Vereinigung wieder herzustellen sich Mühe gab. Aber es ergab sich bald, daß diese Versuche keinen Erfolg versprachen, und nun schlug er vor, wenigstens zu einer Verständigung bezüglich der Eigentumsrechte an den Kirchengütern zu kommen. Aber auch in dieser Hinsicht waren seine Bemühungen vergebens, und die Konferenz ging auseinander, ohne etwas erreicht zu haben.

Der „Autokrat“ Krüger.

Obwohl kein Zweifel bestehen kann, daß der Präsident diese Zusammenkunft in der besten Absicht veranstaltet hatte, wurde sie von seinen Feinden doch als Waffe gegen ihn gebraucht. Bei der nächsten Präsidentenwahl wurde ihm vorgeworfen, daß er als Autokrat sich um alles bekümmere — selbst um kirchliche Fragen.

Neuwahlen.

Im darauffolgenden Jahre mußte die Neuwahl zum Staatspräsidenten stattfinden. Man hatte diesmal drei Kandidaten: Krüger, Joubert und den Hauptrichter Kotzé, und es war der heftigste Wahlstreit, der jemals in der Republik geführt wurde.

Krüger wurde von der Gegenpartei vorgeworfen, daß er autokratisch sei, die Gelder des Landes verschleudere, alle Rechte und Vorteile durch Konzessionen weggäbe und den Holländern alle Staatsämter ausliefere. Auch gegen die Gegenseite wurden Beschuldigungen über Beschuldigungen erhoben. Es ist keine angenehme Empfindung, an jene Zeit zurück zu denken, denn die beiden ersten Männer der Republik wurden so schwer geschmäht, daß, wenn auch nur ein Zehntel der gegen sie erhobenen Beschuldigungen auf Wahrheit beruht hätte, keiner von beiden mehr würdig gewesen wäre, auch nur eine Stunde länger das Vertrauen des Volkes zu genießen.





XI. Hauptstück.

Paul Krüger zum dritten Male Staatspräsident.
(1893—1898).

Wahl-prüfungen.

Das Ergebnis der Neuwahlen war: Präsident Krüger 7854, General Joubert 7009, Richter Kotzé 81 Stimmen. Die Partei Jouberts war mit dem Ergebnis der Wahl unzufrieden und legte gegen Krügers Wahl Protest ein. Als der Volksrat am 1. Mai wieder zusammentrat, mußte infolgedessen eine Wahlprüfungskommission eingesetzt werden, die aus drei Krüger- und drei Joubert-Männern bestand. Inzwischen sollte Krüger, dessen Amtszeit eigentlich am 5. Mai ablief, bis zu einer Beschlußfassung über den Wahlprotest im Amte bleiben. Die Mehrheit der Kommission war der Ansicht, daß die Wahl Krügers in unanfechtbarer Weise erfolgt sei, jedoch reichte auch die Minderheit der Kommission einen Bericht ein, in dem sie eine Neuwahl empfahl. Der Volksrat dagegen stimmte mit 18 gegen 3 Stimmen dem Antrag der Mehrheit zu, und so wurde Krüger am 12. Mai 1893 zum dritten Male als Staatspräsident vereidigt. Bei der Amtsübernahme hielt Krüger wiederum, und zwar diesmal vom Balkon des neuen Regierungsgebäudes aus, eine Ansprache an

tragung auf den Feldkornettlisten als Bewohner der Republik — das passive Wahlrecht zum Mitglied des zweiten Volkrates haben. Zehn Jahre darnach sollte er dann das volle Bürgerrecht, d. h. ein Wahlrecht gleich den alten Bürgern haben. Gegen diesen Antrag erhob sich eine lebhafte Opposition, da ihn einzelne Mitglieder des Volksrates als Akt einer Klassengesetzgebung betrachteten, was er ja unzweifelhaft in gewissem Maße auch war, während andere der Meinung waren, daß die Fremden dadurch zu viel Rechte bekämen. Die Beschlußfassung wurde angesetzt, um darüber die Meinung des Volkes zu hören. Die Bürger aber hießen den Vorschlag gut — ein Beweis ihres Vertrauens zu ihrem Präsidenten. Es ist sicher, das ein solcher Antrag nie durchgegangen wäre, wenn ihn jemand anders als der Präsident eingebracht hätte. Entsprechend der Volksstimmung wurde nun in der Sitzung des nächstjährigen Rates das Gesetz mit großer Mehrheit angenommen.

Bedeutung des Zweiten Volksrates.

In der englischen Presse haben Ausländer behauptet, und Minister Chamberlain hat diese Behauptung zu der seinigen gemacht, der Zweite Volksrat habe praktisch nichts zu bedeuten gehabt. Es sei deshalb hier konstatiert, daß, trotzdem die Gesetze und Beschlüsse des Zweiten Volksrats der Genehmigung des Ersten Volksrates unterworfen waren, die letztere Körperschaft nur ein einziges Mal einen Beschluß des Zweiten Volksrates verworfen hat, und das war im Streite um die „bewaarplaatsen“, als der Zweite Volksrat das Recht der Erzausbeutung (Minenrecht) eines Grundstückes ohne weiteres dem Pächter zugestehen wollte, der nur die Oberfläche desselben gepachtet hatte.

Beleidigung des Präsidenten.

Nicht vergessen darf man auch, daß dieses Gesetz (die Verfassungsänderung zu Gunsten der Ausländer) vom Präsidenten verteidigt und im Volksrat angenommen wurde, trotzdem kurz zuvor in Johannesburg sich eine den Präsidenten und die Bürger sehr beleidigende That abgespielt hatte. Krüger war nämlich nach Norvalspont am Oranjefluß gegangen, um da den Hohen Kommissar in Sachen der Swasieland-Frage zu treffen. Auf der Reise dahin verweilte er in Johannesburg, wo wie gewöhnlich eine

Deputation kam, um ihre Beschwerden vorzulegen. Krüger, der nicht allen Wünschen dieser Leute sofort Folge leisten konnte, wurde durch einen der Abgeordneten der Vorwurf ins Gesicht geschleudert, er behandle die neue Bevölkerung mit Verachtung. Zornig erwiderte Krüger darauf: „Nicht die neue Bevölkerung, aber Personen wie Sie verachte ich." Darauf fand abends vor dem Hause des Herrn van Brandis, wo der Präsident wohnte, ein Auflauf statt, die Fahne der Republik wurde herabgeholt und in Stücke gerissen. Daß diese That die alte Bevölkerung in den Harnisch jagte, ist leicht zu begreifen, aber Krüger beruhigte sie, indem er erklärte, daß die Bewohner von Johannesburg im allgemeinen als treue Staatsbürger zu betrachten seien, und daß der Skandal auf einen Haufen Aufrührer zurückzuführen sei.

Paul Krügers Humor.

Als der Präsident den Hohen Kommissar in Norvalspont traf, sprach dieser auch über den Auflauf in Johannesburg und da sagte Krüger zu ihm: „Ja, sehen Sie, Sir Henry, es geht mir mit diesen Leuten wie mit einem Pavian, den ich früher hatte, und der mich so lieb hatte, daß er nicht einmal ertragen konnte, wenn mich jemand anrührte. Aber eines Tags saßen wir um das Feuer, und dabei geriet unglücklicherweise der Schwanz des Tieres in das Feuer. Wütend warf es sich nun auf mich, indem es dachte, das ich die Ursache seiner Schmerzen sei. Genau so machen es die Johannesburger. Sie haben sich die Finger verbrannt an der Ueberspekulation, und nun wollen sie sich an Paul Krüger rächen".

Der „Ausländerhaß" Paul Krügers.

Eine neue Gelegenheit, dem Präsidenten Ausländerhaß vorzuwerfen, ergab sich bei Gelegenheit des Dingaanstages und der zehnjährigen Gedenkfeier der Unabhängigkeitserklärung von Paardekraal (1891), wo Krüger vor Tausenden von Menschen eine große Ansprache hielt, in der er darlegte, wie er im Lichte des Wortes Gottes die Geschichte seines Volkes betrachte. Dabei gebrauchte er die Anrede: „Volk des Herrn, Du altes Volk des Landes, Ihr Fremdlinge, Ihr Neuangekommenen, ja selbst Ihr Mörder und Diebe". Die Ausländer, die in dieser Zeit fortwährend darauf aus waren, Beschwerden gegen den Präsidenten und die Regierung zu ersinnen, waren wütend über diese Anrede und behaupteten, Krüger habe sie

Diebe und Mörder genannt, was natürlich eine grobe Unwahrheit war. Er hatte nur zu erkennen geben wollen, daß er jeden, selbst Mörder und Diebe, wenn solche in der Versammlung seien, anrufe, sich vor Gott zu demütigen und das Wunderbare in der Führung Gottes mit dem Volke der Republik anzuerkennen. Wenn in diesen Worten eine Beleidigung lag, dann galt sie ebenso sehr der alten wie der neuen Bevölkerung, wie jeder verständige Mensch, der sich einigermaßen in Krügers Gedankengang versetzen wollte, merken konnte.

Die erste Swasieland-konvention.

Die Swasieland-Frage, um derentwillen Krüger hier mit Sir Henry Robinson zusammenkam, hat der Republik viel Sorge gemacht. Swasieland, das von allen Seiten mit Ausnahme des Ostens von dem Gebiete der Südafrikanischen Republik begrenzt ist, gehörte früher zu der Republik, wurde aber durch die königliche Kommission im Jahre 1881 davon losgerissen. Nun hatten einige Bürger von dem Swasiekönig Umbandine gewisse Konzessionen erlangt; andere Personen, darunter viele Abenteurer, verlangten ähnliche Begünstigungen und verursachten Umbandine so viel Aerger, daß er die britische Regierung um einen Berater ersuchte. Wie leicht zu verstehen ist, beeilte sich die britische Regierung, diesem Ersuchen nachzukommen, um auf diese Weise Swasieland in die britische Einflußsphäre zu bringen. Offy Shepstone, der Sohn des Theophilus Shepstone, der im Jahre 1877 die Republik annektiert hatte, wurde von dem Hohen Kommissar zum Ratgeber Umbandines ernannt. Aber die Verwirrung in diesem Lande wurde immer größer, bis endlich eine Art Komitee aus Buren und Engländer gebildet und diesem die eigentliche Regierung des Landes übertragen wurde. Daß ein solcher Zustand nicht von Dauer sein konnte, spricht von selbst, und Sir Herkules Robinson scheint nicht im geringsten abgeneigt gewesen zu sein, der Republik das Recht zuzugestehen, Swasieland zu annektieren. Das paßte natürlich den Jingos und „Humanitätsfreunden" in England schlecht in den Kram, und so beschloß die englische Regierung, Sir Francis de Winton als besonderen Gesandten nach Swasieland abzuordnen, um die Sache zu untersuchen.

Verhandlungen. Eisenbahn- und Zollpolitik.

Namens der Südafrikanischen Republik hatte General Joubert eine Besprechung mit Sir Francis de Winton, worin er ihm darlegte, daß und warum die Transvaalsche Regierung Swasieland gern einverleiben würde. Nach Empfang des Berichtes von de Winton beschloß die englische Regierung, Sir Henry Loch, den neuen Gouverneur (seit 1889) der Kapkolonie und Hohen Kommissar, zu beauftragen, sich mit Präsident Krüger ins Benehmen zu setzen. Beide hatten dann eine Unterredung zu Blignautspont, wobei auch Rhodes zugegen war. In dieser Zusammenkunft setzte Präsident Krüger alles daran, die Zustimmung der Britischen Regierung zur Einverleibung sowohl des Swasielandes als auch des Sambaan- und Umbigesa-Landes zu erreichen, mit welchen Ländern die Republik bereits Uebereinkommen abgeschlossen hatte. Sir Henry Loch seinerseits setzte dagegen alles daran, von der Südafrikanischen Republik die Zustimmung zu einer Eisenbahn, die Natal nach Johannesburg bauen wollte, und zu einem allgemeinen südafrikanischen Zollverband zu erhalten. Von dem allgemeinen Zollverband wollte Krüger nichts wissen, nicht als ob er Gegner einer Verständigung auf diesem Gebiete gewesen wäre, sondern weil seine Vorbedingung immer war: zuerst einen eigenen Hafen und dann einen Zollverband. Was die Eisenbahn von Natal aus betraf, so erklärte sich der Präsident damit einverstanden; nicht aus diesem oder jenem prinzipiellen Grunde, sondern weil er Natal gern entgegenkommen wollte. Aber über diesen Bahnbau als Bedingung einer Verständigung in ganz anderen Fragen zu verhandeln, lehnte er ab, weil er gemäß eines in der Tariffrage früher mit Portugal abgeschlossenen Uebereinkommens erst mit der portugiesischen Regierung in Unterhandlungen treten müsse. Die portugiesische Regierung hatte sich nämlich zum Bau der Delagoabahn nur unter der Bedingung entschlossen, daß keine neue Linie nach Johannesburg gebaut werde, die kürzer sei als die Delagoabahn.

Englische Betrügereien.

Der Schluß der Unterhandlungen war der, daß der Hohe Kommissar mit dem Präsidenten verabredete, er werde ein Abkommen entwerfen und ihm das zusenden. Auch sprach er den

Wunsch aus, daß Dr. Leyds, der bei den Verhandlungen zugegen war, noch zurückbleibe und bei der Anfertigung dieses Entwurfes zugegen sein möge, um später imstande zu sein, dem Präsidenten alle Erläuterungen zu geben, die eventuell nötig sein würden. Dr. Leyds solle dann unterschreiben, daß er bei der Verfassung des Entwurfes zugegen gewesen sei. Damit ging die Konferenz auseinander.

Kurz darauf sandte Sir Loch dem Präsidenten den erwähnten Entwurf zu, der folgende Hauptpunkte enthielt:

Swasieland solle gemeinschaftlich regiert werden.

Die Republik solle eine Eisenbahn nach der Kosibay bauen dürfen, zu welchem Zwecke ein 3 Meilen breiter Streifen Landes bis zur Kosibay an die Republik abgetreten werden solle. Jedoch solle die britische Regierung das Protektorat über diesen Landstrich und über die Kosibay ausüben — ein Zusatz, welcher die Annahme des Angebotes für die Republik von vornherein unmöglich machte.

Außerdem sollte Transvaal ein kleines Stück Land, den sogenannten kleinen Freistaat, zwischen der Republik und Swasieland gelegen, annektieren dürfen.

Sir Loch behauptete, daß das das Abkommen wäre, welches er mit Präsident Krüger zu Blignautspont getroffen habe, und daß Dr. Leyds nach dem erwähnten Abbruch der Konferenz sich mit seinen Bedingungen einverstanden erklärt und sie als Beweis seiner Zustimmung unterzeichnet habe. Das bestritt der Präsident ebenso wie Dr. Leyds auf das allerentschiedenste und weigerte sich, diesem Entwurf seine Zustimmung zu geben. Loch drohte aber, wenn die vorgeschlagene Regelung nicht angenommen werde, so werde die englische Regierung von dem Rechte Gebrauch machen, das ihr nach der Londoner Konvention zustehe, und eine bewaffnete Macht nach Swasieland senden.

Kurz darauf kam Jan Hofmeyer im Auftrage seiner Regierung nach Pretoria, um zu vermitteln, und unter seiner Mitwirkung wurde die erste Swasieland-Konvention geschlossen. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß die Republik durch diese Konvention so gut wie nichts

erhielt, aber viel von ihren Rechten verlor, so z. B. das Recht, mit den Eingeborenenstämmen im Norden und Nordwesten Verträge zu schließen. Außerdem mußte sie sich verpflichten, der Eisenbahnverbindung mit Natal nicht länger Schwierigkeiten zu bereiten und — hier sehen wir wieder die Hand von Cecil Rhodes — der Chartered Company im Norden so viel als möglich behilflich zu sein. Gerade die letztere Bestimmung gab, wie wir später sehen werden, zu großen Schwierigkeiten Veranlassung.

Der Volksrat nahm den Vertrag zwar an, sprach aber offen sein Bedauern über den Mangel an Entgegenkommen aus, den die Republik bei England gefunden habe. Die durch diesen Vertrag geschaffene unglückliche Lage blieb bis zum Jahre 1893, wo die zweite Swasieland-Konvention geschlossen wurde.

Der Adendorfftrek.

In die zweite Präsidentschaft fielen zwei Ereignisse, welche viel Verstimmung gegen Krüger hervorriefen. Das erste war der Adendorfftrek, das zweite eine Konferenz in kirchlichen Dingen. Der Adendorfftrek hatte seinen Ursprung in einer Konzession, welche ein gewisser Adendorff gemeinschaftlich mit B. Forster jr. im Banjailand erworben hatte und Cecil Rhodes vergeblich zum Kaufe anbot. Rhodes erklärte die Konzession für ungültig, worauf ihre Besitzer beschlossen, nach dem Gebiet zu ziehen, das ihnen verliehen war. Sowohl der Hohe Kommissar als Cecil Rhodes widersetzten sich diesem Zuge aufs äußerste, weil sie daraus Gefahr für die Chartered Company fürchteten, und Präsident Krüger wurde mit Berufung auf die Swasielandkonvention ersucht, den Trekkern ihr Vorhaben zu verbieten. Sofort gab auch Krüger eine Erklärung ab, in der er sich gegen diesen Zug aussprach, und erließ eine Proklamation, worin er den Bürgern strengstens verbot, sich irgendwie mit dem Zuge einzulassen und jedem, der die Proklamation nicht befolge, die Strafe des Gesetzes wegen Ungehorsam androhte.

Die Vertragstreue gegenüber England kostet Krüger einen Teil seiner Popularität.

Dagegen protestierte ein Teil der Bürger öffentlich, und Krüger wußte sehr wohl, daß ihm die Proklamation einen Teil seiner Popularität kosten werde, aber als ehrlicher Mann war er verpflichtet, den Bestimmungen der Swasielandkonvention, so wenig

ihm diese auch zusagten, nachzukommen. Wie teuer ihm dieses Verhalten zu stehen kam, ergab sich aus der folgenden Präsidentenwahl. Denn wenn auch seine Gegner noch viele andere Beschwerden gegen ihn anführten, so war doch die Verhinderung des Adendorfftreks sicher einer der Hauptgründe dafür, daß viele Bürger ihm untreu wurden. Die Frage kam später auch im Volksrat zur Sprache, und in der Debatte, die sich darüber entwickelte, erklärten sich verschiedene einflußreiche Mitglieder, unter anderen Schalk Burger, der im letzten Kriege bei der Abreise des Präsidenten Krüger zum Stellvertretenden Präsidenten der Republik ernannt wurde, und der verstorbene General Joubert gegen diese Proklamation. Schließlich wurde sie aber doch vom Volksrat angenommen. Aus dem ganzen Zug wurde schließlich nichts, vor allem deshalb nichts, weil Krüger persönlich, wo er nur konnte, mit den Bürgern darüber sprach und ihnen riet, sich von der Bewegung fern zu halten.

In derselben Zeit, wo die Republik auf dem Gebiete der äußeren Politik diese Schwierigkeiten hatte, machten ihr auch Streitigkeiten auf kirchlichem Gebiete zu schaffen.

Kirchliche Streitigkeiten.

Nach dem Kriege von 1881 hatten die Bürger das Bedürfnis gefühlt, sich auf kirchlichem Gebiete enger an einander anzuschließen, und so war eine Vereinigung zwischen der „Hervormden" und der „Nederduitsch-Gereformeerden" Kirche zustande gekommen. Die dritte evangelische Kirchengemeinschaft, die „Christelyk-Gereformeerde"- oder sogenannte „Dopperkirche", zu der Präsident Krüger gehört, hatte Bedenken gehabt, der Vereinigung beizutreten, und war darum von den nun folgenden Streitigkeiten nicht direkt berührt. Sie hatte ihre Grundsätze und Einrichtungen nach der hl. Schrift aufgestellt und verlangte erst Widerlegung, dann wolle sie sich gerne anschließen; aber um „praktischer" Erwägungen willen allein könne sie nicht einer Vereinigung das Wort reden, außer man müsse ihre Grundsätze annehmen. Kurz nach der Vereinigung ergaben sich wieder Meinungsverschiedenheiten, und eine Anzahl Bürger, deren Führer Christian Joubert war, wollte nun nichts mehr von der Vereinigung wissen; sie beschlossen, die „Hervormde" Kirche beizubehalten. Später folgten ihnen noch einige

nach; deren Führer war A. D. W. Wolmarans (z. Zt. als Deputierter in Europa). Wie leicht zu begreifen ist, entstanden dadurch große Schwierigkeiten in der Frage des Besitzrechtes der kirchlichen Güter, denn die Glieder, welche sich trennten, machten Anspruch auf das Eigentum der Hervormden Kirche, während die Glieder, die der Vereinigung treu blieben, ebenfalls Anspruch darauf erhoben. Daß hierdurch große Uneinigkeit und viel Streit entstand, ist nicht zu verwundern.

Um nun diesen Streitigkeiten ein Ende zu machen, richtete Präsident Krüger ein Rundschreiben an die Prediger und Aeltesten der verschiedenen Parteien, worin er sie zu einer Konferenz einlud, welche versuchen sollte, die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Im August des Jahres 1891 fand diese Konferenz im Saale des Zweiten Volksrates unter Präsident Krügers Vorsitz statt. Alle Parteien waren hier vertreten. In seiner Eröffnungsrede bat Krüger, daß man ihn in dieser Konferenz nicht als Staatspräsidenten, sondern als Bruder und Mitchristen betrachten möge, dem es darum zu thun sei, den Streitigkeiten ein Ende zu machen. Zunächst versuchte er dann den Zwiespalt, der entstanden war, dadurch zu heilen, daß er die Vereinigung wieder herzustellen sich Mühe gab. Aber es ergab sich bald, daß diese Versuche keinen Erfolg versprachen, und nun schlug er vor, wenigstens zu einer Verständigung bezüglich der Eigentumsrechte an den Kirchengütern zu kommen. Aber auch in dieser Hinsicht waren seine Bemühungen vergebens, und die Konferenz ging auseinander, ohne etwas erreicht zu haben.

Der „Autokrat" Krüger.

Obwohl kein Zweifel bestehen kann, daß der Präsident diese Zusammenkunft in der besten Absicht veranstaltet hatte, wurde sie von seinen Feinden doch als Waffe gegen ihn gebraucht. Bei der nächsten Präsidentenwahl wurde ihm vorgeworfen, daß er als Autokrat sich um alles bekümmere — selbst um kirchliche Fragen.

Neuwahlen.

Im darauffolgenden Jahre mußte die Neuwahl zum Staatspräsidenten stattfinden. Man hatte diesmal drei Kandidaten: Krüger, Joubert und den Hauptrichter Kotzé, und es war der heftigste Wahlstreit, der jemals in der Republik geführt wurde.

Krüger wurde von der Gegenpartei vorgeworfen, daß er autokratisch sei, die Gelder des Landes verschleudere, alle Rechte und Vorteile durch Konzessionen weggäbe und den Holländern alle Staatsämter ausliefere. Auch gegen die Gegenseite wurden Beschuldigungen über Beschuldigungen erhoben. Es ist keine angenehme Empfindung, an jene Zeit zurück zu denken, denn die beiden ersten Männer der Republik wurden so schwer geschmäht, daß, wenn auch nur ein Zehntel der gegen sie erhobenen Beschuldigungen auf Wahrheit beruht hätte, keiner von beiden mehr würdig gewesen wäre, auch nur eine Stunde länger das Vertrauen des Volkes zu genießen.





XI. Hauptstück.

Paul Krüger zum dritten Male Staatspräsident.
(1893—1898).

Wahlprüfungen.

Das Ergebnis der Neuwahlen war: Präsident Krüger 7854, General Joubert 7009, Richter Kotzé 81 Stimmen. Die Partei Jouberts war mit dem Ergebnis der Wahl unzufrieden und legte gegen Krügers Wahl Protest ein. Als der Volksrat am 1. Mai wieder zusammentrat, mußte infolgedessen eine Wahlprüfungskommission eingesetzt werden, die aus drei Krüger- und drei Joubert-Männern bestand. Inzwischen sollte Krüger, dessen Amtszeit eigentlich am 5. Mai ablief, bis zu einer Beschlußfassung über den Wahlprotest im Amte bleiben. Die Mehrheit der Kommission war der Ansicht, daß die Wahl Krügers in unanfechtbarer Weise erfolgt sei, jedoch reichte auch die Minderheit der Kommission einen Bericht ein, in dem sie eine Neuwahl empfahl. Der Volksrat dagegen stimmte mit 18 gegen 3 Stimmen dem Antrag der Mehrheit zu, und so wurde Krüger am 12. Mai 1893 zum dritten Male als Staatspräsident vereidigt. Bei der Amtsübernahme hielt Krüger wiederum, und zwar diesmal vom Balkon des neuen Regierungsgebäudes aus, eine Ansprache an

das versammelte Volk, das auf dem Kirchplatz vor dem Gebäude in großer Menge versammelt war. Er mahnte die Bürger zur Einmütigkeit, hieß auch die Frauen im Lande willkommen und ermahnte dann noch besonders die Kinder, bei denen die Zukunft liege, ihrer Muttersprache*) treu zu bleiben. Die Einigkeit der Bürger war in diesem Jahre besonders nötig, denn das Land wurde schwer heimgesucht durch gewaltige Ueberschwemmungen. Die Flüsse stiegen so hoch, wie es seit Menschengedenken nicht vorgekommen war und richteten einen kolossalen Schaden an.

Die „Transvaal-National-Union“.

Ein Jahr vor den Neuwahlen, die Krüger zum dritten Male an die Spitze des Staatswesens stellte, hatte sich in Johannesburg eine Vereinigung gebildet, die in beklagenswerter Weise in die ferneren Geschicke Transvaals eingriff. Es war die sogenannte „Transvaal National Union“, die sich zur Aufgabe machte, die Bevölkerung von Johannesburg stetig in Gährung zu erhalten, Beschwerden gegen die Regierung zusammenzuklauben und für die Erreichung ihrer Ziele auf jede denkbare Weise zu agitieren. Scheinbar ereiferten sich die Herren für das Stimmrecht; daß ihre wirklichen Pläne auf anderem Gebiete lagen, wird sich später

---

Die Schulfrage.

*) Diese Ermahnung hatte ihren besonderen Grund in der im vorhergehenden Jahre durchgeführten Schulreform, die sich auf dem Prinzip der holländischen Unterrichtssprache aufbaute. Hier betonte der Präsident nachdrücklich, daß man die Sprache der Väter nicht vergessen dürfe, um nicht die Geschichte der Väter und den Glauben der Väter zu vergessen. Die nationale Sprache müsse der Träger des nationalen Gedankens sein und darum müsse der Jugendunterricht in der Sprache der Väter durchgeführt werden, damit die Kinder einerseits in geschichtlichem Zusammenhange blieben mit ihrem Volke und andererseits die Bibel der Väter im Mittelpunkte ihres Lebens stehe. „Christlich und national“ war darum seine Losung für den Unterricht. Auf einen solchen Unterricht, sagte Krüger, hätten die Kinder ein Recht und darum werde er alles thun, um für richtigen Unterricht zu sorgen. Er hat das 5 Jahre später in seiner Präsidentschaftsrede noch näher ausgeführt. (S. S. 266 und 267).

Gerade die beiden in diesen Reden berührten Gesichtspunkte hatte Präsident Bürgers in dem von ihm im Jahre 1874 entworfenen und durch seine Beredsamkeit auch im Volksrate zur Annahme gebrachten Schulgesetze

zeigen. Daß auch hier Rhodes seine Hand im Spiele hatte, haben die späteren Ereignisse bewiesen.

Englische „Uitlander" verweigern den Kriegsdienst.

Die erste Gelegenheit, die sich bot, enthüllte den aufrührerischen Geist dieser „Nationalen Union" deutlich und klar. Und das war bei Gelegenheit des Krieges gegen die Kaffern in den Blauwbergen. Die Republik hatte in jenen Tagen beständig Schwierigkeiten mit den Kaffernstämmen im Norden. Heute war es dieser, morgen jener, der sich herausfordernd gegen die Regierung benahm. Endlich trieb es einer von ihren Häuptlingen, Namens Malapoch, der in den Blauwbergen wohnte, so arg, daß die Regierung sich gezwungen sah, ein Kommando gegen ihn aufzubieten. Er war so weit gegangen in seiner Frechheit, daß er seine Untergebenen, die auf dem platten Lande rings um die Blauwberge wohnten, ermorden ließ, wenn sie die ihnen nach dem Gesetze obliegenden Steuern an die Regierung der Republik abführten.

General Joubert ließ nun zu einer Expedition gegen Malapoch aufrufen, unter anderen auch die jungen Männer der Stadt Pretoria. Unter diesen jungen Leuten befanden sich natürlich Unterthanen fremder Mächte, aber alle kamen mit der größten

---

außer acht gelassen. Er war darum „in Streit mit dem religiösen Bewußtsein der Nation" gekommen. Er hatte die religiöse Grundlage der Schule beseitigt. Darum blieb auch sein Gesetz, wo er nicht persönlich mit der Macht seiner Rede dafür eintreten konnte, ein toter Buchstabe. Und nach dem Freiheitskriege war es eine der ersten Sorgen der Regentschaft, deren Haupt Krüger als Vizepräsident war, ein den wesentlichen Bedürfnissen und Wünschen der Nation entsprechendes Schulgesetz zu bekommen. Den Mann, der die nötige wissenschaftliche Bildung besaß und die Ueberzeugung der Buren teilte, glaubte Krüger in Pfarrer du Toit gefunden zu haben und ernannte ihn zum Superintendenten des Unterrichtes. Das von ihm entworfene Schulgesetz wurde im Jahre 1882 vom Volksrate angenommen, aber so gut seine Grundlage war, so mangelhaft war die Ausführung. Du Toit war mehr Politiker als Schulmann, und im Jahre 1889 legte er das Amt nieder. Die Entwickelung der Goldfelder und der Strom der Einwanderer nahm damals die Kraft und die Aufmerksamkeit der Regierung so in Anspruch, daß sie ihre Fürsorge der Schule nicht widmen konnte, wie sie wollte. Und so blieb eine zeitlang der Posten eines Unterrichtsdirektors unbesetzt. Als

Bereitwilligkeit dem Rufe des Feldkornetts nach, mit Ausnahme der Engländer.

Diese hielten sich als „British Subjects“ (Britische Unterthanen) für viel zu vornehm, um für die verachteten Buren zu kämpfen. Englische Geistliche mischten sich auch in die Sache, hielten Ansprachen und reizten die Gemüter auf. Der Feldkornett war endlich gezwungen, gemäß des Kriegsgesetzes fünf der Widerspenstigen zu arretieren. Diese reichten sofort eine Beschwerde beim Höchsten Gerichtshof ein und verlangten, daß der Feldkornett angewiesen werde, sie in Ruhe zu lassen. Der Gerichtshof entschied aber, daß sie (nach dem Gesetze) gezwungen seien, Kriegsdienst zu thun, worauf die Herrchen unter einer Bürgereskorte nach dem Kommando gesandt wurden. Inzwischen war die sogenannte National-Union nicht unthätig geblieben und hatte allerlei herausfordernde Beschlüsse gegen die Regierung gefaßt. Man würde die Brutalität dieser Leute nicht begreifen, wenn sich nicht später gezeigt hätte, wer ihre Hintermänner waren. Die englische Regierung nahm sich auch offiziell um die Sache an und beauftragte Sir Henry Loch, sich nach Pretoria zu begeben, um diese Frage mit der Regierung der Republik zu be-

---

dann eine neue Kraft für diese Stelle gesucht wurde, wollte man wegen der Verteiltheit des Volkes in kirchliche Parteien keinen Pfarrer mehr wählen. Und so wandte man sich an Dr. Mansvelt, der Professor der modernen Sprachen in Stellenbosch war. Dieser lehnte zunächst ab, nahm aber auf wiederholte Aufforderung und nach persönlicher Unterredung mit dem Präsidenten Ende 1891 doch an. Nachdem er sich durch längere Inspektionsreisen von dem Zustande der Schulen im Lande überzeugt hatte, entwarf er zusammen mit einer vom Volksrate gewählten Schuldeputation ein neues Gesetz, über das eine Volksabstimmung gehalten wurde, wonach es der Volksrat einstimmig annahm.

In der Hauptsache waren die Grundzüge des Gesetzes von 1882 gewahrt geblieben, aber im einzelnen enthielt das neue Gesetz viele Verbesserungen und Fortschritte. Präsident Krüger hatte an allen Beratungen persönlichen Anteil genommen; die Sitzungen wurden sogar meistens in seinem Hause gehalten. Er hatte ursprünglich insonderheit gegen drei Punkte Bedenken gehabt. Von der Erhöhung der Staatszulagen befürchtete er ein Erschlaffen der privaten Initiative und ein die Gewissenhaftigkeit abschwächendes Uebertragen der Pflichten, die christlichen Eltern obliegen, an den Staat.

sprechen. Unterdessen hatte aber der Volksrat einen Beschluß gefaßt, wonach Personen, die noch nicht Bürger sein konnten, gegen Bezahlung einer gewissen gesetzlichen Geldsumme vom Kriegsdienst befreit bleiben sollten.

Verhöhnung des Präsidenten.

Kurz darnach kam Sir Henry Loch nach Pretoria. Bei seiner Ankunft veranstalteten die Engländer einen Auflauf, und sobald der Präsident mit dem Gouverneur im Wagen Platz genommen hatte, spannten die Jingos die Pferde aus und zogen den Wagen unter dem Absingen von ordinären englischen Spottliedern nach dem Transvaal-Hotel. Einer der Leithämmel sprang mit einer großen englischen Flagge auf den Bock. Vor dem Transvaal-Hotel angekommen, ließen sie den Wagen stehen und verlasen eine Adresse an Sir Henry Loch. Eine Anzahl transvaalischer Bürger, die inzwischen bemerkt hatten, was im Werke war, faßten nun den Wagen, in den der Präsident, der während der Verlesung ausgestiegen war, sich wieder setzte, und zogen ihn nach dem Regierungspalast. Daß dieser Vorgang einen sehr schlechten Eindruck auf die Bürger machte, und dem Haß gegen die Ausländer, insonderheit gegen die Engländer, neue Nahrung gab, braucht nicht gesagt zu werden.

Er hatte in seiner eigenen Kirche gesehen, wie die schweren Lasten, die ihr gegenüber der Staatskirche oblagen, die Opferwilligkeit gestärkt hatten. Aber er mußte schließlich zugeben, daß die Einsicht von der Notwendigkeit des möglichst besten Unterrichtes an die Kinder eines Volkes, das sich gegenüber einer rasch einströmenden europäischen Bevölkerung auf dem Erbe seiner Väter behaupten mußte, noch nicht allgemein genug sei, um nach seiner idealen Auffassung handeln zu können. Außerdem aber auch brauchte man Musterschulen und höhere Schulen zur Heranbildung von Beamten aus den Landeskindern, und dies erforderte finanzielle Opfer, die nicht von Privaten getragen werden konnten. So hat sich denn hier, wie auch später, der Präsident den Verhältnissen gefügt, obwohl er niemals seinen Grundsatz aufgegeben hat.

Bedenken hatte er auch gegen die allgemeine Forderung eines bestimmten Befähigungsnachweises unter den Lehrern, weil er glaubte, es sei undankbar gegen die alten Lehrer, die dem Staat und Volk ihre Dienste in schweren Zeiten fast umsonst erwiesen hatten und nun auf die Seite geworfen werden müßten. Hier wurde denn ein Kompromiß geschlossen, daß diese Klasse von Lehrern noch in den „Außen"- oder „Burenschulen" fortwirken könnten,

Der Volksrat, der damals gerade Sitzung hatte, nahm eine Interpellation an, worin die Regierung um Aufschluß ersucht wurde, warum keine Maßregeln getroffen gewesen wären, um einen für das Volk der Republik so beleidigenden Auftritt zu verhindern. Bald darnach war eine Masse von Bürgern in der Stadt, die gekommen waren, um einer Wiederholung der Beschimpfung vorzubeugen.

Inzwischen arbeitete die sogenannte „National Union" weiter. Sie lud Sir Henry Loch zu einem Besuch nach Johannesburg ein, da sie wohl wußte, daß in Johannesburg mehr Aussicht als in Pretoria bestand, einen Aufruhr ins Werk zu setzen, bei dem man auf eine Intervention von England rechnen konnte. Präsident Krüger, der einsah, daß ein Besuch des hohen Kommissars in Johannesburg nur zu Verwicklungen führen könne, riet ihm aufs dringendste von diesem Besuch ab und ging so weit, Sir Henry Loch privatim zu erklären, daß auf ihm die Verantwortlichkeit ruhen werde, wenn durch seinen Besuch in Johannesburg irgend welche Verwicklungen entstünden. Dieser sah infolgedessen von dem vorgenommenen Besuch in Johannesburg ab, und auch im übrigen war sein Verhalten in der Oeffentlichkeit

wenn sie wenigstens bescheidenen Ansprüchen genügten. Der dritte Punkt, gegen den Präsident Krüger zunächst Einwände erhob, war die Unterstützung von höheren Mädchenschulen. Er fürchtete davon eine Umwälzung und Auflösung des Volkslebens, nach dessen ganzer Auffassung die Frau ins Haus gehöre. Aber im Vertrauen auf seine Berater gab er doch nach und später war er es sogar, der gegenüber den sogenannten Fortschrittlern die Aufnahme von talentvollen Mädchen in das Staatsgymnasium empfahl. Er selbst hat auch im Jahre 1894 die Staatsmädchenschule in Pretoria in eigener Person mit Gebet und Ansprache eröffnet, und mit ihm war zugleich das Volk für diese Reformen gewonnen.

Entschlossen, den Unterricht möglichst allgemein zu machen, war er sofort bereit, dem Antrag zuzustimmen, daß in den Gegenden mit gemischtsprachiger Bevölkerung unter gewissen Bedingungen auch diejenigen Schulen Staatszuschuß erhalten sollten, in denen nicht das Holländische Unterrichtssprache sei. Ein eigenes Gesetz wurde zu diesem Zwecke am 1. Juni 1892 erlassen, und unter seinem Schutze entwickelten sich einzelne englische Schulen und die blühende deutsche Schule in Johannesburg. Und als der Präsident sah, daß die englische Bevölkerung von der gewährten Begünstigung zu

durchaus korrekt. Aber was that er im Geheimen? Als die National-Union sah, daß der vorgenommene Besuch in Johannesburg nicht zur Ausführung kam, sandte sie einige ihrer Mitglieder, darunter Tudhope und Leonard, mit einer Adresse an Sir Henry Loch nach Pretoria. Daß der Inhalt dieser Adresse brutal und beleidigend war, sowohl für die Regierung als für den Volksrat, darüber wird sich niemand verwundern, wenn er die Quelle kennt, aus der sie stammte. Oeffentlich riet Sir Henry Loch der Deputation an, ihre Beschwerden in Ruhe vor den Volksrat zu bringen, im Geheimen aber fragte er sie, wie viel Gewehre und Patronen man in Johannesburg habe, und wie lange man der Regierung Widerstand leisten könne, bis er imstande sei, mit englischen Truppen von außen her zu Hilfe zu kommen.

Wie echt englisch ist diese Handlungsweise eines hohen englischen Beamten! Man kann sagen, daß Sir Henry's Verhalten

---

wenig Gebrauch machte und die politischen Gegner eine Schulkommission und einen Schulfond von Mk. 2 000 000 errichteten zur Unterhaltung von Schulen, die im antinationalen Geiste geleitet wurden, gab er im Jahre 1896 trotz seiner prinzipiellen Abneigung gegen Staatsschulen seine Zustimmung zur Errichtung von Ausländerschulen auf Staatskosten, in welcher sämtliche Bewohner der Goldfelder gegen ein sehr geringes Schulgeld oder auch umsonst ihre Kinder schicken konnten. Diese Schulen hatten nur die Pflicht, auch für die Erlernung der Landessprache Gelegenheit zu geben, und nach Verlauf von zwei Jahren bestanden bereits 12 solcher Schulen mit 49 Lehrern und 1499 Kindern, von denen jedes den Staat im Jahre Mk. 240 kostete. Auf diese Weise genossen die Engländer einen Vorzug vor der ganzen Bevölkerung. Daß sich im übrigen der Präsident von dem Grundsatz, die holländische Sprache als einheitliche Unterrichtssprache durchzuführen, nicht abbringen ließ, beweist nur, daß er früher als andere erkannte, wie notwendig die Erhaltung der Volkssprache für die selbständige Entwicklung und Konsolidierung einer Nation, zumal einer Nation wie der der Buren ist, welche sich inmitten einer übergewaltigen fremden Bevölkerung behaupten muß.

Das Volksschulwesen machte in der Zeit von 8 Jahren solche Fortschritte, daß es auf der Weltausstellung in Paris von der dazu eingesetzten internationalen Kommission 2 große Preise bekam — eine Auszeichnung, die um so verdienter war, wenn man bedenkt, mit welchen Schwierigkeiten: zerstreute Bevölkerung, Kaffernkriege, Arbeitermangel, lang dauernde Trockenheit, Rinderpest u. s. w. die Schulen zu kämpfen hatten. D. H.

charakteristisch ist für die ganze englische Politik in Südafrika. Lügen, Betrug, Intriguen und geheime Aufreizungen gegen die Regierung der Republik: das waren allzeit die Kennzeichen der englischen Politik, die schließlich in dem gegenwärtigen grausamen Kriege geendigt hat. Daß die Johannesburger damals die Ermunterung zu einem Aufstand, die in der Frage Sir Henry Loch's lag, nicht benutzten, ist bloß der Thatsache zu danken, daß es an Gewehren und Munition fehlte. Aber es ist leicht zu begreifen, von welchem Einfluß dieser Rat auf die Ereignisse sein mußte, die kurz darnach eintraten.

Um das Wesen und die Wirksamkeit der „National Union" zusammenhängend darstellen zu können, mußten wir der Zeit vorauseilen. Unterdessen hatten sich in der äußeren Politik Ereignisse abgespielt, die von größter Wichtigkeit waren. Es war nämlich im Jahre 1893 die zweite Swasielandkonvention geschlossen worden. Es hatte in dieser Angelegenheit zunächst eine Konferenz in Colesberg zwischen dem Hohen Kommissar und dem Präsidenten stattgefunden, die ohne Resultat war, an die sich aber eine zweite Konferenz in Pretoria anschloß. Hierhin kam Sir Henry Loch mit seiner Gemahlin, zwei Töchtern und einem zahlreichen Stab und wurde in glänzender Weise empfangen. Bei den Festen, die zur Ehre von Sir Henry gegeben wurden, hätte ein Uneingeweihter denken können, es fände der feierliche Empfang eines treuen Freundes und Bundesgenossen der Republik statt. Die Uebereinkunft, die schließlich zu stande kam, war nicht von der Art, daß man sie mit Freude hätte begrüßen können, aber es war nicht mehr zu erreichen. Die Hauptpunkte waren: Die Republik erhält das Recht, mit der Swasiekönigin einen Vertrag zu schließen, durch welchen die Schutzherrschaft und das Verwaltungsrecht auf die Republik übergeht, während die inneren Angelegenheiten der Swasiekönigin und ihrem Rat überlassen bleiben, sodaß Swasieland nicht als Teil der Republik betrachtet werden kann. Alle männlichen weißen Bewohner des Landes sollen volle Bürgerrechte der transvaalischen Republik bekommen, wenn sie innerhalb 6 Monaten darum nachsuchen.

Zweite Swasielandkonvention.

Der holländischen und englischen Sprache sollen gleiche Rechte vor den Gerichtshöfen eingeräumt werden. Die Südafrikanische Republik bestätigt die in der ersten Swasielandkonvention bereits abgegebene Verzichtleistung auf ihre Ansprüche auf einige Landstrecken im Norden und Nordwesten des Landes.

Diese Uebereinkunft konnte aber bloß Gültigkeit erlangen, wenn die Swasiekönigin mit ihrem Rat ihre Zustimmung dazu gab. Es erhob sich nun unter den Swasies starker Widerspruch gegen die Uebernahme ihres Landes, wie sie gemäß dieser Konvention hätte stattfinden sollen. Der Widerspruch wurde hervorgerufen und gestärkt durch allerlei englische Jingos und Abenteurer, darunter vor allem von einem gewissen Hulett aus Natal. Dieser brachte es bald so weit, daß die Swasies eine Deputation nach England sandten, um gegen die Uebernahme ihres Landes von Seiten der Republik zu protestieren. Die Deputation erreichte jedoch nichts. Da aber im Swasielande nun Streitigkeiten und Fehden entstanden, in die energisch einzugreifen die Südafrikanische Republik nach den geltenden Bestimmungen keine Möglichkeit hatte, und so ein unhaltbarer Zustand hervorgerufen wurde, so kam es bald darauf zu einer neuen Zusammenkunft zwischen Sir Henry Loch und dem Präsidenten in Volksrust (1894), wo eine neue (dritte) Konvention abgeschlossen wurde, durch welche die Republik das Recht erhielt, Swasieland in Besitz zu nehmen, ohne es jedoch zu einem integrierenden Teile ihres Landes machen zu dürfen. Abgesehen von dieser Beschränkung war nun Swasieland so gut wie ein Teil der Republik. Im Jahre 1895 wurde diese Konvention vom Volksrat in einer außergewöhnlichen Sitzung genehmigt, und damit war auch diese lästige Sache erledigt.

Widerrechtliche Annexion von Samboan- und Umbigesa-Land durch England.

Kaum glaubte man ausruhen zu können von den Streitigkeiten um die Gebiete der Eingeborenen, da annektierte plötzlich England Samboan- und Umbigesa-Land. Mit beiden Ländern hatte die Republik schon lange Freundschaftsverträge, und auch bei den Unterhandlungen über Swasieland war man sich stets darüber einig, daß die Republik später, sobald die Swasieland-

frage geregelt sei, ihre Ansprüche auf beide Länder geltend machen und über ihre Annexion mit England verhandeln werde. Als jedoch die Swasielandkonvention im Jahre 1895 vom Volksrat genehmigt war, annektierte England plötzlich das fragliche Gebiet, obwohl es darauf so wenig Anspruch hatte als auf den Mond. Der Grund für dieses Vorgehen kann nur der gewesen sein, die Republik zu reizen und zu kränken, denn man schnitt hiermit Transvaal den letzten Weg zur See ab — einen Weg, dessen England nicht bedurfte. Daß die Regierung der Republik gegen die Annexion protestierte, spricht von selbst, aber England kehrte sich nicht daran.

Ein Lieblingswunsch des Präsidenten erfüllt.

Im Jahre 1895 ging endlich ein Lieblingswunsch des Präsidenten in Erfüllung. Die Eisenbahn nach der Delagoabai wurde in Pretoria festlich eröffnet. Nach vielen Schwierigkeiten war der Bau, dank dem Eifer der Niederländisch-Südafrikanischen Eisenbahngesellschaft, endlich vollendet. Zu ihrer Einweihung hatten alle in Südafrika vergegenwärtigten Regierungen ihre Vertreter geschickt, und der Volksrat stellte 20000 Pfd. Sterling zur Verfügung, damit die Bürger, die von dieser Vergünstigung Gebrauch machen wollten, umsonst nach der Delagoabai reisen und das ganze Werk in Augenschein nehmen konnten. Tausende lernten dadurch das Unternehmen kennen und würdigen. Diese Eisenbahn brachte eine Veränderung in die ganzen inneren Verhältnisse Transvaals. Bis dahin hatte die Kapbahn sozusagen ein Monopol besessen für den Verkehr nach Johannesburg. Das konnte nun nicht mehr so bleiben. Um eine friedliche Konkurrenz zu ermöglichen und sich einen entsprechenden Anteil an den Erträgnissen des Verkehrs nach ihrer größten Stadt zu sichern, schlug die Regierung der Republik vor, daß die Erträgnisse des gesamten Fracht- und Personen-Verkehrs nach Johannesburg zu gleichen Teilen zwischen den Staaten verteilt werden, deren Bahnlinien nach Johannesburg führten. Das waren denn die Kapkolonie, Natal und Transvaal. Cecil Rhodes (damals zum zweiten Male Premierminister der Kapkolonie) mit seinen Beratern dachte sich aber die Sache anders. Es wurden für die Kapkolonie 50 % verlangt, während

sich in die anderen 50 % Natal und Transvaal teilen sollten. Davon wollte nun wieder die Regierung der Republik nichts wissen, und so entstand ein Tarifkrieg.

Tarifkrieg mit der Kapkolonie.

Die Kapregierung setzte den Tarif bis nach Vereeniging (Grenzstation zwischen Freistaat und Transvaal; die Eisenbahnen des Freistaates unterstanden damals noch der Kapregierung) herab. Die Südafrikanische Eisenbahngesellschaft dagegen erhöhte ihren Tarif auf der ihr gehörigen Strecke der Kapbahn von Vereeniging bis Johannesburg, um so die Preisherabsetzung auf dem anderen Teile dieser Strecke wieder auszugleichen. Die Kapregierung ersann nun einen neuen Plan. Um ihre Güter nicht über die verteuerte Strecke führen zu müssen, ließ sie sie an der Viljoensfurt abladen und von da auf Ochsenwagen nach dem nahen Johannesburg verbringen. Nun befand sich aber in dem Zollgesetz der Republik ein Passus, wonach der Präsident bestimmte Stellen an den Grenzen zu „Einfuhrhäfen" erklären konnte; an anderen als den von ihm bezeichneten Orten war die Einfuhr verboten. Als nun die Kapregierung die Güter auf Ochsenwagen transportieren ließ, beschloß die Regierung der Republik (sie hatte die gleichen Interessen, wie die N. Z. A. S. M., weil sie für die Rentabilität der Bahn garantieren mußte), die bestehenden „Einfuhrhäfen" (eigentlich „Furten" oder „Driften") für überseeische Güter zu schließen. Nur gegen überseeische Güter wandte sich die Regierungsproklamation, um so den Binnenhandel des Oranjefreistaates und der Kapkolonie nicht zu benachteiligen.

Ein Verrat am Volkstum der Afrikaner.

Wie halfen sich Rhodes und seine Regierung nun? Sie behaupteten, die Londoner Konvention sei verletzt. In dieser Konvention befand sich nämlich eine Bestimmung, wonach die Einfuhr eines Artikels, der aus irgend einem Teil des britischen Reiches stammte, nicht verboten werden könne, wenn nicht auch zugleich die Einfuhr desselben Artikels aus allen anderen Ländern verboten werde. Die Republik hatte also die Konvention verletzt, weil sie der Kapkolonie, einer britischen Besitzung, und dem Oranjefreistaat, dem Bruderstaate, eine Vergünstigung vor den überseeischen Ländern gewährt hatte. Sie mußte nun entweder die ganze Bestimmung aufheben oder zu der gehässigen Maßregel

übergehen, die ganze Einfuhr zu verbieten. Rhodes reichte seine Klage bei der britischen Regierung ein. Kurz zuvor hatten in England allgemeine Wahlen stattgefunden, und es war dadurch die Regierung ans Ruder gekommen, die zur Zeit des gegenwärtigen Krieges noch da war. Chamberlain war darin, und er war natürlich sofort bereit, der Republik ein Ultimatum zu senden, stellte jedoch die Bedingung, daß die Kapkolonie, wenn aus dem Ultimatum ein Krieg erwüchse, die Hälfte der Kosten tragen, eine Hilfstruppe bewilligen und ihre Eisenbahn zur freien Verfügung stellen müßte. Zur Schande der Afrikaner, die im Ministerium Sitz hatten, muß gesagt sein, daß sie diesem Vorschlag sofort zustimmten. Die Republik bekam ihr Ultimatum, und nun mußte sie natürlich nachgeben und sich verpflichten, die Furten nicht mehr zu schließen.

Der Jameson-Raubzug.

Das einschneidenste Ereignis unter der dritten Präsidentschaft war der Jameson-Raubzug, — ein Unternehmen, dessen Verantwortung nicht auf Jameson ruht. Chamberlain hat wohl zur Zeit des Einfalles behauptet, daß er von dem ganzen Komplotte nichts gewußt habe. Später aber ergab sich, daß die britische Regierung, oder zum mindesten der Kolonialminister Chamberlain vollständig unterrichtet war von den Plänen und Intriguen Cecil Rhodes', die in dem schändlichen Jameson-Einfall sich auswirkten. Rhodes hatte schon lange den Plan, sich in einer oder der anderen Weise der Republik zu bemächtigen; sein Geld, seinen Einfluß und seine Stellung als erster Minister der Kapkolonie machte er diesem Ziele dienstbar. Die „Nationale Union“, von der wir bereits gesprochen haben, wurde von ihm gebraucht, um die Gemüter in Johannesburg stetig in Gährung zu halten, und schließlich wurde sie sein Werkzeug bei dem Komplott gegen die Existenz des Staates. Durch seine Vermittlung wurden insgeheim Waffen und Munition nach Johannesburg eingeschmuggelt und in den Simmer- und Jack-Minen, deren größter Teilhaber er war, geborgen. Rhodes wußte wohl, daß Johannesburg allein nicht im stande war, eine Umwälzung mit Aussicht auf Erfolg zu beginnen. Er mußte darum einen geeigneten Platz an den

Grenzen der Republik zu bekommen suchen, wo er eine Truppenmacht zur Unterstützung einer Empörung versammeln konnte. Zu dem Zwecke knüpfte er mit der britischen Regierung durch Vermittlung seines Faktotums Dr. Rutherford Harris und der Journalistin Miß Flora Shaw Unterhandlungen an, um das Gebiet der Chartered Company so auszubreiten, daß die gewünschten strategischen Punkte noch da hinein fielen, und aus den Telegrammen, die während der Unterhandlungen mit der britischen Regierung zwischen diesen Personen gewechselt wurden, ergibt sich, daß Minister Chamberlain mit der ganzen Sache bekannt war.

Chamberlains Anteil.

Eines der Telegramme von Flora Shaw an Rhodes endigte mit den Worten: „Chamberlain rein im Falle der Intervention europäischer Mächte, aber ich habe besondere Gründe zu glauben, daß er wünscht, daß Sie es sofort thun sollen." (Chamberlain sound in case of interference European powers, but have special reasons to believe wishes you must do it immediately.) Dazu nehme man noch folgende Telegramme von Rhodes an Miß Shaw: „Teilen Sie Chamberlain mit, daß ich gut durchkommen werde, wenn er mich unterstützt, aber er muß keine Kabel senden, wie er sie an den Hohen Kommissar in Südafrika gesandt hat. Heute ist die Krisis, ich werde gewinnen, und Südafrika wird England gehören." (Inform Chamberlain that I shall get through allright, if he supports me, but he must not send cables like he sent to the High Commissioner in S. Africa. Today the crux is I shall win and South-Afrika will belong to England) und: „Wenn Sie nicht sorgen können, daß Chamberlain den Hohen Kommissar beauftragt, sofort nach Johannesburg zu gehen, so ist die ganze Sache verloren. Der Hohe Kommissar würde eine ausgezeichnete Aufnahme finden und den Dingen noch eine Wendung zu Gunsten Englands geben können, aber er muß sofort per Kabel beauftragt werden, und die Instruktionen müssen sehr deutlich sein, da er schwach ist und keine Verantwortung auf sich nehmen will." (Unless you can make Chamberlain instruct the High Commissioner to proceed at ance to Johannesburg, the whole position is lost.

High Commissioner would receive splendid reception and still turn position to Englands advantage, but must be instructed by cable immediately. The instructions must be specific, as he is weak and will take no responsibility.) Außerdem muß man wohl beachten, daß der vom englischen Parlamente ernannten „Untersuchungskommission für Britisch-Südafrika" nur ein Teil der Telegramme von der englischen Regierung vorgelegt und wahrscheinlich die kompromittierendsten zurückgehalten wurden. Warum thut man so etwas, wenn man doch eine Untersuchung anstellt, um die Wahrheit herauszufinden? Soll man nicht daraus entnehmen dürfen, daß Chamberlain ebenso schuldig war wie Rhodes? Daß aber auch aus den erwähnten publizierten Telegrammen bereits deutlich genug die Beteiligung Chamberlains an dem Komplott zu ersehen ist, wird wohl niemand im Ernste leugnen können.

Der Anteil der Johannesburger Reformer.

Kaum war Rhodes sicher, daß er den gewünschten Landstrich von der britischen Regierung erhalte, so begann er auch sofort Maßregeln zu ergreifen, um hier die „Südafrikanischen Polizeitruppen" zu sammeln und mit Pferden und Kriegsmaterial auszurüsten, um zu einem Einfall in die Republik fertig zu sein, sobald die Dinge in Johannesburg zum Eingreifen reif seien. Unterdessen hatte er sich auch mit den Führern der „Nationalen Union" in Verbindung gesetzt und seinen Bruder Colonel Rhodes nach Johannesburg gesandt, um dort mit ihm vereint zu arbeiten und ihn zu vertreten. Colonel Rhodes hatte von ihm unbeschränkte Vollmacht, so viel Geld auszugeben, als er für nötig erachte. Lionel Philips, einer der Verschwörer, war nach Kapstadt gereist, wahrscheinlich um dort das Nähere mit Rhodes selbst zu besprechen. Von da kam er plötzlich wieder zurück unter dem Vorwande, das neue Gebäude der „Kammer für Minenwesen" als ihr Vorsitzender eröffnen zu müssen. Das Gebäude war noch garnicht einmal fertig, aber die Eröffnung war auch bloß ein Vorwand, um Philips im geeigneten Momente Gelegenheit zu geben, eine politische Ansprache zu halten. Gegen Ende November war es, wo diese Eröffnung stattfand und Philips eine

Rede voll heftiger Angriffe gegen die Republik hielt. Bereits früher waren ein paar Mitglieder der „Nationalen Union“ in Kapstadt gewesen, um dort die Ausführung des Planes mit Cecil Rhodes zu beraten. Der Absprache gemäß kam daraufhin Ende November Dr. Jameson nach Johannesburg, um die nötigen Maßregeln gemeinschaftlich mit den Leitern der Union zu treffen. Bei dieser Gelegenheit ließ er sich von ihnen einen Brief geben, in dem seine Hilfe erbeten wurde, und den er jederzeit als Vorwand zu einem Einfall gebrauchen konnte. Der Brief enthielt die Mitteilung, daß über kurz ein Zusammenstoß zwischen den Ausländern und der Regierung bevorstehe und dabei den Frauen und Kindern und dem Privateigentum in Johannesburg das Schlimmste bevorstünde. Dieser Brief, unterzeichnet von Charles Leonhard, Colonel F. Rhodes, Lionel Philips, J. Hays, Hammond und Farrar, trug kein Datum, sodaß Jameson in der Lage war, sich auf ihn zu berufen. Inzwischen wurden die Bewohner von Johannesburg auf jede nur mögliche Weise von der Rhodes-Presse und der Union aufgestachelt, welche einen Ausbruch der Leidenschaften künstlich vorbereiteten. Ende Dezember 1895 erließ Leonard als Vorsitzender der „Nationalen Union“ ein langes Manifest, worin eine Reihe von Beschuldigungen gegen die Regierung erhoben wurde. Alles was dazu dienen konnte, die Gemüter aufzuregen, wurde hier herbeigezogen. Natürlich war die Stimmrechtsfrage einer der hauptsächlichsten Beschwerdepunkte, und doch hatte Lionel Philips, ebenfalls ein Vorstandsmitglied der Union, nicht lange vorher an seinen Teilhaber in London, einen deutschen Kapitalisten Namens Beit, der auch mit Rhodes in enger Beziehung stand, geschrieben: „Wir geben keinen blauen Deut um das Stimmrecht.“ (That we do not care a fig for the franchise).

Die Schildkröte.

Gerade als die Gährung in Johannesburg ihren Höhepunkt erreicht hatte, kam Präsident Krüger von seiner gewöhnlichen jährlichen Rundreise durch die Distrikte nach Pretoria zurück, und hier war es, wo er bei der Gelegenheit der Ueberreichung einer Adresse durch die Bürger gegenüber ihrem Drängen auf Be-

strafung der aufrührerischen Elemente die Worte gebrauchte „Man muß der Schildkröte erst Zeit geben, ihren Kopf herauszustrecken, ehe man sie fassen kann.“ Aus diesen Worten wollte man den Beweis herleiten, daß Krüger von der Vorbereitung des Jameson-Einfalles gewußt und mit der Schildkröte Jameson bezeichnet habe. Diese Behauptung ist aber völlig unbegründet. Weder Krüger noch sonst jemand von den transvaalischen Behörden hätte damals eine solche That für möglich gehalten, noch viel weniger wurde sie erwartet. Wohl wurden Pferde, Lebensmittel und Futter von englischer Seite selbst in der Republik aufgekauft, aber die Engländer behaupteten, daß die Ansammlung der Polizeitruppen an der Westgrenze der Südafrikanischen Republik für eine Expedition gegen die Kaffern, insonderheit gegen den Häuptling Linchwe, bestimmt sei. Und die Bürger hatten infolge dessen so wenig Argwohn, daß sie selbst beim Einkauf des Kriegsbedarfs und bei der Verbringung der Güter nach all den Punkten, welche später Wegestationen für Jamesons Zug von Kimberley bis fast nach Krügersdorp bildeten, mit thätig waren. Ja, der Präsident hatte sogar vorher dem britischen Hohen Kommissar Sir Herkules Robinson die Unterstützung der Republik zum Schutze der Frauen und Kinder gegen die Matabeles, mit denen die Engländer Schwierigkeiten hatten, angeboten, aber unter Bezeugung des Dankes für sein Anerbieten die Antwort erhalten, daß die Hilfe einstweilen noch nicht nötig sei. Hätte der Präsident etwas von Jamesons Plan geahnt, so hätte er ihn wahrhaftig nicht so tief in die Republik eindringen lassen. Aber so war in den Tagen, da die Truppen für den Jameson-Einfall zusammengezogen wurden, der Oberbefehlshaber der burischen Streitkräfte, General Joubert, nicht einmal in Pretoria, sondern im Distrikte Wakkerstroom auf seiner Farm und kam erst ein paar Tage vor dem Einfall nach Pretoria zurück.

Was der Präsident mit der Schildkröte meinte, bezog sich auf die National-Union, die beständig auf die Regierung schalt und drohte, Gewalt zu gebrauchen, um Abstellung ihrer Beschwerden zu erreichen. Er wollte damit sagen, man solle die Bewegung

ruhig weiter gehen lassen, bis sie ihren wahren Charakter unverhüllt zeigte und sich so unzweifelhaft schuldig gemacht habe, daß die Regierung die vornehmsten Mitglieder, also die eigentlichen Aufrührer, wegen Hochverrat strafen könne. Bei einem früheren Eingreifen könnten diese Leute immerhin noch den Versuch machen, ihre Schuld zu leugnen, und sie wären dann vielleicht nicht vor aller Augen zu überführen.

Der Zustand in Johannesburg war gegen Ende Dezember 1895 der Art, daß Tausende die Stadt verließen und sich nach den Küstenstädten flüchteten, während die „Nationale Union", die sich von nun an „Reform-Komitee" nannte, „Schutzkorps" errichtete und sie mit Waffen und Munition versah. Um einen Zusammenstoß zu vermeiden und Blutvergießen zu verhindern, faßte die Regierung den Entschluß, ihre Polizei einzuziehen. Sie betrachtete diesen Aufstand nicht als ernst,*) denn da er nicht vom Volke ausging, sondern durch Intriganten von oben künstlich gemacht wurde, so wäre das Ganze nur eine Farce gewesen, wenn die Folgen nicht so ernst gewesen wären. Der einzige unter den sogenannten „Reformern", der wußte, was er zu thun hatte, war Colonel Rhodes. Alle anderen waren Theater-Revolutionäre. Verschiedene Deputationen, die der Präsident aus Johannesburg empfing, zeigten deutlich, daß ein großer Teil der Bewohner nichts mit dem Aufruhr zu thun haben wollte. Einer dieser Deputationen versprach er, den Ausländern in Bezug auf bestimmte Beschwerden entgegenzukommen und die Verleihung des Stimmrechtes an alle zu beantragen, die sich in der gegenwärtigen Zeit offen als Freunde der Republik erwiesen. Auch erließ er eine Proklamation, in welcher er erklärte, er wisse wohl, daß die Aufrührer nur einen kleinen Teil der Bevölkerung von Johannesburg ausmachten, und

*) Man erzählt (J. F. von Oordt hat diese Erzählung aufgenommen) der Präsident habe sein Pferd gesattelt im Stall und sein Gewehr geladen neben seinem Bett stehen gehabt während der Zeit des Jameson-Einfalles. Daran ist nichts Wahres, ausgenommen daß einige Freunde ihm zurieten, Pretoria zu verlassen wegen der Gefahr eines Angriffes und er darauf antwortete: „Wenn es so weit kommen sollte, nehme ich mein Pferd und Gewehr und gehe zu meinem Kommando." D. H.

er habe zu den ordnungsliebenden Bewohnern das Vertrauen, daß sie die Bemühungen der Regierung zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Gesetz unterstützen würden.

Jamesons Auszug.

Diese Ermahnung zur Ruhe wurde am 30. Dezember erlassen. An demselben Tage aber erhielt bereits General Joubert von dem Minenkommissar Marais in Ottoshoop ein Telegramm, daß an diesem Morgen um 5 Uhr 30 ein Kommando von 800 Mann Chartered-Company-Truppen mit Maxims und Kanonen in der Richtung auf Johannesburg vorbeigezogen sei, und daß der Telegraph zwischen Malmanie, Zeerust und Johannesburg zerschnitten sei. General Joubert sandte sofort Telegramme an die Kommandanten der verschiedenen Distrikte, an erster Stelle an die von Rustenburg, Krügersdorp und Potchefstroom, worin er ihnen von dem Vorfall Kenntnis gab und sie beauftragte, sofort ihre Bürger zusammenzurufen und sich den Eindringlingen entgegen zu werfen. Inzwischen hatte die Regierung in Johannesburg eine Kommission ernannt, um dort die Ordnung aufrecht zu erhalten. Ihr ist es zu danken, daß es nicht zum Blutvergießen kam. Die „Reformer" beschlossen nun, eine Deputation nach Pretoria zu senden, um dort mit der Regierung zu verhandeln. Sie wurde im Namen der Regierung von General Kock und den Richtern Ameshoff und Kotzé empfangen und stellte die Forderung, es sollte Jameson erlaubt werden, in Johannesburg einzuziehen, in welchem Falle sie die Verantwortung dafür übernehmen wolle, daß er friedlich Johannesburg wieder verlassen und über die Grenze zurückgehen werde. Unterdessen hatte aber die Regierung das Angebot des Hohen Kommissars Sir Henry Robinsons (dieser war seit Ende 1895 wieder an Stelle Sir Loch's getreten), nach Pretoria zu kommen, um eine friedliche Lösung des Konfliktes zu ermöglichen, angenommen. Die Deputation erhielt darum die Antwort, daß vor der Ankunft des Hohen Kommissars die Regierung keine Schritte thun werde, wenn sich die Stadt ruhig verhielte.

Die Uebergabe.

Jameson war inzwischen in größter Eile in der Richtung auf Johannesburg vorgerückt. Der Hohe Kommissar hatte hauptsächlich auf Drängen von Jan Hofmeyer, dem Führer des

Afrikanerbundes, eine Proklamation erlassen, worin Jameson und allen seinen Begleitern befohlen wurde, sich über die Grenze zurückzuziehen. (Kurz nach dieser Proklamation erfolgte der Rücktritt Cecil Rhodes als Minister der Kapkolonie.) Diese Proklamation nebst einem Briefe des britischen Geschäftsträgers in Pretoria, Jacobus de Wet, wurde Jameson überbracht durch einen Bürger von Transvaal Namens Ben Bouwer. Jameson störte sich daran aber absolut nicht, er nahm sogar Leutnant Eloff von der Krügersdorper Polizei, der ihm entgegenritt, um ihm den Rückzug zu befehlen, gefangen. Erst auf den Bergen bei Krügersdorp stieß Jameson auf transvaalische Truppen unter den Kommandanten Malan, Potgieter und Cronjé und beschoß sie sofort mit Geschütz; als er aber einen Angriff auf die Höhe machte, wurde er mit Verlust zurückgeschlagen. Daran sah Jameson, daß er hier nicht durchkommen werde. Er schwenkte deshalb rechts ab, um die Stellung der Buren zu umgehen. Während der Nacht wurde er aber zurückgeworfen durch Feldkornett De Fouché, und am folgenden Morgen, als er noch weiter nach rechts zog, stieß er bei Doornkop auf die Bürger Cronjés, dem er sich nach einem heftigen Gefechte ergeben mußte.

Es ist behauptet worden, daß Jameson sich ergeben habe unter der Bedingung, daß sein und der Seinen Leben geschont werde. Thatsächlich hatte Kommandant Cronjé in einem Briefchen an Colonel Willoughby, den Kommandanten des Jameson-Korps, erklärt, daß er ihr Leben schonen werde, wenn sie sich mit allem, was sie hätten, ergäben und der Südafrikanischen Republik Schadenersatz leisteten. Aber noch während Kommandant Cronjé daraufhin mit Dr. Jameson sprach, kam Kommandant Malan von Rustenburg dazu und fragte, was verhandelt werde; und als er hörte von Bedingungen, die gestellt wurden, sagte er zu Cronjé: „Wir können keinerlei Bedingungen verabreden, das ist Sache der Regierung in Pretoria". Dem stimmte auch Cronjé zu, und Kommandant Malan ließ nun Dr. Jameson auf Englisch mitteilen: Was ihm Cronjé gesagt habe, sei dahin zu verstehen, daß das Leben der Gefangenen bloß verbürgt werde bis nach Pretoria,

wo ſie dem Generalkommandanten überliefert würden. „Wir“, fuhr er fort, „können in dieſem Augenblick keine definitiven Bedingungen angeben, das muß der Regierung überlaſſen bleiben.“ Daraufhin machte Jameſon eine Verbeugung und ſagte: „Ich nehme Ihre Bedingungen an.“ Jetzt erſt vollzog ſich die Uebergabe, Jameſon und ſeine Leute wurden entwaffnet und nach Pretoria gebracht.

Krügers Anteil am Schickſal der Verſchwörer.

Inzwiſchen war da auch der Hohe Kommiſſar angekommen und hatte gleich darnach eine Unterredung mit dem Präſidenten und ſeinen Staatsmännern. Nachdem er ſeinem Bedauern über den Vorfall Ausdruck gegeben hatte, begann er ſofort über die Beſchwerden der Ausländer und über nötige Reformen zu ſprechen. Da fiel ihm aber Krüger ins Wort und wies ihn darauf hin, daß jetzt nicht die Zeit ſei, um über ſolche Dinge zu reden. Das Einzige, worüber man jetzt zu verhandeln habe, ſei die Frage, welche Maßregeln ergriffen werden müßten, um weiteres Blutvergießen zu verhindern, und auf welche Weiſe ſich die Auslieferung der Waffen in Johannesburg vollziehen ſolle.*) „Unter welchen Bedingungen muß Johannesburg die Waffen abliefern?“, fragte nun der Hohe Kommiſſar, worauf Krüger antwortete: „Bedingungslos“. Und als der Hohe Kommiſſar noch zögerte und Einwände machte gegen die Forderung des Präſidenten, fügte dieſer hinzu: „Ich gebe Johannesburg 24 Stunden Zeit, um ſich bedingungslos zu unterwerfen. Anderenfalls werde ich die Stadt dazu mit Gewalt zwingen.“ Sir Hercules konnte nichts erreichen, der Präſident blieb unerbittlich in ſeiner Forderung, und ſo endigte dieſe Zuſammenkunft ohne Reſultat.

Die Erregung der Bevölkerung

Die Bürger mit ihren Kommandanten waren in großer Aufregung. Man kann begreifen, daß ſie jetzt, nachdem ſie jahrelang

*) Robinſon hatte auf ſeine Anfrage, ob er kommen könne, um die Jameſon-Angelegenheit friedlich erledigen zu helfen, die Antwort erhalten: „Ja, kommen Sie, Sie können vielleicht Blutvergießen verhindern.“ Er hatte dabei gemeint, er könne etwas thun, um die etwa beabſichtigte Erſchießung von Empörern zu verhindern; aber als ihm nun geſagt wurde, er möge den Johannesburgern zur Uebergabe raten und ſo Blutvergießen verhindern, war er von ſeiner Aufgabe nicht erbaut und wollte nichts davon wiſſen. D. H.

von der National-Union gequält und gereizt worden waren, nicht in der Stimmung waren, um Jameson und die Johannesburger Aufrührer ungestraft entkommen zu lassen. Als Beweis für den Geist, der unter der Bürgerschaft herrschte, mag folgender Vorfall dienen.

Ein Kommandant mit ungefähr 400 Bürgern, die auf dem Wege waren, um sich Jameson entgegen zu werfen (dieser hatte sich damals noch nicht übergeben), kamen durch Pretoria und benutzten diese Gelegenheit, um dem Präsidenten einen Besuch zu machen und ihm guten Tag zu sagen. Als Krüger heraus kam, um den Bürgern zu danken, redete ihn der Kommandant also an: „Präsident, wir sind hierher gekommen, um Ihnen unseren Gruß darzubringen und Ihnen zugleich mitzuteilen, daß wir entschlossen sind, wenn wir Jameson gefangen haben, direkt nach Johannesburg zu ziehen und dieses Nest samt den Aufrührern zusammen zu schießen. Sie haben uns nun lange genug gequält." Krüger antwortete darauf: „Nein, Bürger, so müßt ihr nicht sprechen, bedenkt, daß Tausende Unschuldiger und Getreuer in Johannesburg sind, und daß die Uebrigen sich zum größten Teile nur haben verführen lassen. Wir wollen nicht rachsüchtig sein, was würden denn die Folgen eines solchen Schrittes sein!" Der Kommandant erwiderte darauf: „Nein Präsident, Ihr sprecht vergebens. Was hilft Langmut? Gerade weil wir die Aufrührer viel zu lange mit Langmut behandelt haben, sind sie so weit gegangen. Meine Bürger und ich, wir sind fest entschlossen, nun einmal für immer der Aufrührerei ein Ende zu machen." Darauf wurde Krüger zornig, oder stellte sich wenigstens so, als wäre er es und sagte: „Nun gut, wenn ihr dann nicht mehr nach mir hören wollt, so setzt mich ab als Staatspräsidenten und regiert ihr dann das Land nach Eurer Weise". Jetzt erst wurde der Kommandant ruhiger und sprach: „Nein, Präsident, so meinte ich es nicht, wir wollen ja gerade auf Sie hören, aber wir werden doch zu sehr gequält". Darauf antwortete ihm der Präsident auch ruhiger: „Nun gut, wenn Ihr nach mir hören wollt, dann thut, was ich sage und überlaßt das Weitere mir".

In der Versammlung der Kommandanten, welche gemeinsam mit dem Ausführenden Rate über das Geschick von Jameson entscheiden sollten, hatte Krüger einen sehr harten Stand. Er hatte nämlich den Plan, und dieser Plan hatte bereits die Zustimmung des Ausführenden Rates gefunden, Jameson und die Seinen der englischen Regierung auszuliefern, damit diese Uebelthäter durch ihre eigene Regierung nach ihren eigenen Gesetzen gestraft würden. Davon wollten aber die Kommandanten nichts wissen, und erst nachdem auch die Herren Fischer*) und Kleynveld vom Oranjefreistaat ihnen zugeredet hatten, doch dem Wunsche des Präsidenten Gehör zu geben, glückte es ihm, seinen Willen durchzusetzen und die Zustimmung der Kommandanten dazu zu erhalten, daß diese Sache der Regierung überlassen bleiben solle.

Als der Hohe Kommissar sah, daß Krüger auf der Förderung der bedingungslosen Uebergabe von Johannesburg bestehen blieb, ließ er durch den britischen Geschäftsträger dem „Reformkomitee" telegraphisch davon Mitteilung machen. Daß die Johannesburger Revolutionäre nun dieser Forderung, ehe die 24 Stunden verstrichen waren, nachkamen, braucht eigentlich nicht gesagt zu werden, denn mit Ausnahme von Colonel Rhodes und vielleicht noch einem oder zwei Anderen war keiner unter den Verschwörern, der nicht beim ersten Gewehrschuß die Flucht ergriffen hätte. Sie hatten den Aufstand hervorgerufen und daran mitgearbeitet nur in der Hoffnung, daß England für sie die Kastanien aus dem Feuer holen werde. Selbst ihr Leben in Gefahr zu bringen für eine Sache, für die sie, wie eines ihrer vornehmsten Mitglieder kurz zuvor gesagt hatte, keinen blauen Deut gaben, daran dachten sie nicht.

England dankt.

Die Regierung hatte inzwischen dem Hohen Kommissar mitgeteilt, daß sie die Absicht habe, Jameson und die Seinen der englischen Regierung auszuliefern, damit sie vor dem obersten Gerichte in England abgeurteilt werden sollten. Daraufhin sandte Chamberlain dem Präsidenten ein Telegramm, worin er im

*) Der heutige Delegierte in Europa. Beide Herren waren damals vom Oranjefreistaat gesandt, um zu sehen, ob sich für ihn die Notwendigkeit ergäbe, gemäß seinen Vertragsverpflichtungen zu Hilfe zu eilen. D. H.

Namen Ihrer Majestät für die „großmütige That“ dankte. Wie tief die Dankbarkeit saß, und wie England diese Großmut belohnte, haben die späteren Ereignisse bewiesen.*)

Unterdessen lieferte Johannesburg seine Waffen ab, aber viel weniger, als man gedacht hatte, daß da wären. 1800 Gewehre und drei beschädigte Maxims war alles, was abgegeben wurde. Jameson und die Seinen wurden kurz darauf dem Gouverneur von Natal ausgeliefert, der sie nach England sandte. Die englische Regierung setzte die Soldaten sofort in Freiheit. Jameson und noch ein paar der Anführer wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt, aber ehe sie ihre Zeit abgesessen hatten, wieder in Freiheit gesetzt. Am 9. Januar wurden die „Reformer“ teils in ihren Häusern, teils in ihrem Klub gefangen genommen und nach Pretoria gebracht. Am 10. Januar erließ dann der Präsident eine Proklamation an die Bewohner von Johannesburg, worin er zunächst wiederholte, daß er nur eine kleine Anzahl verschlagener Männer innerhalb und außerhalb Johannesburg als die Verschwörer betrachtete, und darauf aufmerksam machte, welch' schreckliches Unglück durch diese That hätte entstehen können. Außerdem versprach er Johannesburg die Einsetzung eines Stadtrats und schloß mit einem Appell an die Einwohner, es ihm möglich zu machen, vor den Volksrat hinzutreten mit der Losung: „Vergessen und vergeben“. Die Bürgerkommandos gingen friedlich nach Hause, zogen aber vorher in geschlossenem Zuge durch Johannesburg — eine Art Demonstration.

Das Strafgericht.

Die Einzelheiten des Prozesses gegen die Verschwörung brauchen hier nicht angeführt zu werden. Um nicht den Vorwurf der Parteilichkeit auf sich zu laden, suchte die Regierung der Republik für diesen Prozeß einen Richter, der außerhalb der Sache stand. Sie erbat und erhielt zu diesem Zwecke den Freistaatrichter

*) Bei dieser Gelegenheit sei konstatiert, daß der Deutsche Kaiser sein Glückwunschtelegramm aus völlig freier Initiative sandte. Krüger hatte nicht, wie es dargestellt wurde, bei Bekanntwerden des Jameson-Einfalles um den Schutz befreundeter Mächte nachgesucht. D. H.

Gregorowsky. Die meisten der Angeklagten kamen mit Gefängnis oder Geldstrafe davon. Nur vier der Hauptleiter, nämlich Philips, Rhodes, Farrar und Hammond, wurden zum Tode verurteilt. Aber auch dieses Urteil wurde vom Ausführenden Rat*) in eine Geldstrafe von 25 000 Pfund Sterling für jeden von ihnen umgewandelt, und so endigte der erste Akt des Dramas, dessen letzter Akt sich soeben auf den blutgetränkten Feldern Südafrikas abgespielt hat.

Krüger in Johannesburg.

Im Anschluß an diese Johannesburger Vorgänge sei hier noch des furchtbaren Unglückes gedacht, das am 19. Februar 1896 diese Stadt traf durch die Explosion einiger Wagenladungen Dynamit, wodurch ein großer Teil der Vorstädte Fordsburg und Braamfontein vernichtet, eine Menge Menschen getötet und verwundet und Hunderte des Obdaches beraubt wurden. Die Ausländer bewiesen bei dieser Gelegenheit ihre Sympathie mit den Opfern des Unglücks dadurch, daß sie in wenig Tagen zu ihren Gunsten die Summe von 70 000 Pfund Sterling (1 400 000 Mark) zusammenbrachten, zu welcher die Regierung noch 25 000 Pfund Sterling zulegte. Der Präsident begab sich ohne Verzug nach Johannesburg, besuchte die Verwundeten im Hospital und rühmte hier die Hilfsbereitschaft, welche die Ausländer in dieser Sache gezeigt hatten, und die seinem Herzen sehr wohl gethan habe. Er fügte hinzu, sie möchten sich dabei des Wortes des Heilandes erinnern: „Selig sind die Barmherzigen, denn auch ihnen wird Barmherzigkeit widerfahren.“

Chamberlain's herausfordernde Politik.

Der Anschlag auf die Unabhängigkeit der Republik war also mißglückt. Aber nun ging Minister Chamberlain ans Werk, um zu sehen, ob er selbst nicht mehr Erfolg hätte. Durch sein Zuthun geschah es, daß der „Jamesonraid“ ersetzt wurde durch einen riesenhaften „Britishraid“.

Chamberlain lädt Krüger ein und erteilt ihm „liberale“ Ratschläge.

Sein Erstes war, den Präsidenten einzuladen, nach England zu kommen, um dort mit ihm transvaalische Angelegenheiten zu besprechen und das, obwohl er, wie er auch bald

*) Auf Krügers Antrag. D. H.

deutlich erklärte, über Artikel 4 der Londoner Konvention, den einzigen Artikel, durch welchen die ausländische Politik der Südafrikanischen Republik noch einigermaßen gefesselt war, zu verhandeln nicht bereit war. Angesichts einer solchen Einladung sollte man wirklich denken, es wäre nicht England sondern die Republik, die etwas gut zu machen gehabt hätte. Gleichzeitig sandte Chamberlain eine andere Depesche, worin er unter anderem vorschlug, an Johannesburg eine Art von Home Rule (Selbstverwaltung) zu geben, und publizierte diese Depesche im Londoner Staatsanzeiger, noch ehe sie der Präsident empfangen hatte. Wenn man bedenkt, daß es gerade die Frage der Home Rule für Irland war, um derentwillen sich Chamberlain von der Partei Gladstones trennte und seinen Radikalismus mit seinem derzeitigen Jingoismus vertauschte, so muß man geradezu erstaunt sein über die Unverschämtheit des Vorschlages, den er dem Präsidenten machte — zumal unter den damaligen Verhältnissen. Die Regierung der Südafrikanischen Republik empfing zunächst nur einen kurzen Auszug aus dieser Depesche mit Anführung der hauptsächlichsten Punkte — während sie in dem Londoner Staatsanzeiger bereits ihrem ganzen Wortlaute nach veröffentlicht war — und antwortete darauf kurz, daß sie es für unerwünscht und unratsam erachte, im voraus bereits die Ratschläge zu veröffentlichen, welche die Britische Regierung der Republik zu geben für nötig befinde, und daß außerdem die Republik eine Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten nicht zulassen könne. Die Antwort wurde nun auch sofort im Staatsanzeiger der Südafrikanischen Republik veröffentlicht. Kurz nach Empfang dieser Antwort sandte Chamberlain eine Depesche, worin er erklärte, wenn sein Vorschlag nicht gut aufgenommen worden sei, so ziehe er ihn zurück. Daraufhin gab der Präsident telegraphisch die Bedingungen an, unter denen er bereit sei, nach England zu kommen. Der Hauptpunkt war für ihn, Ersetzung der Londoner Konvention durch einen Friedens-, Handels- und Freundschafts-Vertrag. Davon wollte aber Chamberlain nichts wissen. Er sprach von nichts als von anerkannten Beschwerden, die abgestellt

werden müßten, da dieses für England als die Vormacht von Südafrika von größter Bedeutung sei. Was Artikel 4 der genannten Konvention anlangte, so erklärte er, daß dieser auf jeden Fall in eine neue Uebereinkunft wieder aufgenommen werden müsse. Was sollte also die beschwerliche Reise für einen Sinn haben? und wozu sollte ein Ersatz der früheren Konvention dienen, wenn der einzige Artikel, durch den die Unabhängigkeit der Republik noch einigermaßen beschränkt war, wieder aufgenommen werden sollte? Als Chamberlain sah, daß er den Präsidenten nicht nach England bekommen könne, ohne ihm eine Bürgschaft dafür zu geben, daß die Reise nicht nutzlos sein werde, zog er seine Einladung zurück.

Die Rüstungen der Südafrikanischen Republik.

Inzwischen war der Regierung klar geworden, daß sie sich vorbereiten müsse auf mögliche Ereignisse, und man machte nun den Anfang mit dem Ankauf von Munition, Gewehren und Kanonen. Das war um so nötiger, als der Jamesoneinfall die Republik so gut wie wehrlos gefunden hatte. Die Bürger hatten damals keine anderen Gewehre als die alten Martini-Henry, und eine große Anzahl hatte überhaupt keine Gewehre. Die Munition aber hätte nicht genügt, um zwei Wochen Krieg zu führen. Es mußten also Maßregeln getroffen werden, um die Bürger gegen jeden räuberischen Einfall zu bewaffnen. Doch geschah nicht mehr, als nach dem Gesetze nötig war — und dieses verlangte, daß jeder Bürger bewaffnet sein müsse. Noch größere Mengen Munition, Gewehre und Kanonen dagegen wurden bestellt nach der Untersuchung der vom Parlamente bestellten sogenannten „Untersuchungskommission für Britisch-Südafrika“ in London, denn dabei kamen Dinge an den Tag, welche bewiesen, daß Chamberlain an dem Raubzug nicht so unschuldig war, als er sich stellte. Das ergibt sich schon aus den bereits angeführten Telegrammen, die dieser Untersuchungskommission vorlagen, und noch mehr aus denen, welche absichtlich zurückgehalten wurden. Dazu kam, daß Chamberlain kurz nach der Untersuchung im Unterhause erklärte, Rhodes wäre ein ehrlicher und anständiger Mann, und es wäre nichts geschehen, was den persönlichen

Charakter dieses Mannes beflecken könnte. Man konnte hieraus keine andere Folgerung ziehen, als die, daß Chamberlain der Mitschuldige von Rhodes war und Rhodes öffentlich verteidigte, weil er fürchtete, dieser könnte Dinge offenbaren, die für den Herrn Minister alles, nur nicht angenehm wären. Zum mindesten war das die Auffassung der Republik, und sie wurde in dieser Auffassung noch dadurch bestärkt, daß Dr. Jameson wegen Krankheit aus der Haft entlassen, unmittelbar darauf gesund wurde und selbst eine Stellung als Offizier erhielt. Kann man es nun der Regierung der Südafrikanischen Republik übelnehmen, daß sie sich vorbereitete, um nicht ohne Schlag und Stoß Englands Beute zu werden? Ja mehr noch, war es nicht ihre Pflicht zu sorgen, wie sie es gethan hat, daß das Land in die Lage gesetzt wurde, sich zu verteidigen? Und doch ist von dieser Thatsache fortwährend von englischen Ministern und von der englischen Presse Kapital geschlagen worden, um Krüger Vorwürfe zu machen, und schließlich selbst, um den ungerechten Krieg zu rechtfertigen.

Chamberlains Depeschen.

Kurz nachdem die Südafrikanische Untersuchungskommission ihr Werk beendet hatte, begann Chamberlain jene ununterbrochene Reihe von Depeschen, die andauerte bis zum Ausbruch des gegenwärtigen Krieges, und wobei er keine andere Absicht hatte als die, das Volk Englands gegen die Republik zu verbittern und ihm vorzureden, daß die Republik sich fortwährend gegen England versündige und systematisch die Londoner Konvention bräche.

So sandte er im Anfang des Jahres 1897 eine Depesche, nach welcher die Republik die Londoner Konvention durch folgende Akte verletzt hatte:

durch den Beitritt zur Genfer Konvention,
durch ihr Preßgesetz,
durch ihr Einwanderungsgesetz,
durch Abschluß eines Auslieferungsvertrages mit Portugal u. s. w.

oft zu Tage tretenden englischen Brutalität zuzuschreiben, daß Chamberlain seine unsinnige Behauptung aufrecht erhielt.

Bericht der Minen-kommission.

Die Korrespondenz zwischen der Regierung und Chamberlain wurde unterbrochen und begleitet von zwei wichtigen Ereignissen im inneren Leben der Republik: den Verhandlungen über die Thätigkeit der „Industriellen Kommission" und dem Konflikte zwischen richterlicher und Staatsgewalt.

Die Industrie- oder Minen-Kommission wurde ernannt zur Untersuchung der Klagen der Minen-Kommission. Daß es Lasten gab, die zu schwer auf die Industrie drückten und vermindert werden mußten, ist außer Zweifel und ergab sich auch aus dem Berichte der Kommission, aber die Hauptursache, daß einige Minen keinen, andere wenigstens keinen Gewinn wie ihn die Anteilhaber wünschten, abwarfen, liegt in der Ueberkapitalisation, in der Gründung von Gesellschaften auf wertlosem Boden, in der Umwandlung von Gesellschaften, bei welcher der Gewinn an den Finanzhäusern hängen blieb, und in dem Spekulationsfieber, das die Aktien so in die Höhe trieb, daß der Käufer unmöglich mehr auf gute Dividenden rechnen konnte. Die großen Finanzhäuser hatten alles in der Hand und ließen nach ihrem Wunsch und Bedürfnis die Preise steigen oder fallen; das Publikum war das Opfer ihrer Manöver. Die Kommission, die ihre Sitzungen zu Johannesburg hielt und eine Menge Zeugen verhörte, machte in ihrem Berichte eine Reihe von Vorschlägen, wie man der Industrie entgegenkommen könne. Vor allem beantragte sie:

Verminderung der Eingangszölle auf Lebensmittel.

Verständigung mit anderen Staaten Südafrikas behufs erleichterter Anwerbung und billigeren Transportes der farbigen Minenarbeiter.

Ernennung einer Kommission, um zu untersuchen, ob sich das Dynamitmonopol aufheben lasse; inzwischen sollte die Regierung selbst Dynamit einführen und an die Minen zum Selbstkostenpreis unter Zuschlag von 20 Schilling Einfuhrzoll abgeben.

Herabsetzung der Eisenbahntarife bis zu einer Verminderung der jährlichen Bruttoeinnahme der Gesellschaft um 500000 Pfd. Sterling.

Das waren die Hauptvorschläge; einige andere von geringerer Bedeutung können hier übergangen werden. Die Regierung legte diesen Bericht dem Volksrate zur Beratung vor und dieser ernannte eine neue Kommission, um den Bericht zu prüfen und Anträge zu stellen. Nach langen Debatten über das Gutachten der Volksratskommission wurde endlich beschlossen, die Eisenbahngesellschaft müsse ihren Tarif herabsetzen bis zu einer Verminderung ihrer Einnahmen um 200000 Pfd. Sterling, und die Regierung solle Mittel suchen, um den Minen das Dynamit billiger liefern zu können. Der Regierung glückte es dann auch, die Frachtpreise vor allem auf Kohlen und Lebensmittel herabzusetzen und das Dynamit um 5 Schilling pro Kiste den Minen billiger zu verschaffen. Außerdem wurde ein Uebereinkommen mit Portugal geschlossen, wodurch aus portugiesischem Gebiete ein starker Zuzug von Kaffernarbeitern erreicht wurde. Chamberlain beschuldigte später die Regierung, sie habe die Winke ihrer eigenen Industrie-Kommission unbeachtet gelassen.

Streit zwischen der Regierung und Höchstem Gerichtshof.

Bei dem bereits erwähnten Konflikt zwischen richterlicher und Staatsgewalt standen Regierung und Volksrat auf der einen, eine Sektion des Höchsten Gerichtshofes auf der anderen Seite. Die Streitfrage entstand so: Es war ein allgemein angenommenes Prinzip, daß Volksratsbeschlüsse Gesetzeskraft hatten, auch wenn sie Bestimmungen der Verfassung änderten. Der Höchste Gerichtshof, speziell Richter Kotzé, mit dem sich nun der Konflikt entspann, hatte in früheren Prozessen, z. B. der „Dom"-Sache, diesen Grundsatz auch anerkannt. Bei einem späteren Falle wollte er das plötzlich nicht mehr thun. Im Distrikt Krügersdorp waren gewisse Landstrecken zu Goldfeldern „proklamiert" worden, und an dem Tage, wo diese Proklamation in Kraft treten sollte, kamen Tausende zusammen, von denen jeder sich, wie es das Gesetz ursprünglich vorgesehen hatte, seine „claims" (bewaarplaatsen, Parzellen) abstecken wollte. Wer sich die „bewaarplaatsen", soviel ein Einzelner gesetzlich haben durfte, als Erster absteckte, dem gehörten sie, natürlich gegen Entrichtung der gesetzlichen Abgaben. Da nun bei dem Andrang zu den neuen Goldfeldern bei dieser Art

der Verteilung große Unordnungen zu befürchten waren und die Regierung davor auch gewarnt wurde, so beschloß sie, um nicht wieder England einen Anlaß zu einem unberechtigten Eingriff zu geben, den Volksrat zu ersuchen, er möge einen Beschluß dahingehend fassen, daß die „proklamierten" Plätze nicht, wie es das Goldgesetz wollte, durch Absteckung, sondern durch Verlosung verteilt werden sollten. So bekam jeder die gleiche Möglichkeit des Erfolges, und alle Unregelmäßigkeiten konnten vermieden werden. Ein gewisser Brown störte sich aber an diesem Volksratbeschluß nicht, sondern steckte sich an dem Tage, wo die (unterdessen zurückgezogene) Proklamierung in Kraft treten sollte, eine große Anzahl von claims ab und bot dafür die gesetzlichen Abgaben an, die aber nicht angenommen wurden. Als diese Sache nun vor den Höchsten Gerichtshof kam, der hier zuständig war, erklärte Hauptrichter Kotzé entgegen seinen früheren Entscheidungen, daß der Volksrat kein Recht habe, einen Beschluß zu fassen, durch welchen Grundsätze der Verfassung verletzt würden.

Diese Entscheidung würde das ganze Staatsgebäude der Republik über den Haufen geworfen haben, denn viele Gesetzesbestimmungen betreffs der Goldfelder, des Stimmrechtes u. s. w., beruhten auf Volksratsbeschlüssen. Die Regierung konnte sich darum unmöglich mit dieser Entscheidung zufrieden geben. Es würde eine unbeschreibliche Verwirrung entstanden sein, wenn in einem Lande, dessen Verhältnisse sich so rasch ändern, wie das in einem Goldlande naturgemäß der Fall ist, und das zudem so viel Spekulanten und Intriganten birgt, wie sie in die Südafrikanische Republik sich eindrängten: wenn hier nicht durch Volksratsbeschlüsse, wie es der Augenblick erfordert, bestimmte Interessen geschützt und Gefahren für den Staat abgewehrt werden könnten.*) Um ein

*) Gegen einen solchen Beschluß konnte nach des Präsidenten — offenbar richtiger — Auffassung wohl durch das „souveräne Volk" protestiert und dadurch eine Volksabstimmung herbeigeführt werden, aber nimmermehr konnte der Gerichtshof oder der einzelne Richter das Recht haben, eine Prüfung der Volksratsbeschlüsse auf ihre Gesetzlichkeit vorzunehmen. Das bewies Krüger auch im Jahre 1898 in seiner großen Rede bei der Uebernahme der vierten Präsidentschaft (s. S. 254—261) an der Hand der Verfassung,

Beispiel anzuführen: Im November 1896 sollte das in der vorigen Sitzung veränderte Goldgesetz in Kraft treten; darin kam aber ein Passus vor, der nicht ganz deutlich war, und der, wenn keine Erläuterung mit Gesetzeskraft stattfand, die bestehende Minenindustrie stark schädigen und ihre Rechte in die Hände von Spekulanten spielen konnte. Was geschah nun? Die Minenindustrie wandte sich natürlich an die Regierung und wies sie auf die Gefahr hin; Dr. Leyds kam dann in eine Sitzung des Volksrates, legte dort die Verhältnisse dar und erreichte so einen Beschluß, der die Gefahr abwandte. Das sah jedermann als den natürlichen Verlauf an. Jetzt sollte es auf einmal anders sein; das war der Konflikt. Sir Henry de Villiers, der oberste Richter der Kapkolonie, der, wie beiläufig erwähnt sein mag, die Auffassung der Regierung teilte, brachte eine Vermittlung zustande: der Richter versprach, die Beschlüsse des Volksrates zu respektieren, und der Präsident seinerseits versprach, eine Revision der Verfassung beim Volksrate zu beantragen. Kurz zuvor war außerdem bereits ein Gesetz angenommen worden, wonach in Zukunft jeder richterliche Beamte bei seiner Eidesablegung versprechen mußte, sich kein „Prüfungsrecht" (d. h. das Recht, die Gesetze auf ihre Berechtigung zu prüfen), anmaßen zu wollen. Im Februar 1898 schrieb aber der Hauptrichter Kotzé dem Präsidenten einen Brief, die ihm versprochene Verfassungsänderung sei nicht erfolgt, deshalb erachte er sich auch von seinem Versprechen entbunden und werde in Zukunft alle Beschlüsse des Volkrates an der Verfassung auf ihre Gesetzmäßigkeit hin prüfen. Das war dem Präsidenten denn doch zu viel; einen Entwurf für die Verfassungsänderung hatte er noch

---

deren Geschichte und Geist keiner besser kannte als er. Auch gleich im Jahre 1897 legte er diesen prinzipiellen Standpunkt wiederholt dar, u. a. auch bei Gelegenheit einer Rede in Bloemfontein (10. März 1897), wo er ausführte: „Wenn die Staatsbeamten den Willen des Volkes nicht ausführen, dann hat das Volk das Recht, seinem souveränen Willen Anerkennung zu verschaffen". Diese ideal-demokratische Auffassung war der Leitstern der Politik Krügers. Nur von ihr aus kam er auch z. B. über das religiöse Bedenken hinweg, ob eine „Empörung" gegen die Annexion gerechtfertigt sei. Andererseits hatte er um dieser Macht willen, die dem

gar nicht vorlegen können, da der Volksrat erst im Mai zusammentrat. Er gab nun dem Hauptrichter seine Entlassung. Die englische Presse schimpfte und raste, und Minister Chamberlain machte aus dieser Angelegenheit später eine „Ausländer-Beschwerde".

Sir Alfred Milner.

Unterdessen hatte Chamberlain auch den Mann gefunden, den er für seine Unterhandlungen mit der Südafrikanischen Republik brauchte. Im Jahre 1897 wurde Sir Alfred Milner zum Gouverneur der Kapkolonie und Hohen Kommissar für Südafrika ernannt. Sir Milner war früher im Dienste seines Landes in Aegypten gewesen, und wenn er etwas da gelernt hatte, so war es das, die Fellahs als Wesen niederer Art zu betrachten und die Ideen, die er in Aegypten eingesogen hatte, brachte er mit nach Südafrika, wobei er sogar vergaß, daß der Afrikaner kein ägyptischer Fellah ist. Daß Chamberlain diesen Sir Alfred Milner nur in der Absicht ernannte, die Dinge in Südafrika auf die Spitze zu treiben, ist ohne allen Zweifel. Seine Ernennung wurde denn auch von den Jingos mit lautem Jubel empfangen. Grundzug und Ziel seiner Politik ergeben sich aus dem Worte, das er einem vornehmen Afrikaner gegenüber gesprochen hatte: „Die Macht des Afrikanertums muß gebrochen werden." Dieses Werkzeug Chamberlains hat denn auch seinen Auftrag treu ausgeführt und hat heute die Genugthuung, Südafrika zu einer Wildnis gemacht und tausende Unschuldiger ihres Lebens beraubt zu haben. Sir Alfred Milner ist der Typus eines Jingos und autokratisch bis zur Unerträglichkeit und voll Verachtung für alles, was nicht englisch ist.

Als dieser Mann seine Thätigkeit begann, war die Amts-

---

einzelnen Bürger nach dem Geiste der Verfassung zukam, die großen Bedenken gegen eine unbeschränkte Vermehrung der Zahl der stimmberechtigten Bürger, selbst wenn die neuen Bürger nur eine beschränkte Anzahl von Vertretern wählen konnten. Das Votum der Wähler stand nach dem Geist der Verfassung Transvaals über dem Votum der Gewählten. Das Volk als Gesamtheit war die höchste Autorität im Staate; über ihr stand nur Gott, dessen Autorität im öffentlichen Leben zu erhalten, für Krüger auch von staatsmännischem Gesichtspunkte aus das Allerwichtigste sein mußte. Denn ohne sie mußte ein so demokratischer Staat der Anarchie anheimfallen. D. H.

zeit des Präsidenten wieder abgelaufen, und es mußten Neuwahlen stattfinden, wozu diesmal drei Kandidaten vorhanden waren: Krüger, Joubert und Schalk Burger, Mitglied des Ausführenden Rates und Vorsitzender der „Industriekommission" von 1897. Es war dies die erste Wahl, die gemäß dem neuen Gesetze mit geheimer Abstimmung stattfand.

Präsident Steijn.

Im Freistaate hatten unterdessen bereits Neuwahlen stattgefunden, da Präsident Reitz wegen langwieriger Krankheit sich gezwungen gesehen hatte, sein Amt niederzulegen. Richter M. T. Steijn war an seinerstatt Präsident geworden. Es ist unnötig, hier eine Schilderung dieses Mannes zu geben. Sein Heldenmut, seine Entschlossenheit und seine Vaterlandsliebe sind der ganzen Welt bekannt, und was man darüber auch schreiben möge, es ist unmöglich zu sagen, was das Herz jedes echten Afrikaners für Präsident Steijn empfindet. Es ist sicher, daß er seinem Volke allezeit im Gedächtnis bleiben wird als einer der größten und edelsten Männer, die Südafrika hervorgebracht hat. Einige Zeit nach seiner Wahl fand eine neue Konferenz zum Zwecke des engeren Zusammenschlusses beider Republiken in Bloemfontein statt. Die Notwendigkeit einer näheren Verbindung wurde auf beiden Seiten empfunden; das war vor allem die Folge des Jameson-Zuges.

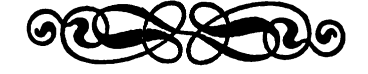
Die Königin von England eine „kwaaie" Frau.

Während des Aufenthaltes in Bloemfontein bei Gelegenheit eines Festessens machte Krüger den Scherz, zu sagen, die Republik müsse im Bündnisschließen vorsichtig sein, denn die Königin von England sei eine „kwaaie" (holländisch: „kwade") Frau. Und obwohl jeder, der afrikanisch versteht und die Umstände beachtet, unter denen das Wort gesprochen ist, sofort weiß, daß damit nichts anderes gemeint sein konnte, als daß Königin Viktoria eine Dame sei, mit der man vorsichtig umgehen müsse, und die nicht mit sich spaßen lasse, so suchten die Jingo-Blätter es doch so hinzustellen, als sei die Königin schwer beleidigt worden. Natürlich war das Gegenteil davon die Wahrheit.

Engeres Bündnis mit dem Freistaate.

Die Konferenz zwischen beiden Regierungen führte zu sehr günstigen Resultaten. Man sicherte sich Gegenseitigkeit zu in der Behandlung der Bürger des Bruderstaates, so daß z. B. die Rechte,

die ein Transvaaler im Freistaate genoß, auch dem Freistaater in Transvaal zufielen, jedoch sollte davon das Stimmrechtsgesetz nicht berührt werden. Außerdem aber wurde ein politisches Bündnis geschlossen und ein „Rat von Abgeordneten" (Föderations-Rat) eingesetzt, der jährlich einmal, abwechselnd in Pretoria und Bloemfontein, zusammenkommen sollte, um Vorschläge zu machen, welche zu näherer Vereinigung führen und die Gesetze beider Republiken so viel als möglich in Uebereinstimmung mit einander bringen könnten. Die Volksräte der beiden Staaten stimmten diesem Vertrage zu, aber verständigten sich jetzt dahin, daß jeder Bürger beider Republiken im Bruderstaat Bürgerrecht haben solle, sobald er dort den vorgeschriebenen Eid ablege.





XII. Hauptstück.

Paul Krüger zum vierten Male Staatspräsident.

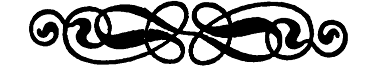
Das Ergebnis der Neuwahl war für Freund und Feind eine Ueberraschung, denn obwohl Krügers Wahl sicher war, so hatte doch niemand ahnen können, daß er mit so erdrückender Uebermacht gewählt würde. Die amtlichen Ziffern waren:

Krüger . . .	12858	Stimmen
Schalk Burger .	3750	„
Joubert . . .	2001	„

Am 12. Mai 1898 leistete Krüger zum vierten Male den Eid als Staatspräsident. Bei dieser Gelegenheit hielt er eine fast dreistündige Rede, in der er seine religiösen und politischen Gedanken über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben des Staates darlegte.*)

*) Diese Rede, eigentlich eine Reihe von Ansprachen an die beiden Volksräte, den Ausführenden Rat, die Abgeordneten des Freistaates, das diplomatische Korps, die Bürger, die naturalisierten und frisch gekommenen Einwanderer, die Richter, seine beiden Mitbewerber, die Pfarrer, die Lehrer und die Jugend — wohl die längste Rede, die Präsident Krüger jemals gehalten hat, ist im Anhang abgedruckt. D. H.

die ein Transvaaler im Freistaate genoß, auch dem Freistaater in Transvaal zufielen, jedoch sollte davon das Stimmrechtsgesetz nicht berührt werden. Außerdem aber wurde ein politisches Bündnis geschlossen und ein „Rat von Abgeordneten“ (Föderations-Rat) eingesetzt, der jährlich einmal, abwechselnd in Pretoria und Bloemfontein, zusammenkommen sollte, um Vorschläge zu machen, welche zu näherer Vereinigung führen und die Gesetze beider Republiken so viel als möglich in Uebereinstimmung mit einander bringen könnten. Die Volksräte der beiden Staaten stimmten diesem Vertrage zu, aber verständigten sich jetzt dahin, daß jeder Bürger beider Republiken im Bruderstaat Bürgerrecht haben solle, sobald er dort den vorgeschriebenen Eid ablege.





XII. Hauptstück.

Paul Krüger zum vierten Male Staatspräsident.

Das Ergebnis der Neuwahl war für Freund und Feind eine Ueberraschung, denn obwohl Krügers Wahl sicher war, so hatte doch niemand ahnen können, daß er mit so erdrückender Uebermacht gewählt würde. Die amtlichen Ziffern waren:

Krüger . . .	12 858	Stimmen
Schalk Burger .	3 750	"
Joubert . . .	2 001	"

Am 12. Mai 1898 leistete Krüger zum vierten Male den Eid als Staatspräsident. Bei dieser Gelegenheit hielt er eine fast dreistündige Rede, in der er seine religiösen und politischen Gedanken über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben des Staates darlegte.*)

*) Diese Rede, eigentlich eine Reihe von Ansprachen an die beiden Volksräte, den Ausführenden Rat, die Abgeordneten des Freistaates, das diplomatische Korps, die Bürger, die naturalisierten und frisch gekommenen Einwanderer, die Richter, seine beiden Mitbewerber, die Pfarrer, die Lehrer und die Jugend — wohl die längste Rede, die Präsident Krüger jemals gehalten hat, ist im Anhang abgedruckt. D. H.

Dr. Leyds. W. Reitz. J. C. Smuts.

In der Sitzung des Volksrates von 1898 wurde Dr. Leyds fast einstimmig als Staatssekretär wiedergewählt, aber kurz darnach zum außergewöhnlichen Gesandten der Republik in Europa ernannt. Als sein Nachfolger wurde zunächst Abraham Fischer gewählt, einer der tüchtigsten und scharfsinnigsten Staatsmänner von Südafrika, damals Mitglied im Ausführenden Rate des Oranjefreistaates. Da er aber das Anerbieten ablehnte, so wurde der frühere Präsident des Oranjefreistaates W. Reitz, der kurz zuvor zum Richter in der Südafrikanischen Republik ernannt worden war, zu diesem Amte berufen, — eine glückliche Wahl, denn in Reitz sieht Freund und Feind einen der rechtschaffensten Männer, die jemals mit Politik zu thun hatten. Dazu kommt noch seine reiche Sachkenntnis infolge seiner politischen Vergangenheit. Gleichzeitig mit ihm wurde J. C. Smuts, ein Vertreter des jüngeren Afrikanergeschlechtes, zum Staatsprokureur ernannt. Er ist einer der tüchtigsten Rechtsgelehrten von Südafrika und vielseitig gebildet; sein einfaches Auftreten läßt in ihm nicht den Mann des eisernen Willens und der Entschiedenheit des Charakters vermuten, der er thatsächlich ist. Kaum 30 Jahre alt und ohne jede militärische Schulung ist er in den Krieg gezogen und in dessen letzter Periode einer der glänzendsten Generäle geworden, sodaß er zu seinem Staatsprokureursamte noch das eines Generalkommandants-Assistenten der Südafrikanischen Republik hinzubekam. Er wird in der zukünftigen Geschichte von Südafrika noch eine große Rolle spielen.

Konflikt mit dem Swasiekönig.

Kurz nach der Vereidigung der Herren Reitz und Smuts wurde die Bunufrage brennend, und nun bekam Sir Alfred Milner die erste Gelegenheit, die Republik zu kränken und ihr den Fuß auf den Nacken zu setzen.

Die Bunufrage ist kurz die folgende: nach alter Gewohnheit hatte der Swasiekönig das Recht, jeden beliebigen seiner Unterthanen zu töten, wenn es ihm einfiel. Dieser Zustand wurde natürlich anders von dem Augenblicke an, als die Republik die Regierung von Swasieland übernahm. Im Beginn des Jahres 1898 ermordete aber Bunu einen seiner Indunas (Großen, Häuptlinge)

mit Namen Umbaba*) nebst einigen andern seiner Leute. Augenzeugen behaupteten, daß Bunu diesen Mord persönlich verübt habe. Als er aber von dem Staatsprokureur vor dem Landesgerichtshof in Bremersdorp zu erscheinen aufgefordert wurde, weigerte er sich erst, überhaupt zu kommen, und als er schließlich doch kam, brachte er ein starkes bewaffnetes Gefolge mit und nahm gegenüber Krogh, dem Spezialkommissar von Swasieland, eine drohende Haltung an. Krogh mußte infolgedessen die Sache ruhen lassen, und Bunu kehrte in seine Stadt zurück.

Die Regierung sah sich nun veranlaßt, eine bewaffnete Macht nach Swasieland zu senden, um Leben und Eigentum zu schützen und, wenn nötig, Bunu mit Gewalt zu zwingen, sich vor dem Gerichtshof zu verantworten. Inzwischen hatte es aber auch der Hohe Kommissar für richtig gefunden, sich mit der Sache zu befassen, wahrscheinlich in keiner anderen Absicht, als um die Regierung unnötig zu ärgern. Vielleicht dachte er auch, daß die Bunufrage ihm Gelegenheit geben könnte, die Republik in einen Krieg mit England zu verwickeln. Er behauptete nämlich, die Regierung habe nicht das Recht, Bunu vor den Gerichtshof von Swasieland zu rufen. Das that er, trotzdem sich in der Swasieland-Konvention die Bestimmung fand, daß Kriminalfälle, die sich in Swasieland ergeben, von dem Gerichtshof in Bremersdorp abgeurteilt werden sollten. Als Bunu sah, daß die Regierung der Republik Ernst machte, floh er nach Zululand und stellte sich unter den Schutz der englischen Regierung. Um nicht Bunu's wegen in Schwierigkeiten zu kommen, mußte die Regierung der Südafrikanischen Republik mit dem Hohen Kommissar ein Abkommen treffen, worin bestimmt wurde, daß Bunu zurückkehren dürfe und ihm nur eine Geldstrafe auferlegt werden solle. Zugleich wurde der Swasieland-Konvention ein Anhang beigefügt, worin die Fälle genau umschrieben wurden, in welchen der Landesgerichtshof zuständig war.

*) Umbaba war ein besonderer Freund der Buren, während der junge Bunu in seinem Stolze ihre Schutzherrschaft mit Widerwillen ertrug und sich bei seinen vielen Trinkgelagen leicht aufreizen ließ. D. H.

Aufreizungen der South-African League.

Schon während dieser Zeit und kurz nach der Beendigung der Bunu-Angelegenheit, nahmen die Engländer in- und außerhalb Südafrikas eine herausfordernde Haltung gegen die Regierung der Republik an. In Johannesburg war, zweifellos auf Anstiften von Rhodes, ein Zweigverein der „South-Afr. League" gegründet worden. Diese Liga that ihr Möglichstes, um die Republik in Schwierigkeiten mit England zu verwickeln. Kein Mittel war ihr zu niedrig oder zu gemein, um diesen Zweck zu erreichen. Als die Regierung einige Bastards, britische Untertanen, verhaften ließ, weil sie ohne Paß waren (den sie nach dem Paßgesetze bei sich führen mußten), entstand ein großer Krawall, und die Führer der Liga beriefen eine Versammlung nach dem Amphitheater in Johannesburg, um gegen die Handlungsweise der Republik Protest zu erheben. Den Bürgern kochte nun auch das Blut bei dem Verhalten dieser Rhodes-Einrichtung und sie kamen ebenfalls in großer Zahl zur Versammlung, wo alsbald ein Streit entstand, und die Demonstranten von den Bürgern mit Stöcken auseinander getrieben wurden. Daß dies Wasser auf die Mühle der Jingos war und vielleicht gerade das, was sie wünschten, ist leicht zu begreifen.

Die „rohen" Polizeiagenten.

Kurz darauf ereignete sich ein Fall, der noch mehr Aufregung verursachte und auf schändlich verkehrte Weise von der englischen Presse dargestellt wurde. Sogar Chamberlain schämte sich nicht, von dieser unrichtigen Darstellung Gebrauch zu machen, obgleich es ihm ein Leichtes gewesen wäre, die volle Wahrheit zu erfahren. Wie war die Sache? In der Nacht des 18. Dezember 1898 wurde ein gewisser Foster, ein britischer Unterthan, von einem anderen britischen Unterthan Namens Edgar, angegriffen und derart bearbeitet, daß er wie tot liegen blieb. Er wurde nach dem Krankenhaus transportiert und starb einige Tage später an den Folgen der Schläge, die ihm durch Edgar beigebracht waren. Edgar flüchtete hierauf nach seinem Zimmer, und auf das Rufen einiger Umstehenden eilten bald ein paar Polizeiagenten hinzu. Unter den Polizisten war einer mit Namen Jones, der Sohn eines vormaligen Kutschers der Königin von England

welcher jedoch als Polizeiagent Bürger der Republik geworden war. Dieser Jones, im Glauben daß Foster tot wäre, verfolgte Edgar, um ihn auf seinem Zimmer wegen Mordes festzunehmen. Da der Verbrecher auf frischer That ertappt war, hatte die Polizei nicht nur nach den Gesetzen der Republik, sondern auch nach denen ganz Südafrikas und selbst Englands das Recht, in sein Haus einzudringen, wenn nötig mit Gewalt, und den Schuldigen zu verhaften. Da Edgar die Thür verschlossen hatte und nicht öffnen wollte, brach Jones dieselbe auf, erhielt jedoch im selben Augenblick von Edgar einen gewaltigen Schlag mit einem Stück Eisen. Darauf erschoß Jones den Edgar. Obgleich ein jeder zugeben wird, daß der Diener des Gesetzes nicht mehr als seine Pflicht that, wurde er doch vom Staatsanwalt wegen Mordes verfolgt, um England jeden Grund zur Klage zu nehmen. Er wurde aber, wie zu erwarten war, vom Gerichtshofe freigesprochen. Wie wurde jedoch diese Sache von Chamberlain dargestellt? Auf folgende Weise: Polizisten wären des Nachts ohne Haftbefehl in das Haus eines Mannes gedrungen — und zwar auf die später als unwahr erwiesene Erklärung einer Person hin, daß jener Mann ein Verbrechen begangen hätte, — und hätten den Mann totgeschossen, weil er nach der Angabe der Polizeiagenten einen der Ihrigen mit einem Stock geschlagen. Kann Böswilligkeit noch ärger getrieben werden? Und sollte ein Minister sich nicht schämen, in einer offiziellen Depesche die Wahrheit so zu schänden?

Vor der Krisis.

Wir sind nun bis zu dem Zeitraum gelangt, welcher der ernstlichen Krisis vorangeht. Es wurde inzwischen sowohl in Südafrika wie in England von den Engländern und der englischen Presse gegen die Republik gehetzt und geschrieen. Im Jahre zuvor war in der Kapkolonie eine Parlamentswahl, bei welcher die Afrikanerpartei den Sieg davon getragen hatte, und dies versetzte Rhodes und seine ganze Jingoclique in Wut. Statt sich auf seine Rolle als Gouverneur zu beschränken, zeigte sich Sir Alfred Milner in seinem wahren Licht und stellte sich offen an die Seite der Jingos in der Kapkolonie. Es war für jeden er-

sichtlich, daß eine Krise bevorstand, die, wenn sie nicht mit Vorsicht behandelt wurde, nur auf eine Katastrophe hinauslaufen konnte. Wo jedoch zwei Parteien sind, hilft es nichts, daß die eine entgegenkommend und nachgiebig ist, wenn die andere mit aller Gewalt die Dinge zum Aeußersten, hier also zum Krieg treibt. Daß die Regierung der Südafrikanischen Republik in den dem Kriege vorhergehenden Unterhandlungen entgegenkommend und nachgiebig war, ergibt sich wohl aus der Art, wie sie in dieser Zeit die Korrespondenz mit England führte.

Die Stimmrechtsfrage.

Es war die Stimmrechtsfrage, welche für Milner und Chamberlain den Vorwand bildete, die Republik in den Krieg zu stürzen. Darum sei hier zunächst die Thatsache konstatiert, daß Präsident Krüger bereits im Anfang des Jahres 1899 in Heidelberg und Rustenburg Zusammenkünfte mit den Bürgern hielt, um sie für seine Absicht, die für das Erlangen des vollen Stimmrechts nötige Wartezeit zunächst von 14 auf 9 Jahre herabzusetzen, zu gewinnen, und daß er von da auch nach Johannesburg gegangen war und dort in öffentlicher Versammlung gesagt hatte, er hoffe, den Termin von 9 Jahren später noch herabsetzen zu können. Diese Thatsache verdient besondere Erwähnung, weil sie vermutlich Chamberlain und Milner aufgeschreckt und so die Krisis beschleunigt haben. Fest entschlossen, wie sie waren, die Republik zum Krieg zu zwingen, sahen diese beiden Männer nun, daß sie keine Zeit mehr verlieren durften, nachdem Krüger selbst mit Reformen begonnen hatte, die ihnen später ihren Kriegsvorwand nehmen könnten. Sir Alfred Milner war in dieser Zeit in England und hatte seinen Aufenthalt dort sicherlich ausgenützt zu einer Verabredung mit Chamberlain, wie man es auslegen müsse, um das imperialistische Programm durchzuführen. Als er zurück kam, war die ganze Sache geregelt und abgesprochen.

Die Petitionen der „Uitlanders".

Die Liga in Johannesburg eröffnete den Streit, indem sie an die Königin von Britannien eine Petition einreichte, worin eine Menge von Beschwerden aufgezählt war, die man als britische Unterthanen gegen die Republik zu haben meinte, und eine Inter-

vention der britischen Regierung erbeten worden war. Der stellvertretende britische „Agent" (d. h. Geschäftsträger D. H.) in Pretoria, Herr Fraser, weigerte sich, diese Petition in Empfang zu nehmen. Dafür klopfte ihm Minister Chamberlain, der gerade eine Gelegenheit suchte, sich mit den inneren Fragen der Republik zu beschäftigen, auf die Finger, so daß der eigentliche Geschäftsträger der britischen Krone in Pretoria, Conyngham Greene, der mit Milner zusammen in England gewesen war, bei einer späteren Gelegenheit wohl wußte, was er zu thun hatte. Inzwischen hatte auch Milner berichtet, daß eine antibritische Bewegung unter der Afrikanerbevölkerung von ganz Südafrika vorhanden sei — und das that er Notabene, nachdem er selbst zwei Jahre zuvor bei Gelegenheit des Jubiläums der Königin nach England telegraphiert hatte, daß die Afrikaner in der Kapkolonie sehr loyal gegen England gesinnt seien.

Eine zweite Petition wurde nun von der Liga ins Werk gesetzt und von 21684 britischen Unterthanen unterzeichnet. Die Unterschriften waren durch Lug und Trug beisammen gebracht. Die Regierung der Republik bekam viele vereidigte Erklärungen, welche aussagten, daß eine Person so viel Namen unterschrieb, als sie gerade im Kopfe hatte. Ebenso wurden die Namen von Verstorbenen und Abwesenden auf die Listen gesetzt. Das ist um so begreiflicher, wenn man bedenkt, daß die Leute, welche mit den Listen herumgingen, nach der Zahl der Namen, die sie mitbrachten, bezahlt wurden. Ein paar Tage darauf liefen bei der Regierung in Pretoria Petitionen mit 23000 Unterschriften ein, worin die Unterzeichner, Ausländer von allen Nationalitäten, erklärten, daß sie mit der Verwaltung des Landes zufrieden seien. Aber es kam Chamberlain nicht darauf an, eine echte Petition zu haben, wenn er nur eine Waffe in die Hand bekam, um damit die Republik anzugreifen, und diese Waffe verschaffte ihm die genannte Petition, die ihm von dem britischen Geschäftsträger Greene sofort zugesandt wurde.

Milner und Chamberlain greifen ein.

Inzwischen hatte Lord Milner im Anfang Mai eine Depesche nach England gesandt, die einem sensationslüsternen Journalisten

alle Ehre machen würde. Er erklärte darin, England müsse einen kräftigen Beweis von seiner Absicht geben, sich nicht aus Südafrika verjagen zu lassen, so daß das Recht Englands, hier einzugreifen, mehr als gerechtfertigt sei, denn jetzt würden fortwährend Tausende von britischen Unterthanen in der Republik zur Stellung von Heloten herabgedrückt. Chamberlain sandte darauf eine Depesche, datiert vom 10. Mai 1899, worin er den Empfang der Petition an die Königin bestätigte, alle Beschwerden der Ausländer aufs neue aufzählte und Sir Alfred Milner vorschlug, eine Konferenz mit Krüger abzuhalten, um diese Dinge zu besprechen. Inzwischen hatte aber, ehe diese Depesche ankam, Präsident Steijn sowohl Krüger als Sir Alfred Milner denselben Vorschlag gemacht, geleitet von dem aufrichtigen Wunsche, den herrschenden Unruhen ein Ende zu machen. Präsident Krüger und Sir Alfred Milner nahmen die Einladung an, und so kam am 31. Mai 1899 die bekannte mehrtägige Konferenz von Bloemfontein zustande.

Die Konferenz in Bloemfontein.

Krüger war begleitet von den Mitgliedern des Ausführenden Rates Schalk Burger und A. D. Wolmarans und dem Staatsprokureur J. C. Smuts. Abraham Fischer, Mitglied vom Ausführenden Rat des Oranjefreistaates, bot sich dankenswerter Weise als Dolmetscher an. Diese Konferenz verlief im Sande. Sir Alfred Milner zeigte sofort, daß er nicht das geringste Verlangen hatte, zu einer Verständigung zu kommen. Er stellte die Forderung:

1. Verleihung des Stimmrechtes nach 5 Jahren.
2. Abänderung des Naturalisationseides.
3. Stärkere Vertretung der neuen Bürger im Volksrat.

Präsident Krüger bot nach mehrtägiger Beratung an:

1. Naturalisation nach 2 Jahren. Volles Stimmrecht nach weiteren 5 Jahren. (Also im ganzen 7 Jahre, an Stelle der 14, die das Gesetz bisher vorsah.)
2. Stärkere Vertretung der Ausländer im Volkrat.
3. Naturalisationseid entsprechend dem des Oranjefreistaates.

Jedoch stellte er die Forderung, daß das Stimmrecht abhängig gemacht werde vom Besitz eines gewissen Vermögens und die Naturalisation von dem Nachweis, daß der Betreffende in seinem eigenen Lande Bürgerrechte besaß. Außerdem verlangte der Präsident, daß als Gegenleistung für die Konzessionen, die er mache, von der englischen Regierung das Prinzip der Erledigung von Streitigkeiten zwischen beiden Staaten durch ein Schiedsgericht angenommen werde. Milner erklärte jedoch diese Konzessionen für völlig ungenügend.

Die „Echtheit" der Petitionen.

Während dieser Konferenz wies Krüger Sir Alfred Milner auf die Masse von unechten Unterschriften, die sich auf der Petition an die Königin befänden, hin, worauf Milner antwortete: „Gut, wir können die Sache ja untersuchen". Zugleich fragte er Krüger, ob nicht die bei der Regierung der Republik eingelaufene Petition auch falsche Unterschriften trüge. Krüger bestritt das entschieden und erklärte sich sofort bereit, eine Kommission zur Untersuchung über die Echtheit beider Petitionen einzusetzen. Er erklärte sich ferner bereit, der englischen Regierung das Recht zuzugestehen, in diese Kommission Engländer als Mitglieder zu ernennen. Nur dürfe nicht die Kommission von England eingesetzt und ihr ein offizieller Charakter verliehen werden, da dies den Anschein erwecken könnte, als ob die Republik unter der Suzeränität von England stände. Nun wollte Sir Alfred nichts mehr davon wissen und sagte: „Lassen wir die Sache ruhn." Im übrigen blieb er auf seinen Forderungen, seinem, wie er es nannte, „irreduciblen Minimum" bestehen. Andere Beschwerden, die er noch habe und die auch blieben, selbst wenn die Stimmrechtsfrage erledigt sei, erklärte er, garnicht erst vorzubringen, so lange nicht die Stimmrechtsfrage in seinem Sinn erledigt sei.

An demselben Abend ließ Präsident Krüger Sir Alfred ersuchen, am folgenden Morgen nochmals zusammen zu kommen, um weiter zu beraten; Milner ließ jedoch wissen, daß er dies „für unnötig erachtete, und daß die Konferenz zu Ende wäre". Sobald Krüger nach Pretoria zurückgekehrt war, schrieb der Staatssekretär der Südafrikanischen Republik einen Brief an den

britischen Geschäftsträger betreffs des vorgeschlagenen Schiedsgerichts, dem gegenüber auch Milner eine anscheinend freundliche Haltung eingenommen hatte. Dieser Brief ist datiert vom 9. Juni 1899, und darin machte der Staatssekretär der Britischen Regierung folgenden Vorschlag:

Der Vorschlag eines Schiedsgerichtes.

I. Alle künftigen Uneinigkeiten zwischen den beiden Regierungen, die aus abweichenden Auslegungen der Londoner Konvention herrühren, sollen, unter Beobachtung von Absatz 3, zur Entscheidung an ein Schiedsgericht verwiesen werden. Uneinigkeiten von geringerer Bedeutung bleiben hiervon ausgeschlossen.

II. Das Schiedsgericht soll bestehen aus: einem durch die Regierung der Südafrikanischen Republik zu ernennenden Schiedsrichter, und einem, den Ihrer Majestät Regierung ernennt aus den Hauptrichtern der Südafrikanischen Republik, der Kapkolonie oder Natals. Diese beiden Schiedsrichter müssen sich einigen betreffs einer dritten Person als Vorsitzenden des Arbitragehofes. Diese Person darf weder Bürger noch Unterthan einer der beiden Regierungen sein. Wenn die beiden Schiedsrichter sich nicht betreffs der dritten Person einigen können, sollen die beiden Regierungen eine solche ernennen.

III. Die Erklärung, daß die betr. Frage einem Schiedsgericht unterworfen werden soll, soll in jedem einzelnen Falle durch beide Regierungen gemeinschaftlich abgegeben werden, damit jede derselben das Recht hat, Punkte, welche zu wichtig erscheinen, um der Arbitrage unterworfen zu werden, davon auszuschließen, vorausgesetzt, daß hierdurch das Prinzip der Arbitrage selbst nicht vereitelt wird.

IV. Der Arbitragehof soll selbst den Ort seiner Sitzungen bestimmen und handeln, wie es ihm gutdünkt betreffs der Verurteilung der Parteien in die Kosten, es sei denn, daß speziell andere Bestimmungen über diesen Punkt in der „Unterwerfungserklärung" (d. h. Erklärung, daß man sich in dem betreffenden Falle einem Schiedsgericht unterwerfen will) getroffen sind.

V. Die Geschäftsordnung des Arbitragehofes kann dieselbe sein wie diejenige des Instituts für internationales Recht, wie

sie im Jahre 1895 im Haag festgesetzt ist, sofern sie nicht in Streit ist mit den voraufgehenden Artikeln oder durch beide Parteien in der „Unterwerfungserklärung" ausdrücklich anders geregelt ist.

VI. Um die Wirkung eines solchen Hofes zu erproben, wird das Uebereinkommen zunächst für 5 Jahre getroffen.

Der Brief endete mit dem Ausdruck der ernsten Hoffnung, Ihrer Maj. Regierung möge den Vorschlag annehmen, wodurch den fortwährenden Unruhen ein Ende gemacht werden würde, unter deren Südafrika zu leiden habe. Diese Vorschläge waren gerade so gemacht, um den Bedenken der britischen Regierung entgegenzukommen, die keinen ausländischen Arbitragehof und auf keinen Fall alle Fragen einem Schiedsgericht unterwerfen wollte. Inzwischen hatte der Präsident aus eigener Initiative im Volksrat einen Gesetzentwurf eingebracht, worin bestimmt wurde:

Die angebotenen Reformen des Stimmrechtsgesetzes.

I. Ein siebenjähriger Aufenthalt im Lande zur Verleihung des Stimmrechts.

Die 7jährige Wartezeit mit Einschränkungen.

II. Die sofortige Verleihung des Stimmrechts an alle, die 9 Jahre im Lande gewohnt haben; Festsetzung, daß nur noch 5 Jahre erforderlich sein sollen für diejenigen, die bereits mindestens 2 Jahre im Lande sind.*)

III. Alle erwachsenen Söhne von Ausländern, die in der Republik geboren sind, sollen sofort bei ihrer Mündigkeit stimmberechtigt sein.

IV. Vermehrung der Vertreter der Goldfelder in jedem Rat um 4 Mitglieder.

Das Gesetz wurde angenommen am 19. Juli. Inzwischen hatte das „Intelligence-Departement" des Kriegsministeriums in

---

*) Damit hätte sich die Stimmrechtserweiterung in 2 „Schubs" vollzogen: jetzt durch Einbeziehung aller, die schon mindestens 9 Jahre im Lande gewesen waren, und innerhalb der nächsten 5 Jahre durch Einbeziehung aller, die jetzt mindestens 2 Jahre im Lande waren. Nach 5 Jahren wäre dann erst die unterschiedslose Zuteilung des Stimmrechtes nach 7jährigem Aufenthalt erfolgt. Damit waren für die Regierung wenigstens noch ein paar Jahre ungestörter Arbeit gesichert. D. H.

England bereits seine „military-Instruktionen" ausgefertigt mit der Anweisung, in welcher Weise der Krieg gegen die Republik zu führen sei. Zu gleicher Zeit (obgleich dies damals noch unbekannt war), hatte Lord Wolseley seine Pläne der englischen Regierung vorgelegt, wie beide Republiken eingenommen und erobert werden sollten.

Am 26. Juli antwortete der britische Geschäftsträger auf diese Vorschläge. In dieser Antwort ließ er wissen, daß Sir Alfred Milner den Vorschlag einstweilen der englischen Regierung nicht empfehlen könnte, da er fände, daß erst die Beschwerden der Ausländer beseitigt werden müßten. Ferner gab er auch noch zu verstehen, daß selbst dann das von Staatssekretär Reitz entworfene Schema für Ihrer Maj. Regierung nicht annehmbar wäre, da, um nur einen Punkt zu nennen, der Vorsitzende des Hofs nach diesem Schema kein Unterthan einer der arbitrierenden Parteien sein dürfte.

Inzwischen waren anfangs Juli die Afrikanerführer Hofmeyer und Heroldt von Kapstadt nach Bloemfontein und von da nach Pretoria gekommen, um die Regierung zu bewegen, das Stimmrechtsgesetz, wie es vor kurzem angenommen war, noch mehr zu vereinfachen, nämlich derart, daß die 7 Jahre rückwirkend sein sollten, sodaß jeder, der 7 Jahre oder länger in der Republik sei, unmittelbar das Stimmrecht erhalte; wer 6 Jahre im Land wäre, müßte dann nur noch ein Jahr warten um das Stimmrecht zu bekommen; wer 3 Jahr im Land wäre, noch 4 Jahre, u. s. w. Ihre Vorschläge fanden williges Gehör bei der Regierung und dem Volksrat, die um des lieben Friedens willen sich zu noch mehr Zugeständnissen verstanden. Am 18. Juli, nachdem es wahrscheinlich von den Herren Hofmeyer und Herholdt über das Resultat ihrer Sendung unterrichtet worden war, erließ das Kapsche Ministerium eine Note, in der es seine Ueberzeugung aussprach, daß, nach seiner Ansicht, nicht der mindeste Grund bestände für eine Einmischung Englands in die inneren Angelegenheiten der Republik. Am 20. Juli telegraphierte der sogenannte Ausländerrat nach England, daß er

mit dem neuen Stimmrechtsgesetz (vom 19. Juli) nicht zufrieden wäre.

Der Streit um die Suzeränität beginnt aufs neue.

Am 27. Juli sandte Chamberlain eine Depesche, in der er die Geschehnisse seit der Konferenz aufzählte, ferner seine Behauptungen aufrecht erhielt, daß nicht nur der Buchstabe, sondern auch der Geist der Londoner Konvention von 1884 durch die Regierung der Republik fortwährend verletzt wäre und zugleich die Behauptung erneuerte, daß die Vorrede der Konvention von 1881 (Suzeränität) noch zu Recht bestände. Den vorgeschlagenen Arbitragehof lehnte er ab, legte jedoch nahe, daß bestimmte Punkte einer gewissen richterlichen Autorität unterworfen werden könnten. Am 1. August telegraphierte Chamberlain an den Hohen Kommissar, indem er vorschlug, England und die Republik sollten eine gemeinschaftliche Kommission ernennen, um das angenommene Stimmrechtgesetz zu revidieren und zu prüfen, ob dieses Gesetz den Ausländern eine genügende Vertretung gäbe, und wenn dies nicht der Fall, welche Zusätze oder Aenderungen nötig sein würden zur Erreichung dieses Zieles. Dieser Vorschlag Chamberlains war eine direkte Verletzung der Londoner Konvention von 1884, denn eine deutlichere Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik kann man sich fast nicht denken. Der Staatssekretär wies denn auch am 12. August Chamberlain darauf hin, daß nach der Konvention von 1884 die englische Regierung sich nicht zu bekümmern habe um die inneren Angelegenheiten der Republik, und drückte die Hoffnung aus, daß Chamberlain mit diesem Vorschlag keinen Einbruch in dies Recht beabsichtigte. Der Staatssekretär gab ferner der Meinung Ausdruck, daß das Ziel, welches Chamberlain sich mit der Einsetzung einer gemeinschaftlichen Kommission gesteckt habe, ebensogut erreicht werden könnte durch Fragen und Einziehung von Erkundigungen betreffs des Gesetzes. Ferner wies er Chamberlain darauf hin, daß man die Wirkung des Gesetzes nicht beobachten — es also auch nicht verurteilen und gleich wieder abändern — könne, solange es überhaupt noch nicht in Kraft getreten sei.

Die 7jährige bedingungslose Wartezeit.

Am 15. August hatte der Staatsgouverneur J. C. Smuts eine Unterredung mit dem britischen Geschäftsträger, worin er ihn fragte, ob Ihrer Maj. Regierung das Stimmrechtgesetz, wenn es eine 7jährige Wartezeit mit rückwirkender Kraft festsetze und die Sitze für die Ausländer im Volksrat vermehre, genügend finden und dann von der gemeinschaftlichen Kommission absehen würde. Herr Greene erwiderte, daß er nicht wüßte, ob Ihrer Maj. Regierung bereit sei, die Forderung fallen zu lassen, daß aber der Zustand sehr kritisch wäre; daß Ihrer Maj. Regierung den Ausländern Versprechungen gemacht hätte und darum sich verpflichtet fühlen würde, ihre Forderungen aufrecht zu erhalten, und falls nötig, Gewalt zu gebrauchen. Er fügte hinzu, der einzige Ausweg für die Südafrikanische Republik sei der, Milners in Bloemfontein gestellte Forderungen sofort anzunehmen. Am 19. August schrieb der Staatssekretär dem britischen Geschäftsträger einen Brief, worin er Ihrer Maj. Regierung die folgende Alternative stellte:

Die 5jährige uneingeschränkte Wartezeit.

I. Die Regierung der Südafrikanischen Republik ist bereit, dem Volksrat und dem Volke Stimmrechtgesetz mit 5jähriger Wartezeit und rückwirkender Kraft zu empfehlen, wie es von dem Hohen Kommissar in Bloemfontein vorgeschlagen wurde.

II. 8 neue Sitze im ersten Volksrat und falls nötig auch im zweiten Volksrat sollen der Bevölkerung der Witwatersrand-Goldfelder zugestanden werden, sodaß diese zusammen mit den bereits Sitz habenden Mitgliedern insgesamt über 10 von 36 Sitzen verfügen würden.

III. Die neuen Bürger sollen ebenso wie die alten berechtigt sein, an der Wahl für den Staatspräsidenten und den Generalkommandanten teilzunehmen.

IV. Die Regierung der Republik ist bereit, freundliche Ratschläge betreffs des Stimmrechtgesetzes von Seiten Ihrer Maj. Regierung in Erwägung zu ziehen.

V. Die Regierung der Südafrikanischen Republik nimmt dann an:

a) daß Ihrer Maj. Regierung zustimmen wird, daß die gegenwärtige Einmischung keinen Präzedenzfall für dergleichen zukünftige Handlungen bilden und in Zukunft keine Einmischung in innere Angelegenheiten der Republik stattfinden soll,

b) daß Ihrer Maj. Regierung nicht weiter auf die Behauptung der Suzeränität andringen und diesen Streitpunkt stillschweigend fallen lassen wird,

c) daß ein Schiedsgericht, von welchem fremde Elemente, abgesehen vom Oranjefreistaate, ausgeschlossen werden sollen, zugestanden wird, sobald das neue Stimmrechtsschema zum Gesetz erhoben worden ist.

VI. Sobald Ihrer Maj. Regierung diesen Vorschlag annimmt, wird die Regierung der Südafrikanischen Republik sofort den Volksrat ersuchen, sich zu vertagen, behufs Befragung des Volkes, sodaß das ganze Schema innerhalb ein paar Wochen Gesetzeskraft erlangt haben wird.

VII. Inzwischen kann die Form und Arbeit des vorgeschlagenen Arbitragehofes besprochen und vorläufig festgestellt werden, sodaß keine Zeit verloren zu gehen braucht und so schnell wie möglich dem gegenwärtigen unruhigen Zustand ein Ende gemacht wird.

Der Staatssekretär sagte zum Schluß, seine Regierung vertraue darauf, daß Ihrer Maj. Regierung die Sachlage auffasse, wie sie wirklich sei, nämlich so, daß die Regierung der Republik das bestehende Stimmrechtgesetz für redlich und billig für die neuen Ankömmlinge halte, und daß die Beweggründe, welche sie dazu geführt hätten, weiter zu gehen, nur dem starken Verlangen zuzuschreiben seien, die Uneinigkeiten der beiden Regierungen zu beendigen, sowie ferner der gespannten Lage und dem unberechenbaren Schaden, der hierdurch Südafrika bereits erwachsen sei, ein Ende zu machen, und um einen Rassenkrieg zu vermeiden, von dessen Folgen sich Südafrika erst in vielen Jahren, vielleicht niemals erholen könnte. In Bezug auf genannte Punkte würde sie es in höchstem Grade zu schätzen wissen, falls Ihrer Maj.

Regierung so schnell wie möglich diesen Vorschlag annehme oder verwerfe. Am 21. August schrieb der Staatssekretär dem britischen Geschäftsträger wieder einen Brief zur Verdeutlichung und Ergänzung des Briefes vom 19. August, in dem er zu verstehen giebt, daß die Vorschläge betreffs des Stimmrechts und der Vertretung (Vorschläge, auseinandergesetzt im Briefe vom 19. August) auf der Bedingung beruhen, daß Ihrer Maj. Regierung die Punkte, welche in Paragraph V des Schreibens vom 19. August dargelegt sind, annimmt, d. h.:

a) künftig in inneren Angelegenheiten der Republick nicht interveniert,

b) nicht weiter andringt auf die Behauptung des Bestehens der Suzeränität,

c) der Erledigung der Streitfragen durch ein Schiedsgericht zustimmt.

Diese Vorschläge wurden gemacht, nachdem der Staatsprokureur eine neue Unterredung mit Herrn Greene gehabt und dabei die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß die britische Regierung bereit sein würde, diese Vorschläge anzunehmen; dadurch würde dann der Vorschlag der gemeinschaftlichen Untersuchungs-Kommission hinfällig werden. Am 25. August erklärten der sogenannte „Ausländerrat" und die Südafrikanische Liga, daß die Reformen des Stimmrechtgesetzes noch ungenügend seien, und forderten außerdem andere „Reformen", wie z. B. Entwaffnung der Bürger und Schleifung der Festungswerke. Am 26. August hielt Chamberlain eine Rede bei Gelegenheit eines Gartenfestes, das er in seinem Heim „Highbury" gab, und sagte dabei u. a.: „Bei Herrn Krüger kommen die Reformen heraus wie Wasser aus einem Schwamm, und er begleitet seine Anerbieten entweder mit Bedingungen, die unannehmbar sind, oder er lehnt es ab, uns zu gestatten, eine Untersuchung nach der Art dieser Reformen anzustellen. Der Sand in der Sanduhr läuft ab; der Knoten muß gelöst werden, sonst werden wir genötigt sein, andere Wege einzuschlagen."

Darauf sandte er eine Depesche vom 30. August, in der er u. a. zu verstehen gab, daß das vorgeschlagene Stimmrechtgesetz nicht beschwert werden dürfe durch lästige Bedingungen, und daß Ihrer Maj. Regierung nicht verstehen könne, warum die Regierung der Republik eine gemeinschaftliche Untersuchungs-Kommission ablehne. Seine Regierung werde nun ihrerseits eine Kommission ernennen, um das Gesetz zu prüfen, und dann die nötigen Vorschläge der Regierung der Republik zu unterbreiten; sie vertraue darauf, daß mehrere Bedingungen, wie die Abhängigmachung des Bürgerrechtes von der rechtzeitigen Registrierung, dem Verhalten im Staate u. s. w. bei dem neuen Gesetze noch in Wegfall kommen würden. In Bezug auf die Bedingungen, welche von der Regierung der Südafrikanischen Republik gestellt wurden, gab er zu verstehen, daß, was Intervention betreffe, Ihrer Maj. Regierung hoffe, daß es durch die Erfüllung der gemachten Versprechungen und die künftige gerechte Behandlung der Ausländer unnötig sein werde, sich mit den inneren Angelegenheiten der Republik zu befassen; daß sie jedoch nicht die Rechte, die ihr aus den Konventionen zustehen, abtreten könne (NB. die Konvention von 1881 war bekanntlich verfallen). Bezüglich der Suzeränität verwies Chamberlain auf eine frühere Depesche, in der er dabei geblieben war, daß die Suzeränität noch bestände. In Bezug auf das vorgeschlagene Schiedsgericht erklärte er seine Bereitwilligkeit, an Besprechungen betreffs Form und Wirkungskreis eines solchen Gerichtes, von dem jedoch Fremdlinge und fremde Einflüsse ausgeschlossen sein sollten, sich zu beteiligen. Er schlug ferner vor, daß eine neue Konferenz zwischen dem Präsidenten und dem Hohen Kommissar zu Kapstadt stattfinden solle, und schloß seinen Brief, indem er die Regierung der Südafrikanischen Republik daran erinnerte, daß es andere Beschwerden gäbe, die nicht mit dem Verleihen politischer Rechte an die Ausländer geregelt werden könnten und noch nicht aus der Welt geschafft seien, welche auch nicht geeignet seien, einem Schiedsgericht unterworfen zu werden. Chamberlain behauptete später, daß er durch diese Depesche die Vorschläge der Regierung

der Südafrikanischen Republik, wie sie oben auseinandergesetzt wurden, angenommen habe. Er ist aber wahrscheinlich der einzige Mensch auf der Welt, der seine Depesche auf diese Weise aufgefaßt hat; jeder unparteiische Beurteiler wird anderer Ansicht sein.

Milner beschleunigt die Krisis.

Am 31. August telegraphierte Milner an Chamberlain: „Die mir gemachten Vorstellungen laufen sämtlich auf das Wünschenswerte eines raschen und energischen Handelns hinaus. Britisch-Südafrika ist zu den äußersten Maßregeln bereit. Es wird sich hier eine starke Reaktion erheben gegen die Politik Ihrer Maj. Regierung, wenn die Sache in die Länge gezogen wird." Als Antwort auf die Depesche Chamberlains vom 30. August schrieb der Staatssekretär am 2. September dem Britischen Geschäftsträger zu Pretoria, die Regierung der Südafrikanischen Republik habe mit tiefstem Bedauern vernommen, daß Ihrer Maj. Regierung die gemachten Vorschläge, wie sie in den Noten vom 18. und 19. August dargelegt sind, mit den daran geknüpften Bedingungen nicht annehmen könne, nachdem man doch infolge der offiziösen Besprechungen zu dem Glauben hätte gelangen müssen, daß die Vorschläge für Ihrer Maj. Regierung annehmbar sein würden. Demzufolge betrachte die Regierung der Südafrikanischen Republik ihren Vorschlag nun als aufgehoben. Was die einseitige Kommission anbetreffe, so sei die Regierung bereit, dem Volksrat Vorschläge vorzulegen, wenn es sich herausstellen sollte, daß das Gesetz hierdurch deutlicher gemacht und verbessert werden würde. Es scheine ihr jedoch, als ob die Ergebnisse einer einseitigen Kommission nicht von großem Wert sein könnten, besonders wenn eine Untersuchung angestellt werde, noch bevor das Gesetz in Wirkung sei.

Zu den Bemerkungen übergehend, die Herr Chamberlain zu den Bedingungen gemacht hatte, welche an die Vorschläge und die Note vom 19. August geknüpft waren, stellte der Staatssekretär fest:

a) Daß seine Regierung in Bezug auf Intervention nie verlangt oder gemeint habe, daß Ihrer Maj. Regierung irgend welches Recht preisgeben solle, welches Ihr gemäß der Londoner

Konvention von 1884 oder nach allgemeinem internationalen Recht zum Schutze britischer Unterthanen zustehe.

b) Daß das behauptete Bestehen der Suzeränität schon so deutlich in der Depesche vom 16. April 1898 widerlegt worden sei, daß es unnötig sei, hier die Thatsachen und Gründe zu wiederholen, und daß die Regierung an ihrer in der Depesche dargelegten Auffassung festhalte. Bezüglich des vorgeschlagenen Schiedsgerichts sei die Regierung erfreut, zu sehen, daß Ihrer Maj. Regierung bereit sei in Unterhandlung zu treten über die Form und den Wirkungskreis solch eines Hofes. Es gehe jedoch nicht deutlich hervor, ob:

1. Ihrer Maj. Regierung damit einverstanden sei, daß auch die Bürger des Oranjefreistaats zu Mitgliedern eines solchen Hofes ernannt werden könnten.

2. Welche Punkte der Entscheidung eines solchen Hofes unterbreitet werden sollten.

3. Welche Punkte Ihrer Maj. Regierung nicht geeignet erachte zur Entscheidung durch den Hof. Ihrer Maj. Regierung sagte allerdings, daß solche Punkte vorhanden seien, sie führe dieselben aber nicht auf. Der Zweck, den die Regierung der Südafrikanischen Republik im Auge habe, nämlich zu einer endgültigen Regelung aller strittigen Punkte zu gelangen, würde durch eine so allgemeine Einschränkung vereitelt werden. Was die vorgeschlagene neue Konferenz anbetreffe, so wolle man weitere Mitteilungen Ihrer Maj. Regierung abwarten. Der Staatssekretär wies ferner darauf hin, daß die von seiner Regierung gemachten Vorschläge sehr liberal seien und noch weiter gingen als diejenigen, welche von Sir Alfred Milner zu Bloemfontein beantragt worden seien; daß die hieran geknüpften Bedingungen nicht erforderten, daß Ihrer Maj. Regierung auch nur eines ihrer aus der Londoner Konvention (1884) herrührenden Rechte preisgeben solle, und daß die Regierung der Republik darum nicht erwartet habe, ihre Vorschläge abgelehnt zu sehen, und die Hoffnung hege, daß doch noch eine Lösung der bestehenden Uneinigkeiten sich werde finden lassen. Um zu solch einer friedlichen Lösung zu gelangen,

schloß der Staatssekretär, wolle seine Regierung die früher von Chamberlain vorgeschlagene gemeinschaftliche Kommission annehmen.

Am 12. September 1899 beantwortete Herr Greene im Namen der britischen Regierung die Depesche von Reitz vom 2. September und erklärte, Ihrer Maj. Regierung könne jetzt nicht mehr auf ihren früheren Vorschlag einer gemeinschaftlichen Kommission zurückkommen; dagegen sei die britische Regierung noch bereit, die Vorschläge ohne die Bedingungen anzunehmen, wenn sich bei der Prüfung durch eine gemeinschaftliche oder einseitige Kommission darthun ließe, daß das neue Schema nicht durch lästige Ausführungsbestimmungen beschwert sei, die dessen Wirkung wieder aufheben müßten. Auch nehme seine Regierung an, daß die neuen Mitglieder im Volksrat ihre eigene Sprache sprechen dürften. Er schloß seinen Brief, indem er auf eine baldige Antwort drang und zu verstehen gab, daß, falls die Antwort ungünstig oder unentschieden lauten sollte, Ihrer Maj. Regierung sich selber das Recht vorbehielte, den Zustand ‚de novo' in Erwägung zu ziehen und behufs einer endgültigen Regelung ihre eigenen Vorschläge zu machen. Hierauf antwortete der Staatssekretär am 15. September, daß es seiner Regierung leid thue, erkennen zu müssen, daß Ihrer Maj. Regierung von all' ihren früher gemachten Vorschlägen zurückträte und ganz neue an deren Stelle setze. Die in den Noten vom 19. und 21. August dargelegten Vorschläge der Südafrikanischen Republik seien in dem guten Glauben gemacht worden, daß sie Ihrer Maj. Regierung annehmbar erscheinen würden, und in diesen Glauben sei sie versetzt worden, durch die auf ausdrückliches Ersuchen dem Staatsprokureur gegenüber abgegebenen Erklärungen, die einer Versicherung gleichgestanden hätten. Die Regierung der Südafrikanischen Republik habe diese Vorschläge nur gemacht, um den fortwährenden Drohungen und der zweifellosen Gefahr für ihre Unabhängigkeit ein Ende zu setzen, die aus dem von Ihrer Maj. Regierung erhobenen Anspruch auf Suzeränität erwachse. Die Regierung der Südafrikanischen Republik wisse sehr gut, daß die Unabhängigkeit der Republik durch die von ihr selbst vorgeschlagenen einschreitenden Aenderungen ge-

fährdet sei, diese Gefahr sei jedoch kleiner als die, welche aus den fortwährenden Einmischungen der britischen Regierung in die inneren Angelegenheiten der Republik und aus der Behauptung des Bestehens der Suzeränität erwachse. Die Regierung könne deshalb nicht einsehen, aus welchen Gründen Ihrer Maj. Regierung jetzt verlangen wolle, daß die Vorschläge bestehen bleiben sollten ohne die daran geknüpften Bedingungen, während diese Vorschläge, gefährlich wie sie seien, nur gemacht worden seien im Zusammenhang mit den daran geknüpften Bedingungen, um eine größere Gefahr zu vermeiden. Was die Angelegenheit des Gebrauches ihrer eigenen Sprache durch die neu zu wählenden Mitglieder des Volksrates anbelange, so könne die Regierung hierauf nicht eingehen und bestreite, jemals so etwas versprochen zu haben. Der Staatssekretär drückte zum Schluß die Hoffnung aus, daß die britische Regierung ihren eigenen Vorschlag einer gemeinschaftlichen Kommission nun annehmen und so dem gespannten Verhältnis ein Ende machen werde.

Auf diesen Brief des Staatssekretärs erwiderte der britische Geschäftsträger am 25. September, daß die britische Regierung oft zu verstehen gegeben habe, sie wolle nicht die Unabhängigkeit der Südafrikanischen Republik stören (NB. während sie dies fortwährend that) und habe sich keine Rechte der Einmischung angemaßt, mit Ausnahme derjenigen, welche ihr durch die Konventionen (NB. es bestand nur e i n e solche!) zugestanden seien. Zum Schluß erklärte sie, daß es unnötig sei, auf der bisher geführten Grundlage weitere Verhandlungen zu führen, und daß Ihrer Maj. Regierung jetzt genötigt sei, den Zustand von neuem zu erwägen und ihre eigenen Vorschläge zur Regelung der Fragen, die durch die Handlungsweise der Republik entstanden seien, zu machen; Ihrer Maj. Regierung würde in einer späteren Depesche diese Vorschläge mitteilen. Inzwischen wurde gegen die Regierung der Südafrikanischen Republik folgende Drohung durch Herrn Hays Fisher, Mitglied der englischen Regierung, in einer öffentlichen Rede am 20. September 1899 ausgestoßen: „Die Sand-Uhr ist abgelaufen, die Regierung muß jetzt eine Macht senden, stark

genug, um uns die Sicherheit zu geben, daß, wenn das endgültige Ultimatum erfolgt, die Buren zur Vernunft gebracht werden, sodaß wir nicht gezwungen sind, ihnen eine vernichtende Niederlage beizubringen und ihnen das Land zu nehmen, das ihnen so teuer ist."

Mobilmachung.

Unterdessen hatte auch am 17. September sich der Staatssekretär bei dem Hohen Kommissar Auskunft betreffs der Ansammlung von Truppen an den Grenzen der Südafrikanischen Republik erbeten und der Hohe Kommissar erwidert, daß die Truppen dort wären zum Schutze britischer Interessen, und um vorbereitet zu sein „auf mögliche Ereignisse."

Am 22. September wurde in England die Mobilmachung eines Armeekorps für Südafrika anbefohlen, und am 28. September wurde bekannt gemacht, daß der größte Teil dieses Armeekorps sofort nach Südafrika abreise. Die Regierung der Republik ließ daraufhin den größten Teil der Bürger einberufen, um an den Grenzen der Republik Stellung zu nehmen und auf einen plötzlichen Angriff von Seiten der Engländer vorbereitet zu sein. Am 20. September ersuchte der Staatssekretär den britischen Agenten um Mitteilung des Entschlusses der britischen Regierung (d. h. bezüglich der in der Depesche vom 12. September angekündigten „eigenen Vorschläge"). Hierauf antwortete Chamberlain am 2. Oktober, daß die Depesche Ihrer Maj. Regierung vorbereitet würde, daß es aber noch einige Zeit dauern werde, bevor dieselbe fertiggestellt sei. Hieraus ist deutlich ersichtlich, daß Chamberlain nur Zeit gewinnen wollte, um genügend Truppen in Südafrika zu haben, bevor er seine versprochene Depesche absende, welche nichts anders als ein Ultimatum sein sollte.

Das Eingreifen des Präsidenten Steijn.

Ehe es zu den letzten Schritten kam, hatte bereits Präsident Steijn vom Oranjefreistaat eingegriffen, um auch seinerseits alles zu versuchen, den Krieg zu vermeiden.

Am 19. September hatte der Hohe Kommissar dem Präsidenten Steijn telegraphiert, „daß eine Anzahl sonst in Kapstadt stationierter Truppen weiter nach oben gesandt werden solle, um die Verbindungslinie zwischen der Kolonie und dem britischen Gebiet im Norden zu schützen", und daß, da ein Teil der Truppen

an den Grenzen des Oranjefreistaates aufgestellt werden solle, er, der Hohe Kommissar dies vorher mitteile, um Mißverständnissen vorzubeugen. Er fügte hinzu, daß Ihrer Maj. Regierung noch hoffe, eine friedliche Lösung der Streitigkeiten zwischen ihr und der Südafrikanischen Republik zu finden, doch verlange die Regierung Ihrer Majestät, daß der Oranjefreistaat sich strikt neutral verhalte, falls diese Hoffnung vereitelt werden sollte. Präsident Steijn antwortete am selben Tage, daß er nicht einsehen könnte, inwiefern die entstandenen Streitpunkte die Anwendung von Gewalt zur Lösung derselben rechtfertigten. Mit Bezug auf die Spannung, welche in Südafrika herrsche, bedauere er das Aufstellen von Truppen an der Grenze des Oranjefreistaates, da die Bürger dies als eine Bedrohung ihres Staates ansehen würden. Wenn daraus ungewünschte Folgen hervorgehen sollten, würde die Verantwortlichkeit hierfür nicht die Regierung des Oranjefreistaates treffen. Der Präsident schloß sein Telegramm damit, daß er erklärte, es würde ihm sehr leid thun, falls die freundlichen Beziehungen, die immer zwischen England und dem Oranjefreistaat bestanden hätten, gestört werden sollten. Am 27. September faßte der Volksrat des Oranjefreistaates einen Beschluß, welcher ausdrückte, daß kein Grund zum Krieg bestehe, und daß ein solcher Krieg ein Krieg gegen die gesamte Bevölkerung Südafrikas sein würde; daß jedoch, was auch geschehen möge, der Oranjefreistaat seinen Verpflichtungen treu bleiben werde, welche aus dem politischen Bündnis mit der Südafrikanischen Republik hervorgingen. Zugleich wurde die Regierung beauftragt, ihr Möglichstes aufzubieten, eine friedliche Lösung der Uneinigkeiten herbeizuführen. Noch am selben Tage (27. September) sandte Präsident Steijn eine Depesche an den Hohen Kommissar, in der er an die Blut- und Freundschaftsbande, welche den Oranjefreistaat sowohl mit der Kapkolonie als auch der Südafrikanischen Republik verknüpften, aber auch an das weitere Band erinnerte, das die beiden Republiken politisch eine; daß es das stärkste Freundschaftsgefühl sowohl gegenüber Großbritannien als gegenüber der Republik gewesen sei, was ihn veranlaßt habe,

die Konferenz zu Bloemfontein zwischen dem Hohen Kommissar und Präsident Krüger vorzuschlagen; daß es hauptsächlich dem Oranjefreistaat und anderen Freunden des Friedens zuzuschreiben sei, wenn die Südafrikanische Republik in so kurzer Zeit schon solche bedeutenden Reformen eingeführt habe, und daß der Oranjefreistaat dabei stets im Vertrauen auf die Erklärung gehandelt habe, [daß das Verhalten Englands auf den Wunsch zurückzuführen sei, freundschaftliche Ratschläge zu erteilen, nicht aber] Vorschriften in inneren Angelegenheiten der Republik zu machen. Nun aber, nachdem die Regierung der Republik, angespornt durch ein Gutachten des Oranjefreistaates, den Wünschen der Ausländer entgegenzukommen sich bemühe, sei die Haltung der Britischen Regierung aus der eines Ratgebers umgeschlagen in die der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik. Die vorgeschlagene gemeinschaftliche Untersuchungskommission beweise dies unumstößlich. Trotz dieser Aenderung im Verhalten der Britischen Regierung habe die Regierung des Oranjefreistaates doch der Südafrikanischen Republik geraten, dem Wunsch der Britischen Regierung nachzukommen*), in der Hoffnung, daß dadurch eine Erneuerung der Unterhandlungen in freundschaftlicher Weise stattfinden würde. Groß sei deshalb die Verwunderung der Regierung des Oranjefreistaates gewesen, als sie vernommen habe, daß die Britische Regierung jetzt ihren eigenen Vorschlag verwerfe, wodurch die unglückliche Spannung sich nur zu erhöhen scheine. Die Regierung des Oranjefreistaates sei noch immer bereit, ihre Dienste anzubieten, um zu einer friedlichen Lösung der Streitigkeiten zu gelangen, sie fühle sich aber ebenso wie früher gelähmt durch:

a) Mangel der Kenntnis des Endziels und der Ausdehnung der Forderungen der Britischen Regierung, auf die zu dringen sie sich für berechtigt erachte.

b) Die Thatsache, daß die Britische Regierung trotz ihrer wiederholten Versicherungen, daß sie sich nicht mit den inneren An-

*) Dieser Satz ist von besonderer Bedeutung, denn er zeigt, wie es kam, daß die Südafrikanische Republik plötzlich der früher von ihr bekämpften Einsetzung einer gemeinschaftlichen Kommission zustimmte. D. H.

gelegenheiten der Republik zu befassen, noch dieselben zu stören wünsche, eine Politik verfolgt habe, die eine entgegengesetzte Schlußfolgerung gerechtfertigt erscheinen lasse. Als Beweis für seine Behauptung führt Präsident Steijn die Thatsache an, daß trotz der behaupteten freundschaftlichen Art der Unterhandlungen Ihrer Maj. Regierung fortwährend ihre Truppenmacht verstärke und große militärische Vorbereitungen treffe, die nichts anders bezwecken könnten als eine Politik der Gewalt. Der Präsident würde es daher, wie er fortfährt, sehr hoch zu schätzen wissen, wenn bis zum Empfang der angekündigten Depesche die weiteren Bewegungen und Vermehrungen der Truppen an den Grenzen der beiden Staaten eingestellt würden, und ferner eine diesbezügliche Erklärung abgegeben werde; ferner möchte er die wahre Art und Ausdehnung der Zugeständnisse kennen lernen, die Ihrer Maj. Regierung fordere, oder zu welcher sie sich berechtigt glaube, und wodurch eine friedliche Lösung der entstandenen Uneinigkeiten herbeigeführt werden könne.

Am 2. Oktober benachrichtigte Präsident Steijn den Hohen Kommissar, daß er, in Anbetracht des völligen Mangels seiner Grenzen an Schutz und in Anbetracht der herrschenden Unruhen sowie der fortdauernden Bewegung und Vermehrung der Truppen an den Grenzen des Oranjefreistaates, seine Bürger habe einberufen müssen, um ihr Verlangen, daß gehörige Vorsichtsmaßregeln zur Verteidigung der Grenzen getroffen würden, zufrieden zu stellen. Er fügte hinzu, daß er immer noch eine Antwort auf seine Depesche vom 27. September erwarte. Der Hohe Kommissar erwiderte darauf am folgenden Tage, er bedauere, daß der Präsident die Bürger einberufen habe, und, es müsse ihm bekannt sein, daß die Südafrikanische Republik eine große Waffenmacht an den Grenzen Natals zusammengezogen habe. Der Präsident antwortete am 3. Oktober, daß das Zusammenziehen der Bürger an der Grenze Natals durch die Südafrikanische Republik die natürliche Folge der fortwährenden Vermehrung und Vorschiebung britischer Truppen nach der Grenze Transvaals hin sei; er erwarte jedoch keinen Angriff der Südafrikanischen Republik, es müßten

denn weitere Vorwärtsbewegungen britischer Truppen zu der Annahme führen, daß ein Angriff auf die Südafrikanische Republik bevorstünde. Er ersuchte ferner nochmals dringend um Beantwortung seiner Depesche vom 27. September.

Der Hohe Kommissar antwortete am gleichen Tage, daß die Bewegung und Zusammenziehung der britischen Truppen der Furcht der Einwohner in den offenen Distrikten zuzuschreiben sei, und daß dieselben in keinem Verhältnis ständen zu der Macht, welche die Regierung der Südafrikanischen Republik an den Grenzen Natals angesammelt habe. Der Präsident erwiderte, gleichfalls am 3. Oktober, daß die Furcht, welche die Einwohner der offenen Distrikte hegten, kein Grund sei zum Zusammenziehen britischer Truppen, und außerdem beständen keine Gründe zu solchen Bewegungen. Im Gegenteil, die militärischen Vorbereitungen in England sowie in Südafrika hätten nur dazu geführt, die Bestrebungen zur Erhaltung einer friedlichen Lösung zu erschweren. Dem bitteren feindseligen Ton und den Auslassungen sowohl verantwortlicher englischer Staatsmänner wie der englischen Presse in Südafrika und England, den fortdauernden gegen Transvaal gerichteten Drohungen, begleitet von stets vermehrten militärischen Vorbereitungen sowohl in England als im britischen Kaiserreich, welche offen als gegen Transvaal gerichtet erklärt würden, schreibe er das Mißlingen aller Anstrengungen, eine Lösung der bestehenden Schwierigkeiten herbeizuführen, zu. Er wünsche außerdem seiner Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß diejenigen, welche das militärische Element und somit die Politik der Drohung und der Intervention mit der That ins Leben gerufen hätten, die Verantwortung trügen, falls die Bemühungen, zu einer friedlichen Lösung zu gelangen, definitiv mißlängen. Er könne nicht anders als gestehen, daß in Anbetracht der britischen Handlungsweise die Regierung Transvaals ihres Verhaltens wegen nicht getadelt werden könne, besonders da er immer noch keine Antwort erhalten habe auf seine telegraphische Depesche vom 27. September, worin er u. a. die Bitte ausgesprochen habe, daß die Vermehrung und Bewegung der britischen Truppen eingestellt werden möchte, wodurch die Einberufung

der Bürger der beiden Regierungen unnötig geworden wäre. Statt dessen sei der Truppentransport und die militärische Thätigkeit noch bedeutend vermehrt worden im Vergleich zu früher. Der Präsident könne nicht urteilen, ob die britischen Truppen an der Grenze der Südafrikanischen Republik im Verhältnis ständen zu der von der Republik aufgebotenen Macht, man müsse aber nicht vergessen, daß in der englischen Presse und anderwärts fortwährend die Behauptung aufgestellt würde, daß die Truppen, welche jetzt in Afrika seien, mehr als genügend seien für die undisziplinierten Streitkräfte der Republik. Ueberdies würden fortwährend mehr Truppen gesandt, was die Ansicht der Bürger der Republik rechtfertigte, daß England mit Gewalt eine Lösung der entstandenen Schwierigkeiten herbeiführen wolle. Der Präsident bot nochmals seine Dienste an, um eine friedliche Lösung zu finden.

Hierauf antwortete der Hohe Kommissar am 4. Oktober, daß die Behauptungen des Präsidenten leicht widerlegt werden könnten, daß er dies jedoch für unnötig erachte, da die britischen Truppen Verteidigungs-Stellungen weit innerhalb der Grenzen Natals einnähmen, während die Bürger dicht bei der Grenze ständen. Er verzweifele jedoch nicht am Frieden und sei der Ueberzeugung, daß jeder ehrliche Vorschlag, von wo er auch kommen möchte, von Ihrer Maj. Regierung in freundliche Erwägung gezogen werden würde. Am 5. Oktober antwortete der Präsident hierauf, daß er bereit sei, einen Vorschlag zu machen, daß dies jedoch der Südafrikanischen Republik gegenüber nicht recht wäre, wenn nicht Ihrer Maj. Regierung dem Transport und der Vermehrung der Truppen Einhalt thäte und den auf See befindlichen die Landung untersage, oder dieselben jedenfalls so weit wie möglich entfernt halte. Der Präsident möchte ferner bald erfahren, ob es Sr. Exzellenz möglich schiene, seinen Anschauungen gerecht zu werden; er (Präsident) würde dann von der Regierung der Südafrikanischen Republik eine Garantie erhalten, daß keine feindlichen Schritte gegenirgend welchen Teil des Gebietes Ihrer Maj. unternommen würden. Er werde ferner jeden redlichen Vorschlag unterstützen, wenn derselbe endgültigen Charakter trage und die Gewißheit eines dauernden Friedens in sich schließe.

Der Hohe Kommissarerwiderte am 6. Oktober 1899, er bedauere, daß der Präsident als eine der gestellten Bedingungen für weitere Unterhandlungen eine Zusicherung der britischen Regierung verlange, welche dieselbe in der Freiheit des Handelns in Bezug auf die Aufstellung britischer Truppen in britischem Gebiete hindere. Eine solche Zusicherung könne Ihrer Maj. Regierung unmöglich geben. Wenn jedoch der Präsident die Versicherung geben könne, daß während der Unterhandlungen keine Feindseligkeiten unternommen würden, so würde er (der Hohe Kommissar) bereit sein, Ihrer Maj. Regierung zu empfehlen, ein Gleiches zu thun. Steijn antwortete hierauf am selben Tage, daß es ihm unmöglich sei, die Südafrikanische Republik zu ersuchen, die Unterhandlungen weiter zu führen angesichts der Thatsache, daß von allen Teilen Ihrer Maj. Gebiet Truppen nach Südafrika strömten mit dem offenbaren Zweck, die Südafrikanische Republik zu zwingen, einige Bedingungen, die es Ihrer Maj. Regierung zu stellen gefallen habe, anzunehmen. Der Präsident fügte dem hinzu, daß der Schutz britischen Gebietes gegen einen möglichen Einfall auf andere Art bewerkstelligt werden könnte und er hierbei gern helfen würde, jedoch der Hauptpunkt, den die Südafrikanische Republik nur als feindliche That ansehen könnte, sei die fortdauernde Vermehrung britischer Truppen während der Unterhandlungen. Am 7. Oktober erhielt Präsident Steijn eine Antwort auf seine Depesche vom 27. September, in der die Britische Regierung zu verstehen gab, daß sie wiederholt ihre Anschauung betreffs der Angelegenheiten mit der Südafrikanischen Republik dargelegt habe und nicht glaube, daß ihre Haltung verkehrt verstanden werden könne. Wenn der Präsident des Oranjefreistaates jedoch Aufklärung verlange, wolle man sie ihm bezüglich der militärischen Vorbereitungen geben; sie seien nötig geworden, weil die Südafrikanische Republik in ein bewaffnetes Lager umgewandelt sei. Mit Bezug auf die Verwerfung der letzten Vorschläge durch die Regierung der Südafrikanischen Republik sei Ihrer Maj. Regierung jetzt damit beschäftigt, den Zustand von neuem in Erwägung zu ziehen, behalte hierbei jedoch die ernste Thatsache im Auge, daß beide Republiken jetzt

im Kriegszustande seien. Am selben Tage (7. Oktober 1899) erschien in England eine Königliche Proklamation, die das Parlament einberief und die Reservetruppen einzog; zugleich wurde die Mobilmachung eines weiteren Armeekorps für Südafrika befohlen. Am 9. Oktober sandte Präsident Steijn noch ein Telegramm an den Hohen Kommissar, in dem er die Behauptung der englischen Regierung widerlegt, daß die Vermehrung der Truppen der Haltung der Südafrikanischen Republik zuzuschreiben sei, und nochmals auf die Zurückziehung der beiderseitigen Truppenmächte und auf eine damit verbundene Erklärung drängt, daß Ihrer Maj. Regierung die Vermehrung der Truppen aufhalten werde.

Wir haben jetzt den Verlauf der Unterhandlungen wiedergegeben und die Ereignisse beschrieben, genau wie sie sich zugetragen haben. Wer vorurteilslos die Verhältnisse prüft, dem wird klar sein, daß die britische Regierung und namentlich der Hohe Kommissar und Chamberlain ihr Bestes thaten, die Unterhandlungen zum Scheitern zu bringen und den Krieg hervorzurufen.

Das Ultimatum.

Die Regierung der Südafrikanischen Republik erkannte deutlich, was die Britische Regierung bezweckte, und daß ein Zusammenstoß nicht zu vermeiden war, sondern die britische Regierung nur wartete mit der Uebersendung ihres Ultimatums, bis genügend britische Truppen in Südafrika angekommen sein würden, um die Republik von allen Seiten zu überfluten. Als sie einsah, daß ein Krieg unvermeidlich war und alle Konzessionen nichts nützten und ihre einzige Chance die war, die britische Regierung zu zwingen, ihre wahren Absichten zu zeigen, bevor alle britischen Truppen gelandet sein würden, nahm die Regierung der Südafrikanischen Republik ihre Zuflucht zur äußersten Maßregel und sandte am 9. Oktober dem britischen Agenten eine letzte Note, „das sogenannte Ultimatum". Sie legte hier nochmals dar, daß England nicht das mindeste Recht habe, sich mit den inneren Angelegenheiten der Republik abzugeben; daß sie selbst trotzdem, um Schwierigkeiten zu verhüten, zugestimmt habe, in Unterhandlungen mit der britischen Regierung über das Stimmrecht zu treten — eine Frage, die ganz und gar innerhalb der Kom-

petenz der Regierung und des Volksrates der Republik falle, — wie statt friedlicher Besprechung die britische Regierung nach und nach zu Drohungen übergegangen ist; wie seit dem Abbrechen der Unterhandlungen von seiten der britischen Regierung die Republik stets auf den Empfang der angekündigten Vorschläge gewartet habe, welche die britische Regierung machen wollte, und wie in Hinsicht auf die britische Kriegsmacht an den Grenzen die Republik als eine Verteidigungsmaßregel die Bürger aufrufen mußte zur Verteidigung derselben; wie Ihrer Maj. Regierung ungesetzliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik ein Streit mit der Konvention von 1884 sei und die außerordentliche Verstärkung der Truppen an den Grenzen der Republik einen unerträglichen Zustand hervorgerufen habe, welchem die Regierung verpflichtet sei, sowohl im Interesse der Republik als Südafrikas so bald als möglich ein Ende zu machen, und darum mit dem größten Nachdruck Ihrer Maj. Regierung ersuchen müsse, zu folgenden Punkten ihre Zustimmung zu geben:

a) Daß alle streitigen Punkte durch die freundschaftliche Vermittlung eines Schiedsgerichtes oder durch andere freundschaftliche Mittel, über welche beide Regierungen sich verständigen können, geregelt werden sollen.

b) Daß die Truppen an den Grenzen der Republik zurückgezogen werden.

c) Daß alle Verstärkungen, die in Südafrika seit 1. Juni 1899 angekommen, innerhalb einer ehrlichen, zwischen beiden Regierungen festzusetzenden Frist entfernt werden sollen, unter Bürgschaft seitens der Regierung der Südafrikanischen Republik, daß während der weiteren, innerhalb eines von beiden Regierungen näher festzusetzenden Zeitraumes stattfindender Unterhandlungen kein Angriff und keine Feindseligkeiten gegen irgend welchen Teil Ihrer Maj. Besitzungen von den Republiken unternommen werden. Wenn England dieser Bedingung zustimme, so werde die Regierung der Republik bereit sei, ihre bewaffneten Bürger von den Grenzen zurückzuziehen.

d) Daß Ihrer Maj. Truppen, welche jetzt auf der See sind, nicht in irgend einem Hafen Südafrikas gelandet werden sollen. — Die Depesche schloß mit dem Ersuchen an die Britische Regierung, vor 5 Uhr nachmittags am 11. Oktober eine Antwort zu geben — und mit dem Zusatz, daß, wenn keine genügende Antwort vor jenem Zeitpunkt eingetroffen sei, die Republik zu ihrem Bedauern gezwungen sein würde, die Handlungsweise Ihrer Maj. Regierung als eine formelle Kriegserklärung anzusehen und keine Verantwortung für die Folgen auf sich nehmen könne; ferner daß ebenso weitere Truppenbewegungen nach den Grenzen der Republik zu innerhalb obengenannten Zeitraumes ebenfalls als Kriegserklärung angesehen werden würden. Am 11. Oktober brachte Herr Greene die Antwort der Britischen Regierung, welche lautete, daß die von der Regierung der Südafrikanischen Republik gestellten Bedingungen der Art wären, daß es der Britischen Regierung unmöglich sei, dieselben zu besprechen. Er erbat sich zugleich seinen Paß, um das Land zu verlassen. Und so ist, trotz aller Zugeständnisse, aller Verträglichkeit und Nachgiebigkeit vonseiten der Republik der Krieg ausgebrochen. Der Volksrat, welcher noch Sitzung hatte, wurde schon vertagt, als es klar wurde, daß die Feindseligkeiten in Bälde ihren Anfang nehmen würden; und einstimmig hatte er ebenso wie der Volksrat des Oranjefreistaates erklärt, für sein Recht und seine Freiheit Gut und Blut wagen zu wollen, und beide haben dieses Gelöbnis in ihrer letzten Tagung inmitten der Kriegsunruhen wiederholt.*)

Präsident Krüger während des Krieges.

Der Gang und die Wechselfälle des Krieges gehören nicht in diese „Erinnerungen", denn der Präsident nahm an den Kämpfen nicht persönlich teil. Auf ihm lag eine andere Arbeit, die ihn Tag und Nacht thätig zu sein zwang. Alles erwartete von ihm Rat, Anweisungen und Trost. Eine Masse von Telegrammen, in denen er Bürgern und Offizieren Mut zusprach,

*) Die Ansprachen Krügers beim Schluß des vereinigten Volksrates, sowie die beider Präsidenten bei der letzten Sitzung der Volksvertretungen von Transvaal und Freistaat sind im amtlichen Wortlaute als Anhang beigegeben.
D. H.

Rat und Ermahnung erteilte, ging täglich an alle Kommandos hinaus. Die Morgenstunden von 8—12 und die Nachmittagsstunden von 2—4 oder 5 Uhr wurden durch diese Arbeit völlig in Beschlag genommen. Dann erst verließ der Präsident das Regierungsgebäude und legte sich gegen 8 Uhr schlafen, aber nur, um gegen 11 Uhr wieder aufzustehen und die eingelaufenen Telegramme zu erledigen. Um 2 Uhr in der Nacht stand er aufs neue auf, um die inzwischen eingekommenen Berichte durchzusehen, und dann wurde es oft 4 Uhr, bis er wieder zur Ruhe kam. In der späteren Zeit, als die verbündeten Truppen überall zurückgedrängt wurden, unterbrach er in der Regel dreimal, aber häufig auch viermal seinen Schlaf, um ohne Verzug die Telegramme erledigen zu können. Dankbar für jeden Erfolg ließ er nie den Mut sinken, wenn ihm Niederlagen gemeldet wurden. Unzählige Telegramme könnten es beweisen, wenn sie nicht in alle Winde zerstreut wären.

Nach dem Entsatze von Ladysmith ging Krüger persönlich nach Natal, um den Bürgern Mut zuzusprechen. In Glencoe in Natal, wo die Bürger aufs neue Stellung genommen hatten, wies er sie in einer längeren Ansprache auf die Notwendigkeit hin, im Streit nicht nachzulassen. Im gleichen Sinne sprach General Joubert nach ihm.

Kaum nach Pretoria zurückgekehrt, ging Krüger nach Bloemfontein und von da zu Wagen nach Poplar Grove am Modderflusse, um dort den Bürgern Mut zuzusprechen, aber so weit kam er nicht. Denn kaum bei General de Wet angekommen, mußte er sich wieder zurückziehen, da French mit seinen berittenen Truppen eine Umgehung ausgeführt hatte und dem Präsidenten leicht den Weg hätte abschneiden können. Bei seiner Ankunft wurde heftig gekämpft, denn der englische Oberbefehlshaber wußte von der Gegenwart des Präsidenten, und Krüger konnte sich gerade noch rechtzeitig zurückziehen; kaum war er an Modderriverpoort vorbei, so kam auch schon French mit seinen Reitern an. Hier warf sich ihm jedoch de la Rey entgegen, der gerade mit seinem Stabe angekommen war, und hielt ihn auf, bis das Lager und

Kanonen in Sicherheit waren. Als der Präsident den Rückweg antrat, fielen die Bomben rings um ihn nieder, eine gerade hinter den Wagen, in dem er saß. Er mußte also nach Pretoria zurück, ging aber gleich darauf nach Kroonstad, um dort die Bürger zu ermutigen und einem allgemeinen Kriegsrat beizuwohnen. Bei dieser Gelegenheit erhielt der tiefbetrauerte Oberst Villebois Mareuil seine Ernennung zum General der Fremden-Legion. Kurz darauf traf den Präsidenten ein schwerer Schlag durch den Tod des Generals Joubert, der so viele Jahre mit ihm zusammengearbeitet hatte am Aufbau der Republik. Sein Tod wurde von dem ganzen Volke tief betrauert, und es ist kein Zweifel, daß der Hingang dieses aufrichtigen Patrioten auf seine Mitbürger eine entmutigende Wirkung hatte. Glücklicherweise hatte er noch vor seinem Tode einen Nachfolger bezeichnen können, nämlich den gegenwärtigen Generalkommandanten Louis Botha, der bewiesen hat, daß das Vertrauen, das der sterbende General in ihn gesetzt hatte, nicht unverdient war.

Friedensbemühungen.

Kurz vor der Einnahme von Bloemfontein beschlossen beide Regierungen, eine Deputation nach Europa abzuordnen, um den Versuch zu machen, dort eine Intervention zu erlangen. Diese Deputation bestand aus dem Mitgliede des Ausführenden Rates des Oranjefreistaates, A. Fischer, der während des Krieges hervorragenden Anteil an den Verhandlungen gehabt hat als Abgeordneter für beide Republiken, dazu dem Herrn C. H. Wessels, Vorsitzenden des Volksrates des Oranjefreistaates als Abgeordneten dieses Staates, und A. D. Wolmarans, Mitglied des Ausführenden Rates der Südafrikanischen Republik als Abgeordneten dieses Staates, lauter Männer, in welche Regierung und Volk der beiden Republiken das größte Vertrauen setzten. Kurz zuvor nach der Uebergabe von Cronje hatten beide Regierungen eine Depesche an Lord Salisbury gesandt, worin sie erklärten, daß die Republiken bereit seien, sofort Frieden zu machen, wenn ihnen die Unabhängigkeit, das Einzige, wofür sie kämpften, zugestanden werde. Lord Salisbury hatte geantwortet, er könne diesem Vorschlage keine Folge geben, denn die Republiken dürften auch nicht eine

Spur von Unabhängigkeit behalten — und das, nachdem er drei Monate zuvor in einer öffentlichen Rede versichert hatte, daß England weder Goldfelder noch Gebietsvermehrungen durch diesen Krieg suche.

Waren schon die bisherigen Tage mit allen ihren Anforderungen für den Präsidenten schwer gewesen, so wurden die folgenden noch viel schwerer. Als nach dem Entsatze von Mafeking die britischen Truppen von allen Seiten in die Republik hereinströmten, wurde es mit jedem Tage gewisser, daß er auf seine alten Tage Frau und Haus und alles, was ihm teuer war, werde verlassen und im Osten der Republik eine Zuflucht suchen müssen, um von da den Kampf von neuem zu beginnen. Daß ihm der Gedanke an diesen Abschied schwer auf dem Herzen lag, wird jedermann begreifen, zumal seine Gattin schon so alt und schwach war, daß er nicht daran denken konnte, sie mitzunehmen. Der Arzt hatte erklärt, eine solche Reise bedeute ihren Tod und doch mußte der Präsident als sicher annehmen, daß er sie in seinem Leben nicht wieder sehen werde. Und doch, dieser Tag des Auseinandergehens nach einer so langen und glücklichen Ehe kam immer näher und eine ungewisse Zukunft voll Gefahren und Entbehrungen stand vor der Thür. In dieser Gewißheit eröffnete der Präsident im Anfang Mai die alljährliche Volksratssitzung. Die Ansprachen, die er dabei hielt, geben wieder, was in seinem Herzen lebte: Festes Vertrauen und Zuversicht auf eine glückliche Zukunft trotz aller gegenwärtigen Not.*) Viele der bekanntesten Gestalten aus dem öffentlichen Leben ruhten nun schon im Grabe, und ihre Sitze im Volksrat waren leer.

Abschied von Pretoria.

Lord Roberts war endlich vorgedrungen bis Johannesburg, und da man vernahm, daß sein Plan war, durch eine fliegende Kolonne die Delagoaeisenbahn östlich von Pretoria zu zerstören, so wurde beschlossen, daß der Präsident mit der Regierung Pretoria verlassen und den Sitz der Regierung nach dem Osten der Republik verlegen solle. Am letzten Tage seines Aufenthaltes in

*) Diese Ansprache findet sich in ihrem amtlichen Wortlaut im Anhang. D. H.

Pretoria, am 29. Mai 1900, empfing Krüger noch nachmittags, während man bereits mit den Aufladen seiner Sachen beschäftigt war, den amerikanischen Jungen Jimmy Smith, der ihm eine Adresse überbrachte, worin Tausende von Schuljungen aus Philadelphia als Kinder einer Stadt, die sich zuerst gegenüber Großbritannien für unabhängig erklärt habe, „einen Gruß der Sympathie dem Führer des Volkes sandten, das nun an der Reihe sei, seine Unabhängigkeit gegenüber derselben Nation zu verteidigen." Auch eine Transvaalflagge überreichte der Junge, die in Amerika angefertigt war. Der Präsident dankte ihm und den amerikanischen Herren, die ihn begleitet hatten, und eine Stunde darauf, als es bereits dunkel war, fuhr er in Begleitung einiger Vertrauten nach Eerste Fabrieken, der ersten Station hinter Pretoria auf der Ostbahn. Von hier gings mit dem Eisenbahnzuge über Middelburg nach Machadodorp, wo vorläufig der Sitz der Regierung blieb. Der Präsident wohnte hier in seinem Eisenbahnsalonwagen, in dem ein Telegraphenapparat untergebracht war; die Arbeit war nicht weniger geworden als in Pretoria und fortwährend versandte er Telegramme, um die Bürger im Streite zu ermutigen. Die ersten Tage des Juni gehören zu den dunkelsten. Am 5. Juni nahm Lord Roberts Pretoria ein, und viele Bürger, entmutigt durch die letzten Ereignisse, schenkten den verführerischen Proklamationen, durch welche dieser Feldherr die Bürger von ihrer Treue und Pflicht gegen Land und Volk abwendig zu machen suchte, Gehör, legten die Waffen nieder und leisteten den Neutralitätseid. Der Präsident mahnte und warnte, denn sein Glaube an die Zukunft war immer noch unerschüttert. So erließ er am 7. Juni 1900 an alle Offiziere folgendes Telegramm:

„Sagt den Bürgern, daß es ihnen nichts helfen wird, wenn sie die Waffen niederlegen, da Lord Roberts eine Proklamation erlassen hat, er werde in Zukunft keine Bürger mehr gegen Eid freigeben, weil er erfahren habe, daß die Bürger trotz eines solchen Eides wieder auf ihn schießen; er hat außerdem beschlossen, alle männlichen über 12 Jahre alten Personen gefangen zu nehmen, seien sie bewaffnet oder nicht. Wenn sie gefangen

genommen sind, werden sie nach St. Helena geschickt. Kinder sind also auch nicht mehr sicher. Wir haben darum beschlossen, zu kämpfen bis ans Ende. Seid getreu und streitet im Namen des Herrn, denn diejenigen, die flüchten und ihre Stellungen verlassen, oder vom Kommando weglaufen, flüchten direkt nach St. Helena."

Und in längeren Telegrammen und Erlassen legte er auch die religiösen Gründe für sein hoffnungsvolles Ausharren dar.*)

Da Machadodorp einer der kältesten Plätze in Transvaal ist und der Präsident in dieser Zeit viel mit seinen kranken Augen zu thun hatte, so wurde auf Drängen der Bürger beschlossen, nach Waterval Onder, das, am Elandsflusse inmitten hoher Berge tief gelegen, im Winter ein sehr mildes Klima hat, umzuziehen. Hier bekam der Präsident eine kleine Wohnung, die notdürftig für ihn eingerichtet war, und wo er noch die zwei schönsten Monate seit seiner Abreise aus Pretoria zubrachte. Der Sitz der Regierung blieb aber in Machadodorp; dort blieben auch der Staatssekretär und die Mitglieder des Ausführenden Rates, die jeden Morgen zu den Sitzungen mit der Eisenbahn nach Waterval Onder kamen, um hier die laufenden Geschäfte zu erledigen. Von hier aus mußten die Bestimmungen und die Requisitionen, die Urlaubsbedingungen, die Verfügungen gegen säumige Bürger und Beamte, die Neuorganisation des Heeres geregelt und die nötigen Maßregeln gegenüber den Proklamationen des Feindes und ihren Folgen ergriffen werden. Gegen Ende August kam auch Präsident Steijn mit Gefolge hier an, um die Lage des Landes mit Präsident Krüger zu besprechen. Es war ungefähr zu derselben Zeit, wo Lord Roberts gemeinschaftlich mit General Sir Redvers Buller den energischen Angriff auf die Stellungen Bothas bei Dalmanutha machte. Der Erfolg ist bekannt. Nachdem die Bürger acht Tage lang mit Löwenmut gekämpft und alle Versuche des Feindes, durchzubrechen, vereitelt hatten, glückte es endlich doch Buller, einen schwachen,

*) Einige dieser größeren Erlasse sind im Anhang abgedruckt. D. H.

von 79 Mann der Johannesburger Polizeitruppe besetzten Punkt zu nehmen und so zwischen die Stellungen unserer Leute einzudringen. Botha hatte ungefähr 4000 Mann und mußte eine Linie, die sich über mehr als 50 Kilometer ausstreckte, verteidigen. Roberts griff ihn an mit mehr als 50000 Mann und einer Menge schwerer Geschütze. Aus dieser Schlacht war dem Generalkommandanten und den anderen Offizieren klar geworden, daß es der kleinen Anzahl von Bürgern nicht möglich war, den Feind zurückzuwerfen oder noch länger so zu bekämpfen, wie das bisher geschehen war, und daß es besser sei, den Präsidenten wegzuschicken, damit die Bewegungen der Kommandos freier würden. Zunächst ging man nach Nelspruit, einer Station der Delagoabahn, ungefähr halbwegs von Waterval Onder und der portugiesischen Grenze. Das Wegbringen all' der Güter, Wagen, Karren, Pferde, Maulesel u. s. w. machte große Schwierigkeiten, aber die ausgezeichnete Weise, in welcher die Niederländische Südafrikanische Eisenbahn-Gesellschaft bisher allen Anforderungen Genüge geleistet hatte, bewährte sich auch hier. An dem Ort, der nun zum Regierungssitze gewählt war, angekommen, erhielt die Regierung die Proklamation von Lord Roberts, welche die Südafrikanische Republik annektierte. Sofort erließ der Präsident folgende Gegenproklamation:*)

„Nachdem dem Volke der Südafrikanischen Republik und des Freistaates von Großbritannien im Monat Oktober 1899 ein ungerechter Krieg aufgedrungen worden und diese zwei kleinen Republiken den ungleichen Kampf gegen das mächtige britische Reich fast zehn Monate lang ausgehalten haben und noch aushalten; nachdem mir Mitteilung geworden ist, daß eine gewisse Proklamation, datiert vom 1. September 1900, von Lord Roberts, dem

*) Eine Proklamation, durch welche die Bürger vor der Ablegung des Neutralitätseides gewarnt und diesem Eide, weil ungesetzlich, die Anerkennung versagt, war bereits am 21. Juni und eine weitere Proklamation, durch welche die Beamten, die dem Feinde Dienste leisteten, wegen Bruchs ihres Diensteides entlassen wurden, am 29. Juni erfolgt. Eine ähnliche Proklamation gegen die Annexion des Freistaates erließ der Präsident Steijn am 11. Juli Sie ist im Anhang abgedruckt. D. H.

Feldmarschall und Oberbefehlshaber der britischen Kriegsmacht in Südafrika, erlassen worden ist, worin unter der Behauptung, die Südafrikanische Republik sei durch Ihrer Majestät Truppen erobert, die Südafrikanische Republik dem britischen Reiche annektiert wird, während die Kriegsmacht der Südafrikanischen Republik noch im Felde steht und die erwähnte Proklamation also im Widerspruch mit dem Völkerrecht ist;

und nachdem die Unabhängigkeit der Südafrikanischen Republik von fast allen zivilisierten Mächten anerkannt ist;

und da ich es für wünschenswert erachte, allen die es angeht, unverzüglich zur Erkenntnis zu bringen, daß die erwähnte Proklamation von Regierung und Volk der Südafrikanischen Republik nicht anerkannt wird:

So erkläre ich, S. J. P. Krüger, Staatspräsident der Südafrikanischen Republik, nach Beratung und mit Zustimmung des Ausführenden Rates, gemäß Artikel 147 seiner Protokolle vom 3. September 1900 namens des unabhängigen Volkes dieser Republik, hierdurch, daß die erwähnte Annexion nicht anerkannt, sondern hiermit für null und nichtig erklärt wird.

Das Volk der Südafrikanischen Republik ist und bleibt ein freies, unabhängiges Volk und weigert sich, sich der britischen Obrigkeit zu unterwerfen.

Also geschehen und gegeben von meiner Hand zu Nelspruit, Südafrikanische Republik, am 3. Tage des Monats September 1900.

S. J. P. Krüger."

Unterdessen zeigte sich, daß die Hoffnung, das Vorrücken des Feindes in den Bergen zum Stehen zu bringen, bei seiner gewaltigen Uebermacht vergebens war, und als der Feind nun von allen Seiten auf Nelspruit vorrückte, mußte bezüglich des Präsidenten ein entscheidender Schritt gethan werden. Ein Rat, der sich aus den Mitgliedern der Regierungen von Transvaal und dem Oranjefreistaat und aus einer Anzahl von Offizieren, worunter auch der Generalkommandant war, zusammensetzte, beschloß, den

Präsidenten nach Europa abzuordnen, um da zu sehen, was er noch für die Sache der Republiken thun könnte. In seiner Abwesenheit sollte der General und Vizepräsident S. W. Burger als stellvertretender Staatspräsident funktionieren. Eine Proklamation gab diesen Beschluß öffentlich bekannt und lautete:

„Da das hohe Lebensalter Z. H. Ed. des Staatspräsidenten es für Z. H. Ed. unmöglich macht, ferner den Kommandos zu folgen; und da der Ausführende Rat überzeugt ist, daß die hochgeschätzten Dienste Z. H. Ed. noch vorteilhaft verwendet werden können im Interesse für Land und Volk:
so beschließt der Ausführende Rat hiermit, Z. H. Ed. einen Urlaub nach Europa zu geben auf die Zeit von 6 Monaten, um da unsere Sache zu fördern. An seine Stelle tritt, gemäß den Gesetzen, Herr S. W. Burger, Vizepräsident.

S. W. Burger, Vizepräsident.
F. W. Reitz, Staatssekretär.

Regierungsbureau Nelspruit, 10. September 1900."

War das Verlassen von Pretoria schon schwer für Krüger, so war das Verlassen seines Landes, dem er sein Leben geweiht hat, unter solchen traurigen Umständen doppelt schwer. Er sah es überschwemmt und erfüllt von dem Feinde, der in seinem Uebermute bereits erklärte, daß der Krieg aus sei und nur noch Guerillabanden das Land durchstreiften. Er mußte Abschied nehmen von den Männern, die ihm so viele Jahre zur Seite gestanden, und mußte sein Land und Volk, seine greise Gemahlin, Kinder und Freunde und die kleine Schar todesmutiger Kämpfer verlassen, die von allen Seiten eingeschlossen sich einen Weg bahnen mußten durch einen wüsten unbewohnten Strich nach dem Norden der Republik, um dort eine Reorganisation zustande zu bringen und den Streit auf's neue zu beginnen. Aber es blieb ihm nichts anderes übrig. Er mußte sich entweder dem Beschlusse fügen oder sich gefangen nehmen lassen. Bei seinem hohen Alter, bei dem er nicht mehr zu Pferde sitzen konnte, war

es ihm unmöglich, sich den Kommandos weiter zu fügen. Es war ihm aber ein Trost, die Regierung in den Händen solch treuer Männer wie Schalk Burger, Reitz, Louis Botha, de la Rey zu lassen, und er wußte, welch' treue Stütze sie hatten in dem edlen Präsidenten Steijn. Am Abend des 10. September wurde Abschied genommen in Nelspruit und bei Krüger blieb nur das Gefolge, das ihm der Ausführende Rat zur Begleitung angewiesen hatte.

Auf der Reise nach Europa. Am folgenden Tage — der Präsident hatte in Krokodilpoort übernachtet — begann die lange Pilgrimsreise nach Europa, eine Reise, deren Ablauf man damals weder vorhersehen noch vorhersagen konnte. Von Krokodilpoort an wurde die Reise im Eisenbahnwagen des Chefs der „Niederländischen Südafrikanischen Eisenbahn-Gesellschaft" fortgesetzt. In Hektorspruit wurde einige Stunden auf Präsident Steijn und einige andere Freunde, die dorthin gekommen waren, um Abschied zu nehmen, gewartet, und dann ging die Reise nach Laurenzo Marquez weiter an Komatipoort, der letzten Station in der Republik, vorbei nach der Grenzstation Resano-Garcia, wo der Direktor der portugiesischen Eisenbahn den Zug übernahm.

In portugiesischer Gefangenschaft. In Laurenzo Marquez ließ man den Zug nicht in der Station halten, sondern auf ein Nebengeleise bringen, sodaß (es war schon dunkel) der Präsident unbemerkt nach der Wohnung des Generalkonsuls Pott kommen konnte. Es war seine Absicht, hier zu bleiben, bis er sich auf dem ersten Dampfer — das wäre der Dampfer „Herzog" von der Deutsch-Ostafrika-Linie gewesen — nach Europa einschiffen könne. Aber bereits am folgenden Tage kam der portugiesische Gouverneur und meldete, daß er den Auftrag habe, den Präsidenten als Gast der portugiesischen Regierung mit sich nach seiner Wohnung zu nehmen. Als der Präsident dagegen Bedenken äußerte, erklärte der Gouverneur, er habe überhaupt keine Wahl, sondern müsse sofort mitgehen, und wenn er nicht wolle, müsse er Gewalt gebrauchen. Diese Handlungsweise der portugiesischen Regierung ist unzweifelhaft dem Drucke zuzuschreiben, den die englische Regierung auf sie ausübte, denn der portu-

giesische Gouverneur regierte nur dem Namen nach, der wirkliche Gouverneur war der englische Konsul in der Delagoabai. Der Gouverneur Machado, der vielleicht seine unangenehme Aufgabe sehr ungern ausführte, behandelte den Präsidenten sehr freundlich, aber ließ ihn doch nirgends hingehen, ohne ihn zu begleiten, und auch von dem Gefolge des Präsidenten, das ebenfalls im Hause des Gouverneurs einquartiert war, konnte niemand den Fuß in die Stadt setzen, ohne von einem Adjutanten begleitet zu werden; aber auch dann noch durften sie mit niemand ein Gespräch führen. In den ersten Tagen hatte man den zwei Herren im Gefolge des Präsidenten ebenso wie einigen anderen Freunden wenigstens noch zugestanden, ihn zu besuchen, aber auch das wurde bald verboten und zwar, weil, wie erklärt wurde, der englische Konsul sich darüber beklagt habe. Dieser Zustand dauerte einige Wochen lang, während deren der Präsident thatsächlich ein Gefangener im Hause des Gouverneurs war. In die Zeit des Aufenthaltes im Hause des portugiesischen Gouverneurs fiel auch der 75. Geburtstag des Präsidenten. Wie ganz anders war es früher bei solchen Festtagen, wenn ganz Pretoria und viele Bürger von auswärts sich aufmachten, um ihre Glückwünsche darzubringen und ein Strom von Besuchern von morgens früh bis abends spät sich in der Richtung der Präsidentenwohnung dahin zog. Jetzt, von Land und Volk und von seiner Familie getrennt, durfte der Gefangene des portugiesischen Gouverneurs nicht einmal die Glückwünsche von Seiten der Bürger, die sich in der Delagoabai befanden, entgegen nehmen, nur von der Straße aus durften sie ihre Glückwünsche ihrem Präsidenten zurufen, was denn auch jeder Bürger, der sich dort befand, that. Der erste Lichtstrahl, der in diese Nacht der Trübsal fiel, war das Anerbieten der holländischen Königin, auf einem Kriegsschiffe den Präsidenten nach Europa zu holen — eine That, die von dem gesamten Burenvolke hoch anerkannt wird. Jetzt war doch wenigstens die Unsicherheit gehoben, ob die Reise überhaupt glücken werde. Da das Schiff aber weit von der Delagoabai entfernt war, konnte die Einschiffung erst am 21. Oktober erfolgen, und dann mußte die

„Gelderland", wo der Präsident äußerst freundlich und liebenswürdig von den Kommandanten und den Offizieren empfangen wurde, erst noch Kohlen einnehmen.

Auf hoher See.

Die Reise von der Delagoabai nach Dar-es-Salam, wo die „Gelderland" am Morgen des fünften Tages ankam, verlief sehr gut. Der Präsident hatte zwar anfangs zum ersten Male in seinem Leben etwas Seekrankheit, aber bald steckte er sein Pfeifchen wieder an, ein deutlicher Beweis, daß die Seekrankheit vorüber war. In Dar-es-Salam kamen einige deutsche Beamte an Bord der „Gelderland" und luden den Präsidenten zu einem Diner ein, das sie zu seinen Ehren geben wollten. Er aber ersuchte sie, um der traurigen Umstände seines Landes willen, von dieser Ehrung Abstand zu nehmen. Aehnlich war es in Djibutil am 2. November. Von hier aus ging die Reise nach Suez. Alle Schiffe, die an der „Gelderland" vorbeikamen, grüßten, und von einigen, die näher heranfuhren, jauchzten die Passagiere dem Präsidenten zu. Ein französisches Schiff verließ sogar seinen Kurs, um die „Gelderland" zu grüßen, allein die meisten englischen Schiffe — dicht bei Sardinien tauchten sogar ihrer fünf auf einmal auf — grüßten nicht. Von Suez wurde die Reise fortgesetzt nach Port Said, wo Kohlen eingenommen werden sollten. Von hier bis Marseille war, abgesehen von den Zeitungskorrespondenten, die den Präsidenten — wenn auch vergeblich — zu interviewen suchten, die Reise besonders unangenehm. Es wütete ein Sturm, der die Wogen über dem Schiff zusammenschlagen ließ, und das Schiff stampfte und rollte, daß der Präsident wiederum die Seekrankheit bekam.

Am Ende der Reise lud der Kommandant der „Gelderland" den Präsidenten mit seinem Gefolge zu einem offiziellen Diner ein. Der Saal wurde mit holländischen und einer Transvaalflagge — dieselbe, welche amerikanische Schuljungen mit einer Adresse aus Philadelphia gesandt hatten — verziert. Infolge dieses schlechten Wetters langte das Schiff auch erst am 23. (statt am 22. November 1900) im Hafen von Marseille an.

Einige Tage vor der Ankunft des Präsidenten in Marseille hatten die Mitglieder der „Südafrikanischen Deputation“ (Wolmarans fehlte, weil er krank war) mit Dr. Leyds und einer Anzahl anderer Herren sich nach Marseille begeben, um dort den Präsidenten zu empfangen. Professor Hamel von der Universität Groningen machte in ausgezeichneter Weise den Dolmetscher. Vom Deck des Schiffes aus, wohin auch die Mitglieder der „Südafrikanischen Deputation“ in einer Schaluppe kamen, sah man nichts als ein Gewoge von Menschen, die alle jubelten und mit ihren Taschentüchern Gruß zuwinkten. Selbst die Dampfer, die im Hafen vor Anker lagen, wimmelten von Menschen.

Im fremden Lande.

Mit herzlichem Danke für ihre Freundlichkeit und ihr Zuvorkommen schied der Präsident von dem Kommandanten des Schiffes und seinen Offizieren; er hat seine Reise auf der „Gelderland“ noch stets in angenehmer Erinnerung.

Als er an's Land kam, jauchzten ihm Tausende in heller Begeisterung zu. Der Vorsitzende des „Komitees für die Unabhängigkeit der Buren“, das sich da gebildet hatte, begrüßte ihn und rief ihm als „Dolmetscher der Gefühle von ganz Marseille“, wie er sagte, ein herzliches Willkommen zu, wobei er meinte, die Begeisterung, die der Präsident sähe, werde ihm mehr als alle Worte sagen.

Der Präsident erklärte, daß er den Willkommengruß dankbar annehme, obwohl er bei der Trauer, in der sein Land sitze, nicht gekommen sei, um gefeiert zu werden. „Der Krieg in Südafrika“ fuhr er fort, „hat die Grenze der Barbarei erreicht, ich habe gewiß in meinem Leben viel gegen barbarische Kaffernstämme gefochten, aber so barbarisch wie die Engländer, welche die Farmen verbrannten und die Frauen und Kinder ohne Nahrung oder Schutz in's Elend trieben, sind sie nicht. Ich hoffe, Gott wird das Burenvolk nicht verlassen. Wenn aber Transvaal und der Freistaat ihre Unabhängigkeit verlieren müssen, dann wird das erst geschehen, wenn beide Völker mit Frauen und Kindern vernichtet sind.“ Auf dem Wege nach dem Hotel standen Tausende

von Menschen, die dem Präsidenten fortwährend zujauchzten, und im Laufe des Nachmittags brachten verschiedene Deputationen ihren Willkommengruß.

Der prächtige Empfang war den in Marseille sich aufhalttenden Engländern ein Dorn in den Augen, und sie suchten den Zug zu stören, indem sie aus den Fenstern eines Hotels Kupfergeld unter die Leute warfen, um so Tumult hervorzurufen. Aber dieses Vorgehen hätte für sie beinahe ernste Folgen gehabt, da das Volk, über dieses Benehmen empört, das Hotel stürmte, so daß man polizeilichen Schutz erbitten mußte.

Unmittelbar nach seiner Ankunft hatte der Präsident ein Telegramm an Präsident Loubet gesandt, um ihn zu begrüßen und ihm seinen Dank auszusprechen für die Teilnahme seiner Regierung und seines Landes. Der Präfekt von Marseille machte namens des Präsidenten seine Aufwartung.

Am 24. November reiste Präsident Krüger im Extrazug nach Paris, überall unterwegs jubelnd begrüßt. Der Zug hielt an ein paar Stationen, wo überall große Menschenmengen versammelt waren und dem Präsidenten Blumen zur Begrüßung brachten. In Lyon mußte er aussteigen, um den Gruß der Menge entgegenzunehmen, und der Bürgermeister überreichte ihm als Andenken eine prächtige Medaille. In Dijon, wo man übernachtete, wurde der Weg nach dem Hotel unter dem Donner der Kanonen zurückgelegt.

Ein Hoffnungsschimmer

Am folgenden Morgen ging die Reise nach Paris, wo am Bahnhof feierlicher Empfang stattfand und verschiedene Reden gehalten wurden. Auf die Ansprache des Vizepräsidenten des Pariser Stadtrates meinte Krüger, sobald er den Fuß auf Pariser Boden gesetzt habe, habe er neues Vertrauen geschöpft, denn das Wahrzeichen dieser Stadt — ein Schiff, das nie sinkt — rufe ihm zu, daß auch die Republiken nicht untergehen würden. Auf dem Weg zum Hotel standen unübersehbare Menschenmassen, die riefen, „Hoch Krüger, hoch das Schiedsgericht" und ohne Unterlaß Blumensträuße an seinen Wagen warfen. Vor

dem Hotel rief ihn das Volk auf den Balkon, und drei- bis viermal täglich mußte der Präsident da erscheinen, ehe sich die Menschenscharen zerstreuten.

Um vier Uhr nachmittags empfing ihn Präsident Loubet offiziell im Elysée und ließ ihn durch eine Abteilung Kürassiere dahin geleiten, machte ihm auch gleich nach der Rückkehr ins Hotel einen Gegenbesuch.

Während des Aufenthaltes in Paris vom 26. November bis 1. Dezember wurden auch die Sehenswürdigkeiten besucht, der Eiffelturm, das Stadthaus, die Weltausstellung, wo der Präsident mit Rührung von den Inschriften Kenntnis nahm, die auf den Mauern des Transvaalpavillons angebracht waren und alle gute Wünsche für die Buren enthielten. Im Sitzungssaal des Rathauses, wo der ganze Stadtrat versammelt war, sprach der Vorsitzende die Bewunderung seines Volkes für den Heldenmut der Republiken aus und meinte, wenn die Regierungen schwiegen, müßten die Völker reden, und so würde doch ein Schiedsgericht zustande kommen.

Auch der Präsident des Conseil général hielt eine Ansprache. In seiner Erwiderung sagte der Präsident, wenn die Buren, die noch nicht geschlagen seien, sondern noch lange fechten würden, von dem Empfange hören könnten, der ihm in Frankreich zu teil geworden sei, so würden sie in der Entschlossenheit, im Streite auszuhalten, noch gestärkt werden. Im übrigen dankte er auch der Presse für ihre Aufklärung über die Art der englischen Kriegsführung und setzte hinzu: „Wenn man Berichterstatter direkt nach dem Kriegsschauplatze senden könnte, so würden sie erstaunt sein über die Grausamkeiten, die von England dort verübt wurden." Nach dem Empfange einer Reihe von Deputationen verließ er unter sich stets gleich bleibender Volksbegeisterung und von den Behörden und privaten Vereinigungen ausgeleitet, am 1. Dezember Paris, um nach Köln zu fahren. Auf dem Wege bis zur französischen Grenze wiederholte sich das Schauspiel, das die Reise auf dem Wege von Marseille nach Paris gezeigt hatte. An jeder Station, die der Präsident berührte, wurde er von einer

großen Volksmenge begrüßt, und ebenso war es in Belgien. Diese Begeisterung, die er in Frankreich sah, war ihm nicht nur eine Freude, sondern sie bestärkte ihn auch in der Hoffnung, daß seine Reise nicht vergeblich sein werde.

Enttäuscht. Diese Hoffnung sollte aber sehr bald vernichtet werden. Am Abend desselben Tages erreichte man Köln, wo eine Begeisterung herrschte, wie sie vielleicht Köln noch nie gesehen hatte. Leider ereignete sich am Bahnhof ein Unglück, durch das einer der Zuschauer sein Leben verlor. Bei dem Menschengedränge fielen ein paar Leute durch eine Oeffnung auf dem Perron, wobei einer von ihnen sein Bein brach und an den Folgen starb. Wegen der großen Menschenmassen mußte der Präsident auf einem Umwege sein Hotel zu erreichen suchen. Hier empfing er kurz nach der Ankunft ein Telegramm von dem Deutschen Kaiser, das ihm meldete, daß ihn Seine Majestät jetzt nicht empfangen könne, da er auf die Jagd müsse. Es wurde dann beschlossen, nach dem Haag weiter zu reisen, jedoch empfing der Präsident, bevor er Köln verließ, noch eine Reihe von Deputationen, die ihm ihre Sympathie bezeugten. Auch die Frau des Mannes, der infolge des Unglückes am Bahnhofe gestorben war, empfing der Präsident und bezeugte ihr sein inniges Mitleid. Die Gelegenheit, den berühmten Kölner Dom zu sehen, ließ sich der Präsident auch nicht entgehen. Daß sich bei der Reise durch Deutschland und in Holland überall dieselbe leidenschaftliche Teilnahme an der Sache der Buren zeigte, wie in Köln, war für den Präsidenten ein Trost. Von Station zu Station erschienen die Vertreter der betreffenden Städte nebst Korporationen und Vereinigungen mit ihren Fahnen und Abzeichen.

Am Abend, als es bereits zu dämmern begann, langte der Zug im Haag an. Die Umgebung des Bahnhofes und alle Straßen bis zum Hotel, wo der Präsident absteigen wollte, waren dicht besetzt von einer unendlichen jubelnden Menschenmenge. Von der holländischen Grenze aus hatte der Präsident bereits ein Telegramm an die Königin gesandt, um ihr seine Huldigung zu bezeugen. Ihre Minister machten sofort nach seiner Ankunft im Hotel ihren Be-

such, und am folgenden Tage ging er an den Hof, um der Königin seine Aufwartung zu machen, und sich bei ihr für das Schiff, das sie ihm so liebenswürdig gesandt hatte, zu bedanken. Von Ihr. Majestät empfing er später auch eine Einladung zur Tafel, und der Herzog-Gemahl machte ihm im Hotel einen Besuch. Nach kurzer Pause besuchte der Präsident Amsterdam, wo ein großer Empfang „im Palast für Volksfleiß" und ein feierlicher Gottesdienst in der großen Kirche stattfand. Wieder zurückgekehrt nach dem Haag, wo er ursprünglich nicht zu verweilen gedachte, da er wegen seiner Augenkrankheit möglichst bald einen Spezialarzt zu Rate ziehen mußte, wurde er hier ernstlich krank; wahrscheinlich hatte er sich eine Erkältung zugezogen, die bald in einen schweren Lungenkatarrh ausartete; sein Zustand flößte seiner Umgebung damals große Sorge ein. Nach seiner Wiederherstellung begab er sich nach Utrecht und blieb hier zweieinhalb Monate, während welcher Zeit er sich mit günstigem Erfolge einer Operation an beiden Augen unterzog, welche von Professor Snellen und seinem Leibarzte Dr. Heymans vorgenommen wurde. Von da zog er nach Hilversun, wo er mit seinem Gefolge in der Villa Casa Cara acht Monate lang wohnte. Der Aufenthalt hier wurde nur unterbrochen durch einen mehrwöchentlichen Besuch bei A. D. W. Wolmarans in Scheveningen und durch den längst versprochenen Besuch einiger weiterer holländischer Städte. So kam der Präsident nach Rotterdam, wo er im Tiergarten zugleich ein Bäumchen besichtigte, das er im Jahre 1884 da gepflanzt hatte, und einen Ausflug auf der Maas unternahm, wozu ihm die Rhederei Fop Smit einen ihrer schönsten Dampfer, den „Lehmann" zur Verfügung gestellt hatte. Bei dieser Gelegenheit sah er mit Ehrfurcht auch die alte Kirche von Dordrecht, wo die Synode von 1818/19 versammelt war, deren Beschlüsse von so großem Einfluß waren auf die Kirche, der der Präsident angehört. So kam er auch aufs neue nach Kampen, dem Mecca der reformierten Kirche, das er bereits früher besucht hatte. In beiden Städten war der Empfang so herzlich, als er nur sein konnte. Kurz nach der

Rückkehr nach Hilversun traf ihn der schwerste Schlag seines Lebens. Ein Kabelbericht meldete, daß seine Gemahlin gestorben sei. Tief betrübt, richtete er sich doch auf an dem Gedanken, daß die Trennung nur vorübergehend sei und nicht lange dauern werde. Und sein Glaube gab ihm auch die Kraft, einen Brief der Ermutigung und des Trostes an seine Tochter, Frau Malan, zu schreiben. Schließlich lud ihn Wolmarans nochmals ein paar Wochen zu sich nach Scheveningen ein, um ihn etwas von seinen Gedanken abzuleiten. Nach Hilversun zurückgekehrt, wohnte er da zurückgezogen für sich und soweit ihn die nötigen Beratungen nicht hinderten, ausschließlich mit dem Lesen seiner Bibel beschäftigt.

Voll neuer Zuversicht.

Im Beginn des Winters, am 10. Dezember 1901, siedelte er nach Utrecht in die Villa „Oranjelust" an der Maliebaan über. Hier war es, wo er die Nachricht von dem glänzenden Siege de la Rey's über Lord Methuen erhielt. Er war über diesen Sieg sehr erfreut, sagte aber, als jemand beim Vorlesen die Bemerkung machte, hoffentlich werde de la Rey Methuen gefangen halten: „Ich würde das nicht billigen, sondern hoffe, daß de la Rey ihn ohne Zögern in Freiheit setzt, denn wir Buren müssen bis ans Ende uns als Christen betragen, so unkultiviert die Engländer uns auch behandeln mögen." Bei der Kunde, daß Methuen freigegeben sei, drückte er seine aufrichtige Freude aus. Auch eine Reihe anderer günstiger Nachrichten war damals aus der Heimat eingelaufen, sodaß der Zustand der Dinge zu den besten Hoffnungen berechtigte.

Im übrigen hatte er während des Krieges auf Anfragen vom Kriegsschauplatze geantwortet, daß sein Vertrauen noch ungebrochen sei, daß es aber völlig in der Hand der Führer im Felde liegen müsse, ob und wie sie unter dem Drange der Verhältnisse frühere Beschlüsse ändern wollten. Während der Friedensunterhandlungen hatte er auf alle Fragen, was er vom Frieden dächte, nur eine Antwort, nämlich die, es werde alles so kommen, wie Gott es haben wolle. Und als der Friedensschluß bekannt wurde, da hat er den Führern das Bibelwort: 2. Kor. 8. 3. gewidmet: „Und über Vermögen — das bezeuge ich — waren sie willig."

Was ihn selbst angeht, so hat er erklärt, er werde auch angesichts der Thatsache, daß der Friede nicht so sei, wie ihn die Bürger gewünscht hätten, doch den Mut nicht sinken lassen. „Denn, so fuhr er fort, ganz abgesehen davon, daß nun dem Blutvergießen und den fürchterlichen Leiden des Volkes der beiden Republiken ein Ende gemacht ist, bin ich überzeugt, daß Gott die Seinen nicht verläßt, selbst wenn es oft so scheint. Darum ergebe ich mich in den Willen des Herrn. Ich weiß, er wird da bedrängte Volk nicht untergehen lassen. Er ist der Herr und hat alle Herzen in seiner Hand und lenkt sie, wie er will."



Anhang.

Rede des Präsidenten Paul Krüger bei der letzten Uebernahme der Präsidentschaft am 12. Mai 1898.

„Meine Herren Vorsitzenden und Mitglieder beider Körperschaften des Volksrates! — Ich muß aber zunächst den Sekretär ersuchen, meine Worte, wie ich sie spreche, niederzuschreiben, damit meine Rede später nicht in irgend einer Weise mißverstanden wird. — Geehrte Herren! Ich stehe heute hier vor Ihnen, der Stimme des Volkes, in welcher ich auch Gottes Stimme zu erkennen glaube, gehorchend, um wiederum als Staatspräsident die Leitung des Landes zu übernehmen. Geehrte Herren! Wenn ich zurückblicke auf die Laufbahn, die ich zurückgelegt habe, so kann ich, der ich aus Erfahrung alle Beschwerden und großen Mühseligkeiten, die mit diesem schweren Amte verbunden sind, kenne, gar nicht anders als offen zu bekennen, daß ich mich selbst für untüchtig und blind halte; ich wiederhole: untüchtig und blind. Wenn ich zurückschaue, wie der Herr dies Volk geleitet hat, und wie Gott dies Volk frei gemacht hat, dann weiß ich, da ich nun das Volk leiten soll, was daraus folgen würde, wenn ich abtrünnig würde, denn ich habe nicht nur den Herren vom Volksrate einen Rechenschaftsbericht abzulegen, sondern auch Gott Rechenschaft zu geben, und mein Leben ist nur noch kurz; ich werde vor ihm erscheinen müssen,

und wenn ich daran denke, dann erbebt mein Herz, und ich kann nur bitten:

Herr, ach mach mir Deine Wege
Durch Dein Wort und Geist bekannt;
Lehre mich, wohin sie führen,
Und wohin Dein Schritt sich richt't.
Leit' in Deine Wahrheit mich,
Dein Gebot lehr mich betrachten!
Denn Du bist mein Heil, o Herr,
Und ich warte Deiner stets.

Glaube und Politik. Gott der Herr.

Er hat verheißen: Wer alle seine Hilfe und Kraft vom Herrn erwartet, wählt die wohlgebahnten Wege, und wer an der Furcht Gottes seine Lust hat, wird an Ihm einen Führer haben. Wer dies von Herzen erkennt, schaut hin auf den Herrn, unsern treuen Bundesgott, und bittet um Licht, Weisheit und göttliche Kraft. Er will uns alles schenken aus Seinem unendlichen Gnadenreichtum; ja auf diesen treuen Bundesgott vertraue ich, da er uns auf verschiedenen Wegen so sichtbar geleitet hat. Also trete ich dieses Amt an in der Furcht Gottes, in Aufrichtigkeit, ja, es ist das innigste Wünschen und Begehren meines Herzens, vor ihm zu leben und das Volk nach seinem Willen zu regieren.

Nichts anderes wird mir am Herzen liegen, als die Wohlfahrt des Volkes ins Auge zu fassen und den Fortschritt, die Wohlfahrt und die Unabhängigkeit des Volkes zu behüten. Geehrte Herren! Ich werde genau achten auf die Entwicklung des Landes, in der schon oft so bald und rasch Fortschritte zu bemerken waren, insbesonders werde ich aber bei allem notwendigen Fortschritte mein Augenmerk fest darauf richten, daß die Unabhängigkeit des Landes nicht im geringsten in Gefahr gerät, und daß auch nicht das mindeste Recht aufgegeben wird, wenn dadurch die Unabhängigkeit des Landes unterminiert würde, denn ich würde ein hartes Gericht auf mich herabziehen, wenn ich es wäre, durch den die Unabhängigkeit zu Schaden käme; hat uns doch Gott so sichtbar geleitet, daß die blindesten Heiden und die ungläubigsten Geschöpfe es 'nsehen müssen, daß es Gottes Hand gewesen ist, die uns die abhängigkeit geschenkt hat.

Geehrte Herren, ich vertraue auf Sie als auf die Körperschaft der Gesetzgebenden Macht, daß Sie mich in diesen meinen Anschauungen unterstützen werden, und daß Sie in Ihrer Weisheit mir solche Maßregeln vorschlagen werden, durch welche das Land in seiner Unabhängigkeit und Wohlfahrt nach allen Richtungen hin unterstützt werden kann; und im besonderen, geehrte Herren, hoffe ich, daß Sie alle Bedürfnisse aller Einwohner des Landes ohne Unterschied der Person oder Nationalität, in ernste Erwägung ziehen werden.

Fürsorge für die Industrie.

Zu meinem größten Leidwesen habe ich vernommen, daß ein so schwerer Druck auf den Goldfeldern und zwar zumeist auf den Armen und Mindervermögenden liegt. Ich gebe Ihnen die Versicherung meiner Teilnahme an ihrem Lose und bin der Zuversicht, daß dieser schwere Druck bald vorübergehen möge. Von Seiten der Regierung wird gethan, was sie thun kann, um die Goldfelder zu unterstützen; dafür dient zum Beweise erstens die Herabsetzung des Eisenbahntarifs um einen jährlichen Gesamtbetrag von 200000 Pfd. Sterling; zweitens die Ermäßigung der Einfuhrzölle um ungefähr 700000 Pfd. Sterling in Bezug auf Lebensmittel und andere Dinge, welche direkt in den Minen gebraucht werden; drittens die Regelung, die geschaffen wurde, Eingeborene von Mozambique als Arbeitsleute zur Unterstützung der Minen einzuführen; und viertens die Preisherabsetzung des Dynamits. Sie wissen alle, daß, als im Jahre 1893 der Kontrakt zur Errichtung der Dynamitfabrik abgeschlossen wurde, Dynamit für ungefähr 6 Pfd. Sterling per Kiste eingeführt wurde. Durch die Gesellschaft wurde der Preis auf 5 Pfd. Sterling herabgesetzt, und dieser Preis sank allmählich auf 85 sh. per Kiste herab und ist jetzt bereits auf 75 sh. gesunken, und ich hoffe, den Preis noch mehr herabdrücken zu können. Meine Bemühungen in dieser Hinsicht sind noch nicht abgeschlossen. Wie ich bei Versammlungen bereits gesagt habe, ist die Dynamitfabrik nicht errichtet worden, um unsere Minenindustrie zu drücken, sondern um sie zu unterstützen und zu fördern, und vor allem die schwächeren Minen, und ich hoffe, daß sie sich so lange über Wasser halten, bis ich so

weit bin (scil. ihnen noch wirksamer nachhelfen); denn sowohl Mineninduſtrie wie Dynamitfabrik gehören zu dem Staate und müssen einander helfen, und man wird sich noch überzeugen, daß ich von diesem Wege nicht abgehen werde und doch so weit komme, daß das Dynamit für die Minen billig ist.

Fürsorge für bedrängte Schuldner.

Zu meinem größten Leidwesen vernehme ich, daß auf den Goldfeldern einige B a n k e n und andere Einrichtungen sind, welche die Armen und Unvermögenden völlig zugrunde richten. Als nämlich vor einigen Jahren die Minen gute Geschäfte machten, haben sie Geld aufgenommen, und zwar wie mir berichtet worden ist, unter guter Sicherheit, um die Geschäfte ausdehnen zu können; jetzt bei der gedrückten Lage, werden ihnen die Kapitalien gekündigt, und sie müssen das Geld zurückzahlen, wiewohl die von ihnen gegebene Sicherheit heute noch ebensogut ist wie zuvor, und es wird auf diese Weise ihr Eigentum unter dem Werte verkauft. Wenn das wahr ist, dann können solche Banken nicht anders als mit dem Namen gottlose und unchristliche gebrandmarkt werden; bringen sie doch Hungersnot und Elend in den Reihen der Armen hervor und konzentrieren alles in den Händen der Reichen. Geehrte Herren! Wir haben bereits die Dynamitfelder als warnendes Beispiel, und wenn das, was mir berichtet ist, wahr ist, dann wird der Volksrat Maßregeln ergreifen müssen, um diese Armen und Mindervermögenden zu schützen, und die Regierung wird sich genötigt sehen, solchen Banken die Licenz zu entziehen oder nicht zu erneuern, denn so sind sie mehr zur Unterdrückung und Ausbeutung der Armen, als daß sie ihnen zur Hilfe dienen. Gott sieht alles, und der Herr sagt: „Errette den Armen aus der Hand des Vogelstellers". So etwas darf unter uns nicht bestehen bleiben.

Schutz gegen Ausbeutung der Arbeiter.

Dann ist mir weiter zu Ohren gekommen, daß in Europa K o n t r a k t e m i t a r m e n A r b e i t s l e u t e n abgeschlossen worden sind, die der Meinung waren, die Lebensmittel seien hier so billig wie in ihrer Heimat, sodaß sie, wenn sie hier angekommen, in einer Schlinge gefangen sind, da sie von dem im Kontrakte vereinbarten Lohne nicht leben können. Ich hoffe, daß Sie Maßregeln ergreifen werden, daß kein im Auslande geschlossener Kontrakt hier rechts-

giltig ist, bevor ihn nicht ein dazu angestellter Beamter hier bestätigt und gebilligt hat, und wenn ihn nicht beide Seiten, nämlich die, welche sich verbindet, und die, welche ihn verbindlich macht, anerkennen. Solcher Betrug und solche Irreführung dürfen unter uns nicht vorkommen, wiewohl ich hoffe, daß es auch jetzt nicht so ist.

Schutz ausländischer Aktionäre und der Ehre des Staates.

Dann ist mir, geehrte Herren, ferner zu Ohren gekommen, daß hier Gesellschaften gegründet werden zur Erschließung von Land, welches nicht einmal genau untersucht worden ist, ob es überhaupt goldhaltig ist. Man wirbt Teilhaber in Europa, die nicht anders glauben, als daß das Land gut ist, und erst wenn sie hierher kommen, bemerken sie, daß die Gründe wertlos sind, und dann wird die Schuld auf die Regierung geschoben. Die Aktionäre in Europa müssen ebensogut von der Regierung geschützt werden, wie die Leute hier. Ich hoffe denn auch, daß solche Bestimmungen festgelegt werden, daß keine Gesellschaft Aktionäre werben darf, bevor der Staatsmineralog oder Staatsmineningenieur den Grund und Boden untersucht und einen Bericht darüber eingeliefert hat, damit das europäische Publikum nicht länger betrogen wird und nicht denkt, die Schuld liege an der Regierung; darüber muß gewacht werden.

Hilfe für alle Bedrängten. Erhaltung der Unabhängigkeit.

Schließlich will ich noch sagen, daß es zwei Punkte gibt, die im Auge behalten werden müssen; den zweiten davon führe ich an auf Grund des Wortes Gottes. Der erste Punkt ist der, daß Sie keine Rechte vergeben dürfen, welche die Unabhängigkeit in Gefahr bringen könnten, und der zweite ist, daß Sie ihre Ohren nicht verschließen dürfen vor den Klagen der Armen, Fremden oder Freunde, vielmehr suchen müssen, solche Armen aus ihrer bedrängten Lage zu retten und ihnen aus dem Netze des Vogelstellers zu helfen, und Gott wird dann in unserer Mitte sein und uns in unserem Thun segnen. Ja, geehrte Herren, wenn wir darin fest zusammenstehen, und Sie mich in diesen Punkten unterstützen werden, dann ist es wahr, daß „Eintracht stark macht", und Gott wird dann in unserer Mitte sein.

Sorge für die Unabhängigkeit.

Hochgeehrte Mitglieder des Ausführenden Rates! Auch zu Ihnen ein kurzes Wort. An erster Stelle sage ich Ihnen herzlichen Dank für Ihre mir bisher verliehene Unterstützung, sowohl für die Hilfe, die Sie mir gewährten, wo es galt, einen Gegenstand durchzuberaten, als auch da, wo es galt, etwas zur Ausführung zu bringen. In zweiter Reihe danke ich Ihnen, hochgeehrte Mitglieder, für alles, was Sie dem Lande erwiesen haben, und für Ihre Treue und die warme Empfindung, in der Sie mit Gut und Blut für die Unabhängigkeit des Landes eintreten. Ich sage Ihnen dafür nochmals Dank und werde mich freuen, wenn Sie auf demselben Wege bleiben und mich, wo es nötig ist, unterstützen und Ihrem Lande treu bleiben, damit wir wie ein Mann für die Unabhängigkeit einstehen, die uns Gott geschenkt hat, und unsere Habe mit denjenigen Bürgern zum Opfer geben, welche gezeigt haben, daß sie dafür alles aufzuopfern bereit sind. Laßt uns solche Treue weiter halten, und bitten Sie für mich, wie ich es für Sie thue, daß wir als Ausführende Macht so in dieser Weise zusammenwirken.

Geehrte Herren, **Mitglieder des Ausführenden Rates und der Gesetzgebenden Versammlung unserer Schwesterrepublik!**

In erster Linie danke ich Ihnen für das Interesse, das Sie dadurch bekundet haben, daß Sie unserer Feier beiwohnen. Wir sind sehr eng mit einander verbunden, und Sie sind mit mir darin eins, daß es nichts Besseres gibt, als Frieden und Freundschaft, vor allem zwischen zwei Bruderstaaten, und wenn eine solche Zusammenwirkung besteht, dann wird, mag auch die ganze Erde toben, Gott uns segnen, denn wo Einigkeit und Liebe herrschen, schenkt Er Seinen Segen und wird Sein Heil erworben, und Er wohnt mitten unter uns bis in Ewigkeit.

Der Präsident wandte sich jetzt zum diplomatischen Korps und sprach wie folgt:

Diplomatische und Konsularbeamte der ausländischen Mächte! Auch zu Ihnen ein kurzes Wort.

Fürsorge für den Frieden.

Ihnen ist aus meiner bisherigen Laufbahn sicher bekannt, daß mir nichts lieber ist, als in Frieden und Freundschaft mit den ausländischen Mächten zu leben, die gegenseitigen Interessen im Auge zu behalten und einander so viel wie möglich zu unterstützen. Daß die gegenwärtige Regierung unsern Staat so leiten möge, daß die ausländischen Mächte nie Grund erhalten, gesetzlich begründete Beschwerden gegen uns zu führen, das ist mein Wunsch. Auf diesem Wege hoffe ich weiterzuschreiten, und es wird dies stets mein ernstes Bestreben sein. Darum vertraue ich, daß ich Ihre wohlwollende Unterstützung erlangen werde, denn dann wird das Band der Freundschaft stets enger und enger zwischen uns und den ausländischen Mächten geschlungen werden, und wo eine solche Zusammenwirkung stattfindet, und Frieden und Freundschaft herrschen, da verleiht Gott Seinen Segen, da wohnt Er in der Mitte. Ich wünsche Ihnen allen Segen dazu, einem jeden für sein Land. Mögen Friede und Freundschaft herrschen! An mir soll es nicht fehlen, wenn es gilt, Interessen des Staates, dessen diplomatische oder Konsularvertreter Sie sind, zu unterstützen, wenn Sie dieselben vor mich bringen, so daß keine Beschwerden Ihrerseits gegen uns entstehen werden.

Der Präsident wandte sich nun an das Publikum und sprach:

Ihr, die Menge aller derer, die hier versammelt sind, schenkt mir Eure Aufmerksamkeit, damit Ihr mich in dem, was ich zu Euch reden will, gut versteht. Zuerst will ich sprechen zu den Bürgern des Landes, zum zweiten zu den neuen Bürgern, die sich haben naturalisieren lassen, und zum dritten zu den Fremden, die ihr Staatsbürgerrecht daheim nicht aufgeben und unter uns als Fremde leben wollen.

Gottes Walten in der Geschichte des Volkes eine Mahnung für die Alteingesessenen zur Selbstdemütigung und Buße.

Nun denn, Bürger des Landes, ich habe Eurer Stimme, die mich rief, Gehör zu geben, indem ich das Amt, welches durch Eure Wahl mir zugefallen ist, übernahm, um die Leitung des Landes als Staatspräsident wiederum mir zur Aufgabe zu machen. Zunächst danke ich Euch für das Vertrauen, das Ihr in mich gesetzt habt. Wenn ich so vor Euch stehe und Euch überschaue,

dann sehe ich hier so viele, die mit mir gekämpft, gelitten und gestritten haben für das Land, das wir bewohnen, und für unsere Unabhängigkeit. O, dann steigt eine Reihe von Gedanken in mir auf, die mich alle leiten auf einen Punkt, nämlich den, daß wir stets der Wege gedenken müssen, die Gott uns geführt hat. Es fehlt mir jedoch die Zeit, das alles wieder ausführlicher zu erzählen, aber ich vertraue, daß Ihr Euch das alles in Euer Gedächtnis zurückrufet, um diesen Wegen wiederum nachzugehen, welche Zeugnis ablegen von der Treue Gottes, die Er an uns bewiesen hat: wie er uns aus der bedrängten Lage gerettet und zudem uns noch gesegnet hat; wie Er uns gezüchtigt und uns von unseren Gegnern hat unterdrücken lassen. Damals waren wir ohnmächtig, aber einmütig und suchten Hilfe von Gott zu erhalten. Da erhoben wir uns zu kraftvollen Thaten. Laßt mich mit Euch in Gedanken nach Paardekraal zurückkehren, wo wir ohnmächtig und hilflos waren. Aber das Volk, der Volksrat und der Ausführende Rat waren einmütig, einträchtig, ein Herz und eine Seele, um gemeinschaftlich Gott anzurufen um Hilfe, und dann hat uns Gott durch Wunder und Zeichen geführt. Bürger, möge uns das zur Lehre dienen, was die Einigkeit, in der uns Gott stets gesegnet hat, zuwege bringt: laßt uns suchen, die Zwietracht, die etwa unter uns herrscht, auszurotten, und laßt uns gemeinsam danach streben, den bösen Geist, der uns in Streitigkeiten verwickelt, niederzuhalten. Ich sage den bösen Geist — und beachtet es wohl, ich schließe keinen aus, auch mich selbst nicht — und meine den bösen Geist, der uns verführt, Gottes Wort und Gebote zu übertreten. Gottes Gebot sagt: „Du sollst kein falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten"; und es ist wirklich unter uns zur Gewohnheit geworden, daß ein Bruder gegen den anderen falsches Zeugnis redet. Zeige niemand mit seinem Finger auf einen anderen, sondern seid ehrlich; möge jeder seine Hand in seinen eigenen Busen stecken, und er wird finden, daß sie aussätzig von da herauskommt.

Wir wollen uns heute mit ehrlichem Herzen vor Gottes Angesicht stellen. Wir sehen, Gottes Arm ist ausgestreckt. Er züchtigt

uns, und wir werden merken, daß wir überall Gottes Gebot übertreten. Ich will ein Beispiel dafür anführen. Angenommen, ein Vater wäre reich und hätte viele Güter, und sein Kind hätte nichts und müßte von ihm leben, und sein Vater gäbe ihm die Güter und sagte: „Kind, nimm diese Güter und benutze sie, aber mißbrauche Sie nicht, und ich werde dir sagen, wenn ich etwas davon wünsche“; wird dann der Vater nicht unwillig sein, wenn er, nachdem der Sohn mit dem Vermögen hingegangen ist, nach einigen von seinen eigenen Gütern schickt und der Sohn sie ihm nicht geben oder nur die schlechtesten hergeben will? Wir fragen vielmals: warum straft der Herr uns so? Geschieht dies nicht, damit wir widerkehren zu ihm? Ja, wir verfahren mit Gott wahrlich wie einer, der Heiratsbedingungen macht. Das irdische Gut hält uns zurück und bindet uns an den Dienst, während wir wollen, daß der Herr für unsere Seele sorge. Laßt nun, Ihr Brüder, einen jeden das eigene Herz befragen, damit Ihr von Gottes Wohlgefallen überzeugt werdet. Seht, Gott schenkt uns irdisches Gut, doch wozu erhalten wir das? Um damit zu leben zur Ehre Gottes. Nackt sind wir in die Welt gekommen, nackt werden wir sie wieder verlassen, nichts werden wir mitnehmen. Gott schenkt uns also diese Güter, Nahrung und Kleidung, damit wir leben können, aber auch damit wir etwas haben für die Kirche, die Schule, die Armen &c. &c. Was thun wir, Brüder und Landsleute, was thun wir? Von unseren schlechtesten und gewöhnlichsten Gütern geben wir ab, wenn es nötig ist, aber seht, wenn ein Zirkus, ein Schauspiel, eine Lotterie oder ein Wettrennen stattfindet, dann treibt einer den anderen dazu an, und man borgt einander sogar Geld, um weltlichen Vergnügungen nachzujagen, aber wenn uns Gottes Hirte zuruft: „Thut doch etwas in die Armenbüchse zur Hilfe für die Armen!“ dann gehen viele zur Kirche, die nichts in die Büchse werfen oder dazu die kleinste Münze aussuchen. Wozu benützen diese ihr Gut, Gottes Gut? Ist es da nicht wahr, was Gott sagt: „Ihr raubt mir, ihr entreißt Mir meine Güter und gebt sie der Welt und wollt Mir nicht damit dienen!“ „Seht, Brüder und Landsleute, ein jeder, der eine unsterbliche Seele hat, achte darauf. Sehet Gottes Hand.

Die Pest herrscht unter Menschen und Tieren. Die Heuschrecken verzehren das Gewächs des Feldes, und es herrscht schwere Dürre, und von Jahr zu Jahr wird es schwerer, und es wird noch von Jahr zu Jahr schwerer werden, bis wir uns bekehren müssen. Gott will sein Volk nicht verlassen. Ihr lest es im Psalm 89.*) Diese Verheißungen nimmt der Herr nicht zurück, aber Er züchtigt uns, um uns Ihm näher zu bringen. Ihr werdet sagen: Wie konnte David sprechen: „Ich küsse die Rute" und zwar von Herzen sagen. Ja, wenn Ihr Euren Vater liebt, und Ihr habt nichts und müßt von ihm leben, dann werdet Ihr, wenn Ihr einen Fehler begangen habt, und Euer Vater sagt: „Geht weg aus meinen Augen!" auf Euern Knieen bittend sagen: „Schlage mich lieber, aber jage mich nicht fort!" Darum konnte auch David von Herzen sagen: „Als ich in Wollust lebte, verschmachtete ich, doch da mich Gott züchtigt, kehre ich wieder zurück." Das fühlte er tief.

Laßt uns das auch empfinden, daß der Herr uns lieber züchtigt, als verstößt. Hört auf Seine Stimme, und wenn Ihr Seine Stimme hört, dann verhärtet Eure Herzen nicht, sondern laßt Euch lenken, denn warum wollt Ihr sterben? Wollt Ihr so fortfahren? Seht, wie barmherzig der große Gott ist. Er sagt: „Kehrt Euch wieder zu Mir, ihr abtrünnigen Kinder, und Ich will Eure Uebertretungen heilen, ja prüfet Mich hierin, wenn Ihr Mir nicht glauben wollt, und sehet, ob sich die Fenster des Himmels nicht aufthun und Segen auf Euch herabgießen. Ich will für Euch den Fresser schelten, daß er Euch die Frucht auf dem Felde nicht verderben soll, und Eure Scheuern sollen voll werden, und Eure Felder voll Herden, aber kehrt Euch wieder zu Mir, Ihr abtrünnigen Kinder, und Ich will Eure Uebertretungen heilen."

Brüder und Landsleute! Denkt nicht, daß ich mich selbst ausschließe. Ich habe mit mir selbst auch viel zu thun, und auch ich bin schuldig in dieser Hinsicht, doch laßt uns gemeinsam unsere Schuld bekennen, bevor es zu spät ist, und Gott wird uns helfen.

---

*) Zwei Strophen des Psalmliedes sind hier zitiert. D. H.

Pflichten der neuen Bürger.

Ihr neuen Bürger! Diese letzte Erinnerung galt auch Euch und jedem, der eine unsterbliche Seele hat, aber hört auch noch ein Wort, das ich an Euch besonders richte. Ich nenne Euch neue Bürger, die Ihr Euch habt naturalisieren lassen, nachdem Ihr Euer voriges Vaterland aufgegeben habt. Ihr habt es sicher gut verstanden, daß Gott sagt: „Ihr könnt nicht zween Herren zugleich dienen, oder ihr werdet entweder dem einen anhangen oder den andern verachten;" und darum habt Ihr Euer Vaterland in allen Ehren aufgegeben und dieses Land als Euer neues Vaterland angenommen. Suchet nun mit den alten Bürgern eins zu werden und einträchtig zu leben, denn dann arbeitet auch Ihr mit am Fortschritte des Landes. Leistet den Gesetzen des Landes Gehorsam, und wenn Ihr so thut, dann habt ihr nicht allein viel beigetragen zur Blüte und Wohlfahrt des Landes, sondern auch zu Eurem Wohle, eigenen Interessen, und wo Eintracht und Zusammenwirken herrschen, verleiht der Herr Seinen Segen.

Freundschaft mit den Uitlanders.

Und zu Euch ein Wort, Ihr Fremden, die Ihr nicht wünscht, Euer Vaterland aufzugeben und Euch naturalisieren zu lassen, sondern als Fremde unter uns leben wollt; wenn Ihr den Gesetzen des Landes gehorcht, so seit Ihr uns in unserer Mitte willkommen. Sucht Euern Vorteil und sehet zu, Euer Glück zu machen, wir werden Euch helfen und es Euch gönnen. Lebt mit uns, gehorcht dem Gesetze, und ich versichere Euch meiner Unterstützung, wo und soweit mir das möglich ist, wenn Ihr auch keine Bürger des Landes werden wollt; Ihr fördert dann nicht allein Eure Interessen, sondern auch die unseren. Wenn Ihr, Fremde, Euer Glück macht und mit uns zusammenarbeitet, dann sollt Ihr denselben Schutz der Gesetze genießen, wie jeder andere, und wenn Ihr uns dann verlaßt, dann wird es mir leid thun, daß ein solcher Freund von uns fortzieht, und wenn Ihr wieder zurückkehren werdet, um wieder Euer Glück zu machen, dann werdet Ihr mit offenen Armen empfangen werden; wir werden uns dann freuen, daß Ihr wieder zu uns kommt, weil wir wissen, daß Ihr wahre Freunde von uns seid, auch wenn Ihr Euer Vaterland nicht habt aufgeben wollen. Seid versichert, daß alle Ver-

ständigen Euch unterstützen und aufnehmen werden, damit Ihr freudig und fröhlich in unserer Mitte wohnen könnt. (Hurras.)

Indem sich der Präsident zu den Richtern wandte, sprach er folgendes:

Hochgeehrte Oberrichter und Richter des Höchsten Gerichtshofes und Staatsprocureur!

Die Verfassung des Landes.

Sie haben ein wichtiges Amt unter Ihrer Verantwortung, denn Sie sind durch Ihr Amt die Säule des Staates; von Ihnen hängt es ab, ob das Vertrauen in das Land verstärkt wird, aber von Ihnen hängt es auch zum großen Teile ab, ob das Vertrauen in das Land Schaden erleidet. Lassen Sie mich jedoch erst bei der Frage verweilen, welche die Befestigung des Vertrauens in das Land betrifft, und Ihr alle, die Ihr hier steht, gebt acht auf das, was ich sage. Unsere Voreltern wurden aus ihrer Heimat geführt und sie sahen deutlich, daß es Gottes Hand war; jeder Mensch führt in seinem Naturzustande, wenn kein Gesetz da ist, ein ungebundenes, ruchloses Leben. Als das Volk im Jahre 1836 über den Oranjerivier zog, sind wir einer zum anderen gekommen, aber es wurde nicht geduldet, daß wir ruchlos lebten. Wir nahmen Gottes Wort zum Führer beim Auszuge und wählten Leiter, welche Uebelthaten verhüten und alle Streitigkeiten schlichten sollten. Es ist klar, daß der Antrieb dazu nicht aus unserer Natur hervorgekommen ist, sondern aus Gottes Hand, und so sind wir auf diese Seite des Vaalrivier gekommen. Von dem anderen Zuge will ich jetzt nicht sprechen, denn dann würde es zu lange dauern. Das Volk hat damals einen Volksrat gewählt als höchste Autorität des Landes, als Gesetzgebende Macht. Diese Körperschaft hat später den Auftrag erhalten, feste Gesetze für uns zu schaffen, da wir sonst nichts anderes hatten als Beschlüsse und Verordnungen des Kriegsrates. So ist von dem achtbaren Volksrate eine Kommission gewählt worden, um eine Verfassung zu schaffen. Diese Kommission bestand aus dem seligen Herrn Lombard, Landdrost von Potchefstroom, dem seligen Herrn Bosman, dem Großvater unseres Pfarrers Bosman, und aus mir selbst. Uns war Herr Stuart als Sekretär beigeordnet

worden, um uns zu unterstützen, und wir haben die Konstitution aufgestellt, unsere Namen stehen darunter.

Der oberste Gesetzgeber: Das unter Gottes Willen sich beugende Volk.

Und was ist der Grundgedanke unserer Verfassung? Bei Artikel 8 des Grundgesetzes haben wir im Auge gehabt, wie Gott das Volk geführt hat, und wie Gottes Wort ein Führer ist, dem man nachgehen muß. In Art. 8 steht: „Das Volk verlangt eine möglichst große gesellschaftliche Freiheit und erwartet diese von der Erhaltung seines religiösen Glaubens, von der Erfüllung seiner Pflichten, von seiner Unterwerfung unter das Gesetz, Ordnung und Recht und von der Aufrechterhaltung derselben". Gebt nun darauf acht, worauf uns dieser Artikel hinweist. Er verweist uns für seine Auslegung auf Gottes Wort. Das Volk verlangt eine möglichst große gesellschaftliche Freiheit, keine aller Bande ledige oder ruchlose Freiheit, sondern eine solche, die auf Gottes Wort gegründet ist. Das liegt in diesem Artikel begründet. Freiheit verlangt das Volk, aber es ist ein wenn auch freies, so doch zivilisiertes Volk, das keine ruchlose oder aller Fesseln ledige Freiheit verlangt, sondern eine auf Gottes Wort gegründete, und worauf weist uns das hin?

Ausdehnung und Begrenzung der richterlichen Gewalt.

Es ist eine wichtige Frage, die ich jetzt berühren will, und ich kann nicht anders, als zeigen, was Gott uns sagt. Moses führte Israel aus Aegypten und war sein Gesetzgeber und stellte das Gesetz auf Gottes Befehl auf, und was sagte dies? „Ihr sollt nicht das thun, was Euren Augen gefällt, sondern was ich Euch gebiete, das sollt Ihr thun und ausführen; Ihr sollt da nichts hinzuthun, noch hinwegthun". Moses wählte aus dem Volke die ältesten und verständigsten Leute aus, stellte sie als Beamte und Richter an und gab ihnen die Gebote, von denen nicht abgewichen werden durfte, doch ließ er es den Richtern nach ihrem Verstande und Gewissen frei, die Gesetze auszulegen und anzuwenden, nicht aber, sich von den Gesetzen zu entfernen. Das ist Gottes Befehl. Das Neue Testament weist uns auf den Herrn und Meister hin, doch ich will erst sagen, daß die untergeordneten Beamten des Moses keine Gesetzgeber waren und darum auch nicht zu fragen hatten, ob das Gesetz recht sei, denn das mußte der Gesetzgeber verantworten. Nur die souveräne Macht über

Moses konnte verändern, was der Gesetzgeber gegeben hatte, wie es Gott z. B. bei dem Felsgestein that, auf das Moses mit seinem Stabe entgegen seiner ersten Erklärung schlagen mußte, aber die Richter hatten nach dem Gesetze Recht zu sprechen, so, wie sie das Gesetz erhalten hatten und demnach handeln wie treue Knechte, indem sie die Gesetze nach bestem Wissen und Gewissen anwandten. So ist es auch mit Ihnen, meine Herren Richter. Das Volk hat in einem Artikel der Verfassung einen Volksrat vorgesehen als höchste Autorität des Landes, die Gesetzgebende Macht, welche Gesetze und Beschlüsse zustande bringt, und Sie müssen sie nach ihrem besten Wissen und Gewissen anwenden. Niemand kann Sie daran hindern, und wenn Sie diese Gesetze und Beschlüsse, wie Sie dieselben von dem Gesetzgebenden Körper empfangen, anwenden, dann stärken Sie das Vertrauen zum Lande, denn dann wissen alle diejenigen, daß die Beschlüsse, auf Grund deren sie ihr Eigentumsrecht erhalten haben, feststehen, und daß alle Beschlüsse im Einklang damit gehandhabt werden. Fremde, die hierher gekommen und die vom Volksrat angenommenen Beschlüsse und Gesetze kennen, und die sich ihnen unterwerfen wollen, sehen dadurch ihre Rechte gewährleistet, wenn sie zugleich zu dem Gerichtshof das Vertrauen haben, daß nichts davon weggerissen wird, sondern daß die Gesetze und Beschlüsse, welche von der höchsten Autorität des Landes zustande gebracht worden sind, und auf Grund derer sie ihre Rechte erhalten haben, durch den Gerichtshof nicht verändert werden, weder nach links, noch nach rechts; so befestigen Sie das Vertrauen zum Lande von dem höchsten bis zum letzten Richter hinunter. Ein jeder muß handeln nach Weisungen, Gesetzen und Verordnungen, die durch die über ihm stehende, durch die Gesetzgebende Macht, erlassen worden sind. Wird dann auch einmal hier und da aus menschlicher Schwäche ein Artikel nicht richtig angewendet, und wird eine Entscheidung eines niederen Gerichtshofes bei der Appellation an den hohen Gerichtshof aufgehoben, so kann niemand deswegen einen Tadel erhalten oder dafür gestraft werden, denn es ist ja verfahren worden nach bestem Wissen und Gewissen der Richter auf Grund ihres Eides. Von dem Hohen Gerichtshofe

gibt es keine Appellation mehr; haben sie nun, meine edlen Herren Richter, einen Volksratsbeschluß nebenhinausgesetzt, weil er Ihrer Meinung nach nicht anwendbar ist, dann eignen Sie sich dieses Recht der Beurteilung vom Teufel an; haben Sie jedoch etwa aus Schwachheit ein Urteil gefällt, welches nicht genau mit dem Gesetz übereinstimmt, das aber nach Ihrem besten Wissen und Können ausgesprochen wurde, dann sind Sie nicht strafbar, weder vor Gott, noch vor den Menschen. Von Ihnen aus kann nicht mehr appelliert werden, und darum nennt man Sie „Götter", aber Gott steht inmitten des Rates der „Götter" und richtet über gut und böse. Handeln Sie nach bestem Wissen und Gewissen und haben Sie sich innerhalb der Schranken des Gesetzes gehalten, dann wird auch von Ihnen einst gesagt werden: „Du getreuer Knecht, Du bist über wenigem getreu gewesen, ich will dich über viel setzen"; und dann wird nicht allein das Vertrauen zum Lande gestärkt werden, sondern auch das Vertrauen zu Ihnen, die Sie bei dem Gesetze bleiben, und man wird auch Vertrauen haben zu der höchsten Autorität des Landes, und sie wird nicht zum Spotte werden. Dann wird auch die Königsstimme (des Volkes) ihre Bestätigung erfahren, daß sie allein das Recht hat, Gesetze aufzuheben.

Lassen Sie uns nun zu dem Punkte zurückkehren, in dem Sie das Vertrauen erschüttern könnten, und wiederum auf Moses zurückschauen. Dieser gab das Gesetz, durfte aber nicht davon abweichen, sondern mußte richten, wie das Gesetz sagte. Nur die oberste Autorität, der Souverän, Gott allein, durfte das Gesetz ändern, und nicht die Untergebenen. Der Teufel hat im Paradiese das Prinzip des Prüfungsrechtes aufgestellt und dem Worte Gottes widersprochen, welches sagt: „Ihr sollt von diesem Baume nicht essen, oder ihr werdet sterben". Aber der Teufel kommt und widerspricht dem Worte und sagt: „Ihr werdet nicht sterben, sondern Gott weiß, daß Ihr dann Gott gleich sein werdet und Euch selbst helfen werdet," und diese Auslegung findet man in der ganzen Welt. So sehen wir unter Moses, daß Korah, Dathan und Abiram sich das Prüfungsrecht nach dem Prinzip

des Teufels angemaßt und das Land auf lockere Schrauben gesetzt haben. Es entstand Aufruhr und Zwietracht gegen Moses, bis Gott Korah, Dathan und Abiram vernichtete. Gott strafte sie schwer, weil sie gegen die Wahrheit, gegen Gottes Wort gehandelt hatten. Das Prüfungsrecht ist ein Prinzip des Teufels. Achten Sie wohl auf das, was ich sage, und unterschätzen Sie die Worte nicht. Wir werden einst vor Gott erscheinen müssen, und ich weiß nicht, ob ich noch einmal die Gelegenheit haben werde, zu Ihnen zu sprechen. Es kann das letzte Mal sein. Mögen auch die Geistlichen hören, was ich sage. Ihr versetzt das ganze Land in Unruhe, Ihr Richter, wenn Ihr Euch das Prüfungsrecht anmaßt, denn diejenigen, welche Rechte erhalten haben, unter welchem Gesetze oder Volksratsbeschlusse das auch stattfand, werden dann in Unruhe versetzt werden, denn sie wissen nicht, wie es gehen wird, wenn der Gerichtshof die Entscheidung hat und er ein Gesetz beiseite schieben kann. Dann ist das Vertrauen zum Lande dahin, und nicht nur zum Lande, sondern auch zum Gerichtshofe, und der Volksrat wird der Verachtung und dem Spotte preisgegeben. Wenn es mit Ihnen so weit kommt, dann sind Sie dem Haushalter im Neuen Testamente gleich, der die Weisungen seines Herrn und Meisters nicht befolgte, sondern nach seinem eigenen Gutdünken handelte, und wie der Teufel sagte: „Ihr werdet Gott gleich sein und nicht sterben." Wer sich so etwas anmaßt, wird von seinem Posten abgesetzt. Das lehrt uns Christus. Da wird das Vertrauen zum Lande geschädigt, und wenn wir das recht erwägen, dann sehen wir, daß Gottes Wort uns lehrt, daß nur dann, wenn ein jeder in seinem Amte treu bleibt, Gott unter uns wohnen kann.

Der Fall Kotze.

Geehrte Herren, Sie wissen, daß unser vormaliger oberster Richter mit einigen seiner Kameraden das Prüfungsrecht gehandhabt hat, und daß ihm so wohl geworden war, wie einem Fisch im Wasser, in dem er frei umherschwimmen kann. Er ist jedoch aus dem Wasser auf das Trockene, nämlich aus dem Gesetze gesprungen. Der Volksrat hat darauf einen Beschluß gefaßt, der auf die Gesetze des Landes verwies, und daß, wenn

ein Richter sich dem nicht unterwerfen wolle, ich ihn seines Amtes entlassen müßte. Ich habe mein Bestes gethan, doch der vormalige Hauptrichter war so glatt wie ein Fisch, der eben aus dem Wasser gesprungen ist, sodaß ich ihn nicht fassen konnte. Dann kam sein Amtsbruder, der Hauptrichter der Kapkolonie, der die Geschicklichkeit unseres vormaligen Hauptrichters kannte, aus freien Stücken mir zu Hilfe, und nun brachten wir ihn wieder in das Wasser, nämlich ins Gesetz. Darüber war ich froh, weil ich die Fähigkeiten des vormaligen Hauptrichters kannte und ich ihn nicht gern verlieren wollte. Darauf wurde der gewesene Hauptrichter wieder so üppig, daß er so weit aus dem Wasser sprang, daß ich keine Möglichkeit sah, ihn wieder hineinzubekommen, und ich mußte ihn fahren lassen, um so mehr, als er damals rund heraus erklärte, nicht wieder hinein zu wollen, weil er das Gesetz nicht anerkennen wollte — wenn ich ihn recht verstanden habe. Was sagt jedoch der ehemalige Hauptrichter jetzt? Die Schuld habe an mir gelegen. Er sagt, ich hätte mein Versprechen nicht gehalten, und was ich nun sage, das will ich schwarz auf weiß niedergeschrieben haben, damit es die ganze Welt liest. Er mag es ein Versprechen nennen, was er im Sinne hat, ich nenne es nicht so, aber ich habe gethan, was ich zugesagt hatte, nämlich die Verfassung zu ändern und „so bald wie möglich" dem Volksrate vorzulegen. Als ich das zusagte, war es März, jedenfalls lange vor dem Zusammentritt des Volksrates. Doch nun sehe ich, daß er in einer Rede in der Kapkolonie gesagt hat, wenn es wahr ist, was die Zeitungen berichten, daß „so bald wie möglich" heißen wolle „heute". Der Mann scheint nicht mehr bei Verstande zu sein. Wie kann ich die Sache im März dem Rate vorlegen, der erst im Mai zu seinen Sitzungen zusammentritt? Sobald der Volksrat zusammengekommen war, habe ich ihm die Sache vorgelegt, und diese Körperschaft hat dann ungesäumt eine Kommission erwählt, die den ehemaligen Hauptrichter gebeten hat, bei der Regelung der Verfassung behilflich zu sein, was er jedoch abgelehnt hat, trotzdem er es erst in einem Briefe versprochen hatte. Ich nehme es ihm jedoch nicht mehr

übel, denn in meinen Augen scheint er nicht mehr bei Verstande zu sein. Was thut er weiter? In einem Manifeste sagt er, daß, wenn das Volk ihm nicht beistehe, er sich nach England begeben werde — wenn ich dieses Schreiben nämlich richtig verstehe. Er weiß, daß er seinen Eid abgelegt hat, nicht nur für sein Amt, sondern auch als Bürger des Landes, und er weiß, daß sich ein Bürger nicht auf eine andere Macht berufen darf, wenn er sich nicht vergehen will. Er hat denn auch selbst verschiedene Male gesagt, daß die Suzeränität in unserer inneren Verwaltung nicht mehr bestehe, und doch flüchtet er jetzt dorthin. Doch ich nehme ihm das nicht mehr übel, denn in meinen Augen scheint er nicht mehr bei Verstande zu sein. Das ist noch nicht alles. Er machte auch eine Vergleichung und sagte: Angenommen, der Volksrat faßte den Beschluß, dem Volke die Rechte zu nehmen, wer sollte dann das Volk in Schutz nehmen? Der ehemalige Hauptrichter vergißt jedoch zu sagen, daß das, was der Volksrat hätte thun können, er selbst bereits gethan hat, denn Hunderte von Eigentumsrechten auf dem Rande zur Zeit der Claimsverlosung hat er thatsächlich der Allgemeinheit genommen und einem oder zwei zugesprochen, und daran ist nichts zu ändern, denn der Höchste Gerichtshof hat die endgiltige Entscheidung; wenn aber der Volksrat einen derartigen Schritt thun würde, dann würde das Volk mit Denkschriften kommen, um diese Maßregel aufzuheben.*) Was sagt der ehemalige Hauptrichter noch weiter? Er sagt, durch seine Entlassung sei die Konvention (scil. von 1881) verletzt worden, weil er durch die Zwischenregierung angestellt wurde, doch er weiß, daß es nicht so ist, wie er sagt. Er war zur Zeit des verstorbenen Präsidenten Bürgers Richter, und als die Zwischenregierung kam, wurde Herr de Wet als Hauptrichter angestellt. Wenigstens wurde mir so erzählt, und ich glaube, daß es wahr ist. Als wir das Land wieder übernahmen, ist der vormalige Hauptrichter fortgezogen. Wir haben ihn von Kimberley

*) Und der „Königsstimme“ des Volkes müßte dann Gehör gegeben werden, so daß eine Verletzung der Volksrechte nie und nimmer durch den Volksrat, wohl aber durch die Gerichte möglich ist. D. H.

in die Stellung eines Hauptrichters berufen, aber von der Zwischenregierung ist er als solcher nicht angestellt worden. Er wird dies vergessen haben, oder ich bin falsch unterrichtet. Was thut er weiter? Er selbst verletzt thatsächlich die Konvention durch den Grundsatz, den er angenommen hat, da er alle Beschlüsse des Volksrates, welche nicht mit der Verfassung übereinstimmen, nicht anerkennt. Durch die Konvention haben wir Land erhalten, aber durch die Konvention sind auch Hunderte von Farmen abgeschnitten worden, über die bereits Grundbriefe ausgegeben worden waren, ja, einige von ihnen waren dadurch sogar in die (Eingeborenen-) Lokationen gefallen, und die Konvention selbst verlangt, daß der Volksrat über die Aufhebung von Besitzübertragungen zu beschließen hat. Also war diese Abtrennung gegen die Verfassung. Dem Prinzipe des ehemaligen Hauptrichters nach wäre also (schon durch die Grenzbestimmung) die Konvention verletzt worden, und es müßten diese Farmen an uns zurückfallen und die Besitzübertragungen wieder geändert werden. Die diesbezüglichen Volksratsbeschlüsse, welche dieser Regulierung zustimmten, stünden im Widerspruch mit der Verfassung und brauchten nicht anerkannt zu werden. Wäre dieses Prinzip richtig, dann müßten wir einfach zum Schwerte greifen, um gegen England zu kämpfen um die Besitztitel, die „gegen die Verfassung" abgetreten sind.

Meine Herren, ich habe von den Fähigkeiten des ehemaligen Hauptrichters eine so gute Meinung, daß ich, wenn ich wüßte, daß ihm das helfen würde, ihn in die Irrenheilanstalt bringen lassen würde, denn ich halte viel von ihm und möchte gern warten, bis er wieder hergestellt ist, um ihn dann wieder verwenden zu können. Seine Fähigkeiten waren gut, aber er ist auf Irrwege geraten, indem er das Prinzip des Teufels, das Prüfungsrecht angenommen hat. Ich mußte rund heraussagen, wie sich die Sache verhält, denn der ehemalige Hauptrichter hat gesagt, ich hätte ihn ungesetzlicherweise entlassen. Jetzt kann die ganze Welt erfahren, wie der Lauf der Dinge in Wirklichkeit gewesen ist.

Von Ihnen, den anderen Beamten, vom höchsten bis zum untersten, hängt auch viel ab, was die Blüte und Wohlfahrt

des Landes betrifft, von Ihnen, die Sie unter den Weisungen und Instruktionen, den mündlichen sowohl wie den schriftlichen stehen. Wenn Sie Ihren Verpflichtungen pünktlich und gewissenhaft nachkommen und jeder an seinem Platze dieselben zur Ausführung bringt, dann fördern Sie das Land und tragen viel bei zum Gedeihen und zur Wohlfahrt des Landes, und nicht nur im Interesse des Landes, sondern doch auch in Ihrem eigenen Interesse, solange Sie fest bei Ihren Instruktionen bleiben, den mündlichen wie den schriftlichen, und ein jeder in seinem Amte. Arbeitet einander nicht entgegen!

Und du, Kriegsmacht!

Auch zu Ihnen, Herr Generalkommandant, und den anderen Offizieren ein kurzes Wort. Ihnen bis zum Staatspräsidenten und bis zu dem letzten Offiziere, dem der Schutz unseres Landes gegen den Feind übertragen ist, gilt es: wenn der Staatspräsident Bericht empfängt über einen feindlichen Einfall und er diesen nicht an Sie weitergibt, dann wird das auf das Haupt des Staatspräsidenten kommen, und das Blut, das vergossen wird, wird er zu verantworten haben, und es wird an ihm gestraft werden; und wenn Sie, Herr Generalkommandant, diesen Bericht erhalten, und Sie wachen nicht oder stellen keine Wachen aus, dann kommt das auf Ihr Haupt, und das dadurch vergossene Blut werden Sie verantworten müssen, und die Strafe wird Sie treffen. Haben Sie jedoch Ihre Weisungen an Ihre Untergebenen erteilt und wachen diese nicht, dann kommt das vergossene Blut auf ihr Haupt, und sie werden zur Verantwortung gezogen werden und Strafe dafür erleiden; das lehrt uns Gottes Wort. Möge ein jeder wachsam auf seinem Posten stehen. Vom Volksrate an bis zu dem untersten Beamten bilden alle eine Staatsmaschinerie mit vielen Rädern, und wenn jedes Rad an seiner Stelle mit den anderen zusammenwirkt, dann herrscht Eintracht, und „Eintracht macht Macht", und Gott legt seinen Segen darauf. Wo jedoch ein Rad nicht in die Staatsmaschinerie paßt, da muß es ausgeschaltet und zur Seite gestellt oder an einen anderen Ort gesetzt werden, da sonst die

ganze Maschinerie zerbrechen könnte. Paßt ein solches Rad an keinem andern Platze, so setzt es zur Seite. Paßt es jedoch an einer anderen Stelle, dann kann, wenn das kleinste Rad mit dem größten zusammenwirkt, erwartet werden, daß die Staatsmaschinerie gut laufen wird, und dann wird alles Licht verbreiten, und auf einem solchen Zusammenwirken ruht Gottes Segen.

Der Präsident wandte sich jetzt zu den Geistlichen.

Ehrwürdige Herren, Diener des Wortes Gottes! Wenn ich meine Augen auf Sie richte, dann steigt ein teures Textwort in mir auf, nämlich: „Wie lieblich sind die Füße derer, die Frieden verkündigen." Ich sage: „Frieden verkündigen"; ich weiß, daß dies Ihre Aufgabe auf der Erde ist. Das Prüfungsrecht ist von dem Teufel eingeführt worden, denn dieser sagte zu Adam und Eva: „Eßt von der Frucht dieses Baumes, und ihr werdet nicht sterben, sondern Gott gleich werden"; und so hat der Teufel auf Erden Tausende verleitet, auf ihr eigenes Verdienst zu bauen und also dem Worte Gottes zu widerstehen und alles auf lose Schrauben zu setzen, so daß kein Fundament vorhanden ist, und wenn diese Predigt nicht im Auge behalten wird, so wissen Sie, was die Christen auf Erden, die an Gottes Wort festhalten, zu kämpfen haben. Ich rede nicht von untergeordneten Punkten, sondern von den Hauptpunkten, und wer daran festhält, hat zu kämpfen mit dem Geiste der Luft.

Der Friede Gottes.

Der Teufel hatte die Seele Kains eingenommen, und dieser erkannte die Strafe nicht an; er stellt sich Gott gleich, er hält sein Opfer ab und verlangt, daß Gott zufrieden sein sollte, mit dem, was in Kains Augen schön war, und er singt dem Herrn Loblieder, die aus der Natur herstammten, von denen er aber glaubte, sie wären Gott angenehm, aber Gott verwarf sie, denn Gott fand bei Kain keine Religion. Er stand außerhalb des Wortes Gottes und damit des Friedens, aber wie lieblich sind die Füße derer, die Frieden verkündigen wie Abel. Er erkannte das Urteil an, das im Paradies gefällt worden war, daß der Mensch verdammt sei, — was der Teufel zustande gebracht hat durch sein

Prüfungsrecht — und nimmt ein erstgeborenes Lamm (das deutet auf Christus hin) und bittet durch den Geist, daß die Strafe, die er verdient hat, auf das Lamm fallen möge, da er sonst ewig im Tode sein würde. Gott nimmt das Opfer an und erhört sein Gebet, und da haben wir den Vater, Sohn und Heiligen Geist. Die Strenge des Gesetzes wird von den Menschen des Teufels wegen nicht beachtet, und ebensowenig das Erlösungswerk von Christus durch den Heiligen Geist. Darum haben sie keinen Frieden. So predigt denn diese Worte: „Wie lieblich sind die Füße derer, die den Frieden verkündigen." Stehen Sie fest im Streite. Wenden Sie alle Kraft daran, denn der Ihnen entgegenarbeitet, ist unermüdlich thätig, den Gottesfrieden zu stören. Der Teufel schreitet weiter und läßt nichts außer acht, denn es steht geschrieben: „Ich will Feindschaft setzen zwischen dir und dem Weibe und zwischen deinem Samen und ihrem Samen; derselbe soll dir den Kopf zertreten, und du wirst ihn in die Ferse stechen." So kommt er schließlich zu dem Sohne Gottes in die Wüste — und mit derselben Absicht kommt er zu aller Welt — und sagt zu Jesus: „Bist du Gottes Sohn, so sprich denn, daß diese Steine Brot werden." Aber Christus sagt: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, sondern von einem jeglichen Worte, das durch den Mund Gottes geht." Dann bringt er Christus auf die Zinne des Tempels, und da geschieht wieder dasselbe und der Teufel sagt zu ihm: „Bist du Gottes Sohn, so wirf dich hinab, denn es steht geschrieben, Er wird Seinen Engeln über dir Befehl thun, daß sie dich auf ihren Händen tragen, daß du deinen Fuß nicht an einen Stein stoßest." Doch Christus antwortet: „Wiederum steht geschrieben, du sollst Gott, deinen Herrn nicht versuchen." Darnach führte der Teufel Christum auf einen hohen Berg, zeigte ihm alle Königreiche der Welt und sagte: „Dies alles will ich dir geben, so du niederfällst und mich anbetest." Aber Christus sagt: „Es steht geschrieben: „Du sollst anbeten Gott, deinen Herrn, und ihm allein dienen."

Der Friede, den der Gehorsam gegen Gott gibt, die Grundlage eines gesunden Staatswesens.

Sehet, da, das ist Eure Predigt des Evangeliums, Ihr Diener Christi, gegründet auf Gottes Wort, und wenn Sie so predigen, dann werden Sie dem Staate eine Stütze sein, denn dann ruht dieser auf

Gottes Wort, wie in Art. 8 des Grundgesetzes angedeutet ist. Das Volk sagt, es besitze Freiheit, und so ist es, aber gegründet auf Gottes Wort, und so ist unser Land durch unsere Voreltern gebaut auf dem Fundamente des Wortes Gottes zur Handhabung von Gesetz und Ordnung. Das ist etwas, was nicht aus dem Menschen selbst entsteht, denn ich habe selbst eine der Tiefen des Artikels nicht verstanden, wie Gott uns damals geleitet hat. Ehrwürdige Herren Geistliche, stehen Sie fest im Glauben, wie lieblich sind doch die Füße derer, die Frieden verkündigen in Jesus Christus, denn Teufelslehre behauptet, der Mensch sei Gott gleich geworden und könne sich selbst glücklich machen durch seine eigene Erleuchtung und seine eigene Vernunft und sein Verdienst und dadurch, daß er dann nicht sterben werde. Nein, steht fest und predigt nach Gottes Wort, denn dann sind Sie wirklich die Führer unseres Volkes, und führen es auf diesem Wege und stellen Sie ihm fortwährend die Furcht des Herrn vor Augen, damit das Volk sowohl gesellschaftlich als kirchlich in den rechten Pfaden wandelt, und wenn es Ihnen mit ihrer Arbeit ernst ist, und Sie ehrlich in der Wahrheit bleiben, dann werden Sie in der That eine Stütze für den Staat sein. Dann werden alle darin einig sein: „Fürchtet Gott, ehret den König." Wir werden Sie ehren in Ihrem herrlichen Amte, in ihrer köstlichen Arbeit, Ihrem herrlichen Werke, denn wie lieblich sind doch die Füße derer, die Frieden verkündigen. Wir können ihnen jedoch keinen weiteren Schutz gewähren, als unsere Macht uns gestattet. Wir werden Sie achten und schützen, ja selbst Ihnen helfen und Sie unterstützen, die Kirche aufbauen zu helfen, aber auch nicht weiter, als es Gottes Wort vorschreibt. Wenn der irdische Richter so weit geht, daß er in die innere Verwaltung der Kirche einzugreifen beginnt, dann ist er beseelt vom Geiste des Antichristes, denn dann dringt er ein in das Amt Christi, der das Haupt der Kirche ist. Wenn die weltliche Macht dies thut, dann eignet sie sich das Urteilsrecht des Teufels an, um es in seine Klauen zu bekommen und die Religion zu vernichten. Gott hat diesen christlichen Staat errichtet und eine christliche Regierung, welche die Kirche nach außen hin schützen soll, und auch Sie, ehr-

Staat und Kirche.

würdige Herren, aber wenn Sie über die Gemeinschaft dessen hinausgreifen, der gesagt hat: „Weide meine Lämmer und weide meine Schafe“, dann greifen Sie in politisches Gebiet über und sind vom Geiste des Papstes besessen, und dann ist Ihre Predigt nicht eine liebliche Predigt des Evangeliums. Solange ein jeder in seinem eigenen Wirkungskreise bleibt, wird es ein gesundes Zusammenarbeiten geben, und Gottes Geist wird auf uns ruhen, und der Herr wird uns segnen.

Nun ein kurzes Wort zu Euch, liebe Kinder!

Ihr seid die, auf welche Euer Staatspräsident seine Augen richtet, denn ich sehe die Zukunft unserer Kirche und unseres Staates in Euren Händen; wenn alle, die heute schon bei Jahren sind, gestorben sein werden, dann werdet Ihr die Kirche und der Staat sein. Wenn Ihr die Wahrheit verlaßt und abtrünnig werdet, dann verführt Ihr das kommende Geschlecht. Steht fest auf Gottes Wort, worin Euere Eltern Euch erzogen haben. Laßt dies Wort Euch teuer sein. Ich werde aus allen Kräften versuchen, Kirche und Schule zu unterstützen, um Euch in christlichem Unterrichte auferziehen zu lassen, damit Ihr sowohl kirchlich wie gesellschaftlich nützliche Bürger des Staates und der Kirche werdet, und ich bin gewiß, die Lehrer und Erzieher werden auch ihr Bestes dazu thun. Ihr habt den großen Vorzug, daß Eure Regierung christlichen Unterricht eingeführt hat, Ihr christlichen Unterricht genießen dürft; es geschah nicht für Euch allein, sondern die Absicht ist, ihn so allgemein zu machen, daß ein jeder Gelegenheit haben soll, daran teilzunehmen und Nutzen daraus zu ziehen. Es ist ein großer Vorzug, daß Euere Regierung und Gesetzgebende Macht durch Gesetz christlichen Unterricht bestimmt haben. Auch ist es für Euch ein großer Vorteil, daß Regierung und Volksrat Eure Sprache als Staatssprache angenommen haben. Haltet daran fest, an der Sprache, in der Eure Voreltern, die Gott herausgeführt hat, gestritten und Gott angebetet haben, und die sie je länger je mehr liebgewonnen haben; an der Sprache, worin Eure Bibel zu Euch kommt, und worin Eure Voreltern

diese Bibel gelesen haben, und welche die Religion Eurer Voreltern enthält. Wenn Ihr also gegen Eure Sprache gleichgültig werdet, dann werdet Ihr das auch gegen Eure Voreltern, und werdet Ihr gleichgültig gegen Eure Bibel, dann werdet Ihr es auch gegen Eure Religion, und dann geht Ihr bald völlig irre, und das kommende Geschlecht beraubt Ihr Eurer holländischen Bibel und Eures Glaubens, den Gott durch Zeichen und Wunder an unseren Voreltern bestätigt hat. Stehet also fest, damit man nicht vergeblich auf Euch vertraut, und haltet fest an Eurer Sprache, Eurer Bibel und Eurer Religion. Es ist wohl gut, fremde Sprachen zu lernen, besonders die Sprache Eurer Nachbarn, mit denen Ihr am meisten Umgang habt, doch laßt eine fremde Sprache Euch nur Nebensprache sein. Bittet den Herrn, daß Ihr dabei fest verharren und davon nicht abweichen möget, damit der Herr in Eurer Mitte bleibt, und dann wird das kommende Geschlecht Euch Eure Treue danken.

Lehrer und Lehrerinnen!

Auch an Euch ein kurzes Wort. Ihr seid sozusagen als Schirmvögte über die Kinder an die Stelle der Eltern getreten, die ihre Kinder am Altar Gott übergeben haben, um sie für den Herrn zu erziehen, in Seinem Dienste und zu Seiner Ehre. Ihr habt sie übernommen, um sie so, wie es Christus gesagt hat, als Lämmer zur Ehre Gottes zu weiden. Ihr wißt, daß im Neuen Testamente steht, daß Frauen ihre Kinder zu Jesus brachten. Es waren gesunde, nicht kranke Kinder. Die Ungläubigen bringen ihre Kinder bloß zum Arzte, sorgen also nur für das körperliche Wohl, aber keiner von ihnen wird sie, solange sie gesund sind, zum Arzte schicken. Hier seht Ihr jedoch die Mütter mit gesunden Kindern zu Jesus kommen; das wollten die Jünger verhindern, aber Jesus sprach: „Lasset die Kindlein zu mir kommen und wehret ihnen nicht, denn ihrer“ — also derer, die im Glauben zu ihm gebracht wurden — „ist das Reich Gottes“. Die Mütter brachten ihre Kinder, damit sie den himmlischen Segen zu ihrer inneren Berufung empfingen und innerlich gesund

würden. Aber wenn Ihr, Lehrer und Lehrerinnen, den Glauben nicht kennt, wie könntet Ihr dann die Kinder durch den Glauben zu Christus bringen.? Ich verlasse mich jedoch darauf, daß Ihr ihn kennt und darum nicht vergeßt, im Glauben die Kinder zu dem Herrn zu bringen, und daß Ihr darüber wacht, daß die Religion nicht in den Hintergrund tritt und nur Fächer des äußeren Wissens gelehrt werden, denn sonst würdet Ihr die Religion schädigen, und sie käme in Vergessenheit. Wenn der Mensch in seiner Natur und seinem Wissen allein Fortschritte macht, dann fängt er an zu glauben, was der Teufel gesagt hat, daß der Mensch Gott gleichen werden würde, und dann kann von einem solchen gesagt werden: „Je gescheiter, desto roher." Dann schwankt er ohne Halt von einem Ziel nach dem anderen. Laßt also die Religion nicht verwahrlost werden, denn sie ist die Grundlage von Kirche und Staat. Bleibt fest stehen bei der Bibel und lehret die Kinder, die Euch zu diesem Zwecke anvertraut sind, und dann werdet Ihr später auch über Euch das Wort ergehen hören: „Du getreuer Knecht, Du bist über Wenigem getreu gewesen, ich will Dich über viel setzen. Geht ein, Ihr Gesegneten des Herrn, ich setze Euch zu meiner Rechten.

Ich bin zu Ende."

Eröffnungsrede des Präsidenten Krüger beim Zusammentritt des Ersten und Zweiten Volksrates zur gewöhnlichen alljährlichen Sitzung am 1. Mai 1899.

Meine Herren! Es ist mir wiederum höchst angenehm, Sie in diesem Ihrem Versammlungssaale willkommen heißen und meinen Dank aussprechen zu dürfen gegen den Gott, der das Weltall regiert und der Sie behütet und bewahrt hat, damit Sie nochmals mit seiner Hilfe all' Ihre Kräfte den Interessen unseres teuren Landes und Volkes widmen können.

1. Für die Mitglieder Ihrer Körperschaften, die im vergangenen Jahre gemäß dem Gesetze ausgeschieden sind, habe ich

Ersatzwahlen für den ersten und zweiten Rat angeordnet. Das Ergebnis dieser Wahlen wird Ihnen vorgelegt werden.

2. Da die Vakatur, die durch die Wahl des Herrn A. D. W. Wolmarans zum Mitglied des Ausführenden Rates entstanden ist, so rasch wie möglich ausgefüllt werden mußte, habe ich eine Neuwahl ausgeschrieben für Dorf (d. h. Stadt) und Distrikt Pretoria. Das Ergebnis dieser Wahl wird Ihnen näher bekannt gemacht werden.

3. Die Dienstzeit des Herrn S. W. Burger, Mitglied des Ausführenden Rates, läuft am 6. d. M. ab. Ich ersuche Sie deshalb, vor dieser Zeit für Ersatz zu sorgen und erlaube mir, daran zu erinnern, daß der gegenwärtige Inhaber der Stelle wieder wählbar ist.

4. Ich hoffe in dieser Sitzung sobald als möglich Ihnen Vorschläge zu unterbreiten in Bezug auf das Stimmrecht, die „Bewaarplätze" und die Dynamitfrage und bitte Sie, ihnen Ihre Aufmerksamkeit zu schenken.

5. Es ist mir eine große Genugthuung, aufs neue konstatieren zu können, daß die Republik fortdauernd in freundschaftlicher Beziehung steht zu den ausländischen Mächten. Die Korrespondenz zwischen unserer und der britischen Regierung, die ihren Grund hat, in der verschiedenen Auffassung des völkerrechtlichen Verhältnisses der Republik zu Großbritannien und Irland ist zwar noch nicht vollendet, ich vertraue aber darauf, daß diese Sache in kurzem zu einem befriedigenden Ende kommen wird. Es ist stets mein Bestreben, alles, was in meinem Vermögen steht, zu thun, um die guten Beziehungen zu erhalten.

6. Der Rat der Abgeordneten (Vertreter beider Südafrikanischen Republiken zur Beratung gemeinsamer Fragen D. H.) hat seine jährliche Sitzung diesmal zu Bloemfontein gehalten. Sein Bericht mit seinen Vorschlägen wird Ihrer Körperschaft vorgelegt werden. Diese Vorschläge, welche die Regierung zu den ihrigen macht verdienen Ihre ernstliche Aufmerksamkeit.

7. In Ausführung der Beschlüsse, welche Ihre Versammlung in Bezug auf die Ratschläge des Rates der Abgeordneten vom Jahre 1899 gefaßt, wurde durch die Regierung der beiden Republiken eine Kommission eingesetzt, um zu versuchen, die Verfassung der beiden Staaten so weit wie möglich gleichförmig zu gestalten. Diese Kommission versammelte sich im Monat Februar dieses Jahres in Pretoria. Der Bericht über ihre Thätigkeit wird Ihnen vorgelegt werden. Eine Kommission, bestehend aus den obersten Richtern der beiden Republiken, hat in Uebereinstimmung mit Ihren Beschlüssen des Jahres 1899 die Aufgabe auf sich genommen, weitere Vorschläge zu machen in Bezug auf eine einheitliche Gesetzgebung. Dieses wichtige Werk erfordert aber eingehende Erwägung und reife Beratung, und darum ist diese Kommission noch nicht völlig fertig mit ihrem Werk, das, wenn es einmal durch die Volksvertreter der beiden Staaten Gesetzeskraft erlangt hat, gewiß die Blüte und Wohlfahrt der Schwesterrepubliken befördern wird.

8. Mit der Regierung des Oranjefreistaates wurde auf Grund Ihres Beschlusses Nr. 1365 vom 4. Oktober 1898 in Unterhandlung getreten bezüglich der Bezahlung von Registriergeldern für Güter, welche vertragsmäßig zollfrei in der Südafrikanischen Republik eingeführt werden. Die Unterhandlungen haben zu einem vorläufigen Uebereinkommen der beiden Staaten geführt, das Ihnen zur Prüfung und Annahme vorgelegt werden wird.

9. Im Hinblick auf die drohende Gefahr, welche von der gefürchteten Krankheit, der sogenannten „Bubonischen Plage“, auch Südafrika zu drohen scheint, kamen auf Einladung unserer Regierung im Anfang dieses Jahres die Vertreter des Oranjefreistaates, von Mozambique, Natal und der Kapkolonie in Pretoria zusammen, um Mittel zu finden, die Einschleppung und Verbreitung der asiatischen Pest in Südafrika zu verhindern. Der Bericht über den Verlauf dieser Konferenz, von dem Sie sicher mit Interesse Kenntnis nehmen werden, wird Ihnen während

dieser Sitzung zur Genehmigung der darin enthaltenen Vorschläge und Winke vorgelegt werden.

10. Von seiten der kaiserlich Deutschen Regierung haben wir eine Einladung empfangen, einen Vertreter der Republik zu dem internationalen Tierärzte-Kongreß abzuordnen, welcher im August dieses Jahres zu Baden-Baden gehalten werden wird. In Anbetracht dessen, daß dieser Kongreß auch für die Republik von großer Bedeutung sein kann, hat die Regierung beschlossen, den Staatstierarzt als ihren Vertreter abzusenden, was wohl Ihre Zustimmung finden wird. Er wird diese Gelegenheit zugleich benützen, um die Bubonenplage und die verschiedenen Mittel, die man gegen sie anwendet, zu studieren.

11. Ich kann Ihnen mitteilen, daß ernstliche Bemühungen stattfanden, einen tüchtigen Schatzmeister für die Südafrikanische Republik zu gewinnen, und daß in dieser Richtung bereits Unterhandlungen angeknüpft sind.

12. Sehr angenehm ist es mir, mitteilen zu können, daß in diesem Jahre, vor allem im ersten Quartal, der Handel mächtig vorausgegangen ist. Es zeigt sich das an den vermehrten Einkünften des Staates.

13. (Hier wird dem aus dem Ausführenden Rat ausgeschiedenen Mitglied J. H. A. Wolmarans der Dank und die Anerkennung des Präsidenten ausgesprochen).

14. Der Ausführende Rat hatte es für nötig gefunden, ein Kommando gegen das aufrührerische Volk vom Stamme Ramapoelaan im Distrikte Zoutpansberg aufzubieten. (Für die rasche, umsichtige Beendigung des Krieges wird hier den Offizieren und Bürgern der Dank ausgesprochen und den Gefallenen ein Wort des Gedächtnisses nachgerufen). An der Stelle, wo unsere Truppen Lager geschlagen hatten, hat die Regierung beschlossen, ein Dorf zu gründen unter dem Namen Louis Trichardt, und ich bin überzeugt, daß das Ihre Zustimmung findet.

15. Da die Niederländisch-Südafrikanische Eisenbahngesellschaft beschlossen hat, das ihr von der Regierung gewährte Darlehen

von 2 Millionen Pfd. Sterling zurückzuzahlen, so fällt für den Augenblick für die Regierung die Notwendigkeit, eine Anleihe abzuschließen, weg.

16. Ich muß in meinem und des Ausführenden Rates Namen unsere hohe Zufriedenheit aussprechen über die Thätigkeit unseres außergewöhnlichen Gesandten, Dr. W. J. Leyds, der uns bei seinem Besuche hier Bericht erstattet hat.

17. Aus verschiedenen Thatsachen ergibt sich, daß die Minenindustrie im abgelaufenen Jahre die größten Fortschritte gemacht hat. Es wurde Gold im Werte von 16 240 630 Pd. Sterling gewonnen. Das ist um 4 586 905 Pfd. Sterling mehr als im Jahre 1897. Bis Ende 1898 beträgt der Gesamtwert an Gold, das aus unserem Lande gewonnen ist, 70 228 603 Pd. Sterling. Die Ergebnisse des Jahres 1898 stellen die Südafrikanische Republik weit über jedes andere Gold produzierende Land, da sie allein 28 Prozent der Geldproduktion der ganzen Welt betragen.

18. Die Regierung hat beschlossen, früheren Beschlüssen in der Kulifrage nunmehr Folge zu geben, und zwar in der Weise, daß vom 1. Juli 1899 ab Kulis nur in den für sie bestimmten Straßen, Bezirken und Lokationen der verschiedenen Städte und Dörfer wohnen dürfen.

19. Es liegt eine Reihe von Plänen für öffentliche Werke, hauptsächlich Brücken und Gebäude vor, die nicht zur Ausführung gebracht, ja nicht einmal in Beratung kommen konnten, weil der Ausführende Rat mit so vielen anderen Geschäften überhäuft war und außerdem zu diesem Zweck erst finanzielle Regelungen getroffen werden mußten.

20. Infolge des Auftrages Ihrer Versammlungen hat die Regierung den neuen Verfassungsentwurf und das neue Strafprozeßverfahren im Staatsanzeiger veröffentlicht, damit das Volk seine Meinung darüber aussprechen kann. Auf diese wichtigen Gesetze wird Ihre besondere Aufmerksamkeit gelenkt.

21. Infolge Ihres Auftrages wird die Regierung zum zweitenmal Ihrer Versammlung ein Pensionsgesetz zum Zweck

der Beratung unterbreiten. Ich hoffe, daß dieses Gesetz Ihre ernste Aufmerksamkeit finden wird.

22. Es war mir vergönnt, einige Distrikte und Dörfer besuchen zu dürfen und in den Orten Heidelberg, Rustenburg und Johannesburg Bürgerversammlungen abzuhalten. Ich hoffe, in dieser Sitzung Ihre Aufmerksamkeit auf die Wünsche und Forderungen der Bürger, soweit sie mir vorgelegt wurden, lenken zu können.

23. Aus den verschiedenen Berichten, die bei der Regierung eingelaufen sind, hat sich ergeben, daß ungefähr 746 500 Rinder an der Rinderpest zugrunde gegangen sind. Zu meiner großen Dankbarkeit kann ich Ihnen aber mitteilen, daß die so gefürchtete Krankheit als völlig erloschen betrachtet werden kann. Nur zu Lijdenburg, Krugersdorp und Piet Retief kamen noch einige Fälle vor, aber durch die genaue Befolgung der in der Proklamation bekannt gegebenen Verordnungen und durch die Güte der Vorsehung ist die Krankheit auf dieses Gebiet beschränkt geblieben.

24. Die Regierung hat Befehl gegeben, für die Aufnahme von Farmen zu Bewässerungsanlagen. Der Bericht darüber wird Ihnen vorgelegt werden.

25. Eine Liste neuangestellter, abgeganger, weggejagter und entlassener Beamter wird Ihnen zur Zustimmung unterbreitet werden.

26. Die Berichte der verschiedenen Direktoren von Regierungsabteilungen werden Ihnen vorgelegt werden.

27. Verschiedene Gesetzesanträge und Gesetzesabänderungen werden Ihnen zur Zustimmung unterbreitet werden.

(Im weiteren wird dargelegt, daß die Beschlüsse des vorjährigen Volksrats so weit als möglich ausgeführt worden seien und angekündigt, daß im Lauf der diesjährigen Sitzung auch noch andere als die bereits erwähnten Entwürfe eingereicht wurden.)

Und damit meine Herren lege ich aufs neue mit Vertrauen die Interessen unseres teuren Landes und Volkes in Ihre Hände. Gott gebe Ihnen die nötige Kraft und Weisheit, die Dinge, welche Sie in die Hand nehmen, unter seinem hohen Segen zum Segen und Gedeihen für Land und Volk zu erledigen.

Reden des Präsidenten Krüger in der Schlußsitzung des Ersten und Zweiten Volksrates am 2. Oktober 1899.

a) Rede am Beginn der Sitzung.

Edle, achtbare Herren! Um Ihnen zu sagen, was in meinem Gemüte umgeht: es ist Ihnen bekannt, wie der Herr dieses Volk in dieses Land verpflanzt und unter Wunderthaten bis hierher geleitet hat, so daß wir sagen müßten: „Herr, ich glaube nicht mehr an dich", wenn es mit uns so weit käme, daß wir nun, wo Tausende von Feinden gegen uns anstürmen, freiwillig das Land hergäben, das er uns gegeben hat und nicht wir selbst. Laßt uns auf Gott vertrauen und zusammen unsere Gebete vor den Herrn bringen. Er wartet auf unsere Bitte, und er wird mit uns sein. Bei ihm ruht die Entscheidung, und er wird nicht entscheiden auf Lügen hin, sondern auf Grund der Wahrheit.

Ihr seid mit dem Gang der Dinge vertraut und wißt, wie der Volksrat und das Volk nachgegeben haben in allem, was gefordert wurde. Zuerst ging es ums Stimmrecht. Dreimal haben wir in dieser Frage nachgegeben, und ich wiederhole, damit es in das Protokoll kommt, daß es eine Lüge ist, wenn man sagt, wir wollten diejenigen, die von auswärts kamen, nicht als Unsersgleichen behandeln.

Als die Konvention von 1881 geschlossen wurde, waren nur wenige Engländer hier, und was wollten diese? Sie wünschten wohl gleich behandelt zu werden mit unseren Bürgern, ließen sich aber eintragen als britische Unterthanen; sie wollten lieber Fremde bleiben, als Unterthanen dieses Staates werden.

Weiter ist Ihnen bekannt, daß sie unter der Konvention von 1884, während des Blaauwberg-Kommandos, sich weigerten, zusammen mit unseren Bürgern ins Feld zu rücken, obwohl sie dadurch sofort das Stimmrecht hätten erhalten können. Ich habe die Sache dreimal dem Rat vorgelegt und ihn ersucht, einen Beschluß zu fassen, daß sie das Land verteidigen müßten; und der Volksrat hat es genehmigt, daß alle, die am Kriege teilnähmen, Stimmrecht bekommen sollten. Darnach kam Loch hierher und beschwerte sich, daß die Engländer nicht als die meist begünstigte Nation behandelt würden. Ich habe nun wiederum eine Proklamation erlassen, weil ich dachte, es könnten wirklich Leute vorhanden sein, die mit unseren Bürgern gleich stehen wollten; ich that das, obwohl die Konvention (von 1884) ausdrücklich bestimmt, daß sie nicht gleich politische, sondern nur gleiche Handelsrechte besitzen sollten. Denkt nun nach — wir stehen vor dem Herrn, und jeder sende sein Gebet empor zu dem Herrn — wo können sie sagen, daß sie in Bezug auf den Handel weniger begünstigt wären als unsere Bürger? Nirgends. Sie waren in dieser Beziehung sogar günstiger daran als unsere Bürger. Sie konnten Gold und alles, was sie wollten, aus dem Lande holen, und sogar politische Rechte konnten sie bekommen, aber sie wollten sie nicht einmal haben. Der Hohe Kommissar hat von uns gefordert, daß wir das Stimmrecht ausdehnen, und wir hatten bereits mehr gethan, wir haben sogar darnach getrachtet, sie (d. h. die Ausländer) gleich zu behandeln mit unseren Bürgern, aber sie haben es abgelehnt.

In dieser Hinsicht ist also keine Ungerechtigkeit auf unserer Seite. Wir können darum freimütig vor unseren Herrn treten. Er wird entscheiden, und er entscheidet nicht auf Grund von Lügen, sondern nach Recht und Wahrheit. Laßt uns darum unsere Gebete zu ihm emporsenden, daß er uns führe. Und kommen dann auch Tausende, so wird der Herr in Recht und Gerechtigkeit uns führen, bis wir vielleicht einmal von all dieser Sorge befreit sein werden. Ich gebe mich ganz in seine Hände.

Ich will niemand (scil. von den Gegnern) anklagen, daß er ein falscher Prophet sei, aber lest Psalm 108 Vers 7, der mir vor meinen Geist gekommen ist während meines Ringens im Gebet. Ihr müßt es nicht lesen, weil ich es sage, sondern weil es Gottes Wort ist. Es ist kein Traum, was mir da vor dem Geiste stand, denn falsche Träume verführen uns, und ich kümmere mich nicht darum; ich halte mich allein an Gottes Wort. Lest nur diesen Psalm andächtig nach und vereinigt damit Eure Gebete, dann wird der Herr uns führen, und wenn er mit uns ist, wer wird dann gegen uns sein? Darum sage ich Euch, geht unter Euren Bürgern umher, ermuntert sie, in diesem Streite fortdauernd zu beten.

Wir vergessen so oft, was der Herr gethan hat. Ich will noch nicht einmal reden von dem Freiheitskrieg, wo der Herr uns so sichtlich in wunderbarer Weise geholfen hat. Aber ist es bei dem Jameson-Einfall anders gewesen? Tausende von Bomben und Kugeln haben sie auf uns gerichtet, während unsere Leute nur mit Gewehren schossen, und wie wunderbar wurde da der Lauf der Kugeln bestimmt! Drei von uns fielen, während der Feind Hunderte Tote und Verwundete hatte. Und wer bestimmte den Flug der Kugeln? Der Herr. Er hat uns damals verschont, um uns zu zeigen, daß er alles regiert. Der Herr wird Euch auch jetzt bewahren, auch wenn Tausende von Kugeln um Euch fliegen. Das ist mein Vertrauen und auch mein stetes Gebet für mich selbst, für die Bürger und für alle, die mit uns streiten. Ich weise nochmals darauf hin, daß der Herr uns führen wird, er wird entscheiden und wird uns zeigen, daß er regiert und niemand anders.

b) Zweite Rede in der Sitzung vom 2. Oktober 1899.

Zum zweitenmal ergreift der Staatspräsident das Wort, nachdem ihm in teilweise sehr begeisterten Reden die Vorsitzenden des ersten und zweiten Volksrates zugestimmt haben:

„Es gibt mir viel Zuversicht, wenn ich sehe, wie der Rat mit mir ist. Ich weiß, er glaubt ebenso wie ich an Gottes Wort. Wenn Ihr darin forschet, so sehet Ihr, daß Gott, wo er sein

Volk straft und züchtigt, es nicht dadurch thut, daß er dieses Volk völlig in die Hand seines Feindes gibt. Auch wir, wenn wir unsere Kinder züchtigen, lassen doch nicht zu, daß ein anderer sie schlägt. Wenn das Volk (d. h. das Volk Israel. D. H.) Gott verließ und Abgötterei trieb, wurde es gestraft und kam beinahe in Sklaverei. Aber Ihr seht im Alten Testament, daß, wenn dann Tausende von Feinden kommen, um Gottes Volk zu vernichten, das Volk sich verläßt auf Gott, seinen Schöpfer und Erlöser.

Meine Herren! Sie haben gehört, wie man über uns spottet, daß wir uns auf den Herrn berufen. Das ist Lästerung gegen Gott, und wir vertrauen darauf, daß der Herr das nicht ungestraft lassen wird. Der Herr züchtigt uns wohl, aber er wird nicht zulassen, daß er gelästert wird.

Noch ein kurzes Wort. Moses war ein Mann Gottes, und der Herr hat mit ihm gesprochen; aber unter schwerem Druck und Kampf mußten seine Freunde ihm als einem schwachen Menschenkinde die Arme in die Höhe halten.*) Aaron mußte ihn stützen im Glauben. So laßt auch uns in unseren Gebeten unseres Generals und unserer Fechtgenerale gedenken und ohne Unterlaß unsere Gebete vor den Herrn bringen. Laßt uns sie stützen in ihrem Glauben und laßt uns nie vergessen, die Männer, die die Regierung führen müssen, durch unsere Gebete zu stärken!"

---

*) Scil. zum Gebet. S. 2 Mose 17 V. 12. D. H.

Ansprache von Präsident Steijn bei Eröffnung der jährlichen Sitzung des Volksrates zu Kroonstad am 2. April 1900.

Herr Vorsitzender! Meine Herren! Obwohl der Feind im Besitz von Bloemfontein ist und ich gezwungen gewesen bin, den Sitz der Regierung zeitweise nach Kroonstad zu verlegen, so eröffne ich doch hier Ihre gewöhnliche jährliche Sitzung voll festen Vertrauens für die Zukunft und heiße Sie herzlich willkommen.

1. Trotz Ihrer Bemühungen und der Bemühungen der Regierung den Frieden zu bewahren, wurde von der britischen Regierung der Südafrikanischen Republik der Krieg aufgedrungen, und der Oranjefreistaat hat, seinen Verpflichtungen getreu und in Uebereinstimmung mit Ihrem Beschluß, sich an die Seite der Schwesterrepublik gestellt, als am 13. Oktober der Krieg zwischen der Südafrikanischen Republik und der britischen Regierung ausbrach.

2. Die Republiken haben den Fehdehandschuh aufgenommen mit keinem anderen Ziele als dem, ihre Unabhängigkeit, die unseren Vorfahren so viel Blut gekostet hat und uns so teuer ist, bis zum äußersten zu verteidigen. Dank sei dem Allgütigen, unsere Waffen wurden gesegnet in einer Weise, die nicht allein die Welt in Erstaunen setzte, sondern auch unsere eigenen Erwartungen weit übertraf. Obwohl die Gefangennahme von General Cronje und seinen tapferen Bürger und die Besitznahme von Bloemfontein für uns schwere Schläge waren, kann ich Ihnen zu meiner Freude doch mitteilen, daß unsere Bürger noch voll Muts und fest entschlossen sind, für die Erhaltung unserer teuer erkauften Unabhängigkeit weiter zu streiten und, wenn nötig, gleich so vielen anderen unserer teuren, tapferen, unvergeßlichen Helden zu sterben. Mit tiefem Leidwesen mache ich Ihnen Mitteilung vom Ableben des Vizepräsidenten und Generalkommandanten unserer Schwesterrepublik Petrus Jakobus Joubert, eines Mannes, in dem nicht allein die Schwesterrepublik, sondern ganz Südafrika einen teuren Freund, wahren Patrioten und aufrichtigen Christen verloren hat,

der seine besten Jahre dem Dienste für sein Volk geweiht hat. Möge sein Leben uns allen zu einem Beispiel dienen und sein Sterben uns anspornen, den Streit, den er bisher in der Schwesterrepublik mit so viel Tüchtigkeit geleitet hat, unter Gottes Segen fortzusetzen und zu einem glücklichen Ende zu bringen.

3. Der Feind, nicht zufrieden mit seiner großen Uebermacht, hat sich noch weitere Vorteile zu verschaffen gesucht durch den beständigen Mißbrauch des Roten Kreuzes und der weißen Flagge, wogegen ich bei den neutralen Mächten zu protestieren gezwungen war. Ja, das mächtige britische Reich hat es in diesem Streit gegen zwei kleine Republiken nicht verschmäht, sich arglistiger Proklamationen zu bedienen, um unser Völkchen noch zu verteilen. Ich habe in einer Gegenproklamation auf die Arglist und Gefahr dieser Kundgebungen hingewiesen und darf zu meiner Freude mitteilen, daß, so weit ich weiß, es nur verhältnismäßig wenige sind, die so schwachmütig und feige waren, sich freiwillig zu unterwerfen.

4. Um weiteres Blutvergießen zu verhindern und aufs neue der zivilisierten Welt die Versicherung zu geben, daß wir nicht die Absicht haben, die benachbarten Kolonien an uns zu reißen, oder sonst ein anderes Ziel verfolgen als die Verteidigung unserer Freiheit und unseres Rechtes, haben Z. H. Edl. der Staatspräsident der Südafrikanischen Republik und ich ein Schreiben an S. Excellenz den ersten Minister von Großbritannien gerichtet, um den Frieden wieder herzustellen. Aber statt uns in unseren Bestrebungen zu unterstützen, gab er uns eine Antwort, die Ihnen vorgelegt werden wird, und aus der sich deutlich ergiebt, daß dieser Krieg von Anfang an kein anderes Ziel hatte als die Vernichtung der beiden Republiken.

5. Wie ich und der Ausführende Rat mit mir früher schon alles versucht haben, um den Frieden zu erhalten, so lassen wir auch jetzt nichts außer acht, was dazu dienen könnte, den Frieden wieder herzustellen. Die Regierung der Südafrikanischen Republik und die unsrige haben darum beschlossen, eine gemeinschaftliche Kommission, bestehend aus den Herren A. Fischer, Mitglied des

Ausführenden Rates, C. H. Wessels, Vorsitzender des Volksrats und A. D. Wolmarans, Mitglied des Ausführenden Rates der Südafrikanischen Republik nach Europa und Amerika abzuordnen, um die Kulturmächte um ihre Vermittlung zu ersuchen zur Verhinderung weiteren Blutvergießens. Daß ihr Werk gesegnet sein möge, wird und muß der Gegenstand aller unserer Gebete sein.

6. Gemäß der Vollmacht, die mir gegeben ist, habe ich eine Anleihe mit der Südafrikanischen Republik abgeschlossen.

7. Die gewöhnlichen Beratungen fortzusetzen, wird uns unmöglich sein. Ich möchte Ihnen deshalb vorschlagen, sie für spätere Gelegenheit zu verschieben und allein die Fragen und Gesetze zu behandeln, die Ihnen vorgelegt werden. Ich schließe mit dem aufrichtigen Gebet, daß wir Alle Kraft empfangen mögen, um in den heiligen Streit für Freiheit und Recht, den wir in allem Ernste aufgenommen haben, im Namen des dreimal heiligen Gottes auszuhalten und ihn kräftig bis zum Ende fortzusetzen. Denn Gott verhüte, daß wir unsere mit Blut gekaufte Unabhängigkeit leichtsinnig preisgeben sollten! Ich bin zu Ende.

Eröffnungsrede des Präsidenten Krüger bei der gewöhnlichen, jährlichen Versammlung des Ersten und Zweiten Volksrates der Südafrikanischen Republik in der vereinigten Sitzung am 7. Mai 1900.

Meine Herren! Es ist mir wiederum höchst angenehm, Sie in diesem Ihrem Versammlungssaale herzlich willkommen heißen und meinen Dank aussprechen zu dürfen gegen den Gott, der das Weltall regiert und der Sie behütet und bewahrt hat, damit Sie nochmals mit seiner Hilfe all Ihre Kräfte den Interessen unseres teuren Landes und Volkes widmen können.

1. Einige Mitglieder Ihres Rates haben mir Mitteilung gemacht, daß sie infolge des Krieges, der ihre Anwesenheit bei den

Kommandos nötig macht, dem Aufruf, dieser Versammlung beizuwohnen, keine Folge geben konnten.

2. Der Krieg, in den unser Land mit England verwickelt ist, hat außer den vielen kostbaren Opfern, die er den Bürgern beider Staaten bereits auferlegt hat, auch seine Opfer gefordert aus den gesetzgebenden und ausführenden Körperschaften, innerhalb derer wir den Tod der verdienstvollen Mitglieder J. H. Barnard, C. J. Tosen, J. H. Cock und unseres geliebten Vizepräsidenten und Generalkommandanten P. J. Joubert zu beklagen haben. Der eine von ihnen starb zu Derdepoort einen ruhmreichen Tod in der Verteidigung seines Vaterlandes gegenüber wüsten Kaffernhorden, die unter Führung eines englischen Offiziers standen. Der andere an den Wunden, die er in der Schlacht bei Elandslaagte als Führer unserer Bürger bekommen hatte, während der Herr Tosen gleich dem Vizepräsidenten und Generalkommandanten uns durch Krankheit, die Folge von Entbehrungen, genommen wurde. Ein Wort von tiefempfundener Hochachtung für diese entschlafenen Brüder, die mitten in ihrer segensreichen Laufbahn hinweggerissen wurden, ist hier, wie ich glaube, am rechten Orte. Unsere Nachkommen werden das Werk unseres entschlafenen Generalkommandanten, dessen Auftreten selbst dem Feind Respekt einflößte, und dessen humanes und rühmliches Verhalten unserem Staate einen Namen von Bedeutung gab unter den Kulturvölkern, nach seinem Werte zu schätzen wissen.

3. Neuwahlen für die freigewordenen Sitze im Volksrat konnten wegen der außergewöhnlichen Verhältnisse nicht stattfinden.

4. Ich habe den Herrn S. W. Burger zum Viezepräsidenten der Südafrikanischen Republik ernannt; diese Ernennung ist provisorisch, bis daß der erste Volksrat die Sache zu regeln Zeit gefunden hat.

5. Zum stellvertretenden Generalkommandanten habe ich Louis Botha ernannt, ebenfalls provisorisch, bis eine Wahl stattfinden kann. Es war der Wille des verstorbenen Generalkommandanten, daß ihm Herr Botha in diesem wichtigen Amte

folgen sollte. Ich bin überzeugt, daß diese einstweilige Ernennung auch die Zustimmung des Volkes gefunden hat.

6. Tief getroffen bin ich durch den Beweis der Treue von seiten des Volkes unserer Schwesterrepublik, die durch die That bewiesen hat, daß sie ihren Verpflichtungen, die sie vertragsmäßig gegenüber dem Volke der Südafrikanischen Republik übernommen hat, nachzukommen gewillt ist. In so herrlicher Weise sind dadurch die alten Bande befestigt und verstärkt worden, die schon bisher bestanden haben unter dem Volk, das die beiden Ufer des Vaalflusses bewohnt. Die Schwesterrepublik hat deutlich eingesehen, daß ein vereintes Handeln nötig ist, denn ein Anschlag auf die Unabhängigkeit der Südafrikanischen Republik schließt auch eine Bedrohung der unabhängigen Existenz des Oranjefreistaates in sich. Die Energie und das unbegrenzte Vertrauen auf die Zukunft der Afrikanernation, welche unsere Schwesterrepublik bei ihrem Auftreten gezeigt hat, hat dem Volk und der Regierung der Südafrikanischen Republik ein herrliches Beispiel gegeben und hat uns gestärkt in dem Kampf um unsere Existenz, der uns durch den Krieg mit Großbritannien auferlegt ist, und ist für die Außenwelt und für jeden, der dem Kampf eines kleinen Volkes um seine Freiheit folgt, von noch größerem moralischen Werte. Es ist darum, wie ich meine, das Mindeste, was die Pflicht gegen unsere treuen Stammesgenossen und Brüder im Oranjefreistaat von uns fordert, daß ich an diesem Ihrem Versammlungspunkte als Ihr Dolmetscher die aufrichtigen und tief gegründeten Gefühle der Anerkennung ausspreche. Gott segne sie für ihre Hingebung an die Sache der Freiheit!

7. Es ist mir eine Genugthuung, Ihnen wiederum mitteilen zu können, daß mit Ausnahme des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland die Republik in fortdauernd freundschaftlicher Beziehung zu den auswärtigen Mächten steht.

8. Während meines Besuches in den verschiedenen Lagern war ich auch in Bloemfontein, wo ich mit Z. H. E. dem Staatspräsidenten des Oranjefreistaates dahin übereinkam, an die eng-

lische Regierung eine gemeinschaftliche Depesche zu senden, worin wir unter Berufung darauf, daß wir keinen Krieg gesucht hätten und keine Ausdehnung unseres Gebietes beabsichtigten, vorschlugen, Friedensunterhandlungen zu eröffnen auf der Grundlage, daß die beiden Republiken als souveräne, internationale Staaten anerkannt würden und die Versicherung erhielten, daß diejenigen von J. M. Unterthanen, die uns in diesem Kriege unterstützt haben, keinerlei Schaden weder an Person noch an Eigentum erleiden würden. Aus der Antwort der britischen Regierung, die Ihnen vorgelegt werden wird, werden Sie ersehen, daß es dieser Regierung stets darum zu thun war und noch ist, die unabhängige Existenz der beiden Republiken zu vernichten.

9. Hat unsere Gesetzgebung im vergangenen Jahre ebenso wie unsere Unterhandlungen mit der britischen Regierung gezeigt, daß wir alles thun wollten, um den Frieden zu bewahren, so wollen wir nun, wo der Krieg trotz unserer Bemühungen, ihn zu verhindern, ausgebrochen ist, alles thun und nichts unversucht lassen, um den Frieden wieder herzustellen. Zu diesem Zweck bin ich mit Z. H. Ed. dem Staatspräsidenten des Oranjefreistaates dahin übereingekommen, das geehrte Mitglied des Ausführenden Rates des Oranjefreistaates A. Fischer für beide Republiken, den Vorsitzenden des Volksrates des Freistaates, C. H. Wessels für seinen Staat und das Mitglied des Ausführenden Rates A. D. W. Wolmarans für unsere Republik nach Europa und Amerika abzuordnen mit dem Auftrag, da namens des Volkes und der Regierung der Südafrikanischen Republik und des Oranjefreistaates vorstellig zu werden zum Zweck der Herstellung des Friedens auf der Grundlage der Unabhängigkeit der beiden Republiken.

10. Die Anwesenheit von Attachés in unseren Gefechtslinien, die von verschiedenen Staaten abgeordnet sind, um den Verlauf des Krieges zu verfolgen, zeigt von dem großen Interesse, das die Regierungen dieser Staaten der Art der Kriegsführung unserer Republiken widmen. Zugleich war es mir erfreulich, zu erfahren,

wie die Sympathie fast der ganzen Welt in diesem Streite für Freiheit und Recht auf unserer Seite ist, und wie von verschiedenen Ländern Abteilungen des Roten Kreuzes als Ambulanzen nach den Schlachtfeldern gesandt wurden, um die Schmerzen und Leiden unserer Verwundeten zu lindern, während zugleich in Europa sowohl wie in Amerika und Asien Fonds gesammelt werden, um den Hinterbliebenen der Gefallenen zu helfen. Ich weiß mich deshalb mit Ihnen eins, wenn ich hier für die aufopfernden Thaten edler Menschenliebe unseren Dank ausspreche.

11. Ich habe mich gezwungen gesehen, bei den verschiedenen neutralen Mächten Protest einzureichen gegen verschiedene Handlungen, die im Widerspruch stehen mit dem internationalen Recht und mit einer Kriegsführung, wie sie unter zivilisierten Nationen Sitte ist. So z. B. gegen den Mißbrauch des Roten Kreuzes und der weißen Flagge, das Mißhandeln von Verwundeten auf dem Schlachtfelde und von Kriegsgefangenen und die Verwendung von Farbigen im Kampfe gegen die Republiken.

12. Trotz der schwierigen Verhältnisse, in denen sich das Land infolge des Krieges befindet, hat sich zu meiner Freude ergeben, daß die Staatskasse die großen Ausgaben des Krieges wird tragen können, und daß die Minen sich in fortschreitender Entwicklung befinden.

13. Von Ihrer Ermächtigung Gebrauch machend, habe ich mit dem Oranjefreistaat eine Anleihe abgeschlossen.

14. Gemäß der von Ihnen durch Beschluß 1416a d. d. 28. September 1899 erteilten Ermächtigung hat die Regierung, je nachdem es die Umstände erheischten, Beschlüsse gefaßt und in Kraft gesetzt. Die Regierung vertraut darauf, daß ihre Handlungsweise, soweit sie sich auf diese Vollmacht stützt, Ihre Zustimmung erhalten hat, und ersucht Sie um Anweisungen, ob sie auf dem eingeschlagenen Weg fortfahren kann.

15. Es wird nicht möglich sein, die gewöhnlichen Geschäfte unserer jährlichen Sitzung zu erledigen, und gebe ich Ihnen darum anheim nur die Sachen zu behandeln, die Ihnen vorgelegt werden und alles andere bis auf spätere Zeit zu verschieben.

Und hiermit, meine Herren, schließe ich. Möge es dem Regierer der Völker gefallen, uns mit Kraft zu umgürten, um diesen ungleichen und gewaltigen Streit, den wir in seinem Namen und für unser heiliges Recht unternommen haben, zu einem erwünschten Ende zu bringen. Mögen die Bürger und Offiziere, von höherer Kraft beseelt und von dem Pflichtgefühl sowohl gegenüber den Tapferen, die für die Erhaltung des Vaterlandes ihr Leben ließen, als auch gegenüber dem nachkommenden Geschlecht, das von ihnen ein freies Vaterland zu übernehmen erwartet, sich angetrieben fühlen, den Krieg fortzusetzen und standhaft zu bleiben. Möge also der südafrikanische Stamm, dessen Zukunft immer hoffnungsvoll war, nun am Ende sich entwickeln zu einem kräftigen Baume und in Thaten beweisen, daß wir würdig sind, in der Reihe der Völker einen Platz einzunehmen. Gott im Himmel helfe uns dazu. Ich bin zu Ende.

Ansprache des Präsidenten Krüger zur Erläuterung seiner Eröffnungsrede in der ordentlichen Sitzung vom 7. Mai 1900.

Hochedle, achtbare Herren Vorsitzende und edle achtbare Mitglieder vom I. und II. Volksrat, gestatten Sie mir, obwohl das sonst nicht meine Gewohnheit ist, meiner Ansprache noch etwas hinzuzufügen. Der Zustand unseres Landes ist ein solcher, daß ich die Gelegenheit suche, öffentlich meine Ansprache zu erläutern.

Es ist Ihnen bekannt, wie vor dem Beginn des Krieges auf Stimmrecht gedrungen wurde, und es ist Ihnen weiter bekannt, daß die Regierung nach Zustimmung des Rates trotz dessen Bedenken nachgegeben hat, und zwar soweit, daß die Bürger selbst Vorstellungen erhoben, wir seien im Begriff, fast alle unsere Rechte zu veräußern. Die Regierung ließ sich allein von dem Gedanken leiten, Blutvergießen zu vermeiden. Der Rat gab seine Zustimmung zur Gewährung des allgemeinen Stimmrechts nach 7jähriger An-

wesenheit im Lande und des sofortigen Stimmrechts an alle, die bis dahin bereits länger als sieben Jahre hier waren. Es waren fast 30000 Personen, die mit diesem Augenblick das Stimmrecht bekommen konnten, und man war also soweit entgegengekommen, daß die alten Bürger bereits überstimmt werden konnten. Nur um Blutvergießen zu verhindern sind so große Zugeständnisse gemacht worden, und doch war man nicht zufrieden und verlangte das Stimmrecht nach fünf Jahren.

Unsere Bürger waren dagegen, und auch im Rat waren viele, die nichts davon wissen wollten. Dennoch hat die Regierung einen dahin gehenden Antrag gestellt, weil sie gemerkt hatte, daß es sich in Wirklichkeit garnicht um ein Stimmrecht handelte, sondern daß das ein Vorwand voll pharisäischer Heuchelei war, dem man den Boden entziehen mußte. Waren doch unterdessen Dokumente gefunden worden, aus welchen hervorging, daß bereits im Jahre 1896 beschlossen war, die zwei unabhängigen Republiken nicht länger bestehen zu lassen. Ich kann das nicht anders als einen teuflischen Betrug nennen. Von Frieden wurde gesprochen, während bereits der Beschluß vorlag, uns zu vernichten. Hätten wir also selbst noch mehr zugegeben, ja hätten wir gesagt, daß nach einem Jahre das Stimmrecht erworben werden könnte, dann wäre unser Anerbieten doch nicht angenommen worden. Aus Dokumenten war zu ersehen, daß dieses Volk kein freies Volk mehr sein durfte. Wie ich in meiner Ansprache bemerkte, hat die Regierung, um weiteres Blutvergießen zu verhindern, Chamberlain und Salisbury einen so weit gehenden Vorschlag gemacht. Und was wurde darauf geantwortet? Sie werden dieses Aktenstück gelesen haben, und wenn ich auch den Inhalt nicht wörtlich wiedergeben kann, es kommt doch darauf hinaus, daß man sich ärgerte, uns jemals als unabhängiges Volk anerkannt zu haben, und daß man ungeachtet aller Konventionen, die bisher geschlossen wurden, nie anerkennen will, daß dieses Volk selbständig ist.

Achtbare Herren, ich muß aussprechen, was auf meinem Gemüt liegt. Psalm 83 spricht von dem Anschlag des Bösen auf Christi Reich. Dieses Reich darf nicht bestehen. Da kommen die-

selben Worte vor, die Salisbury gebraucht, denn auch er sagt: „Dies Volk soll nicht bestehen". Gott aber sagt: „Dies Volk soll bestehen". Wer wird siegen? Sicher der Herr. Sie sehen also, welche Listen man gegen uns bereits damals (d. h vor Ausbruch des Krieges. D. H.) gebrauchte und wie unser Volk seine Rechte hat aufgeben wollen, und daß der Ausführende Rat soweit ging in seinem Entgegenkommen, daß wir beinah unser Land verloren hätten. Es war aber (auf des Gegners Seite) garnicht die Absicht, diese Rechte zu bekommen, man wollte unser Land haben, das nicht mehr selbständig bleiben dürfte. Jedes andere Anerbieten würde ihnen ungenügend gewesen sein.

Laßt uns das Wohl im Auge behalten und seht die schlaue List, die in dem ganzen Vorgehen lag. Dem Oranjefreistaat schrieb man, man habe nichts gegen ihn, wohl aber gegen unsere Republik. So wollte man die beiden Republiken von einander trennen, während sich aus den Dokumenten ergab, daß keine von beiden sollte bestehen bleiben. Welcher Betrug liegt darin! Die Dokumente weisen nach, daß das alles bereits im Jahre 1896 von Jamesons Einfall an beschlossen war, und doch behauptete man noch, daß der Oranjefreistaat erhalten bleiben würde, wenn dieses Land die Waffen niederlegte. Der Oranjefreistaat hat darauf beschlossen, die Waffen nicht niederzulegen, und gemeinsam haben wir begonnen.

Wir waren 40 000 Mann, aber überall mußten wir Wache stehen gegenüber Kaffern, und sogar der Kommandant von Mafeking hatte uns geschrieben, daß gewisse Kaffernkapitäne ihm beistehen würden, und es ist uns bekannt, daß deren Stämme 30 000 streitbare Männer ins Feld stellen können. Diese Zahl der Kaffern allein war fast so groß als die Zahl unserer Streitmacht, während doch zu jenen noch 200 000 englische Soldaten kamen. Und dagegen müssen wir fechten.

Edle, achtbare Herren, achtet auf Gottes Regiment. Ist es nicht wunderbar, daß 40 000 gegen 200 000 Mann und dazu noch gegen eine schwarze Nation kämpfen müssen, und daß wir doch noch leben? Erkennt darin Gottes Hand! Worauf ich den

Nachdruck lege, ist das, daß, wo wir mit dem Feind in Berührung kommen, wir fast im Verhältnis von 10 zu 100 stehen, und doch hat Euch der Herr bis hierher am Leben erhalten.

Ich maße mir nicht an, zu prophezeihen, aber ich will zeigen, welche Leitpunkte wir für unsere gegenwärtigen Verhältnisse in Gottes Wort finden. Sie sind außergewöhnlicher Art. Dieser Krieg ist ein Zeichen der Zeit. Alles deutet darauf hin, daß das Tier die Macht bekommt, die Kirche zu verfolgen, und es wird das so weit zur Ausführung bringen, bis daß der Herr sagt: „Bis hierher und nicht weiter.“ Und warum das? Weil die Kirche geprüft und geläutert werden muß, denn es ist viel Böses unter uns. Darum sage ich, ist dieser Krieg ein außergewöhnlicher und ein Zeichen der Zeit.

Ein jeglicher wird sich überzeugen, daß Gottes Wort darin deutlich seine Anwendung findet. Man sagt: „Dieses Volk darf nicht bestehen.“ Aber Gott sagt: „Es wird bestehen, aber — es muß geläutert werden.“ In meinem Innern liegt es so klar und offen vor mir, daß der Tag der Gnade nicht mehr fern ist; daß der Herr zeigen wird, Er ist der Regierer, und daß nichts geschieht ohne seinen Willen. Wenn er zuläßt, daß uns Züchtigung trifft, dann müssen wir uns beugen und uns demütigen, unsere Sünden bekennen und zu dem Herrn zurückkehren. Wenn dann das ganze Volk zur Demütigung gekommen ist in der Erkenntnis, daß es selbst nichts thun kann, sondern daß es der Herr ist, der alles thut, dann werden wir sicher sofort Frieden haben. Die Demut ist aber noch nicht genug in unserem Herzen verborgen, und wir müssen unsere ernste Pflicht thun, wie Petrus sagt im I. Petri 5, Vers 7: „Werfet alle eure Sorgen auf Ihn, denn Er sorget für euch“, und wie gleich im Vers 8 darauf folgt: „Seid nüchtern und wacht, denn der Feind geht umher wie ein brüllender Löwe, um euch zu verschlingen.“ Das ist der Punkt, wo wir wachen müssen — fallen wir in Unglauben, dann richten wir uns selbst zu Grunde.

Ich frage Euch, Brüder, ist das eine Handlungsweise, wie es geschehen ist, daß durch einen Brief Kaffern aufgehetzt und durch sie, ich erinnere an Derdepoort, selbst Frauen und Kinder

ermordet worden sind? Es wurde durch die Engländer behauptet, es würden keine Kaffern gegen uns gebraucht werden, sondern nur andere Farbige. Aber Thatsache ist, daß Montsioa mit seinen Kaffern in Mafeking ist und zum Kampfe gegen uns gebraucht wird. Mehr als die Hälfte der Besatzung von Mafeking besteht aus Kaffern, die gegen uns fechten.

Edle, achtbare Herren! Ihr müßt nun nicht denken, daß alles, was gegen uns kämpft, zu dem Tier gehört. Es sind Hunderte Kinder Gottes dabei, die aber aus Furcht vor dem Tier gezwungen sind, so zu handeln. Gott kennt alle Herzen. Wir haben nicht gewollt, daß das Blut, das nun auf der Erde fließt, sollte vergossen werden, denn wir haben lieber fast alle unsere Rechte abgetreten. Doch als man uns vernichten wollte, da konnten wir nicht weiter nachgeben.

Wie ist es mit Ahab gegangen! Der mächtige Feind kam bis vor die Mauern der Stadt und man hatte den Mut verloren. Da kam der Prophet Gottes und sagte: „Fürchtet nichts!“ Und nun stand Gott auf. Auf diesen Gott müssen wir vertrauen, denn es ist noch derselbe Gott. Laßt uns nicht leben, als ob kein Gott bestünde. Er regiert .... Achtet auf die Geschichte, die uns zum Vorbild dienen muß. Es ist noch derselbe Gott, der Israel aus der Knechtschaft geführt und das Herz Pharaos verstockt hat bis ans Ende, bis daß alle Erstgeborenen der Aegypter starben. Und darauf ließ Pharao die Israeliten ziehen. Es ist noch derselbe Gott, der die Stürme auf der See stillte, und sein Arm ist nicht verkürzt.

Manche fragen, ob denn das (scil. was die Bibel sagt. D. H.) allein auf die Kirche in den beiden Republiken Bezug habe. Nein. Seht auf die drei Jünglinge im feurigen Ofen. Haben diese sich allein gefreut? Nein, sondern Gottes Volk auf der ganzen Erde. War es allein für Daniel, was in der Löwengrube geschah? Nein, sondern für alle Christen auf der ganzen Erde. So gebraucht der Herr oft ein kleines Häuflein, an dem er seine Wunder erweist als Beispiel für die ganze Christenheit, und so ist, was an uns geschieht, von Bedeutung für die Geschichte der Kirche aller Orte. Und et-

was von dem, was für die ganze Kirche geschrieben ist, vollzieht sich an uns und offenbart sich in unserer Geschichte.

Seht das Blut, das nun bereits geflossen ist. Wer trägt die Schuld daran? Wir wollen nichts als Frieden und unsere Freiheit schon von 1836 an, und der Herr hat uns beides gegeben. Wird nun der Herr etwas anfangen und sich wieder davon zurückziehen? Nein, gewiß nicht. Aber demütigen müssen wir uns vor ihm, und dann gibt es keinen Zweifel, daß endlich der Herr uns zum Siege führen wird. Der Tag der Gnade ist nicht mehr fern von diesem Volke. Laßt uns nicht zweifeln, sondern Gottes Wort treu bleiben und in seinem Namen streiten! Wenn uns das Wasser bis an den Mund geht, dann ist, so wir uns ernstlich vor dem Herrn demütigen, der Tag der Gnade da. Möge dann jedermann erkennen, daß es Gottes Hand ist, die uns frei macht und niemand anders, auf daß der Mensch sich nicht rühme. Gott gebraucht nur den Menschen, um seinen Willen auszuführen.

Meinen Bericht habe ich vorgelegt und ich hoffe, daß der Volksrat darüber nicht länger als höchstens bis morgen beraten wird. Denn unter den Volksratsmitgliedern sind viele, welche als Bürger oder Offiziere ins Feld müssen. Da ist keine Zeit, um gewöhnliche Dinge zu behandeln. Laßt uns allein über die Fragen beraten, die ich vorbringe. Ich muß noch bekannt geben, daß ich einen stellvertretenden General-Kommandanten angestellt habe. Denn meine rechte Hand (General Joubert. D. H.) habe ich verloren, wenn ich auch damit nicht sagen will, daß ich nicht mehr solcher Männer habe. Außer dem General-Kommandanten habe ich die Herren Kock und Wolmarans, bisher Mitglieder des Ausführenden Rates, verloren. Auch der Staatssekretär ist ein neuer Beamter, und ich bin allein übrig von den alten Mitgliedern des Ausführenden Rates. Indessen erfahre ich von den gegenwärtigen Mitgliedern viel Hilfe und Unterstützung, und auch Gott wird uns stärken und uns Kraft geben. So laßt uns denn kämpfen im Namen des Herrn bis an das Ende! Der Herr ist ja unser Oberbefehlshaber. Er gibt die Befehle, und Er weiß, wann es heißen muß: „Bis hierher und nicht weiter."

Es ist wunderbar, wie die anderen Mächte einmütig auf unserer Seite stehen, und wie ganz Europa einmütig für uns betet. Sollte der Herr diese Gebete verschmähen? Nein, sage ich. Vertraut auf den Herrn und laßt uns festhalten an ihm, und er wird Wunder verrichten. Sollte es auch so weit kommen, daß ich nach St. Helena müßte, dann macht das nichts. Denn der Herr wird doch sein Volk zurückbringen und frei machen, und dasselbe Urteil wie einst über Babylon wird über die gefällt werden, die schuld sind an dem vergossenen Blute. Wir kämpfen für die Freiheit, die Gott uns geschenkt hat. Ich wiederhole: mögen auch Brüder aus diesem Rat und private Bürger, die streiten im Namen des Herrn, durch das Schwert fallen, so werden sie — das sagt Gottes Wort — wenn sie glauben, geopfert auf dem Altar zur Verherrlichung seines Namens und des glorreichen Kirchenstaates, der in dieser Zeit offenbar werden wird. Die Kirche muß geprüft und geläutert werden, und darum kann ich nicht glauben, daß durch diesen außergewöhnlichen Krieg unsere Vernichtung zugelassen werden wird. Der Krieg wird dauern, bis daß der Herr sagt: „Bis hierher und nicht weiter." Harret aus und streitet mit mir! Ich befehle mich in die Hände des Herrn. Was er auch über mich beschlossen hat, ich werde seine Rute küssen, mit der er mich schlägt, denn ich bin auch schuldig.

Demütige sich ein jeder vor dem Herrn. Ich bin zu Ende.

Zirkulartelegramm des Staatspräsidenten Krüger an die Generalkommandanten, die Generalkommandantassistenten und die Kriegsoffiziere.

Machadodorp, 20. Juni 1900.

Wankt doch nicht und fallt nicht in Unglauben, es ist die Zeit, da Gottes Volk wird geläutert werden. Das Tier wird Macht bekommen, um die Christen zu verfolgen, und die aus dem Glauben fallen, werden draußen bleiben und nicht in den herrlichen Kirchen-

staat eingehen, so also auch ausgeschlossen werden aus dem Himmelreich, wenn die Kirche nach der Offenbarung geschlossen wird. Aber die im Glauben beharren und im Namen des Herrn streiten, werden die Krone erlangen und in den herrlichen tausendjährigen Kirchenstaat und damit auch in die ewige Herrlichkeit eingehen. Brüder, Brüder, ich bitte Euch, fallt nicht aus dem Glauben, sondern bleibt im Glauben und streitet im Namen des Herrn. Fragt Euer eigenes Herz: wenn Ihr so feige seid und flüchtet, so geschieht das, weil Ihr nicht mehr glaubt, daß ein Gott im Himmel ist, und dann werdet Ihr völlige Gottesleugner. Aber ich sage Euch auf Grund von Gottes Wort, da kann nichts geschehen ohne seinen Willen. Die Ueberwindung und das Schwert ist in seiner Hand, und er gibt es an diejenigen, die in seinem Namen kämpfen. Ist es nicht noch derselbe Gott, der Israel zur Zeit Pharaos unter Wunder und Zeichen aus dem Lande geführt hat? Ist es nicht noch derselbe Gott, der sie durch das Rote Meer führte und sie durch eine Wolkensäule verhüllte, die dunkel war für die Feinde, aber hell für seine Kinder? Diese Wolkensäule geht auf das Wort des Herrn, das unseres Fußes Leuchte und ein Licht auf unserem Wege ist; aber wer in Unglauben fällt, gerät in das Dunkle, und glaubt nicht mehr an das Wort des Herrn und geht dadurch an seinem Unglauben zu Grunde. Ist es nicht noch derselbe Gott, der aus einem Felsen einen Strom Wasser springen ließ und ganz Israel Wasser gab? Ist es nicht noch derselbe Gott, der die drei jungen Leute, die lieber den Tod wählten, als ihren Glauben verleugneten, errettete? Ist es nicht noch derselbe Gott, der Daniel in der Löwengrube bewahrte, daß die Löwen ihn nicht auffraßen — und wie der König die Verfolger Daniels hineinwarf, wurden sie zerrissen und von den Löwen aufgefressen! Ist es nicht noch derselbe Gott, der auf den Wogen der See wandelte und Petrus gebot, zu ihm zu kommen, sodaß Petrus auf der See nach ihm zuging im Glauben? Und sobald er vor den Wogen sich zu fürchten begann und sein Glaube nachließ, sank er, bis der Herr ihn an der Hand ergriff, ihn aufrichtete und für seinen Unglauben bestrafte. Ist es nicht noch derselbe Gott, der einstmals, als der

Sturm so wütete, den Winden Schweigen gebot, sodaß es still war? Und ist es nicht noch derselbe Gott, der den Aussätzigen seine Hand auflegte und bei der Berührung mit seiner Hand wurden sie gesund? Ist es nicht noch derselbe Gott, unser Seligmacher, der zu seinen Kindern sagte: Euer Herz erschrecke nicht, Ihr glaubt an Gott und an mich, ich will Euch nicht als Waisen zurücklassen, noch für immer verlassen? Er hat uns auch vorausgesagt, daß Krieg und Kriegsgerüchte kommen werden, damit wir nicht erschrecken, denn diese Dinge müssen geschehen. Ist es nicht unser selbiger Seligmacher, der den Tod auf sich genommen hat und den dritten Tag auferstanden und 40 Tage unter den Menschen geblieben ist, obschon ihn die Welt nicht gesehen hat. Aber sie haben ihn gesehen, und Er ist vor ihren Augen zum Himmel aufgefahren mit dem Befehle: Kämpft den wahren Kampf, und Ich werde wiederum zu Euch kommen, gerade so, wie Ihr mich habt weggehen sehen. Und dieser selbe Gott hat uns aus der Heimat geführt und durch Wunderthaten uns unsere Freiheit gegeben und glaubt Ihr, daß er seine Sache, die er einmal begonnen hat, fahren ließe, nein, er wird sie nicht fallen lassen. Ich sage, es ist noch derselbe Gott, der Gideon und seinen 300 Tapferen beigestanden hat und sie geleiteten und im Kampfe gestärkt hat, und in dessen Hand jeder Sieg liegt. Liebe Brüder, liebe Brüder, ich bitte Euch, fallt nicht in den Unglauben, steht fest für Euch selbst und streitet im Namen des Herrn! Ich höre, daß jeder (d. h. jeder Kommandant mit seinen Leuten. D. H.) nach seinem Distrikt gehen will, um dort zu kämpfen. Das bringt Verwüstung, und der Kampf bleibt resultatlos. Jeder, wo er ist und unter welchem Offizier er auch steht, stehe fest und sei mutig, denn Gehorsam und Treue ist die Ueberwindung. Liebe Brüder, ich ermahne Euch nochmals, seid Euren Offizieren gehorsam und sie seien gehorsam dem Generalkommandanten, denn wie ich oben bemerkte, Gehorsam und Treue ist der Sieg. Achtet auf die guten Berichte unserer Kommission aus Europa. Achtet auf die Proklamation von Roberts, die er im Oranjefreistaat erlassen hat und woraus sich ergibt, wie schlecht er die Leute behandelt, wenn er sie einmal hat. Diese Proklamation ist nichts als ein

Lockvogel. Nach Psalm 83 sagen die Feinde von altersher: „Dieses Volk darf im Reiche Christi nicht bestehen, und Salisbury und Chamberlain haben dasselbe in ihrer Erklärung gesagt, wie Ihr selbst gelesen habt: wir sollen nicht bestehen. Aber der Herr sagt: „Dieses Volk wird bestehen. Christus ist unser Obergeneral, der uns durch sein Wort leitet. Liebe Brüder, ich bitte Euch nochmals, laßt uns nicht ungläubig werden, sondern Seinen Befehlen folgen, die Er uns vorschreibt. Er führt seine Kinder oft durch die dürre Wüste, wo es scheint, daß niemand durchkommen kann. Aber ich versichere Euch, er wird uns hindurchführen, wenn wir fest auf ihn vertrauen. Wer auf Gottes Schutz wartet, wird von dem höchsten König beschirmt und beschützt in dunkler Nacht. Sein Wort ist wahrhaftig. Seht Psalm 92.

Lest dieses allen Offizieren und Bürgern vor, denn was wir leiden in der Gegenwart, ist nichts im Vergleiche gegen die ewige Herrlichkeit. Laßt uns unserem Seligmacher gehorsam sein.

Telegramm des Staatspräsidenten an den Generalkommandanten aus Machadodorp vom 7. Juli 1900.

Offiziere und Bürger, setzt Euer ganzes Vertrauen auf den Herrn. Er ist unser oberster General, der jedermanns Herz bewegt, wozu er will und er sagt: „Diese Gefahr ist die meine und der endliche Sieg ist auch in seiner Hand. Achtet nun auf unseren Streit vom Beginn an bis heute, ob der Herr nicht noch allzeit mit Wundern auf unserer Seite steht, wie Er unser Schwert gesegnet hat, daß in der Regel so wenig Leute auf unserer Seite und so viele auf der des Feindes fallen, daß trotz der großen Menge von Truppen und Kanonen, die uns gegenüber stehen und der Tausende von Schüssen, die auf uns abgefeuert werden, doch des Feindes Schwert nicht gesegnet ist. Brüder, wir müßten ungläubig werden und Gottes Regierung aus den Augen verlieren, wenn wir zweifeln wollten, daß Er auf unserer Seite ist. Der Feind hat bisher unser Land überschwemmt durch seine große

Uebermacht, die wir nicht überall zurückwerfen konnten; nicht durch das Schwert hat er das erreicht, sodaß kein Zweifel ist, daß am Ende auch diese Ueberschwemmung ihre Grenzen finden und der Sieg unser sein wird. Wankt also nicht im Glauben und laßt Euch auch nicht dadurch schrecken, daß einige von uns abfallen. Der Apostel Paulus hat das schon im 1. Timotheus Vers 4 vorausgesagt. Aber ich sehe die Sache so an: „Einige unserer Bürger, die, von dem Feind überwältigt, ihre Waffen niederlegen mußten, entschuldige ich, wenn sie sich bei der ersten Gelegenheit wieder anschließen, um weiter zu fechten; aber wenn andere so weit gehen, ihre Waffen niederzulegen und den Eid ablegen und nicht zurückkehren, so ist das nach der Schrift Abfall von Gott, allerdings werden solche Leute ebenso wie das „Tier" auch noch sagen, daß sie an den Herrn glauben. Aber der Herr sagt: „Zeige mir deinen Glauben aus deinen Werken". Und wenn sie dann die Werke des Tieres ausführen, um ihre Mitbrüder zu verraten, dann ist das ein toter Glaube, den sie sich aneignen (siehe Offenbarung 14, Vers 9—10) — Leute die das „Tier" und sein Bild anbeten (Vers 10), und die darum auch den Wein des Zornes Gottes trinken werden u. s. w. Brüder, die Ihr vielleicht schon so weit gegangen seid, kehrt zurück und erniedrigt Euch vor dem Herrn, Er wird Euch vergeben, und streitet dann mutig in seinem Namen! Lies dieses Telegramm den Offizieren und Bürgern bei jeder Gelegenheit vor.

Zirkulartelegramm des Staatspräsidenten an den Generalkommandanten, die Generalkommandant-Assistenten und die Kriegsoffiziere aus Machadodorp vom 24. Juli 1900.

Aus Ihrem Bericht und verschiedenen anderen Berichten sehe ich, daß der Geist des Unglaubens überall auftritt wie ein brüllender Löwe, um unsere Menschen wankelmütig zu machen. Brüder, Ihr begreift doch, wenn Ihr den Feind an Euch laßt vorbeigehen und fangt an zu zweifeln, ob Ihr ihn angreifen sollt

oder nicht, treibt Ihr die anderen, die noch zurück sind, im ganzen Lande, wo sie das hören, auch zum Wankelmut und zum Unglauben; aber wenn Ihr Eure Pflicht thut und den Feind anpackt, wo er kommt, so macht Ihr den Unsrigen, die auf den Farmen in der Republik zurückgeblieben sind und das hören, Mut, um auch kämpfen zu helfen, mögen sie und wir auch nur wenige sein. Denn der Sieg ist nicht in der Hand der Uebermacht, sondern in der Hand des Herrn, und der Herr giebt ihn denen, die in seinem Namen streiten, wenn wir auch noch so wenige sind. Achtet auf das Wort des Herrn: „Wenn er das Volk verläßt, dann macht er sein Schwert stumpf und ungesegnet“ und seht (scil. daß er uns nicht verlassen). Wir sind davon überzeugt, daß der Herr unser Schwert nicht stumpf gemacht hat, sondern im Gegenteil wunderbar gesegnet hat gegenüber dem des Feindes. Wo der Feind uns angreift und tausende und tausende von Schüssen auf uns richtet gegenüber den wenigen von uns, treffen unsere wenigen Schüsse doch viel mehr von ihm, als uns die seinigen treffen. Ist es da nicht der Glaube des Unglaubens, der durch die Luft zieht, um uns in Zweifel zu bringen und uns so vor dem Herrn schuldig zu machen und zweifeln zu lassen, daß alles in der Macht des Herrn steht? Und ist es Euch noch nicht deutlich geworden, daß wir, wie ich in meinem vorigen Satze gesagt habe, in einer Zeit leben, durch die wir im Glauben geprüft werden? Wer feststeht in dem Herrn, kann mit dem Apostel Paulus und mit Timotheus sagen: „Werde nicht mutlos, wenn Du Abtrünnige siehst, denn es muß ein Abfall kommen.“ Und der Herr Jesus sagt selbst im Matthäus 24, daß Kriege und Gerüchte von Kriegen kommen werden, aber: „Erschreckt nicht, sondern bleibt getreu, denn diese Dinge müssen geschehen.“ Achtet auf 1. Petrus, 5. Vers 7 und 8: „Werft alle Sorgen auf den Herrn, er sorgt für Euch“. Und der 8. Vers sagt: „Aber seid nüchtern und wachet gegen den bösen Geist, denn er wird trachten, Euch zum Unglauben zu treiben und Euch als ein brüllender Löwe zu verschlingen.“ Denn seht in Matth.: Als der böse Geist den Herrn Jesus auf den hohen

Berg führte und sprach: „Ich will Dir die ganze Welt und all ihre Herrlichkeit geben, wenn Du mich anbetest," da sagte der Herr Jesus: „Gehe weg, Satan, du sollst Gott den Herrn anbeten und ihm allein dienen." Brüder, merkt auf, das ist der gesetzmäßige Kampf, um die Krone zu gewinnen. Und wer den gesetzmäßigen Kampf nicht kämpfen kann, kann auch die Krone nicht gewinnen. Denn dann fällt er und wird vereint mit dem bösen Geist der Luft, der mit seiner großen Macht über die Erde dahin fliegt. Und also bekommt er das Kennzeichen des „Tieres" auf seine Stirn, und er wird zusammen mit dem Tier trinken von dem Weine des Zornes Gottes.. Lest Offenb. 14, Vers 9, 10, 12 und 13. Achtet besonders auf Vers 12, der sagt: „Hier ist die Geduld der Heiligen, hier sind die, die die Gebote Gottes und den Glauben von Jesus Christus bewahren." Nein, nein, meine Brüder, wer bereits schwach geworden ist, eile sich, zu dem Herrn zu flüchten und ihm treu zu bleiben. Und Ihr werdet durch Eure treuen Thaten tausend anderer hinziehen zum Glauben, so daß sie streiten in der Freiheit, die der Herr uns gegeben hat. Derjenige, der sagt, er glaube an die Freiheit des Herrn Jesus und mit dem bösen Geist geht, dessen Glaube ist ein toter Glaube, denn, sagt der Herr: „Zeige deinen Glauben durch deine Werke." Und seht die Verheißung des Herrn in Psalm 108, da sagt er: „Die in seinem Namen streiten, werden kluge Thaten thun, und der Herr wird sie befreien und ihren Feind vernichten." Halte also Mut, du gottesfürchtige Schar, in deiner Schwachheit wird der Herr seine Kraft beweisen. Auch will ich Euch aufmerksam machen auf die Geschichte des Freiheitskrieges in Amerika, daß sie da als wenige gegenüber Hunderten und Tausenden streiten mußten und obwohl ihre Zahl später auf noch nicht 2000 Mann zurückging, siegten sie doch und der Herr gab ihnen ihre Freiheit zurück; nun ist jedem von Euch wie mir bekannt, wie ungerecht und gottlos der Krieg (scil. gegen uns) ist, da wir beinahe in allem nachgeben wollten, wenn wir nur unsere Freiheit und Unabhängigkeit behalten könnten. Seht Psalm 83, daß der böse Geist der Luft gesagt hat, der wahre Kämpfer,

Israel genannt, dürfe nicht bestehen und der Herr sagt: „Er wird bestehen". Und seht in der Erklärung, die wir an Salisbury geschrieben haben, daß wir nur unsere Unabhängigkeit erhalten wollten: Da antwortete er auch demselben Geist, daß dieses Volk nicht bestehen dürfe, oder um seine eigenen Worte zu gebrauchen: „Ich werde nie zugeben, daß Ihr Volk als Volk bestehen mag." Liebe Brüder, auf Grund von Gottes Wort bin ich dessen sicher, daß der Sieg uns gehört. Doch laßt uns treu bleiben und streiten im Namen des Herrn auf seine Verheißung hin und ich ersuche, daß die Offiziere diese Kundgebung den Bürgern immer wieder vorlesen.

Proklamation des Präsidenten Steijn gegen die Annexion des Freistaates.

Nachdem dem Volke des Oranjefreistaates und der Südafrikanischen Republik ein ungerechter Krieg durch Großbritannien im Monat Oktober 1899 aufgezwungen wurde, und diese zwei kleinen Republiken den ungleichen Kampf gegen das mächtige britische Reich mehr als acht Monate ausgehalten haben und mehr noch aushalten;

nachdem ferner eine gewisse Proklamation vom 24. Mai 1900, die angeblich erlassen von Lord Roberts, Feldmarschall und Oberbefehlshaber der britischen Streitmacht in Südafrika, heute vorgezeigt wird, in welcher die Behauptung steht, daß der Oranjefreistaat von Ihrer Maj. Truppen erobert sei und dem britischen Reiche angegliedert werde, während die Streitmacht des Oranjefreistaates noch im Felde steht und der Oranjefreistaat nicht erobert ist, die erwähnte Proklamation also im Widerspruch steht zu dem Völkerrecht;

nachdem die Unabhängigkeit des Oranjefreistaates durch fast alle Kulturmächte anerkannt ist;

nachdem es weltbekannt ist, daß die Britischen Behörden selbst kürzlich anerkannt haben, daß der Oranjefreistaat vortrefflich regiert werde, und es demnach sowohl eine Zerstörung der Kultur als eine Verletzung der fundamentalen Rechte eines solchen Volkes ist, wenn man es, unter welchem Vorwand es auch sei, seiner Freiheit beraubt;

und nachdem ich es für wünschenswert erachte, sofort allen, die es angeht, zur Kenntnis zu bringen, daß die erwähnte Proklamation von der Regierung und dem Volke des Oranjefreistaates nicht anerkannt wird:

so erkläre ich, Martinus Theunis Steijn, Staatspräsident des Oranjefreistaates, nach Erwägung mit dem Ausführenden Rat namens des unabhängigen Volkes des Oranjefreistaates hiermit die erfolgte Annexion für nicht anerkannt, für null und nichtig und ohne allen Wert.

Also geschehen und gegeben unter meiner Hand zu Reitz im Oranjefreistaat am 11. Tage des Monats Juli 1900.

M. T. Steijn,
Staatspräsident.

Schlagwortregister.

K

L

N

O

P

R

S

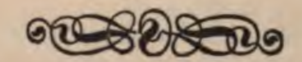
T

U

V

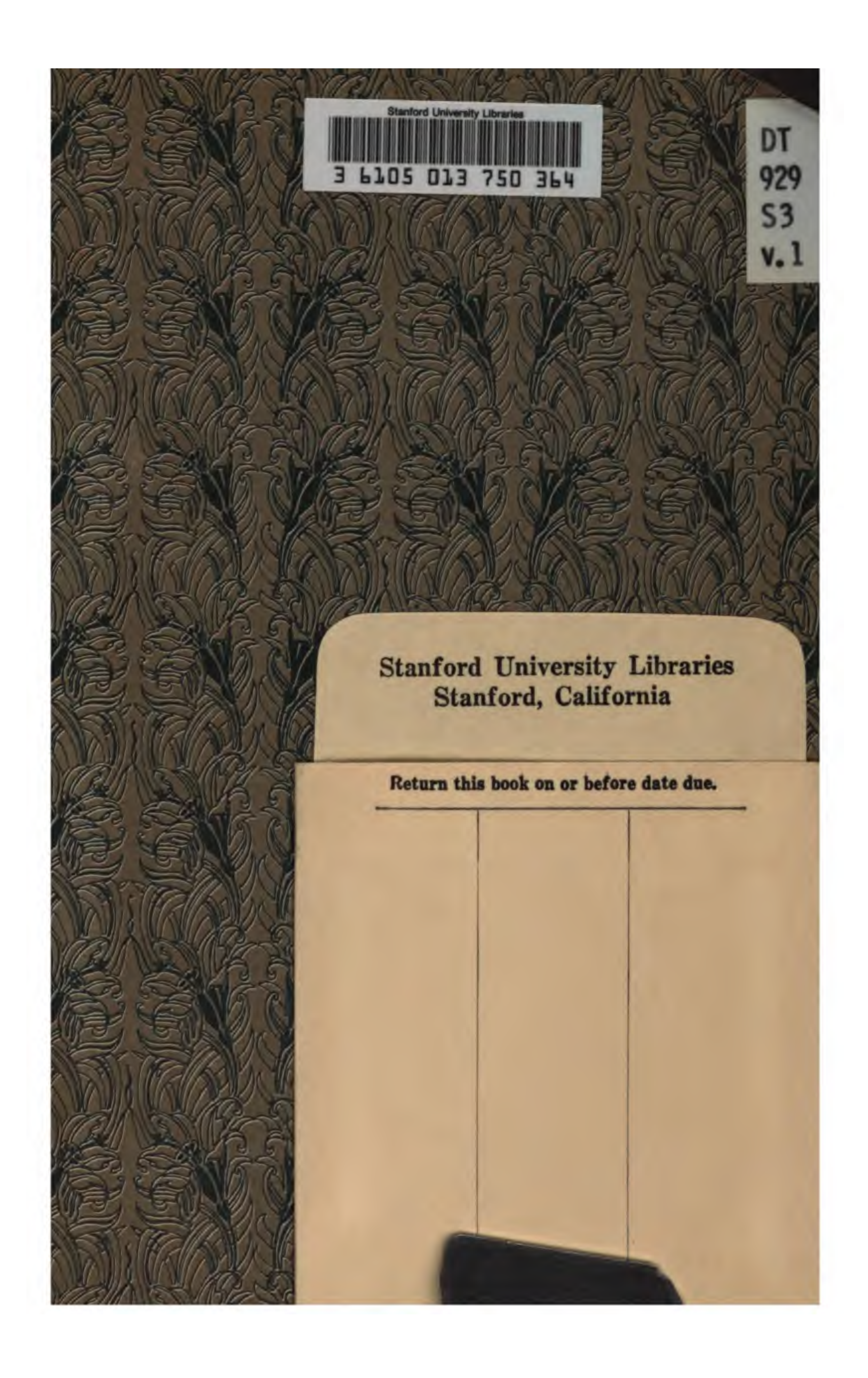
W

Z






BUCHHANDLUNG
MÜLLER&ZELL


Stanford University Libraries
3 6105 013 750 364
DT
929
S3
v.1
Stanford University Libraries
Stanford, California
Return this book on or before date due.

